



'Kein Frieden mit der NATO' — Kongreßbericht S. 17

Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 270, 5. 5. 86

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM

C 21734 E

Förderpreis
DM 5,-

Interview mit
Rainer Trampert
über die Reise einer
Delegation des Vor-
stands der Grünen
in die UdSSR S.13



FALL OUT

US-Überfall auf Libyen DER VORWAND

Die „Washington Post“, die den Watergate-Skandal aufgeflogen ließ, hatte im März 1981 Interessantes über eine Washington-Tripoli-Connection zu berichten: Die USA seien zu „einem der größten Lieferanten von militärischer Ausrüstung und Technik zur Unterstützung des weltweiten Terrorismus“ geworden. Gemeint waren damit aber nicht jene Beispiele, an die mensch so gleich in solchen Zusammenhängen zu denken geneigt ist: Contras in Nicaragua, UNITA in Angola oder afghanische Rebellen. Sondern gemeint war ausgerechnet Libyen: Bis zu 50 US-Bürger seien bei der Terroristenausbildung in Libyen tätig. „Ehemalige CIA-Agenten, militärische Spezialisten und US-Unternehmen wirkten dabei zusammen.“

Im November gleichen Jahres wurde das Verschwinden zweier ehemaliger CIA-Agenten aus Beirut gemeldet. Angeblich waren sie vom syrischen Geheimdienst entführt worden. Die zwei Agenten sollen Waffen nach Libyen verkauft und ehemalige US-Offiziere zur Terroristenausbildung nach Libyen vermittelt haben.

Die beiden Meldungen, die sich gewiß noch ergänzen ließen, weisen dar-

libysche Regierung bei der „Terrorbekämpfung“ behilflich sein. Unter anderem vermittelte Libyen damals angeblich auch Kontakte des BKA zur PLO. Anlässlich der Baum-Reise wurde bekanntgegeben, daß schon seit einiger Zeit „ein intensiver Austausch in Sachen Polizei und Terrorismus“ zwischen den beiden Seiten bestehe. Zu diesem Zweck sei der libysche Innenminister Belkassam schon im Juli 1977 in der BRD zu Gast gewesen. Zudem hatte Belkassam einige Jahre zuvor „zu Studienzwecken bei der Münchner Polizei hospitiert“.

Für die angebliche „Nr. 1 des internationalen Terrorismus“, Gaddafi, sind dies eigentlich recht seltsame Connections. Es drängt sich da der Gedanke an seltsame Freunde und Gäste Gaddafis auf wie etwa jenen geheimnisvollen Abu Nidal. Läßt man dessen fragwürdige „antizionistische“ Kraftsprüche einmal beiseite, so besteht in der Praxis die Tätigkeit seiner Bande offenbar vorwiegend in der Ermordung sogenannter gemäßigter PLO-Funktionäre.

Fortsetzung S.9

Zum Libyen-Überfall siehe S. 9 - 13
Zum Libyen-Überfall siehe S. 9 - 13

Der radioaktive Ernstfall ist eingetreten. Zu recht zittert die Menschheit nun um ihre Zukunft: Auf einen Schlag hat sich als furchterliche Wahrheit erwiesen, was die öffentliche Meinung zuvor als Übertreibung von Kritikern einer bestimmten industriellen Entwicklung verdrängen konnte. Erstmals ist der Reaktorkern eines Atomkraftwerks durchgeschmolzen, ein Brand zerstörte die Betonhülle, ungeheure Mengen an Radioaktivität wurden in die Atmosphäre abgegeben. Das Udenkbar, der Super-GAU, ist nicht, wie man uns glauben machen wollte, ein rein hypothetischer Begriff, sondern Realität geworden. Mystisch und Irrational waren diejenigen, die diese Möglichkeit bis vor einer Woche in den Bereich absoluter Unwahrscheinlichkeit verbannen wollten; kritisch-rational die AKW-Gegner, denen man nachsagte, sie verstünden von der Sache nichts oder demonstrierten nur um des Putzes willen.

Nicht nur die Menschen in der Region von Kiew haben die Folgen einer wahrhaft internationalen Atompolitik mit Tod und schweren Krankheiten zu tragen — Anfang Mai hat eine riesige radioaktive Wolke nach Osteuropa Skandinavien, Mitteleuropa und sogar Italien heimgesucht. Man sieht sie nicht, man hört sie nicht, man schmeckt sie nicht, aber in München, Berlin, Darmstadt, Hamburg, im Saarland, Nordrhein-Westfalen und auf Norderney raten in diesen Tagen die Geigerzähler, um eine häufig hundertfache und stellenweise über tausendfache Erhöhung der normalen Strahlenbelastung anzuzeigen.

Die Bundesregierung, bestrebt, die eigene Atomindustrie vor Kritik zu schützen, zeigt sich nicht nur unfähig, sondern vor allem unwillig, mit den Folgen von Tschernobyl umzugehen. Ihr erstes Anliegen ist die täglich verbreitete Versicherung, „bei uns“ könne so etwas nicht passieren — angesichts der Beinahekatastrophen von Harrisburg und Windscale, angesichts der kaum mehr zu überblickenden Zahl von „Störfällen“ in bundesdeutschen AKWs eine bodenlose Propaganda. Doch hinter den Kulissen wird nervös in Katastrophenplänen geblättert. Und wer Katastrophenpläne parat hat, der rechnet auch damit, daß sie einmal gebraucht werden könnten.

So wird selbst in dieser Situation noch eine der simpelsten Schulweisheiten unterschlagen: Daß kein Material auf Dauer der bei dieser Art der Energiegewinnung unvermeidlich auftretenden intensiven Neutronenbestrahlung standhalten kann, daß also schon deshalb kein Unfall „Zufall“ ist und kein noch so ausgeklügeltes Sicherheitssystem diesen Faktor ausschalten kann. Und dabei handelt es sich nur um einen

von vielen bekannten und vielleicht noch mehr unbekannten Gefahrenmomenten.

Aber in den Regierungsetagen weiß man, was angesagt ist: Eine Großstadt wie Hamburg ist im Umkreis von höchstens 80 km von vier AKWs umgeben. Das Rhein-Main-Ballungsgebiet ist nur 50 km von Biblis entfernt. Mannheim/Ludwigshafen hat sein Philipsburg, Hannover sein Grohnde, das Ruhrgebiet bekommt sein Kalkar und Bayern bekommt etwas, was andere Länder verschämt an die Küsten stellen, damit „es“ hauptsächlich Felsen und Möwen bestrahlt — die WAA. Die Bundesrepublik ist das nicht nur mit Atomsprenkpföpfen, sondern auch mit Atomanlagen am dichtesten bestückte Land der Welt. Und sicher liegen dem Kabinett auch schon erste Meinungsumfragen vor, was die Bevölkerung jetzt von einer Abschaltung denkt ...

Über das genaue Ausmaß der Katastrophe schweigen sich die Regierungen in Ost und West aus. Selbst in der Bundesrepublik wird peinlichst die Bekanntgabe von Fakten verschwiegen, die zur Beruhigung Anlaß geben. Einigen Informationen zufolge sollen sogar kritische Wissenschaftler beim Versuch, eigene Strahlenmessungen vorzunehmen, gehindert worden sein. Bonn, vertreten durch Forschungsminister Riesshuber, stritt nach Bekanntwerden der Katastrophe jede Gefährdung durch radioaktiven fall out ab und beharrt immer noch auf dieser verantwortungslosen Position. Aber selbst die Atomlobbyisten in der offiziellen Strahlenschutzkommission empfehlen inzwischen eine Reihe von Vorsichtsmaßnahmen. Nichts ist mehr unbedenklich. Darum muß alles abgeschaltet werden!

Wie für den Katastrophenfall typisch, schwanken die Meldungen zwischen Panik und Beschwichtigung. Notorische Atomfanatiker vom Schlage der „Bild“ verkaufen sich mit Sensationsmeldungen von 30.000 Toten in der Sowjetunion, während die hessische Landesregierung, die wegen der rot-grünen Koalition bei vielen als kritisch gilt, eifertig erklärt, sie sehe keinen Grund, Atomkraftwerke abzuschalten. In Südpolen werden Jodtabletten verabreicht, während man hier pausenlos Entwarnung gibt. Die Strahlenschutzkommission Anfang Mai wörtlich: „Die mit dieser kurzzeitigen Strahlenexposition verknüpfte mögliche Gesundheitsgefährdung durch Strahlenschäden ist klein im Verhältnis zu derjenigen durch die natürliche Strahlenexposition.“ Absurd: Die natürliche Strahlung hat der Gattung in einigen hunderttausend Jahren nichts angetan — gefährlich ist allein, was seit vier Jahrzehnten hinzuge-

kommen ist. Das aber ist wirklich brisant. Entsprechend widersprüchlich äußert sich die Kommission weiter: „Aus Gründen der Vorsorge sollte dennoch jede mit einfachen (gemeint: billigen; Anm. AK) Mitteln vermeidbare Strahlenexposition durch geeignete und praktikable (wiederum gemeint: billige) Maßnahmen vermieden werden.“ Den Ratschlägen solcher Verharmloser und ihrem Medienmonopol wäre man jedoch auch im Ernstfall zwischen Brokdorf und Ohu ausgeblieben.

Fortsetzung S.4

VS-Anschlag in Celle: Auf der Spur von Mauss

Was innerhalb der westdeutschen Linken immer wieder vermutet worden ist, ist nun in einem Fall erwiesen: Der Bombenanschlag auf die Mauer des Celler Gefängnisses vom 25.7.1978 — bislang immer der RAF zugeschrieben — wurde vom Staat selbst verübt. Genauer: Von hohen Beamten des niedersächsischen Verfassungsschutzes — sonst eher Schreibtischtäter — und Terrorexperten der GSG 9. Am 24.4.86, Schauplatz Landtag Niedersachsen, „ging die Bombe, nach acht Jahren, noch mal hoch“ („Spiegel“, 28.4.86). Der grüne Abgeordnete Georg Frick legte das häßliche Ei auf den Tisch des hohen Hauses, als es um den parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum Fall Werner Mauss (alias „Claude“) ging. Und das ist kein Zufall, war doch jener Mauss — Privatdetektiv, BND-Agent, ein „Mann für besondere Fälle“, einer mit „Verbindungen“ zu allen möglichen „Dienststellen“ — eben auch Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes bei der „Operation Neuland“, die von 1976 bis 78 die „Schaffung brauchbarer Zugänge zu Terroristenkreisen (RAF und Bewegung 2. Juni)“ zum Ziel hatte. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Bombe von Celle im Zusammenhang mit der „Operation Neuland“ geschossen werden muß. Es sind aber Zweifel mehr als angebracht, den Celler Anschlag als das einzige Ergebnis eben dieser Operation anzusehen. Angesichts des momentanen Informationsstandes scheint es mehr als wahrscheinlich, daß die Politik der Provokation, Infiltration und Desinformation schon lange vor den Stamm-

heimer Ereignissen, ja sogar vor dem Tod von Ulrike Meinhof geplant und durchgeführt worden ist.

Die offizielle Version

Erfreulicherweise noch vor Drucklegung dieser AK-Ausgabe hat der niedersächsische Innenminister Egbert Möcklinghoff einen zusammenfassenden Bericht für den Innenausschuß in Bonn verfaßt, auf den sich die offiziellen Stellen nach einigem Hin und Her nun geeinigt zu haben scheinen; Diesem Bericht zufolge wurde der mehrfach vorbestrafte Klaus-Dieter Lodd schon 1976 beim niedersächsischen VS angeworben. Anfang 77 wurde dann der kurz vor seiner Entlassung stehende Manfred Berger (dessen Existenz ursprünglich nicht zugegeben wurde) engagiert. Beiden soll es in der JVA Celle gelungen sein, Kontakt zu Sigurd Debus zu knüpfen. Während Berger gleich nach seiner Entlassung offenbar von Salzgitter aus seine Versuche startete, die „Szene“ zu Befreiungsaktionen für Debus zu gewinnen, lief spätestens ab April 1978 die Vorbereitung des Anschlags an. 21.4.78: In Bonn beraten Albrecht, der damalige niedersächsische Innenminister Groß, Bundesinnenminister Maihofer und BKA-Abteilungspräsident (Terrorismus) Boeden über die Verwendung von Lodd als V-Mann in der „Szene“. Es wird Übereinstimmung erzielt.

Fortsetzung S.4

Aus dem Inhalt

Hunsrück

Sanfte Hügel, kleine Dörfer — dazwischen: Militär, Militär, Militär. Hier bauten schon die Nazis Flugzeuge für die Kriegsmaschine, hier starteten Hitler Wunderwaffen — unweit der heutigen Böhmlerstraße der NATO-Luftstreitkräfte. Aus Haeselsbach, dem Stationierungsort der Cruise Missiles, eine Reportage. Seite 16

Simone de Beauvoir

„Vor allem zwei Dinge haben meinem Dasein seine Einheit verliehen: der Platz, den Sartre niemals aufgehört hat in ihm einzunehmen. Und die Treue, mit der ich immer an meinem ursprünglichen Projekt festgehalten habe: Erkennen und Schreiben.“ Eine Darstellung des Lebens und Werks von Simone de Beauvoir auf. Seite 48

Ägypten

Während Anwar Sadat die Wirtschaftspolitiken rekonstruiert in Gizeh, Luxushotels wurden in Brand gesteckt, Nachtclubs demoliert. Eine Darstellung des Verfalls der Rebellion, der wirtschaftlichen Situation in Ägypten und des Einflusses des islamischen Fundamentalismus auf. Seite 32

Westerland

Wir stellen die Auseinandersetzung auf dem Frankfurter „Widerstandskongreß“ anhand der dort vorgelegten Positionspapiere vor und dokumentieren eine Kritik an der Versimpelung des politischen Kampfes durch Teile der anti-imperialistischen Bewegung und der RAF. Seite 38

Aktion Muttertag

Die „Aktion Muttertag“ — vor drei Jahren eine Initiative gegen die „Wunderregierung“ entstanden — soll im kommenden Bundestagswahlkampf die Parteien mit den Forderungen der Frauen konfrontieren und sie an ihren Taten messen. Der BFD aber strahlt Frau mal ein Auge zu.



Kurt Waldheim?! — Ein Nazi?! — Wie können sie es wagen, das über mich zu sagen?! — Früher wären sie mit solchen Geschichten nicht davongekommen! — Früher hätten wir mit ihnen aufgeräumt.

(Aus: The Jerusalem Post, 27.3.86)

RadiAktiv beschlagnahmt!

Am 30.4.86 wurden die Wohnungen der presserechtlich Verantwortlichen des RADI-AKTIV durchsucht und insgesamt ca. 1200 Exemplare des RADI-AKTIV Nr. 7 beschlagnahmt.

Bei einer Redakteurin wurde die Wohnungstür aufgebrochen, da niemand zuhause war. Obwohl der richterliche Beschluss zur Durchsuchung schon vom 22.4.86 stammt, fand die Polizeiaktion erst am 30.4.86 statt. So dringend, daß in die Wohnung eingedrungen werden mußte, konnte es dann wohl doch nicht gewesen sein!

RadiAktiv beschlagnahmt!

Am 30.4.86 wurden die Wohnungen der presserechtlich Verantwortlichen des RADI-AKTIV (bayrisches Anti-Atom-Magazin) durchsucht und insgesamt ca. 1200 Exemplare des RADI-AKTIV Nr. 7 beschlagnahmt.

Bei einer Redakteurin wurde die Wohnungstür aufgebrochen, da niemand zuhause war. Obwohl der richterliche Beschluss zur Durchsuchung schon vom 22.4.86 stammt, fand die Polizeiaktion erst am 30.4.86 statt. So dringend, daß in die Wohnung eingedrungen werden mußte, konnte es dann wohl doch nicht gewesen sein!

Offensichtlich hat die Polizei und Staatsanwaltschaft zu einem Zeitpunkt, als nach einem Super-GAU in der Sowjetunion über Europa eine radioaktive Wolke steht, nichts Besseres zu tun, als die schon massive Kriminalisierung der WAA-Gegner nun auch an der RADI-AKTIV-Überschneidung.

Auch fanden die Durchsuchungen zu einer Zeit — am frühen Nachmittag — statt, in der bei arbeitenden Leuten wohl kaum mit deren Anwesenheit gerechnet werden kann.

Drei Seiten des RADI-AKTIV Nr. 7 mußten als Grund für die Aktion herhalten.

Auf S. 62 und S. 73 soll zur Begehung strafbarer Handlungen aufgerufen worden sein. Auf S. 73 befand sich die sog. „Schwarze Liste“, in der die Firmen aufgeführt wurden, die am Bau der WAA beteiligt sind. Außerdem befand sich auf der Seite die Dokumentation eines Bekenntnerschreibens zu einem Anschlag auf die Firma HOCHTIEF. Dies allein genügt natürlich nicht zur Konstruktion der Straftat. Also waren Polizei und Staatsanwaltschaft gezwungen, das RADI-AKTIV genauer zu lesen — und siehe da, sie wurden fündig: Auf S. 62 war ein Artikel aus der TAZ vom 11.3.86 zu lesen, der folgenden Passus enthielt:

„Sämtliche Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn.“

Wo hier eine Aufforderung zur Begehung von strafbaren Handlungen sein soll, ist uns unerfindlich. Offensichtlich fiel die Konstruktion auch der Staatsanwaltschaft schwer, denn erst die Kombination der Seiten ließ sie aktiv werden.

Den anderen Vorwand lieferte S. 3 des RADI-AKTIV. Darin wurde dazu aufgerufen, Informationen — auch geheime — über Polizeieinsätze und -planungen und über Justiz- und Regierungsanweisungen an das RADI-AKTIV weiterzuleiten. Wie berechtigt dieser Aufruf war, zeigt der Bombenanschlag des Verfassungsschutzes und der GSG 9 in Celle: Wie kann sich die Anti-WAA-Bewegung vor der Diskriminierung durch staatliche Gewaltakte schützen, wenn nicht auch durch Informationen und Aufmerksamkeit Beobachtung des Apparates. Denn durch Informationen aus dem Apparat heraus wurde erst bekannt, — daß die Bombenlegungsgruppe GSG 9 zum ersten Mal in Wackersdorf zum Einsatz gegen Demonstranten bereitstand, — daß in Bayern Amtshilfe zwischen Bundeswehr und Polizei anlässlich der Demonstration gegen die WAA an der Tagesordnung ist (s. RADI-AKTIV Nr. 7 — soweit noch vorhanden!).

Beides wurde von den zuständigen Stellen zunächst abgestritten, um dann später als Selbstverständlichkeit hingestellt zu werden.

Irland: Solidarität mit den republikanischen Frauen im Knast



Daß Sinn Fein regelmäßig zu Informationsrunden in Europa ehemalige politische Gefangene entsendet, diesmal die Sprecherin des „Stop the Strip Searching Committee“ Briegle Brownlee, zeigt, welche Bedeutung in Irland dem Kampf der republikanischen Kriegsgefangenen beigemessen wird. Von Beginn des Krieges an versuchte der britische Staat, durch das Verhaften und Einsperren von politisch Aktiven aus der katholischen Bevölkerung den Kampf gegen die IRA zu ergänzen. 1971 internierte man kurzerhand auf einen Schlag 342 der IRA-Unterstützung Verdächtige, die Zahl stieg schließlich auf ca. 1600 an. Heute ist die Zahl der politischen Gefangenen eher noch höher, seit 1976 werden sie als „Terroristen“ von Sondergerichten abgeurteilt.

zung Verdächtige, die Zahl stieg schließlich auf ca. 1600 an. Heute ist die Zahl der politischen Gefangenen eher noch höher, seit 1976 werden sie als „Terroristen“ von Sondergerichten abgeurteilt.

Kampf gegen Isolationshaft

Seit 1976 führten die gefangenen Frauen im Gefängnis Armagh und die Männer im Hochsicherheitsgefängnis Long Kesh, in den H-Blocks einen verblissenen Kampf darum, den Status als politische Gefangene zurückzugewinnen, der den Internierten erlaubt hatte, gemeinsam und nach eigenen Vorstellungen im Knast zu arbeiten, Sport zu treiben und sich weiterzubilden. Erst der Hungerstreik der gefangenen Frauen und Männer von IRA und INLA im Jahr 1981 konnte den britischen Staat dazu bringen, gewisse Reformen am System der Isolationshaft in den H-Blocks und Armagh vorzunehmen. Den Gefangenen wurde endlich erlaubt, eigene Zivilkleidung zu tragen, ein, zwei Besuche, Briefe und Pakete pro Monat mehr als vorher zu bekommen. Die Knastbehörden versuchen, Schritt für Schritt auch diese Reformen wieder rückgängig zu machen. Vor allem versuchen sie jedoch, die in den H-Blocks üblichen Unterdrückungstechniken auf alle politischen Gefangenen auszuweiten. Während z.B. männliche Untersuchungsgefangene in das neue Hochsicherheitsgefängnis Magilligan eingesperrt werden, verschärft man besonders die Situation im Frauengefängnis Armagh.

Seit Dezember 1982 muß sich jede Frau, die als Gefangene den Knast betritt oder verläßt, dem „Strip Searching“ unterziehen, d.h. sie muß sich völlig nackt ausziehen und von Wärterinnen eingehend begutachtet lassen. Offiziell als Sicherheitsmaßnahme gerechtfertigt, trifft diese Schikane vor allem die Frauen in Untersuchungsgefangenschaft, die jede Woche zum Hafttrichter müssen und dabei zweimal dem „Strip Searching“ unterworfen werden. Briegle Brownlee berichtete 1983, als sie nach 6 Jahren Haft gerade aus dem Knast in Armagh entlassen worden war, daß das „Strip Searching“ immer

öfter durchgeführt wurde, z.B. bei Verwandtenbesuchen, wenn Frau den Knastflügel verließ, Fortbildungskurse besuchte o.ä. machte.

„In der Zeit, in der ich dort war (im Frauenknast Armagh), bin ich neunmal gestripsearched worden, als ich zum Gericht mußte. (...) Nach der ersten Durchsuchung, als ich nach Armagh kam, war mir noch nicht völlig klar, was geschah. Das erste Mal, das ich zum Gericht ging, jedoch nahm mir meine Illusionen. Da langerten 9 Wärterinnen herum. (...) Sie forderten mich dazu auf, mich auszuziehen und meine Kleider zur Untersuchung herauszureichen. Als sie sie bekamen, machten sie hässliche Bemerkungen zu ihrem Zustand und Stil, nur um mich zum Reagieren zu bringen. Die Tür blieb offen, und ich blieb voll den Blicken aller neun von ihnen ausgesetzt. (...) Zuerst fühlte ich mich gedemütigt, dann forderten sie mich auf, mich umzudrehen, und ich wurde gewahr, daß man auf mich stierte. Meine Scham schlug in Ärger um.“ (An Phoblacht/Republican News)

Solidarität

Von Beginn an wurde der Kampf der Frauen und Verwandten gegen das „Strip Searching“ von Frauen aus der irischen und englischen Frauenbewegung, von Sinn Fein und der irischen Linken unterstützt. Seit 1979 „Women Against Imperialism“ vor dem Gefängnis in Armagh demonstrierten, versammelten sich zum 8. März, dem „Strip Searching“ von Frauen aus der irischen und englischen Frauenbewegung, von Sinn Fein und der irischen Linken unterstützt. Seit 1979 „Women Against Imperialism“ vor dem Gefängnis in Armagh demonstrierten, versammelten sich zum 8. März, dem internationalen Frauentag, alljährlich Frauen, um auf die Frauen im Knast aufmerksam zu machen und deren Kampf im Knast zu unterstützen. Dieser Jahr demonstrierten Hunderte von Frauen vor dem Knast in Armagh und dem Brixton-Knast in London, wo zwei Innen dem „Strip-Searching“ unterworfen werden. In Irland hat die Bewegung gegen „Strip-Searching“ breite politische Unterstützung gefunden. Prominente Iren wie Sean McBride, eine der führenden Persönlichkeiten bei amnesty international, Friedensnobelpreisträger, Leninpreisträger, Stadtverbände von Gewerkschaften z.B. von Dublin und Limerick, Umweltschutzgruppen und J. Welt-Solidaritätsgruppen, Lesbierinnen, Gruppen von Arbeitslosen und Mieterinitiativen fordern heute in Irland: Stop the Strip Searching! Delegationen, z.B. von den Dubliner Gewerkschaften besuchten die gefangenen Frauen in Armagh. (Da selbst die konservative Fianna Fail-Partei, größte der Parteien im Dubliner Parlament, sich gegen diese entwürdigende Schikane ausgesprochen hat, ist es durchaus denkbar, daß die Bewegung gegen Strip-Searching die britische Regierung erneut vor den Europäischen Gerichtshof oder eine ähnliche Instanz zitieren kann.) Die internationale Solidarität beschränkt sich bisher auf die englischsprachigen Länder wie Australien und Neuseeland und vor allem England, wo Frauengruppen, Studentenorganisationen, Gewerkschaftsgruppen und Teile der Labour Party den Widerstand gegen Strip-Searching in zunehmendem Maß unterstützen.

S.U., Irlandgruppe Aachen

Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden Mit Rechtshilfetips

Eine Anleitung für jedermann und jedermann
Hrsg.: Sanitärgruppen
7. vollst. überarb. Auflage
16. + 20. Tausend - 64 S. - 41 Abb.
Preis 4,- DM - 3,50 sfr - 28 öS
(incl. 60 Pf. Nicaragua-Spende)

Zu bestellen bei:
FUU — Förderverein Umweltschutz
Unterreihe, Weidenstieg 17
2000 Hamburg 20
Für Buchhandel und BI's Rabatte
Einzellexempl.: 4 DM + 1 DM Porto

Inhalt: Vorbereitung und Verhaltens-tips für Demos, Blockaden und phantasievolle Aktionen; Rechtshilfetips; Erkennen und Selbstversorgung der wichtigsten demonstrationstypischen Verletzungen; Checklisten für Demos, Blockaden u.ä.m.

Sinn-Fein Rundreise

mit
Danny Morrison, Abgeordneter des nordirischen Parlaments, Mitglied im Sinn Fein-Vorstand

Briegle Brownlee, Stop the Strip Searching Committee und Sinn Fein

Zentraler Ausrichter: Zeitschrift „IRLAND INFORMATION“

28.5. Hamburg, Hamburg-Haus, Doormannweg, 19 Uhr
Veranstalter: Buchladen Gegenwind, Kommunistischer Bund, u.ä.

29.5. Bremen, Consul-Hackfeld-Haus (Klubraum), 20 Uhr
Veranstalter: ASTA der Uni Bremen (Kultur-, Internationalismus- und Anti-Kriegs-Referat)

30.5. Braunschweig, Freizeit- und Bildungszentrum, Nimesstraße, 19.30 Uhr (mit Danny Morrison)
Veranstalter: KB, ASTA der TU u.ä.m.

30.5. Göttingen, Universität, 19.30 Uhr (mit Briegle Brownlee)
Veranstalter: Fachschaft Anglistik der Uni Göttingen

31.5. Offenbach, DGB-Haus, 19.30 Uhr (mit Danny Morrison)
Veranstalter: die GRÜNEN (Stadt Offenbach), Buchladen am Markt, IGM-Jugend u.ä.m.

31.5. Marburg, Kommunikations- und Freizeitraum, 20 Uhr (mit Briegle Brownlee)
Veranstalter: GBAL, GAL

Sozialistische Fraktion, Feministische Frauenliste, ASTA-Internationalismus Referat, Buchladen

31.5. Marburg, Kommunikations- und Freizeitraum, 20 Uhr (mit Briegle Brownlee)
Veranstalter: GBAL, GAL-Sozialistische Fraktion, Feministische Frauenliste, ASTA-Internationalismus Referat, Buchladen Roter Stern, autonome Gruppen u.ä.m.

1.6. Stuttgart, Gaststätte SPITTA-Eck (Straßenbahnlinie 2 u. 9, Haltestelle Arndt-/Spittasstraße), 19.30 Uhr
Veranstalter: Freunde der Sinn Fein und KB

2.6. Aachen, Bildungswerk für Friedensarbeit, Am Adalbert-Stein-Weg Nr. 237, 20 Uhr
Veranstalter: die GRÜNEN (Stadt Aachen), Bildungswerk für Friedensarbeit, Irland-Komitee

3.6. Bonn, Gemeindezentrum Dörschendorf, 20 Uhr
Veranstalter: Stadtzeitung „de Schnüß“, Buchladen 46, Stadtratsfraktion „die GRÜNEN“, KB u.ä.m.

4.6. Wuppertal, Universität, 16 Uhr
Veranstalter: ASTA der Uni Wuppertal

4.6. Münster, KSG, Frauenstraße, 20 Uhr
Veranstalter: Stadtzeitung „de Schnüß“, Buchladen 46, Stadtratsfraktion „die GRÜNEN“, KB u.ä.m.

5.6. Berlin, Technische Universität (TU), 19.30 Uhr
Bei den Veranstaltungen in Münster und Berlin standen die örtlichen Unterstützungsbündnisse zum Zeitpunkt der Redaktionschluss noch nicht fest.

Möglicherweise wird noch eine weitere Veranstaltung am 27.5., dem Tag der Ankunft der Sinn Fein-Delegation, in Dortmund stattfinden.

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7683, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abdruck, sonst PreScha Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinung durch höhere Gewalt keine Entschädigung.

Auflage dieser Ausgabe: 4.800 Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abosenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wir beenden hiermit offiziell die „Weihnachtsspenden-Sammlung“. Wir danken allen Genossinnen und Genossen, allen Sympathisanten/innen und AK-Leser/innen für ihren Beitrag und das Zustandekommen dieses Ergebnisses. Wir haben damit unser Wunschergebnis und das Ergebnis des letzten Jahres um 30% übertroffen. Auch wenn wir nicht glauben, daß die Bourgeoisie mit dem Geldsack zu schlagen ist, so gibt dieses Ergebnis doch die Hoffnung, daß dem Finanzsystem auch ein politischer Aufschwung folgt.

Fortsetzung auf Seite 1

Erklärung von RADI-AKTIV vom 1.5.86

Aktionen und Stellungnahmen gegen den US-Angriff auf Libyen

- Ein Überblick -

Über 100.000 Menschen haben in der BRD und Westberlin zwischen dem 15. und 20. April ihren Protest gegen den US-Bombenangriff auf Libyen auf die Straße getragen. Beeindruckender als die bloße Zahl der Demonstrationen sind die Umstände, unter denen so erfolgreich mobilisiert werden konnte. In Westberlin, wo mit 15.000 Teilnehmern die größte Demonstration am Tage des Überfalls stattfand, legten drei parteilose Aktive aus der Friedenskoordination Ort und Zeitpunkt der Demo einfach fest. Den Rest erledigten Telefonrundrufe, Seminaragitationen und Rundfunkkontakte. Nicht viel anders lief es in Hamburg, aber auch in kleineren Städten.

„Die Friedensbewegung hat ihre große Kraft gezeigt“ und Antworten „auf die Herausforderungen imperialistischer Kriegspolitik“ gegeben, schreibt die „UZ“ (24.4.). In der Tat — das von den Umständen diktierte Tempo ließ politische Meinungsverschiedenheiten vorübergehend in den Hintergrund treten. Hatte die Westberliner SEW nach den ersten Angriffen der US-Navy in der Großen Syrte irgendwelche Aktionen noch mit dem Hinweis auf ihren Fünfjahresplan (8. Mai, UNO-Jahr des Friedens u.a.) abgelehnt — jetzt halfen solche Ausflüchte nicht mehr.

Zur Klärung der politischen Streitfragen konnte die hektische Woche wenig beitragen. Sozialdemokraten beunruhigt am Libyen-Überfall vor allem die befürchtete „Eskalation des Terrors“; die DKP duldet keinerlei Kritik an der SPD; die Grünen haben immer noch ihre Probleme mit dem NATO-Austritt. Es wäre schon ein großer Schritt vorwärts, wenn sich die „Bewegung“ und die sie tragenden Strömungen für den Tag X weiterer militärischer Aggressionen gegen Libyen auf gemeinsame Aktionen einigen könnten.

Im folgenden ein Überblick über Aktionen gegen den US-Bombenangriff und eine Nachlese wesentlicher Publikationen zum Thema.

SPD-Ortsverein Stadtmitt. Streit gab es um einen „nicht verabredeten“ Abschied von 250 Demonstranten aus dem Sponti-Anarcho-Spektrum, die kurzfristig den Pferdemarkt als Hauptverkehrsnotenpunkt blockierten. — In Hannover zogen aufgerufen von Grünen und DKP am 15.4. 2.000 Menschen zum Amerikahaus, wo eine US-Flagge verbrannt wurde. Kundgebungsredner Garbe (MdL, Grüne) wertete den Überfall auf Libyen als „Tat eines verurteilten Filmhelden“. Ohne Festnahme endete am 16.4. eine Blockadeaktion gegen den wichtigsten Anfahrtsweg zur Hannover-Messe. 50 Leute hatten mit einem Feuer aus Autoreifen und Baumstämmen für eine halbe Stunde den Verkehr lahmgelegt. Ein Transparent „Wegen Libyen“ verdeutlichte den Sinn der Aktion. Nochmals etwa 1.500 Menschen beteiligten sich am 19.4. an einer Innenstadt-Demonstration, zu der das unabhängige Spektrum (Bis, Autonome, GAB, „Kein Frieden mit der NATO“) aufgerufen hatte. — Nach einer Demonstration von 300 Hildesheimer Studenten am Tag des Bombenangriffs demonstrierten am Samstag noch einmal doppelt so viele. — In Braunschweig und Lüneburg demonstrierten jeweils 300 Menschen; 1.000 waren es am 15.4. in Göttingen.

Nordrhein-Westfalen

Nach einer spontanen Demonstration

Nordrhein-Westfalen

Nach einer spontanen Demonstration am Dienstag fanden sich bis zu 2.000 Bielefelder zu einer Protestkundgebung ein. — Jeweils zwischen 2.000 und 3.000 demonstrierten in Münster und Köln, 400 in Witten, 500 in Hagen, 250 in Herford. — In Dortmund, wo am 15.4. zwischen 400 und 600 Menschen auf die Straße gegangen waren, besetzten drei Tage später 20 Aktive aus dem unabhängigen Friedensspektrum kurzzeitig die Geschäftsstelle der CDU. — 700 kamen am 15.4. in Bonn zusammen, wo am 19.4. noch einmal 40.000 aus dem ganzen Bundesgebiet demonstrierten. Aufgerufen hatte der Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung; die Mobilisierung war wesentlich vom DKP-Spektrum getragen worden. Unschöner Begleitumstand: einer Gruppe libyscher Demonstrierer wurde auf der Abschlussskundgebung das von ihnen lautstark geforderte Rederecht verweigert.

Hessen

Der Frankfurter Demonstrationzug wuchs auf seinem Weg zum weitläufig abgesperrten US-Generalkonsulat von 500 auf 1.500 Teilnehmer. Zwei Sternbanner und eine schwarz-rot-goldene Fahne wurden Opfer eines autonomen Vergeltungsschlages. — Die am Samstag von 600 Menschen in Hanau durchgeführte (lange vorher geplante) Aktion gegen Sprengschächte wurde aufgrund der aktuellen Ereignisse zu einer anti-amerikanischen Demonstration mit 100.000 DM Sachschaden (Polizeiangabe). — Ebenfalls am 19.4. bildeten in Darmstadt etwa 600 Demonstranten eine Menschenkette um die Cambrai-Fritsch-Kaserne.

Baden-Württemberg

In Tübingen fand auf Initiative von Schülervertretern am Freitag während der Unterrichtszeit eine Schülerdemonstration mit mindestens 500 Teilnehmern statt. — Am 19.4. gab es in Stuttgart zwei Demonstrationen: Zu der einen, initiiert von DKP und SPD, kamen 300, zu der anderen, initiiert von einem „unabhängigen Plenum“, 4.500 (siehe Kasten). — Angeführt von einem Transparent mit der Aufschrift „US-Terror & NATO-Treue = bombensichere Zeiten“ zogen ebenfalls am 19.4. 2.000 Menschen durch die Hei-

delberger Innenstadt zum von starken Polizeikräften abgeschirmten US-Hauptquartier. — In Freiburg demonstrierten am Dienstag 1.000 und am Samstag zwischen 3.000 und 4.000. Extratouren bei der Vorbereitung der zweiten Demonstration machten die Grünen sowie die DKP und ihre Bündnispartner. Sie wollten im Aufrufungsblatt lediglich die Bundesregierung (nicht den Staat BRD) als Komplizen der US-Aggression genannt haben und verlangten die Streichung zweier kritischer Sätze über die SPD. — Jeweils 400 bis 500 Teilnehmer hatten die Demonstrationen in Ulm und Ravensburg. Kleinere Aktionen gab es u.a. in Baden-Baden, Karlsruhe, Schopfheim und Lörrach.

In Stuttgart waren am Tag des Bombardements, teils von den Grünen, teils von der DKP-nahen „Landesfriedensberatung“ initiiert, einige spontane Demonstrationen gelaufen. Am Abend des Tages kamen 250 Leute aus allen Teilen der „Szene“ zusammen, um das

Und außerdem ...

demonstrierten am 15.4. 800 Nürnberger und versammelten sich in Trier einen Tag später 550 Leute zur, meldete unser Berichterstatter, „größten Spontandemo seit Menschengedenken“. (Zahlenangaben nach Berichten aus den örtlichen KB-Gruppen sowie nach „faz“, „UZ“, „Frankfurter Rundschau“ und Lokalpresse.)

Aus den unzähligen Flugblättern, die auf den Demonstrationen verteilt wurden, den Presse-Erklärungen und Appellen der bundesdeutschen und ausländischen Linken, der Grünen und der Sozialdemokraten können wir hier nur einen kleinen Teil vorstellen. Zitiert werden vor allem jene Passagen, die sich — über die Verurteilung des Bombenangriffs hinaus — mit den Konsequenzen beschäftigen: Soll die Friedensbewegung weitergehende Forderungen stellen — NATO-Austritt? — oder lieber den „maßgebenden Einfluß“ dieses oder des nächsten (vielleicht sozialdemokratischen) Bundes-



Foto: M. Stroux

Foto: M. Stroux

weitere Vorgehen zu beraten. Angebot von dem Verhandlungsgebarren der Vertreter mancher Organisationen rief den mehrheitlich Unorganisierten der Geduldsfaden: Man wolle kein langwieriges Aktionsbündnis, sondern möglichst eine Demo starten; außerdem sei man sich doch im Grundsätzlichen einig: Stopp der Aggression gegen Libyen und NATO-Austritt! Eine Abstimmung ergab, daß 90% der Anwesenden dafür waren, nicht nur den US-Angriff zu verurteilen, sondern insgesamt die NATO, DKP-Vertreter und zwei grüne Funktionäre fanden das unpassend.

Die DKPler hatten ohnehin zur zentralen Demonstration nach Bonn fahren wollen, wurden aber anderen Sinnes, als die Grünen nun wg. gemeinsamer Demo an sie herantraten. Es entstand das „ganz breite Bündnis“ von DKP-Spektrum, Grünen, Jusos und auch christlichen Friedensgruppen, die auf die Diffamierung der Unabhängigen durch die DKP erstmal reinfleierten. Am 19.4. schlug die Stunde der Wahrheit: Die Grünen waren in quasi letzter Minute aus dem Bündnis mit der DKP ausgetreten, das „Unabhängigen-Plenum“ hatte mit allen Kräften mobilisiert, Plakate verklebt und Flugblätter verteilt mit der Parole „Stoppt die Aggression gegen Libyen — Raus aus der NATO!“. 4.500 Menschen beteiligten sich an der Demonstration der Unabhängigen, an der Spitze ein großes „Raus aus der NATO“-Transparent. Zur Auftaktkundgebung der DKP waren nur 300 Leute gekommen, von denen sich der größte Teil alsbald der Anti-NATO-Demo anschloß.

Westberlin

Die Mobilisierung am Tag des Überfalls lief weitgehend an den stiegesseesenen politischen Organisationen vorbei. Nach relativ magerem Beginn gewann die Demonstration bis auf 15.000 Teilnehmer an, unterstützt durch die Berichterstattung im SFB-Jugendfunk. Nach der Demonstration gab es Glasbruch in Höhe von 1,3 Millionen DM (SFB). Die Demonstration am Samstag, zu der die AL aufgerufen hatte, mobilisierte nur noch 6.500 Menschen.

für die bisherige laue Reaktion der SPD-Führung, insbesondere des Kanzlerkandidaten Rau, auf die Vorgänge in Libyen.“ Die Jusos fordern von ihrer Partei „eine klare und unzweideutige Distanzierung vom Staatsterrorismus der USA!“.

Kohl gegen Reagan aufhetzen!

So weit wie die Bremer Jusos geht die DKP nicht. Ihr Präsidium will Kanzler Kohl Mut machen: „Jetzt genügt es nicht, wenn die Bundesregierung von den USA fordert: Niemals dürfen vom Boden der Bundesrepublik aus Flugzeuge zum Angriff auf andere Länder starten. (...) Jetzt erst recht: Hände weg von SDI!“

Auch der Bonner Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung verzichtet auf jedes kritische Wort an die Adresse der SPD. Er erinnert Kohl an seinen Amseid: „Dem Verfassungsauftrag entsprechend erwartet die Öffentlichkeit jede nur erdenkbare Einwirkung auf die USA durch den Bundeskanzler, damit sie den eingeschlagenen Weg nicht fortsetzt.“ Ohne weitere Erläuterungen schließt sich der Satz an: „Es gilt jetzt aus der weiteren Einbeziehung der NATO in diese Kriegshandlungen Konsequenzen zu ziehen.“

Blaues Grün

Die Stellungnahmen aus den beiden grünen Zentralen (Bundestagsfraktion, Bundesgeschäftsstelle) heben sich von den Erklärungen aus dem von grüner Seite oft kritisierten „DKP-Spektrum“ kaum ab. Auch sie verzichten vollständig auf eine Kritik an der SPD. Immerhin richten die Grünen etwas klarere Forderungen an die Bundesregierung, von der sie verlangen,

— „mit allem Nachdruck die Bombenangriffe der USA auf Libyen zu verurteilen

— dafür Sorge zu tragen, daß von deutschem Boden (auch nicht von US- oder NATO-Stützpunkten!) keine Aggressionen gegen Libyen oder andere Staaten ausgehen, und daß in kriegerische Handlungen verwickelte Militärmaschinen keine Überflugrechte erhalten

— das war-time-host-nation-support-maschinen keine Udemingbire Bmaaten

— das war-time-host-nation-support-Abkommen, mit dem sich die Bundesrepublik zur Unterstützung solcher Abenteuer verpflichtet hat, sofort zu kündigen.“

An die heikle Frage des NATO-Austritts tasten sich die Grünen nur heran, um da, wo es spannend wird, abzuweichen: „Die direkte Unterstützung der USA durch die britische Regierung und die Billigung des Überfalls durch andere NATO-Staaten zeigen, daß die Mitgliedschaft in der NATO automatisch zur Beteiligung an Angriffskriegen anderer Mitgliedsstaaten führt.“ Punkt und Absatz!

Ähnlich wird in der Stellungnahme der Grünen im Bundestag verfahren. „Schon jetzt machen die Ereignisse unmissverständlich klar, welche Gefahr für europäische Staaten aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NATO von der kriegerischen Politik der USA gegen Libyen ausgeht“, erklärt die Fraktion, ohne diesem klugen Gedanken noch einen weiteren Satz folgen zu lassen.

Einen Schritt weiter wagt sich Fraktionssprecher Ludger Volmer. „Die Vorgänge im Mittelmeer“ sind für ihn „ein weiterer Anlaß, die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik in Frage zu stellen.“ Was ihn allerdings nicht hindert, gleich wieder den Blick auf den von allen Parteien umworbenen Wähler der Mitte zu richten und ohne Rücksicht auf sinnvolle Satzanschlüsse fortzufahren: „Wir verurteilen jede Form des Terrorismus, sei es durch Ghaddafi, sei es durch Reagan.“

Die Hamburger GAL ist Mitunterzeichnerin einer Erklärung „Vom Staatsterrorismus zum Interventionskrieg in Libyen“, in der die Gefahr weiterer, dann unter direkter Beteiligung der europäischen NATO-Staaten durchgeführter Kriegshandlungen gegen Libyen belegt wird. In einem Vorspann zu diesem Papier formuliert die GAL gemeinsam mit der Hamburger Friedenskoordination ihre Befürchtung einer weitergehenden Eskalation: „Wir wagen uns kaum auszumalen, was aus den bisherigen Sympathiekundgebungen für die US-Politik (Geißler, CDU), den sogenannten Zwischentönen (Kohl, Bundeskanzler, und Rau, Kandidat) und den leichten Distanzierungen (Vogel, SPD) wird, wenn die „Amerikaner“ erneut zuschlagen oder gar einen offenen Krieg gegen Libyen beginnen.“

Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein

In Flensburg demonstrierten am 15.4. 350 Menschen. In Kiel waren es am Dienstag zunächst 400 gewesen; am Samstag versammelten sich 5.000 Leute zur — so die „faz“ — „größten Demonstration in der Geschichte der schleswig-holsteinischen Friedensbewegung“. In Lübeck gingen 400 Menschen auf die Straße. Zu kleineren Aktionen kam es auch in Rendsburg, Schleswig und Norderstedt.

Hamburg

In Hamburg gab es am Tag des Überfalls auf Libyen gleich zwei Demonstrationen: eine von etwa 1.500 Studenten am Mittag, die dem US-Konsulat einen Besuch abstatteten; eine weitere mit Anfang 5.000, dann bis zu 10.000 Teilnehmern in den Abendstunden. Zu einer weiteren Demonstration am 19.4. kamen nur noch 2-3.000 Menschen und fast ebenso viele Uniformierte, die den Demonstrationszug in dichtem Spalier vor den Blicken der Reisbevölkerung abschirmten („Gefangenentransport“).

Bremen

In Bremen demonstrierten am 15.4. 3.000 Menschen, am 19. noch einmal 5.000, darunter auch ein starker sozialdemokratischer Block. Am Sonntag wurde zusätzlich von 1.000 Aktiven für etwa drei Stunden die Garstedter US-Kaserne blockiert. 650 Bremerhavener zogen am 15.4. nach einer Kundgebung Richtung „Officer's Club“ im amerikanischen Wohnviertel. Ein Sprecher der Bremerhavener Jusos erklärte, „Amerika würde ohne das NATO-Bündnis im Rücken keine Bomben werfen.“

Niedersachsen

In Emden fand am 16.4. eine Demonstration mit einer für örtliche Verhältnisse beachtlichen Zahl von 250 Teilnehmern statt. — In Oldenburg gab es am Dienstag zunächst eine spontane Demonstration mit 500 Beteiligten. Am Samstag demonstrierten noch einmal 1.300 Menschen. Aufgerufen hatten neben Linken und Grünen auch mehrere DGB-Gewerkschaften und der

Bei Nordwind 30 Mio Tote

Nachdruck aus Arbeiterkampf Nr. 97, Jan. 1977



Bei Nordwind 30 Millionen Tote. Die Karte zeigt den Weg der Strahlenwolke nach dem größtmöglichen Unfall in einer Aularbeitungsanlage im Emsland — errechnet vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz nach den Zahlen des Regierungsgutachtens

Aus: STERN, 13.1.77

Aus: STERN, 13.1.77

(...) „Bei Nordwind 30 Millionen Tote“ — so beschreibt der „Stern“ vom 13. Januar die Folgen eines „Betriebsunfalls“ beispielsweise in einer Wiederaufbereitungsanlage im Emsland. Zugrunde liegt dieser Schätzung ein GEHEIMES Regierungsgutachten! Auch der „Spiegel“ vom 17. Januar nahm sich des Themas an: „Bühnen-Katastrophen hat es in der gerade 25-jährigen Geschichte der Atomkraft schon mehrmals gegeben: Hunderttausende von Menschen schwebten dabei in Lebensgefahr, radioaktiv verseuchte Ruinen blieben als Mahnmale in der Landschaft.“

Im Gegensatz dazu will die Regierung der Bevölkerung offiziell kräftige Beruhigungspillen verordnen. Millionen von Mark werden in eine breit angelegte Kampagne gepulvert, die uns weismachen soll, daß Kernkraftwerke die sicherste Sache von der Welt seien. So heißt es beispielsweise dazu in einer offiziellen Beruhigungs-Broschüre: „Es muß festgestellt werden, daß alle auf der ganzen Welt bis jetzt gebauten bzw. im Bau befindlichen Kernkraftwerke ein so hohes Maß an Sicherheit erreicht haben, daß die Wahrscheinlichkeit für einen Schaden, der für die Umgebung eine wie auch immer geartete Gefährdung bedeutet, als sehr gering bezeichnet werden kann.“ „Bei den Rechnungen wurde vorausgesetzt, daß im Umkreis von 32 km um den Reaktor 15 Millionen Tote nach der wahren, nach der Studie tritt der wahrscheinlichste Unfall mit einer Häufigkeit von 1:17.000 pro Jahr auf (d.h. einmal in 17.000 Jahren könnte sich ein derartiger Unfall in einem KKW ereignen!). Bei diesem Unfall gibt es weder Tote noch Verletzte. Maximal vier Schilddrüsenerkrankungen können eintreten... Die schlimmstmöglichen Folgen nach einem Unfall mit den ungünstigsten Randbedingungen auf. Zu beklagen wären dann 2.300 Tote, 3.600 akute Erkrankungen... Die Wahrscheinlichkeit hierfür beträgt allerdings nur 1:1 Milliarde pro Jahr, d.h. einmal in 1.000 Millionen Jahren kann ein solcher Unfall eintreten. Anders interpretiert: Bei 100 Kernkraftwerken sind 10 oder mehr Tote nur alle 2.300 Jahre, über 100 Tote nur alle 2.300 Jahre und mehr als 1.000 Tote nur einmal in 1 Million Jahren zu erwarten.“ Die Gefahr, vom Blitz getroffen zu werden, sei demnach 25 mal so hoch

wie die Gefahr, bei einem KKW-Unfall ums Leben zu kommen! (Zitiert aus der Broschüre „Zum besseren Verständnis der Kernenergie“, herausgegeben von den Hamburger Elektrizitätswerken und der Nordwestdeutschen Kraftwerke Aktiengesellschaft, S. 25/26 und S. 31.)

So sieht die offizielle Einschläferungs-Propaganda der Stellen aus, die an dem Bau von KKW's unmittelbar beteiligt und interessiert sind. Es hat also seinen Grund, wenn beispielsweise das vom „Stern“ zitierte Regierungsgutachten, das für den schlimmsten Fall den Tod von 30 Mio. Menschen in der BRD (die Hälfte unserer Bevölkerung!) annimmt, seit fünf Monaten geheimgehalten wird. Selbst beim schwächsten der angenommenen schweren Unfälle „kann die Strahlenbelastung in 100 Kilometer Entfernung noch 15 mal so hoch wie die absolut tödliche Dosis sein“. Das könnte beispielsweise der Fall sein, wenn in dem geplanten KKW Brokdorf bei einem Unfall das innere Sicherungssystem versagt und der Reaktorkern schmelzen sollte. Die Menschen unserer Stadt würden dabei entweder auf unvorstellbar grausamvolle Weise ums Leben kommen oder in kaum weniger grausamer Weise als Atom-Krüppel „überleben“.

Hinzu kommen die wohlweislich noch gar nicht näher erforschten Folgen, die sich bei einem „normalen“ unfallfreien Betrieb eines KKW für die Umgebung ergeben. Gesichert ist, daß insbesondere ungeborene Kinder im Mutterleib durch die „normale“ Strahlung erhöht gefährdet sind, und daß auch Kinder mit ihren schwächeren Körpern der Strahlung ganz besonders ausgesetzt wären. Auch der Anstieg von Krebserkrankungen bei Erwachsenen muß als gesicherte Folge eines „normalen“ KKW-Betriebs gelten. (...)

Antiquariatstip:
„Harrisburg war nur der Anfang“ Herausgeber: AKW-Nach-Kommission des Kommunistischen Bundes, Verlag J. Reents, Hamburg, 1979

Fortsetzung von Seite 1

Im Beschwichtigen übten sich CDU wie SPD, CSU wie FDP, Bundes-Länder und Fahrzeuge aus Osteuropa wurden wegen Strahlenverseuchung zurückgeschickt, landwirtschaftliche Einfuhr soll streng kontrolliert werden. In dieser primitiven Sichtweise fängt die Gefährdung östlich der Grenze an, westlich davon hört sie abrupt auf. Eine größere Dummheit ist kaum vorstellbar. Radioaktive Wolken kennen keinen „eisernen Vorhang“.

Wem also glauben? Den Nachrichten von gestern oder denen von heute? Den scheinbar vernünftigen oder den scheinbar panischen Experten? Die Antwort ist klar: Wer über Jahr und Tag die atomare Katastrophe als Hirschgospinist abgetan hat, klammert sich, auch wenn sie eingetreten ist, daran, daß alles halb so schlimm sei. Wer dagegen vor eben dieser Gefahr dringend gewarnt hat, dessen Einschätzungen haben Gewicht. Das sind in diesem Fall die Bürgerinitiativen, die Grünen, Ökoinstitute und kritische Wissenschaftler. In den bürgerlichen Medien drängen sie nicht einmal heute durch. Aber auf ihre Stimme sollte man hören.

Demnach ist auch in der Bundesrepublik, ca. 2.000 km vom Unglücksort entfernt, der Fall out keineswegs auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Gefahr ist höher bei Kleinkindern und Menschen, die ohnehin krebserzeugenden Situationen ausgesetzt sind. Keine Frischmilch trinken, Vorsicht bei Frischgemüse, das aus deutschen Ländern „aktiv“ aus den Tisch kommt (die erlaubten Grenzwerte sind viel zu hoch!), bei Regen die Straße meiden, zwar nicht gerade Jodtabletten schlucken (wegen der Schockwirkung der auf einen Schlag aufgenommenen Menge), wohl aber statt des üblichen Salzes das in Lebensmittelgeschäften erhältliche Jodsalz (vorversetzt, es ist nicht auch schon aktiv...) benutzen usw. — alles das ist ernstzunehmen. Das schlichte, einfache Alltagsleben der Menschen auch in Mitteleuropa ist berührt, die Konsequenzen sind noch nicht abschbar. In weiten Teilen der Bundesrepublik hat eine halbe Woche genügt, um die Strahlendosis abzukontrollieren, der man normalerweise im Verlauf eines vollen Jahres ausgesetzt ist.

Besonders problematisch: Während in Schweden vierzehn unterschiedliche radioaktive Spaltprodukte aus Tschernobyl identifiziert wurden, werden in Schweden vierzehn unterschiedliche radioaktive Spaltprodukte aus Tschernobyl gemessen und bekanntgegeben wurden, stellen die hiesigen Behörden eine offenkundig manipulierte Berechnung an: Es wird nur die gesamte gemessene „Beta-Aktivität“ angegeben und auf die vergleichbare Wirkung des radioaktiven Jod 131 umgerechnet, um daraus die Belastung abzuschätzen. Dieser Stoff ist aber nur eines der Spaltprodukte. Tatsächlich wurden auch in der BRD schon Cäsium (kann sich in allen Zellen anbauen), Strontium (befallt das Knochenmark) und vor allem Neptunium nachgewiesen. Letzteres zerfällt binnen zweier Tage in Plutonium, ist also in der Realität Plutonium. Nach Informationen der Grünen hat die Bundesregierung in diesen Tagen nicht nur versucht, Ergebnisse der Messstationen zu manipulieren oder deren Bekanntgabe zu verzögern, sie verschweigt vor allem, daß die radioaktive Wolke von Tschernobyl nach ersten Analysen zu 9,2% aus Neptunium, und das heißt: Plutonium, besteht soll.

Für die weitere Entwicklung wird vieles vom Wetter abhängen. Der Westwind als natürlicher und wichtigster „Schutz“ vor modernster Technik

FALL OUT

— kann es eine deutlichere Sprache der Hilflosigkeit, einen klareren Ausdruck für Bankrotterklärungen geben? Doch auch die günstigsten Wetterverhältnisse werden nicht verhindern, daß die radioaktive Wolke noch jahrelang in der Atmosphäre bleiben und um die Erde kreisen wird.

Noch weit dramatischer ist die Lage der Menschen, die aus der Umgebung von Tschernobyl evakuiert werden mußten, und selbstverständlich muß man auch um die Bürger Kiews Angst haben. Die entgegen den Vorisößen Gorbatschows, die Öffentlichkeit nicht zu scheuen, geradezu unglaubliche Informationspolitik der Sowjetunion hat bisher kaum etwas nach außen dringen lassen. Mit Sicherheit kann aber davon ausgegangen werden, daß die Anfang Mai bekanntgegebenen, für diesen Zeitpunkt vielleicht zutreffenden Zahlen — zwei Tote, zwanzig Schwerverletzte, zweihundert leichter Verletzte — ein trügerisches Bild ergeben. Die Gruppe Ökologie Hannover hat sehr schnell eine Computer-Simulationsstudie mit den Daten des betroffenen sowjetischen Atomkraftwerks durchgeführt, um sich ein grobes Bild machen zu können. Demnach müßte am Unglücksort selbst eine sofort tödliche Strahlung herrschen. In 10 km Entfernung würde die Strahlung massenhaft akute, tödlich verlaufende Strahlenkrankheiten hervorrufen. In 100 km Entfernung (Kiew) käme man, dieser Abschätzung zufolge, immer noch auf eine Dosis von 10 rem. Dies ist nach der herrschenden westlichen Sicherheitsphilosophie in etwa die vorgegebene jährliche Höchstbelastung für Arbeiter und Angestellte von Atomanlagen. 25 rem gilt in westlichen Katastrophenebenen als „Gefährdungsdosis“, diese Pläne sind jedoch von der Atomlobby diktiert. Was das zu bedeuten hat, mag man sich daran veranschaulichen, daß niemand von denen, die solche Pläne ausgearbeitet haben, sich jetzt freiwillig nach Kiew begeben würde. Dementsprechend haben dort tätige westliche Firmen ihre Mitarbeiter zurückgerufen.

Der Moskauer KPdSU-Vorsitzende, Jelzin, hat anläßlich seines Aufenthalts beim Hamburger Parteitag der DKP ein paar dürre Fakten genannt: „Von Hubschraubern werden Säcke mit Sand, mit Blei und mit Bor abgeworfen, um eine dichte Kuppel über der Zone der Havarie zu schaffen. Die Radioaktivität ist wesentlich gesunken: Aber sie beträgt immer noch 200 Röntgen pro Stunde.“ („Tageschau“, 2.5.86) Größenordnungsmäßig stimmt das mit der Hannoveraner Studie überein. Ausgehend von diesem unbestätigten Bild dürfte die Sowjetunion mit der Evakuierung einer 30 km Zone rund um Tschernobyl in etwa die gleichen Maßnahmen getroffen haben, die in westlichen Katastrophenebenen für einen solchen Fall vorgesehen sind (Evakuierung in einem Gebiet mit 100 rem Strahlenbelastung).

Reicht das? Was wird mit den 2,5 Millionen Einwohnern Kiews? Was tun mit der Strahlenruine, die auf Jahre hinaus Boden, Luft und Wasser verseucht? Wie wird das gesamte Industriegebiet des Dnjep-Beckens beeinträchtigt? Muß nicht die Ernte in der Ukraine vernichtet werden? Offenbar nicht die Ost-West-Terminologie „sicher, sauber, billig“ angesichts dieser Realität einen ungeheuren Zynismus?

Wir wissen nur eines: Die Methode, abzuwarten, solange es geht, zu schweigen, bis sich nichts mehr ver-

schweigen läßt, erst zu reagieren, wenn zuletzt auch der äußere, sinnlich wahrnehmbare Schein die Gefahr der unsichtbaren, aber berechenbaren Strahlung bestätigt hat — diese Methode ist in jeder Hinsicht verheerend.

Und sie kommt uns — in jeder Hinsicht — bekannt vor. Sie ist uns als Atomstaat gewissermaßen heimlich vertraut. „Das System angreifen, nicht die Technik“, versuchte Strauß am 4.5. eine plumpe Flucht nach vorn, um die „neuerliche Verteufelung der Atomenergie“ abzuwenden. Weiß er, was er da sagt? Das englische System angreifen wegen Windscale und das amerikanische wegen Harrisburg? In beiden Anlagen ist es seinerzeit zu einem teilweisen GAU, zum teilweisen Schmelzen des Reaktorkerns gekommen. Mehr Glück als Verstand, nach dem Urteil von Fachleuten sogar ein Glück, daß damals das Älterste nicht eintrat.

Uns kann das nicht passieren? Hätte die unkontrollierbare Entwicklung in Harrisburg 1979 nur 10 Minuten länger angehalten, wäre es auch dort zum Super-GAU gekommen, räumt auch der „Spiegel“ (5.5.86) ein. Wer selber nur um Haarbrennen an der Katastrophe vorbeigeschrammt ist, gerade eine winzige halbe Stunde vom atomaren Horror entfernt, der bei einem Druckwasserreaktor wie Three Miles Island wahrscheinlich noch schlimmer ausgefallen wäre, der müßte mit solchen Reden politisch bis in die Steinzeit und zurück erledigt sein, wenn es in der Politik des 20. Jahrhunderts mit rationalen Maßstäben zuginge. „Legt die herrschende Klasse still!“, hieß es auf einer Westfälischer Demonstration. Diese Leute müssen weg, wenn der Menschheit ihr Überleben lieb ist. Eine Revolution ist weniger gefährlich als ein Super-GAU.

Auch die Informationspolitik der Verantwortlichen, der bedenkenlose Umgang mit angeblich tolerablen Grenzwerten war damals nicht anders. Und wenn schließlich das Organ der AKW-Betreiber, „Atomwirtschaft“ (12/83), trotz aller Systemkritik dem durchgebrannten Sowjetreaktor hohe Sicherheit bescheinigte — „die Verlässlichkeit des ganzen Systems ist sehr (!) hoch dank der Überwachungs- und Kontrollmöglichkeit der einzelnen horizontal liegenden Kanäle“ — dann muß auch der Letzte wissen, woran er ist. Dann ist der Schluß zwingend, daß hinter wie der Müll den gleichen Standards gearbeitet wird, daß also die westliche „Verlässlichkeit“ genauso, wie es sich in Tschernobyl gezeigt hat, „sehr hoch“ ist.

Mag jemand vielleicht noch der Vollständigkeit halber an Pershing-Unfälle denken oder, wegen anderer aktueller Ereignisse in der Welt, überlegen, was im Kriegsfall mit Atomanlagen passiert? Lieber nicht! Verständlich. Lieber abschalten!

Die Anti-AKW-Bewegten und hoffentlich nicht nur sie werden sich also wieder in die Bürgerinitiativen begeben, sich organisieren. Literatur ist vorhanden, Erfahrung auch. Wir werden Gegeninformation leisten. Wir werden demonstrieren, Anhörungen und Veranstaltungen durchführen. Wir werden sicher bald auf einem Bundestreffen unsere Schritte abstimmen. Wir werden auch die Grünen wieder in den Bundestag befördern — freilich nicht, um wie in Hessen über den vorsichtigen Einstieg in den Einsatz vom Ausstieg zu rasonieren. Falls wir die Stilllegung aller Atomanlagen wieder nicht erreichen, sollte sich niemand Illusionen machen: Der nächste Super-GAU kommt nicht erst in 10.000 Jahren. Aber wo er kommt, das weiß niemand.

Katastrophenpläne für das Unmögliche

Die bislang öffentlich bekanntgewordenen, streng geheimen Katastrophenpläne für den Notfall eines angeblich sowieso nie eintretenden GAU bestätigen vor allem eines: Es gibt keinen wirksamen Schutz vor den Folgen eines Atomunfalls. Der Bevölkerung werden Jodtabletten verabreicht, die staatlichen Sicherheitskräfte haben Versuche auszuüben und die betroffene Zone abzurufen.

Am 10. März 1977 haben Freiburger AKW-Gegner den bundesdeutschen Katastrophenplan für das klassische KKW Fessenheim entworfen und bekanntgegeben. Er besteht aus zwei Teilen: Meldungen an die Bevölkerung und Weisungen an die Polizei. Beispiel: Die Bevölkerung wird über Rundfunk alle 15 bis 30 Minuten gewarnt. „Zum Schutz der Gesundheit wird dringend gebeten, sofort geschlossene Räume aufzusuchen und alle Fenster und Türen zu schließen. Stellen Sie Be- und Entlüftungsanlagen ab, um eine radioaktive Verunreinigung des Körpers, der Kleidung und der Wohnungs- und Wirtschaftsgründe zu vermeiden. Aus Sicherheitsgründen empfehlen wir auch der Bevölkerung der in der Umgebung der betroffenen Orte liegenden Gemeinden, sich in die Häuser zu begeben. Es wird davor gewarnt, sich außerhalb des Gemeindegebiets zu bewegen. Bleiben Sie ruhig und besonnen. Sie erhalten in Kürze weitere Informationen.“

An die Polizei geht die Weisung: „Bei Personen und Sachen, die aus dem Gefahrenbereich kommen, ist eine Überprüfung der Kontamination (radioaktive Verseuchung) durch geeignete Fachkräfte zu veranlassen. Erforderlichenfalls sind diese Personen abzuwandern und namentlich zu erfassen. Hierzu wird bemerkt, daß die Dekontamination nicht Aufgabe der Polizei ist. Je nach Gefahrelage ist sicherzustellen, daß die Hilfsdienste und die eigenen Kräfte nicht zu dicht an die Gefahrenbereiche heranziehen.“

Die Bevölkerung wird beruhigt, wenn sie Hilfskräfte in Schutzanzügen sehen sollte. Dies habe nichts mit erhöhter Gefahr für den einzelnen zu tun, sondern diene nur dem Schutz der Hilfskräfte, die besonderen Belastungen ausgesetzt seien. Eine Evakuierung der Bevölkerung wird bei radioaktiver Belastung von 100 rem erwogen (ein Wert, der durchaus den Schätzungen für die 30-km-Zone um Tschernobyl entspricht). Für Werte darunter wird angeraten: „Wasserdichte Regenkleidung, besonders auch für Kopf und Füße, ist unabhängig vom Wetter ein sehr wirksamer Schutz gegen radioaktive Verunreinigung; wenn Sie das Haus verlassen, nutzen ein Regenschirm nur bei Regen; bei Wind und bei jeder Staubentwicklung atmen Sie im Freien möglichst durch ein Taschentuch.“

Ganz anders die Weisungen an die Polizei zum „Schutz der eigenen Kräfte“: „Besteht die Möglichkeit der Kontamination oder Inkorporation, so

Fortsetzung nächste Seite

Havarie bei Kiew

Der Kernkraftwerksunfall in der Sowjetunion bei Bortschanka.

Schon vor mehr als 30 Jahren stellte die Sowjetunion die Drohung mit der Atomkraft durch die USA-Regierung die Perspektive einer vielfältigen friedlichen Nutzung der Atomenergie entgegen. Die Sowjetunion war das erste Land der Welt, in der Wissenschaft, unbedarft von Profitegenschaften und unter Anwendung aller vorhandenen wissenschaftlich-technischen Kenntnisse, auch aller erdenklichen Sicherheitsmaßnahmen, ein Kernkraftwerk zu bauen. Und nie zuvor in der mehr als dreißigjährigen Geschichte der friedlichen Nutzung der Atomenergie in den sozialistischen Ländern gab es einen ähnlichen Unfall.

Noch ist über die konkreten Ursachen der Havarie in Tschernobyl nichts bekannt. Eine Regierungskommission untersucht sie. Hinweise auf generelle technische Mängel, wie sie jetzt in westlichen Massenmedien verbreitet werden, entbeh-

ren daher jeder sachlichen Grundlage. Erkennbar wird der Vorfall genutzt, um das schädliche Geschäft der antisowjetischen Propaganda zu schüren und von den Verbrechen imperialistischer Machtpolitik, von Reagans Angriffen gegen Libyen und Nicaragua bis zur Fortsetzung der US-Atomtests, abzulenken.

Bei nüchternen Überlegung ist es angesichts der langjährigen, unfallfreien Verwendung von Kernkraftwerken in sozialistischen Ländern wahrscheinlich, daß die Havarie von Tschernobyl spezielle Gründe hat,

die nicht in der Technik generell liegen. Mit Harrisburg und der langen Reihe von Störfällen auch in bundesdeutschen Kernkraftwerken, die nur durch Zufall nicht in einer größeren Katastrophe endeten, ist der Vorfall in der Sowjetunion nicht zu vergleichen. Denn dessen nachweislich mögliche technische Sicherheitsstandards aus Profitgründen nicht beachtet worden. Derartige Gründe

sind in der Sowjetunion ausgeschlossen. Die sozialistische Gesellschaftsordnung tut alles und gibt große Summen aus, um die Sicherheit von Produktion und Arbeit zu gewährleisten und zu kontrollieren.

Es ist verständlich, daß Fragen bleiben, die im Augenblick nicht gelöst werden können. Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen. Wir sind gewiß, daß die sowjetische Regierung alles tun wird, um die genauen Unfallursachen mit aller notwendigen wissenschaftlichen Akribie zu untersuchen und bekanntzugeben.

Gerade in diesem Augenblick dürfen wir nicht davon ablenken lassen, daß die wichtigste Meinung auch des Unfalls von Tschernobyl darin besteht, vor allem die militärische Anwendung der Kernenergie für immer zu verhindern. Es ist die Sowjetunion, die dafür mit dem Gorbatschow-Plan vom 15. Januar weitreichende Vorschläge vorgelegt hat. Und es sind die USA unter Reagan, die sich immer noch weigern, alle Atomversuche endgültig einzustellen — ungeachtet der damit verbundenen Gefahren radioaktiver Verseuchung.

Georg Polikelt

Die UZ in der Rolle der FAZ (30.4.86) —

... und die FAZ in der Rolle der UZ (30.4.86)

Tschernobyl

N.F. Noch läßt sich das ganze Ausmaß des Reaktorunfalls von Tschernobyl nicht beurteilen. Es müssen jedoch erhebliche Mengen radioaktiver Stoffe in die Umwelt gelangt sein. Über die Schäden kann man angesichts der spärlichen Informationen nur spekulieren. Man darf zumindest hoffen, daß alles glimpflicher endet, als befürchtet. Die medizinische Versorgung der Opfer von Strahlenunfällen beruht auf großen Schwierigkeiten. Die Behandlung der Strahlenkrankheit stellt an Arzt und medizinische Technik höchste Anforderungen. Gegen die langfristigen Folgen der Strahlung, die Tumoren, gibt es so gut wie keine Therapie.

Daß sich das nun wohl folgenreichere Unglück der Kerntechnik gerade in der Sowjetunion ereignet hat, darf eigentlich niemanden überraschen. Gewiß, die Atomenergie ist, anders als die Chemie, eine vergleichsweise junge Industrie. Weil es an Erfahrungen fehlte, waren die Sicherheitsanforderungen im Westen von vornherein hoch. Später wurden sie noch erhöht. Die Sowjetunion glaubte jedoch auf hinderliche,

weil die Störfälligkeit und die Kosten erhöhende Sicherheitsvorrichtungen, weitgehend verzichten zu können. Sicherheitsbehälter und Notkühlung gelten als Luxus, die dem Fortschritt des Sozialismus entgegenstünden.

Diese kein Risiko scheuende Haltung entspricht der Rücksichtslosigkeit, mit der die Sowjetunion und das gesamte sowjetische Lager die Natur mißhandelt. Die Industrialisierung kannte keine Grenzen. Tote Seen, verschmutzte Flüsse, sterbende Wälder, verpestete Städte, Salzwüsten, Bodenerosionen — und nun radioaktiver Fallout — ergeben eine erschütternde Bilanz. Statt der Zerstörung Einheit zu gebieten, plante man weitere die Natur ruinierende Projekte. Sogar die Umleitung von Flüssen wurde ernsthaft erwogen. Die Behebung eines Schadens wäre damit nur durch noch weit größere Verwüstungen erkauft worden. Gegen diese Projekte gab es jedoch bereits Widerstände. Der Unfall von Tschernobyl dürfte die noch schwachen Stimmen stärken, die es mit dem Umweltschutz in der Sowjetunion ernst meinen. Die Erholung der Natur wird freilich noch lange auf sich warten lassen, gerade nach einem solchen Strahlenunfall.

Unfall von Tschernobyl dürfte die noch schwachen Stimmen stärken, die es mit dem Umweltschutz in der Sowjetunion ernst meinen. Die Erholung der Natur wird freilich noch lange auf sich warten lassen, gerade nach einem solchen Strahlenunfall.



Aus: SPIEGEL, 17.1.77

Heute muß es heißen: Um Tschernobyl wurde in einem Umkreis von 30 km evakuiert. Der AK-Leser möge außerdem mit einem Zirkel noch einen gleichgroßen Kreis um das AKW Brokdorf ziehen, das noch in diesem Jahr ans Netz gehen soll.

Fortsetzung von vorheriger Seite

darf der Gefahrenbereich im allgemeinen nur mit der dafür vorgesehenen Schutzausrüstung betreten werden. Essen, Trinken und Rauchen im Gefahrenbereich ist von den eingesetzten Polizeibeamten wegen der möglichen gesundheitlichen Schädigung in jedem Fall zu untersagen. Innerhalb des Gefahrenbereichs dürfen sich auch Polizeibeamte mit Schutzausrüstung nur möglichst kurzzeitig aufhalten. Die aufgenommenen Einzeldosis sollte im allgemeinen 3 rem nicht überschreiten.“ (Quelle: ARBEITER-KAMPF 101, 21.3.77)

Alternativ wurde in der Katastrophenplan-Debatte Ende der siebziger Jahre zu beruhigen versucht, daß hierzulande die Frühwarnung ausreiche, daß sich die Leute in aller Seelenruhe ins Auto setzen und ihren Wohnort verlassen. Skeptiker wiesen schon damals darauf hin, daß die entscheidende

Panik etwa in Großstädten zu einem noch größeren Chaos führen würde, als dies schon unter normalen Bedingungen zur Hauptverkehrszeit der Fall ist. Da ist schon realistisch, was Holger Ströhm Anfang der siebziger Jahre in seinem Buch „Kernenergie“ als Expertenmeinung wiedergab: Die Evakuierung einer Großstadt wie Hamburg sei „vollkommen unmöglich und daher sprechen die wenig bekanntgewordenen Evakuierungspläne folgerichtig davon, die versuchte Bevölkerung in dem betroffenen Gebiet einzuschließen und wichtige Personen mit Hubschraubern rechtzeitig zu evakuieren. Da die versuchte, zum Tode verurteilte Bevölkerung aber kaum freiwillig in dem für sie tödlichen Gebiet bleiben wird, ist zwangsläufig Schußwaffengebrauch notwendig“ (zitiert nach AK 94, Nov. 76).

Allein die Stilllegung aller Atomanlagen gewährleistet den notwendigen Schutz vor der Radioaktivität.

DKP-Vorstand: Unbeirrt für AKWs

Benutzen die bürgerlichen Medien die Katastrophe von Tschernobyl zur Hetze gegen die Sowjetunion? Jawohl, sie benutzen.

Lenken sie vom US-Überfall auf Libyen, der Bedrohung Nicaraguas, SDI, Atomtests und so weiter ab? Jawohl, sie lenken ab.

Das mag man dem Chefredakteur der „UZ“ und dem DKP-Parteivorstand allenfalls noch zubilligen, die hierin das Wesentliche an der Atomkatastrophe von Tschernobyl sehen. Wie aber können sie ernsthaft glauben, mit solcher argumentativer Billigkeit der Kritik an real existierenden Sozialismus zu entgehen? Wird das Geschehen in der Ukraine dadurch weniger schlimm, die Verantwortung von Regierung und Partei der UdSSR weniger schwerwiegend?

Man kann den Kommunismus, bzw. das, was sich dafür ausgibt und weltweit auch so verstanden wird, kaum mehr diskreditieren, als durch solche Statements. Hat es denn keinen schweren Unfall, in sowjetischen Meldungen zwischenzeitlich sogar Katastrophe genannt, gegeben? Sind nicht sowjetische Bürger, Arbeiter, Bauern und ihre Kinder unmittelbar und langfristig gefährdet? Hat diese Katastrophe nicht auch internationale Dimensionen? Man braucht nicht in einen Detailstreit um rem und Becquerel einzutreten, um zumindest eines zu erkennen: Wir haben es mit einem radioaktiven Ausstoß eines Vielfachen der Hiroshima-Bombe zu tun. Selbst wenn man sensationelle Übertreibungen der Boulevardpresse kritisiert, mußte man blind sein, um die unvermeidlichen Folgen für die Menschen zu übersehen. Vor allem natürlich für jene, die in der nächsten Umgebung von Tschernobyl leben. Zumal als DKPler könnte man wenigstens die Maßnahmen zur Kenntnis nehmen, die von der polnischen Regierung aus gutem Grund ergriffen werden.

Dies alles mit dem Hinweis auf die US-Kriegspolitik wegzubiegen zu wollen, ist Zynismus, ist das Gegenteil von sozialistischer Politik. Hier darf es keine Vermischung mit der Ablehnung der imperialistischen Kriegspolitik geben, sondern eine unzweideutige Stellungnahme zum Geschehenen muß her. Das mag angesichts der bürgerlichen Hetze nicht leicht sein, zumal auch wir viel Sympathie für die sowjetischen Abrüstungsvorschläge haben und in der Vergangenheit um ein entspannteres Verhältnis zur DKP bemüht waren.

Für die DKP führt kein Weg mehr vorbei an einer rigorosen Korrektur ihrer Position, wonach die östliche Atomenergie ebenso nützlich sei, wie die westliche verderblich ist. Sie muß die seit dem bekannten wissenschaftlichen Nachweise und Argumente ihrer Gefährlichkeit endlich zur Kenntnis nehmen, und das bedeutet: Stilllegung aller AKWs. Das Makaber ist es, vom derzeitigen Situation ist nicht, daß die antisowjetischen Medien hierzulande voll draufhalten. Makaber ist es, vom Herausgeber in der „FAZ“ die Klage zu lesen, daß „die sowjetische Bevölkerung über die Risiken atomarer Anlagen und über das Verhalten in Unglücksfällen, bei denen radioaktives Material freigesetzt wird, nichts weiß“, und daß es der SU an Verantwortung für „das Öko-System Erde“ fehle. Während umgekehrt die „UZ“, die sich als Organ der bundesrepublikanischen Opposition begriff, im Fall Tschernobyl in die klassische „FAZ“-Rolle schlüpft: beschwichtigend, verharmlosend, Vertrauen in die offiziellen Stellen fordernd — die Untersuchungskommission in der SU, die schon alles richten werde, beschwörend und das Bundesinnenministerium zitierend, das keine Gefährdungen sieht.

Vielleicht erklärt das, warum die DKP einerseits auf ihrem Parteitag steigende Mitgliederzahlen bejubeln kann, andererseits wohl noch nie in ihrer Parteigeschichte so sehr im gesellschaftlichen Abseits stand wie heute. Darüber kann man nicht schadenfroh sein. Die Verantwortung für diese Situation kann sie nicht zum wiederholten Male den bürgerlichen Hetzmedien zuschieben. Dies zu ändern, hätte sie selber in der Hand.

Vermischungen in der „UZ“

Erstmals am 30.4. berichtete die „UZ“ vom Unfall in Tschernobyl. Von Beginn an wurde hierfür die Bezeichnung „Havarie“ gefunden, die zweifellos nicht zufällig ist. Diese Bezeichnung aus dem Seerecht meint einen mehr oder weniger glimpflich verlaufenen

Unfall, etwa eine Kollision. Glimpflich ist auch der Tenor in der „UZ“. „Bemeldet wird vor allem das dürftige Bildchen an sowjetischen Informationen, selbstverständlich als wahr: Die Beschädigung des Reaktors habe „zum Entweichen einer gewissen Menge radioaktiver Stoffe geführt... Die Strahlungssituation im Kraftwerk und seiner Umgebung ist stabilisiert worden“ (2.5.86). An anderer Stelle wird davon gesprochen, daß die entweichende Radioaktivität „ständig zurückgegangen“ sei. Mit spürbarer Erleichterung wird berichtet: „Die Arbeit der Betriebe, Kolchosen, Sowchozen und anderer Einrichtungen verläuft normal“. Ansonsten besteht die „Gegenöffentlichkeit“ der „UZ“ zur „Horrorkampagne“ der BRD-Medien aus unzähligen Versicherungen des Bundesinnenministeriums, von Länderrministern und Behörden, daß keine Gefahr bestehe, werden ausgewählt solche beschwichtigenden Stimmen aus Skandinavien zitiert. Auch in der DDR herrsche keine Gefahr, und Polen wird nicht einmal erwähnt.

Man kann den Kommunismus, bzw. das, was sich dafür ausgibt und weltweit auch so verstanden wird, kaum mehr diskreditieren, als durch solche Statements. Hat es denn keinen schweren Unfall, in sowjetischen Meldungen zwischenzeitlich sogar Katastrophe genannt, gegeben? Sind nicht sowjetische Bürger, Arbeiter, Bauern und ihre Kinder unmittelbar und langfristig gefährdet? Hat diese Katastrophe nicht auch internationale Dimensionen? Man braucht nicht in einen Detailstreit um rem und Becquerel einzutreten, um zumindest eines zu erkennen: Wir haben es mit einem radioaktiven Ausstoß eines Vielfachen der Hiroshima-Bombe zu tun. Selbst wenn man sensationelle Übertreibungen der Boulevardpresse kritisiert, mußte man blind sein, um die unvermeidlichen Folgen für die Menschen zu übersehen. Vor allem natürlich für jene, die in der nächsten Umgebung von Tschernobyl leben. Zumal als DKPler könnte man wenigstens die Maßnahmen zur Kenntnis nehmen, die von der polnischen Regierung aus gutem Grund ergriffen werden.



Dreißig Jahre Sicherheit

Atemberaubend schnell begab sich „UZ“-Chefredakteur Georg Polikelt aufs Glatteis. Bereits am 30.4. veröf-

Dreißig Jahre Sicherheit

Atemberaubend schnell begab sich „UZ“-Chefredakteur Georg Polikelt aufs Glatteis. Bereits am 30.4. veröffentlichte er den nebenstehenden Kommentar. Nie sei in dreißig Jahren Kernenergie etwas passiert. Höchste Sicherheitstechnik und fehlende Profitorientierung seien in der Sowjetunion Garant dafür. „Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen“, versichert er und spekuliert munter drauflos. Die Technik war's nicht, sondern „spezielle Gründe“. Der CIA? Menschliches Versagen? Der Saft? Für die behauptete hundertprozentige Sicherheit spricht beides nicht. Die These von der absolut sicheren Technik wird am 2. Mai wiederholt. Wie der Ertrinkende nach dem Strohalm, greift die „UZ“ zur bundesdeutschen Zeitschrift der Atomindustrie „Atomwirtschaft“ die im Dezember 1983 dem Tschernobyl-Reaktortyp hohe Verlässlichkeit des Systems, der Kontrolle und Überwachung bescheinigt hatte. Kommentator Wolfgang Breuer darf erneut den „langjährigen unfallfreien Betrieb von Kernkraftwerken in sozialistischen Ländern“ als Bestätigung für „die hohe Zuverlässigkeit der dortigen Sicherheitssysteme“ beschwören (UZ, 2.5.86).

Am 3.5. veröffentlicht die „UZ“ eine 7-Punkte-Erklärung des DKP-Parteivorstands. In den Punkten eins bis drei werden der SU und den Opfern Mitgefühl ausgesprochen, Vertrauen in die Fähigkeit der SU bekundet, die Krise zu bewältigen und Spekulationen abgelehnt. Punkt 4 unterscheidet sich von Polikelts Kommentar dadurch, daß auch Risiken der Kernenergie eingestanden werden: „Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist mit Risiken in neuen Dimensionen verbunden. Das erfordert neue Dimensionen und Konzeptionen bei der Entwicklung sicherheitstechnischer Maßnahmen zur Ausschaltung derartiger Risiken. Dazu gehören auch neue und intensivere Formen der internationalen Zusammenarbeit“. Das ist allerdings das Gegenteil eines Abschieds von der Kernenergie, sondern könnte durchaus darauf hinauslaufen, einen höheren technischen Standard im Westen anzuerkennen.

Im Gegensatz dazu steht dann aber die Bestätigung des Mannheimer DKP-Beschlusses von 1978 in Punkt 5. Die grundsätzliche Befürwortung der

„friedlichen Nutzung der Kernenergie“ erfährt ihre Einschränkung, wo diese zum „Mißbrauch für Zwecke großkapitalistischer Profitmacherei und imperialistischer Machtpolitik“ benutzt wird und dazu dient, den Atomwaffenpakt zu umgehen. Die DKP stimmt kerntechnischen Anlagen zu bei „Garantie der Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten“, bei „ausreichendem Umweltschutz“, sowie „wirksamer demokratischer Kontrolle“ und Nachweis des Energiebedarfs. So lange diese Bedingungen nicht erfüllt sind, ist sie sogar dafür, den Betrieb einzustellen. Nach wie vor scheint außer Frage zu stehen, daß in Tschernobyl diese Bedingungen erfüllt waren.

Nichts, aber auch gar nichts hat sich damit an der bisherigen DKP-Position geändert. Ist das die „Mahnung von Tschernobyl“? Politik hat sie ja bereits so interpretiert, daß der Unfall mahne, die militärische Anwendung der Atomenergie zu verhindern. Der DKP-Parteivorstand zielt in den Punkten 6 und 7 seiner Erklärung in die glei-

che Richtung: Ablehnung der antisowjetischen Kampagne im Westen und Hinlenkung auf, wie es entlarvend heißt, „die eigentlichen Gefahren der Kernenergie“, die „in ihrem militärischen Mißbrauch liegen“. Womit erklärt wird, daß die Katastrophe von Tschernobyl gar keine „eigentliche Gefahr“ sei.

Opposition?

Die Haltung der Partei zur Kernenergie ist innerhalb der DKP-Mitgliedschaft bekanntermaßen umstritten, was sich auf der Ebene der offiziellen Politik allerdings bisher nicht niederschlug. Dies war für die Partei auch so lange durchzuhalten, wie die Einteilung in gute östliche und schlechte westliche AKWs funktionierte. Nach Tschernobyl kann man nur hoffen, daß die Mitglieder der DKP sich einer notwendigen Auseinandersetzung nicht entziehen. Positiver Kontrast zur Parteipresse ist die schnelle Reaktion des Hamburger „Bündnis“, ein zum Zwecke des Eingreifens in die Wahlen gegründeter Zusammenschluß unter starker Hegemonie der Hamburger DKP und ihrer Bündnispartner. Bereits am 30.4. verteilte das Bündnis eine Erklärung zu Tschernobyl, in der es u.a. hieß: „Dieser Unfall ist ein erneutes Signal dafür, daß die Gefahren der Kernenergie-erzeugung wesentlich größer sind, als von Betreibern der Atomkraftwerke in Ost und West angegeben. Es ist auch ein Signal zum Umdenken für die Kernenergiebefürworter in unseren eigenen Reihen!“. Solange „absolute Sicherheit“ und „risikofreie Entsorgung“ nicht gewährleistet werden könnten, unterstütze das „Bündnis“ „die Forderung der Umweltinitiativen und -verbände nach Stilllegung aller Atomkraftwerke“, international mühten „alternative Energiekonzepte“ entwickelt und „weltweiter Ausstieg aus der Atomenergie“ erreicht werden. Unterschriften wurde dieser Aufruf auch von einem Mitglied des Hamburger DKP-Betriebsvorstands.

Zu befürchten ist, daß demnächst (d.h. mit rechtssozialistischer Versäufung) ein innerparteilicher Ausrichtungsschritt einsetzt, auf dem von oben „die richtige Linie“ durchgesetzt wird. Womit ein paar tausend Leute lahmgelegt wären, statt daß sie für die Anti-AKW-Bewegung mobilisiert werden. Auch politische Katastrophen vollziehen sich manchmal in Kettenreaktionen.

Fortsetzung von Seite 1

E. M. Hambro

Offenbar unmittelbar nach seiner Entlassung begann Berger mit der Durchführung seines Auftrags. Sowohl in Salzgitter im „Wilden Huhn“ als auch in Hannover und Frankfurt tauchte dieser Vogel auf und warb um Unterstützung für eine Debus-Freilassungskampagne. Im Februar 1978 ging dann eine Polizeimeldung rund, derzufolge bei einer Routinekontrolle ein Mercedes-Sportcoupe gestohlen sei, später aber — ohne Fahrer — aufgefunden wurde. „entdeckt“ wurden u. a. Waffen.

Vertraulich: Möcklinghoff!

Den im folgenden dokumentierten Bericht gab der niedersächsische Innenminister am 29.4.86 vor dem Innenausschuß des Bundestags ab. Der Text ist um einige wenige Passagen gekürzt, die in den bürgerlichen Medien zutreffend wiedergegeben wurden. Weggefallen sind die Ausführungen Möcklinghoffs zur Rechtslage — ein Kapitel für sich. Natürlich ist dies nur eine Version jenes ersten bekanntgewordenen VS-Anschlags, und natürlich stimmt die nicht. Hefig widerspricht z.B. der verdächtige niederländische Bürger der Staatschutz-Beauptung, er sei eine „TE-Schlüsselfigur“ gewesen. Ebenso widerspricht ein Hamburger der Behauptung, er sei ein gewesen, der in einer (alsbald aufgefliegenen) Wohnung ein „Terror-Waffenlager“ zusammengebracht habe. Ebenso widersprechen Leute aus Salzgitter, die von den VS-Provokateuren heimgesucht worden waren, der Unterstellung, sie hätten in den Untergrund gehen wollen. Und genauso ist der Darstellung zu widersprechen, der verstorbene Sigurd Debus habe mit „krimineller Energie“ die abenteuerlichsten Ausbruchspläne aus der Haft verfolgt. Liest man den ministeriellen Bericht aber so, daß all die furchterregenden Erkenntnisse, die der Staatschutz in dieser Operation gewann, in Wirklichkeit auf Vorgängen beruhten, die er selbst zuvor inszeniert hatte, dann ergibt sich ein außerordentlich interessantes Bild von den Methoden der Herren des Morgengrauens, welche nach den Worten eines bundesdeutschen Parteisekretärs und Goebbels-Verschaltits „eigentlich einen Orden verdient hätten“.

P.S.: Hessens Börner erklärte zum Anschlag von Celle, „keinen Erklärungsbedarf“ zu haben — wohl weil er hoffte, mit dem Märchen über die Runden zu kommen, er habe den V-Mann Loudil erst 1979 benagt (und vielleicht erst im nachhinein von der Sache erfahren). Nun gibt es in der Tat kaum mehr „Bedarf“: Die Sache ist klar.



Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vor diesem Kreise brauche ich nicht die Erinnerung an die Situation der Jahre 1976 bis 1978 zurückzuführen. Sie alle wissen, welche furchtbaren Taten von der RAF, der Bewegung „2. Juni“ und von anderen Terroristen begangen worden waren, und Sie wissen, daß die Gefährlichkeit des Terrorismus auch und insbesondere auf der nahezu perfekten Konspiration und Absichtung des harten Kerns der Terroristen beruhte. Um rechtzeitig Aufschluß über bevorstehende Morde oder Entführungen oder andere Aktionen zu erhalten, gab es nach der einhelligen Meinung aller Fachleute nur einen Weg: den Versuch, mit Vertrauensmännern in den harten Kern des Terrorismus einzudringen. Nur so schien das Ziel erreichbar, Aufenthalt, Planung und logistische Basen terroristischer Gruppen rechtzeitig zu erkunden und so der Exekutive Möglichkeiten zur Festnahme und Verhinderung schwerster Straftaten zu geben.

Wichtigste Vorbedingung für ein solches Einschleusen war es, einen Weg zu finden, der die Einzuschleusenden einerseits als vertrauenswürdige auswies, andererseits die Terroristengruppen gewissermaßen zwangsläufig dazu bringen mußte, ihnen bisher Unbekannte aufzunehmen oder zumindest an sich heranzukommen zu lassen. Und die dritte Voraussetzung, die wichtigste Voraussetzung war, daß diese V-Leute sich dem Zutritt zu diesen Kreisen keinesfalls etwa durch Handlungen erkaufen durften, die eine Gefährdung für Leib oder Leben von Menschen bedeuteten hätten.

Es gab einen solchen Ansatz: Mitte der 70er Jahre war es offenbar geworden, daß von Terroristen, die bereits in Justizvollzugsanstalten inhaftiert waren, starke Impulse auf die in Freiheit lebenden terroristischen Gewalttäter und deren Aktionen ausgingen. Dabei bedienten sie sich durchaus nicht selten sogenannter „anpolitisierter“ Allgemeinverbreiter. Hier gab es eine einmalige Chance für die Verfassungsschutzbehörde. Sie konnte zwei in der JVA Celle einsitzende Straftäter anwerben und zwar im August 1976 Klaus Loudil und im Februar 1977 Manfred Berger. Klaus Loudil hatte sich selbst gegenüber der Polizei zur Mitarbeit angeboten und war an die Verfassungsschutzbehörde verwiesen worden. Grund für diese Anwerbungen war vor allem die Tatsache, daß beide gute Kontakte zu dem inhaftierten Terroristen Sigurd Debus hatten. Debus war am 30.5.1975 vom Landgericht Hamburg wegen schweren Raubes und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, der der RAF nahestehenden „Debus-Bande“, zu einer Freiheitsstrafe von 12 Jahren verurteilt worden. Er saß zunächst in der JVA Hamburg-Fuhlsbüttel ein; am 12.7.1976 war er aus Sicherheitsgründen in die JVA Celle verlegt worden.

Sigurd Debus war von fanatischem politischem Eifer und krimineller Energie erfüllt. Von Anfang an betrieb er seinen Ausbruch aus der Justizvollzugsanstalt und bemühte sich um den Aufbau einer Terror-Aktionsgruppe,

mit der er nach geglücktem Ausbruch terroristische Aktionen selbst schwerster Art ausführen wollte. Er bemühte sich vom Beginn seiner Haftzeit an, mit Hilfe anderer Häftlinge aus der JVA Verbindungen zu früheren Mitarbeitern und Helfern aufzunehmen, die ihm bei seinem Ausbruch unterstützen und bei späteren terroristischen Aktionen mitwirken sollten. Zwei dieser Häftlinge waren Loudil und Berger.

Ziel der Operation war es, diese beiden V-Leute zu den engsten Vertrauten von Debus in der Haftanstalt zu machen. Dabei kam die führende Rolle Klaus Loudil zu, während Manfred Berger mehr ein Helfer als ein Handelnder war. Es war nun beabsichtigt, mit diesen beiden V-Leuten zunächst das Umfeld von Debus und seine Verbindungen aufzuklären und sie allmählich durch ihre ständigen Kontakte nach außen hin so aufzubauen, daß sie von der TE-Szene „voll angenommen“ würden und auch, ohne daß es zu einer „Befreiung“ des Debus kam — die im Gegenteil verhindert werden mußte! — in den harten Kern von TE-Gruppierungen eindringen konnten.

Durch das scheinbare Eingehen auf die Planungen von Sigurd Debus gelang es ihnen auch in der ersten Phase, das uneingeschränkte Vertrauen zu gewinnen, seine Planungen in Einzelheiten zu erfahren und seine ehemaligen und in Aussicht genommenen Mitarbeiter kennenzulernen. Debus bildete diese beiden Mithäftlinge mit Hilfe eines von ihm selbst entworfenen 25 Seiten langen Schulungspapiers aus, entwickelte eine Methodik des Verschlüsselns geheimer Nachrichten und eines einfachen Verfahrens latenter Schrift. Berger, der sich bereits im gelockerten Strafvollzug befand und am 22.9.1977 auf Bewährung entlassen wurde, bekam von Debus Legitimationen und Empfehlungsschreiben und wurde beauftragt, von ihm gegebene Kontaktadressen aufzusuchen. Dabei mußte er eine Vielzahl von Kassibern überbringen. Auch Loudil erledigte bei Urlauben solche Kassibersendungen.

Es wurde damals eine GÜ-Maßnahme gegen Debus erwirkt, so daß keine Bedenken dagegen bestanden, diese Kassiber vor ihrer Weiterleitung einzusehen und entsprechende Maßnahmen zu treffen. Auf diese Art und Weise konnte der illegale und konspirative Kommunikationsweg innerhalb der JVA, aber vor allem der zu anderen außenstehenden Personen aufgedeckt werden. Der Inhalt des illegalen Briefwechsels von Sigurd Debus zu einer Vielzahl von Personen der in- und ausländischen Unterstützer der TE-Szene konnte erkannt werden. Eine Reihe von bisher nicht bekannten Angehörigen des Umfeldes von Terroristen konnte erkannt werden. Es wurden Hinweise auf den Verbleib eines Teils der Beute aus den Straftaten der Debus-Bande gewonnen, und ein Teil des erbeuteten Bargeldes konnte sichergestellt werden. Mit wachsendem Vertrauen wuchs die „Qualität“ der Aufträge. Das ermöglichte es, zu besonders wertvollen Informationen zu gelangen, die auch erste größere Erfolge

ermöglichten. So konnten Informationen über illegale Waffen Transporte durch ausländische Terroristen an Gewalttäter in der Bundesrepublik Deutschland erlangt werden. Ein erster Höhepunkt war es, als einer der beiden V-Leute aus dem Ausland zwei Maschinengewehre und zwei Pistolen abholten und für den geplanten Ausbruchversuch von Debus an einem sicheren Ort deponieren mußte; am selben Tag noch wurden diese Waffen alsbald durch Debus in der JVA eingekauft. Debus — das sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt — wählte die Waffen gut aufgehoben in dem ihm von dem V-Mann genannten Versteck. Die Operation erforderte es, auf bestimmte andere Forderungen einzugehen. So forderte Debus beispielsweise, ihm ein Funkgerät in seine Zelle einzuschleusen, mit dessen Hilfe er mit in Freiheit befindlichen Genossen vor der JVA Kontakt aufnehmen wollte. Mit Genehmigung des Justizministers und mit Wissen der Leitung der JVA Celle wurde ein entsprechendes Gerät — allerdings nur für eine Nacht — eingeschleust. Damit hatte Debus ein Erfolgserlebnis. Die Vertrauensmänner hatten ihre „Tüchtigkeit“ bewiesen. Konkrete Ausbruchversuche wurden scheinbar unterstützt. Geeignete, mit der JVA abgesprochene Maßnahmen sorgten dafür, daß diese nicht realisiert werden konnten.

(...) Debus verlangte nunmehr — nachdem Berger vorzeitig aus der Straftat entlassen worden war und bei einer Gruppe des terroristischen Umfeldes in Salzgitter angesiedelt worden war — von Loudil, er solle von seinem nächsten „Kassibertaucher“ nicht in die JVA zurückkehren. Vielmehr sollte er abtauchen, um von außerhalb der JVA Debus bei seinem Ausbruch zu helfen. Vorher sollte er ihm eine flexible Säge, ein sogenanntes „Engelshaar“ noch beschaffen. Ware der VM diesem Verlangen des Debus nicht nachkommen, so wäre er unglaubwürdig geworden. Da Debus die Hilfe von außen in einem Sprengstoffanschlag sah, der ihm ein Entweichen durch die Mauer ermöglichen würde, bot sich hier die Chance, einem V-Mann eine Handlung zuzuschreiben, die ihn als Gewalttäter empfehlen, die aber gleichzeitig so gesteuert werden konnte, daß niemand gefährdet oder verletzt werden konnte. Außerdem wurde nunmehr für Terroristenkreise die Notwendigkeit bestehen, einen solchermassen ausgewiesenen und einer Straftat verdächtigen Gesinnungsgeossen aufzunehmen. Vorher mußte eine legale Möglichkeit gefunden werden, das Abtauchen zu ermöglichen, ohne den VM zu entwerfen. Hierfür war die Abstimmung mit der für Loudil zuständigen Vollstreckungsbehörde, der Staatsanwaltschaft Kassel, erforderlich. Eine Überprüfung der Rechtslage entsprechend einem im Februar 1978 mit der Staatsanwaltschaft Kassel geführten Gespräch ergab, daß ein Überschreiten des „Gefängnis-Urlaubes“ ohne vorherige Rückkoppelung mit den zuständigen Stellen nicht zu vertreten war. Eine Entlassung auf Bewährung nach Verbüßung von 2/3 der verhängten Freiheitsstrafe war zu diesem Zeit-

punkt aus Rechtsgründen nicht möglich. Es blieb nur der Weg über eine Entscheidung der hessischen Gnadenkommission.

Es kam zu mehreren Besprechungen.

Am 21.4.1978 trafen sich in Bonn der Niedersächsische Ministerpräsident, Dr. Albrecht, der damalige Innenminister von Niedersachsen, Herr Groß, Herr Bundesinnenminister Maihofer und Herr Abteilungspräsident Boeden, der Leiter der Abteilung Terrorismus im BKA. Ein Protokoll über diese Sitzung existiert nicht.

(...) Am 3.5.1978 fand in der hessischen Staatskanzlei eine Besprechung statt, an der folgende Personen teilgenommen haben:

- MP Börner
- StS Bartholomä
- Hessische Staatskanzlei
- StS Schmidt
- Hessischer Justizminister
- StS Mohrhoff
- Nieders. Staatskanzlei
- MD Jüllig
- Nieders. Ministerium des Innern
- Abteilung 4.

In dieser Besprechung teilte Ministerpräsident Börner gegenüber Staatssekretär Mohrhoff — Nds. Staatskanzlei — mit, er sei zu einer Begründung bereit, sobald eine befürwortende Stellungnahme des BML vorliege. Diese Stellungnahme gab der Bundesminister des Innern, Prof. Dr. Maihofer, mit Schreiben vom 11.5.1978 an Ministerpräsident Börner ab. Am 23.5.1978 teilte Ministerpräsident Börner dies Ministerpräsident Albrecht telefonisch mit, mit dem Bemerkung, die Gnadenentscheidung sei inzwischen ergangen und werde beim Hessischen Justizminister verwahrt. Hiernach konnte Loudil seit dem 26.5.1978 außerhalb der JVA Celle eingesetzt werden. Es handelt sich insoweit im technischen Sinne um eine Straftatunterbrechung im Gnadenprozess.

Zwischenzeitlich hatte Berger im Auftrag des Debus Verbindung zu dem Niederländer Henk Wubben aufgenommen. Wubben war eine äußerst konspirative Schlüsselfigur der niederländischen TE-Szene mit weitreichenden Verbindungen und Führungsbezeichnungen über Geldmittel, Waffen, falsche Papiere pp. Er stellte ausdrücklich sich und seine Mittel für die Befreiung des Debus zur Verfügung.

Da sich zur gleichen Zeit zwei der aktivsten Mitglieder von der Gruppe des terroristischen Umfeldes in Niedersachsen lösen und in den Niederlanden mit Hilfe des Henk Wubben untertauchen wollten — zwei weitere Angehörige der TE-Szene aus Hamburg sollten mit in den Untergrund gehen — lag es nahe, Loudil nach der notwendig gewordenen „Flucht“ in diese Gruppe zu integrieren.

Der sich anbietende Weg, eine solche Integration zu erreichen, war, den Forderungen des Debus entsprechend, einen weiteren Befreiungsversuch vorzutauschen; es wurde zunächst das „Engelshaar“ (flexible Eisensäge) in

die Zelle des Debus eingeschleust. Diese Eisenfelle wurde von der Gefängnisleitung bei einer Kontrolle während eines Hofganges des Debus „zufällig“ entdeckt. Vorgeselben war weiterhin des von Debus verlangte Sprengstoffanschlag auf die Mauer.

Dieser konnte nunmehr durchgeführt werden, da Debus keine Möglichkeit mehr hatte, aus der Zelle auszubrechen. Andererseits hatte er auch für einen solchen Fall dennoch die Sprengung verlangt. Sie sollte ein Warnzeichen für die „Schweine“ sein. Die Sprengung sah er also auch und gerade unter diesen Umständen als Vollzug seines Begehrens an.

Am 19.6.1978 hatte der damalige nds. Beschaffungsleiter Wiehe den Sachverhalt Herrn Staatssekretär Fröhlich BMI vorgetragen, der seine Zustimmung erklärte, die Sprengung durch Beamte der GSG 9 vornehmen zu lassen.

Ich selbst wurde am 10.7.1978, unmittelbar nach meiner Amtsübernahme, durch den Verfassungsschutz Niedersachsen über das Vorhaben unterrichtet. Am 18.7.1978 erhielten der Justizminister und der zuständige Abteilungsleiter im Landeskriminalamt Kenntnis. Der Leiter der JVA Celle wurde durch den Justizminister Schwindt am 20.7.1978 unterrichtet. Außerdem wurden die Vorsitz der im Nieders. Landtag vertretenen Fraktionen der SPD und der CDU informiert.

Es wurden alle Vorichtsmaßnahmen getroffen, um keinerlei Personen zu gefährden. Beamte des Verfassungsschutzes hatten sich weiträumig um das Gelände verstreut und konnten garantieren, daß keine Person in der Nähe der Mauer war oder sich ihr näherte. Durch anstandsinterne Maßnahmen war sichergestellt, daß keine Streifengänge

Durch anstandsinterne Maßnahmen war sichergestellt, daß keine Streifengänge im Hof erfolgten. Der fragliche — gut ausgeleuchtete — Streckenabschnitt innerhalb der JVA war von einem Turm aus kontrolliert. Die Sprengladung war — nach entsprechenden Versuchen — so bemessen worden, daß sie nur die Mauer leicht eindrücken konnte, um ein Loch in der Größe zum Durchschlüpfen zu sprengen. Tatsächlich wurde keine einzige Fensterscheibe beschädigt. Die Aktion wurde am 25.7. um 2.54 Uhr durchgeführt. Unmittelbar nach der Tat entfernten sich die Beteiligten und ließen einige Gegenstände zurück, die dann später in der Presse entsprechend genannt wurden (Paddelboot, Sprengschnur).

Nach der Tat fiel der Verdacht wie beabsichtigt auf Loudil und Berger ...

(...)

Die beiden V-Leute, Loudil und Berger, hielten sich zur Tatzelt in einem Vorort von Hannover in Anwesenheit eines Beamten der Verfassungsschutzbehörde auf. Sie waren eingeweiht; das war erforderlich, da der Verdacht auf Loudil gelenkt werden sollte und dieser sich unter Berufung auf diese Tat nach den Niederlanden absetzen sollte. Das geschah auch. Die erstrebte Kontaktaufnahme zu Henk Wubben kam jedoch nicht zustande; möglicherweise hatte dieser doch Verdacht geschöpft. Es gelang jedoch, Loudil nach Frankreich zu bringen, wo er wertvolle Hinweise auf Angehörige einer baskischen Untergrundorganisation der ETA geben konnte, die sich in Paris aufhielten. Das ermöglichte die Aufklärung mehrerer von dieser Gruppe begangener Straftaten. Später wurde er in Hamburg — nach Unterbrechung des Leiters des dortigen Landesamtes für Verfassungsschutz über den Gesamtkomplex — eingesetzt, wo er ebenfalls Kontakte zu Angehörigen des terroristischen Umfeldes bekam. Hier trug er dazu bei, daß die Polizei eine konspirative Wohnung erörtern konnte; dort wurde eine 5-Kilo-Bombe gefunden. Sie war zündfertig, konnte aber vom V-Mann noch vorher unbrauchbar gemacht werden. Außerdem gab es Anhaltspunkte, daß diese Wohnung als „Volksgefängnis“ für eine geplante Entführung vorgesehen worden war. Auch eine weitere konspirative Wohnung konnte aufgrund seiner Angaben entdeckt werden. Bei dieser Gelegenheit war es möglich, zurückliegende Straftaten aufzuklären. Schließlich ermöglichten die Kontakte, die der V-Mann nunmehr hatte, den bevorstehenden Ausbruchversuch eines anderen Angehörigen des TE-Umfeldes aus Schwalmstedt (Hessen) zu verhindern.

Im Februar 1979 mußte der V-Mann aus der Szene gelöst werden. Er hat sich in der Zwischenzeit — mit Unterstützung des Verfassungsschutzes — eine Existenz geschaffen. Er ist auch nicht mehr straffällig geworden, jedenfalls sind keinerlei entsprechende Hinweise bekannt geworden.

Die jetzige Veröffentlichung hat ihn auf das höchste gefährdet. Es sind alle Maßnahmen getroffen worden, um ihn, seine Lebensgefährtin, sowie den anderen V-Mann zu sichern ...

Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek "La Belle": Wie aus Hinweisen Beweise wurden

In der Nacht vom 5. auf den 6. April 1986 explodierte eine Bombe in der Westberliner Diskothek „La Belle“. Ein schwarzer us-amerikanischer GI und seine türkische Freundin kamen dabei ums Leben, über 200 Menschen wurden verletzt. Dieser Bombenanschlag diente den USA als Vorwand, militärische „Vergeltung“ gegen Libyen zu üben, denn hinter dem Bombenanschlag stand Libyen, dafür habe Reagan „unwiderlegbare Beweise“.

Statt dieser Beweise, nach denen Mitglieder des libyschen Volksbüros in Ostberlin die Verantwortung für den Anschlag trugen würden, eröffneten die Beweisführungen aus Washington und Bonn einen kleinen Einblick in die Zusammenarbeit der Geheimdienste beider Länder, wie sie den Vorwand für die US-„Vergeltung“ zusammengezimmert haben.

Funksprüche

In den Westberliner Sonntagszeitungen waren die Täter bereits wenige Stunden nach dem Anschlag ausgemacht. Daß es sich um „libysche Terroristen“ handele, sei nicht unbedingt falsch, die „Große Syrie ist nach Berlin übergeschwappt“, meldete die „Berliner Morgenpost“ am 6.4. Und laut „Tagesspiegel“ vermutete der Westberliner Staatsschutz die Attentäter „in Kreisen arabischer Terroristen“.

Einen Tag später beruhte sich die „Süddeutsche Zeitung“ auf einen amerikanischen Regierungsbeamten; die Mitverantwortung Gaddafis gelte als „so gut wie sicher“.

Der US-Botschafter in der BRD, Burt, verkündete wiederum einen Tag später in der „Bild“-Zeitung, daß es nunmehr „klare Hinweise“ auf eine libysche Beteiligung gebe. Der US-Kommandeur in Westberlin, Griffith, will in der Nacht des 5. April, zwei Stunden vor dem Anschlag auf die Diskothek, eine konkrete Warnung vom US-Geheimdienst erhalten haben. Und die libyschen Agenten seien in den letzten Wochen — von Ostberlin aus — besonders aktiv gewesen.

Die Westberliner Polizei dementierte in der „Bild“-Zeitung die Meldung, daß zwei Stunden zuvor eine konkrete Warnung vor dem Anschlag erfolgt sei; sie haben „keinen spezifischen Bezug zu Berlin gehabt“. Überhaupt betont Westberliner Staatsschutz und die eigene eingerichtete Kommission, die eng mit dem BKA und amerikanischen „Sicherheitsbehörden“ zusammenarbeitet, es gebe keinerlei Spuren und nicht einmal Hinweise, die auf Libyen deuten. Die Polizei ermittelt in alle Richtungen, auch in „rechtsextremen Kreisen“.

Und aus Bonn wurde lediglich vage von „Hinweisen“ gesprochen, neue Erkenntnisse lägen nicht vor. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn, Chrobog, meinte allerdings, die BRD habe „die amerikanischen Interessen im Auge“ („Tagesspiegel“, 8.4.86). Doch offensichtlich kam die Sache bereits am 6.4.86, wenige Stunden nach dem „La Belle“-Anschlag, ins Rollen. Laut „Washington Post“ (7.4.) habe die US-Regierung neue militärische Anschläge gegen Libyen in Planung gehabt. Ende März habe Gaddafi weitestgehende Anweisungen für Anschläge auf US-Einrichtungen gegeben, die von westeuropäischen und amerikanischen Geheimdiensten abgehört und entschlüsselt worden seien.

Wenn klare Beweise vorlägen, daß der „La Belle“-Anschlag auf das libysche Konto gehe, dann würden sich die USA „Vergeltungsanschläge“ gegen Libyen vorbehalten.

Das heißt, am 6. April stand für die USA bereits fest, daß sie in absehbarer Zeit die erneute militärische Konfrontation suchen würden — allein der Anschlag dazu mußte noch entsprechend vorbereitet werden.

Dies geschah auch. Am 9.4. gaben die USA bekannt, über Funksprüche zwischen dem libyschen Volksbüro und Tripolis zu verfügen, aus denen hervorgehe, daß die Drahtzieher des Anschlags in Libyen sitzen würden. Zum damaligen Zeitpunkt wurden die Funksprüche von Bonn als „interpretierbar“ kommentiert. Es wurde in Bonn (und vom Westberliner Staatsschutz) von einigen „Hinweisen“ gesprochen, die aber „nicht ausreichend“ seien.

Diese sehr widersprüchlichen Darstellungen mußten ein Ende haben. Die „FAZ“ enthielt am 9.4., daß in der Nähe von Bonn auf Druck der USA ein gemeinsamer „Arbeitsstab“ eingerichtet wurde; auf welcher „Ebene“ dieser arbeite, wolle niemand sagen. Die USA jedenfalls seien „sehr untrübbig“, um zu Maßnahmen gegen Libyen zu gelangen.

Laut „Berliner Morgenpost“ vom 10.4. sei sich Reagan inzwischen „fast sicher“, daß hinter dem „La Belle“-Anschlag Libyen stehe. Einzige „Beweisführung“: die Funksprüche, die kurz vor dem Anschlag und kurz danach abgehört und entschlüsselt wurden.

Zur gleichen Zeit berichtete die „Washington Post“, daß Bonn lediglich die US-„Interpretationen“ dieser Funksprüche in englischer Sprache erhalten habe, die nur aus „wagen Informationen“ bestünden. So war es nicht verwunderlich, daß der Koordinator der Geheimdienste im Bundeskanzleramt, Schreckenberger, noch am 10.4. von „Verdachtsmomenten“, nicht aber von „Beweisen“ gegen Libyen sprach.

Am 11.4. dann sprach Nato-Oberbefehlshaber Rogers von „unbestrittenen Beweisen“, ohne jedoch neue zu präsentieren. Unmittelbar nach der US-Aggression gegen libysche Städte (13.4.) sprach Reagan von „unwiderlegbaren Beweisen“. Interessant nun, wie Bonn sich dieser Version anschloß. In einer vorbereiteten Regierungserklärung von Kanzler Kohl wurde in der ursprünglichen Fassung noch von „Beweisen“ gesprochen, dies aber dann durch die Formulierung „deutliche Hinweise“ abgeschwächt. Vor dem Bundestag sprach Kohl einen Tag später schon von „beweiskräftigen, nachrichtendienstlichen Quellen“, wonach das libysche Volksbüro in Ostberlin für den Anschlag verantwortlich sei. Kohl betonte dabei, daß sich diese „Beweise“ nicht auf amerikanische, sondern bundesdeutsche nachrichtendienstliche Recherchen stützten. Wie das? Die Auflösung ist simpel: die USA versorgten die BRD-Geheimdienste zunächst nur mit ihrer eigenen Übersetzung der entschlüsselten Funksprüche, die nach Angaben des Innenministeriums nichts taugten. Einige Tage später schickten die USA ihr Original-Material nach, welches von bundesdeutschen Nachrichtendiensten selbst noch einmal entschlüsselt wurde. Die Erkenntnisse des

USA ihr Original-Material nach, welches von bundesdeutschen Nachrichtendiensten selbst noch einmal entschlüsselt wurde. Die Erkenntnisse des amerikanischen und westdeutschen Geheimdienstes deckten sich voll und ganz, aber Regierungssprecher Ost möchte nicht ausplaudern, warum der BND dafür einige Tage länger zur Dechiffrierung brauchte als der CIA.

Die von Kohl gepriesenen „eigenen“ Erkenntnisse beruhten also auf den gleichen Quellen, auf die sich die USA von Anfang an stützten: den abgehörten Funksprüchen — die in der Anfangsphase nach dem „La Belle“-Anschlag von den USA und der BRD als sehr „vage“ bezeichnet wurden. So wurden aus „Hinweisen“ neue „Beweise“ zusammengezimmert. Vieles spricht dafür, daß die ganze Propagandamaschine für die Version der Libyen-Connection im genannten Bonner „Arbeitsstab“ angefahren ist — und es die USA waren, die die Libyen-Version für die Begründung ihrer „Vergeltung“ mit Bonn „veredelten“.

Die Funksprüche selbst jedoch taugen zur Beweisführung nichts. Überhaupt einmal unterstellt, daß diese abgehörten Funksprüche existieren, so ist der erste vor dem Anschlag sehr allgemein gehalten und besagt nichts. Der zweite unmittelbar nach dem Anschlag kam mit Sicherheit nicht auf „La Belle“ bezogen sein, denn dieser Funkspruch datiert vom 6.4.86, um 1.30 Uhr — die Bombe im „La Belle“ ging jedoch erst um 1.49 Uhr hoch!

Die Opfer

Waren also die angeblichen Funksprüche zwischen Tripolis und Ostberlin in keiner Weise beweiskräftig, so mußten zur zusätzlichen Abstützung der Libyen-Connection noch andere Beweise her. Am 12.4. berichtete die „Berliner Morgenpost“, daß der Westberliner Polizei zwei libysche Tatverdächtige durch die Lappen gegangen seien: Bereits am 27.3. wollten zwei Libyer namens Elamin und Chraidi von Ostberlin nach Westberlin fliehen. Während Elamin an der Grenze zurückgewiesen wurde, hielt sich Chraidi kurzfristig in Westberlin auf, war aber

zur Tatzeit schon längst wieder im Osten. Chraidi reiste unter falschem Namen in Westberlin ein und soll vor zwei Jahren einen libyschen Dealer erschossen haben. Nun wird gemutmaßt, der Mord habe politische Hintergründe gehabt. „Bild“ berichtete jedenfalls gleich, daß Chraidi von Westberlin aus die Anweisungen für den Bombenanschlag gegeben habe. Sehr schnell jedoch zog man diese Version wieder aus dem Verkehr.

Am 17.4., nach der US-Militäraktion, nahm die Westberliner Polizei einen seit elf Jahren in dieser Stadt lebenden staatenlosen Palästinenser namens Hasi fest, der bis heute verdächtigt wird, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein. Wie die „faz“ in einem Kommentar zutreffend schrieb, weist Hasi alle „typischen Terroristen-Merkmale“ auf: Er gilt als unpolitisch, ist politisch gemeldet, steht im Telefonbuch und befand sich in seiner Wohnung, die ihm die Polizei bei der Festnahme einschlug. Der Verdacht besteht darin, daß Ahmad Hasi zwei Brüder hat. Der eine davon soll seiner Freundin eine Bombe mitgegeben haben, die in einer El Al-Maschine von London nach Israel hochgehen sollte. Offiziell wurde nun behauptet, die Festnahme Hasi's erfolgte aufgrund von Hinweisen der Londoner Polizei. Jedoch Fehlanzeige! Die Londoner Polizei suchte nicht Hasi, sondern den anderen Bruder, der sich wenig später tatsächlich in London der Polizei stellte, weil er mit den Anschlägen genau so wenig zu tun hat wie Hasi. Es handelt sich also um einen Fall von Sippenhaft. Die einzigen „Beweise“ gegen Hasi: Er war einmal in Tripolis, habe seinen Londoner Bruder getroffen und es seien Aufzeichnungen gefunden worden, die sich im Nachhinein als Kritzeleien und ein arabisches Gedicht entpuppten.

Hasi und sechs Asylbewerber, die in Abschiebehaft saßen, wurden rund 100 Disko-Besuchern gegenübergestellt — keiner erkannte Hasi, mehrere jedoch die Asylbewerber. Über 17 Stunden dauerten diese Zwangsvorfürungen, der Haftbefehl wurde Hasi erst sehr viel später ausgehändigt.

Obwohl buchstäblich nichts gegen Hasi vorliegt, wurde seine Untersuchungshaft vorläufig verlängert. Selbst die „Berliner Morgenpost“ spekuliert,

Obwohl buchstäblich nichts gegen Hasi vorliegt, wurde seine Untersuchungshaft vorläufig verlängert. Selbst die „Berliner Morgenpost“ spekuliert,

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Rechtsanwältin Angst hat, sich öffentlich zu dem Fall zu äußern; sie erhalte eine Unzahl von Drohanrufen, vor allem aus rechtsradikalen (I) Kreisen.

Hasi wird außerdem beschuldigt, an einem Sprengstoffanschlag in Westberlin am 29.3.86 beteiligt gewesen zu sein. Denn eine Woche vor „La Belle“ explodierte eine Bombe ähnlichen Zuschnitts in den Räumen der „Deutsch-Arabischen Gesellschaft“; sieben Araber wurden dabei verletzt. Hasi soll sich in dieser Gesellschaft aufgehalten haben, die hauptsächlich soziale Beratungen, Kulturveranstaltungen, Sprachkurse usw. anbietet. Auch hier tappt die Polizei im Dunkeln.

Die Bombe

Nach Abschluß aller Spurensicherungen in „La Belle“ gibt es keinerlei Hinweise auf Art und Herkunft der Bombe. Sie soll 3 bis 5 kg Sprengstoff enthalten haben und aus dem „militärischen Bereich“ stammen. Dieser Aufenthaltsort spricht durchaus dafür, daß hinter dem Anschlag auf die Diskothek auch rechtsradikale Kreise stehen könnten.

Die Diskothek

Die Diskothek „La Belle“ in Westberlin ist keine spezielle Disko, in der nur US-Soldaten verkehren. Die Besucher sind hauptsächlich Westberliner, Leute arabischer Herkunft, Türken und vor allem schwarze GIs. Also eher eine Disko mit recht gemischtem Publikum — im Unterschied zu zahlreichen Diskotheken, in denen der Anteil der US-Soldaten weitaus höher ist. Als Anschlagsschloß gegen die USA war „La Belle“ also der denkbar ungeeignete Ort. Auch daraus kann gefolgert werden, daß ganz andere Kreise hinter dem Anschlag stecken als libysche.

Westberlin — als Kriegsvorwand besonders geeignet

Bemerkenswert ist, daß sich die USA bei ihrer „Selbstverteidigung“ gegen Libyen auf die UN-Charta, Artikel 51, berufen. Sie sieht die individuelle bzw. kollektive Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs vor. In der Tat: Westberlin ist der einzige Ort in Europa, für den die USA formal ein „Recht auf Selbstverteidigung“ geltend machen können, da Westberlin bekanntlich den Alliierten Hoheits-

rechten untersteht. Und die „La Belle“ liegt in Friedenau, wo die USA als Besatzungsmacht ihre alliierten Kontrollrechte ausüben.

Der Anschlag auf „La Belle“ paßte den USA gut. Allen gut.

D./Westberlin

Quellen: „Berliner Morgenpost“, „BZ“, „Bild“, „Tagesspiegel“, „Tagesspiegel“, „Frankfurter Rundschau“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“, „Die Zeit“ — alle Ausgaben ab 8.4. bis 29.4.86



Kontrollen im Westberliner Nahverkehr

Notstand und Ausländerhartz in Westberlin

Der Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek „La Belle“ diente nicht nur den USA zum Vorwand für ihre militärische Aggression gegen Libyen. Springer-Medien und die CDU/CSU-Scharfmacher Laufs und Fellner forderten in diesem Zusammenhang eine systematische und lückenlose Überprüfung aller in der BRD lebenden Ausländer und Asylbewerber. Die Gelegenheit ist für diese Reaktionen günstig, auch gleich gegen die „Asylantenschwemme“ zu Felde ziehen, die nun „gebremst“ werden muß.

In Westberlin sind die Forderungen von Laufs und Fellner seit dem 13.4.86 Realität. Bereits am 9.4.86 kündigten die drei alliierten Stadtkommandanten „außergewöhnliche Maßnahmen“ in Folge des „La Belle“-Anschlags an. Einige Tage später machten die drei Westalliierten von ihrem Hoheitsrecht Gebrauch und erließen einen „Berlin Kommandatura Letter“ (BKL), der — so ist es bei den Besatzungsmächten üblich — nicht veröffentlicht wurde. Die Maßnahmen, die unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung erlassen wurden, beinhalten:

- Restaurants und Tanzlokale werden „unauffällig“ überwacht;
- alle ein- und ausreisenden Ausländer Westberlins werden systematisch auf Listen erfaßt; die Maßnahme trat schon Ende März in Kraft;
- Einreiseverbote und Ausweisungen von Personen werden durchgeführt, die als „Bedrohung der Berliner Bevölkerung“ gelten;
- die Besucher des Amerika-Hauses werden schärfer kontrolliert;
- Westberliner Polizisten patrouillieren in großer Anzahl auf dem Flughafen Tegel;
- alle Grenzübergänge zwischen Ost- und Westberlin werden schärfer kontrolliert, um das „Schlupfloch für internationale Terroristen zu stopfen“;
- alle S- und U-Bahnzüge, die den

Ostberliner Bahnhof und Grenzübergang Friedrichstraße durchfahren, werden von Polizeikräften nach Ausländern durchsucht und überprüft, die als verdächtig gelten;

- libysche Diplomaten aus Ostberlin dürfen entweder gar nicht einreisen, oder sie werden von einem Polizeifahrzeug begleitet.

Allein 600 Polizisten durchkämmen alltäglich sämtliche S- und U-Bahnzüge nach Ausländern; alle, die irgendwo „ausländisch“ aussehen, werden kontrolliert, müssen aus den Zügen, um ihre Daten überprüfen zu lassen. An einem einzigen Tag wurden so rund 2500 Menschen kontrolliert, die Gesamtzahl geht in die Tausende.

Zurecht bezeichnete die Alternative Liste (AL) diese Maßnahmen der Alliierten als Notstandsübung; die Massenrazien würden erheblich dazu beitragen, die ohnehin vorhandene Ausländerfeindlichkeit zu schüren.

Pikanterweise führen die Alliierten genau das durch, was der berüchtigte Ex-Innenminister Lummer schon immer wollte — nämlich schärfere Grenzkontrollen zur Eindämmung der „Asylantenschwemme“. Die Alliierten hatten seinerzeit Lummer gebremst, da sie auf der Freizügigkeit „Groß-Berlins“ bestehen würden. Honecker ließ sich auch schon die Hände, daß die Grenze zwischen der geteilten Stadt nun westlicherseits wie eine Staatsgrenze kontrolliert würde. Die Alliierten bezeichneten ihre Maßnahmen denn auch gleich als „außerordentlich und provisorisch“.

Gegen diese ausländerfeindlichen Notstandsmaßnahmen kam es zu zahlreichen Protesten. Mehrmals wurden von Gegnern dieser Maßnahmen „kollektive U-Bahn-Fahrten“ organisiert, die die polizeilichen Kontrollen unmöglich machten. In einem Fall wurden insgesamt 80 Demonstranten festgenommen.

D./Westberlin

US-Überfall auf Libyen: Die NATO war mit dabei!

Die USA haben wieder zugeschlagen! Das „Vietnam-Trauma“ meint man überwunden zu haben. Der größte US-Luftangriff seit dem Vietnam-Krieg traf in der Nacht zum 13. April die libyschen Städte Tripolis und Bengasi. Am Abend zuvor waren von den südenglischen US-Basen Lakenheath und Upper Heyford 24 US-Bomber vom Typ F-111 sowie von den Stützpunkten Mildenhall und Fairford US-Tankflugzeuge — angeblich zu Manöverzwecken — gestartet. Nach dem — wahrscheinlich — Umfliegen des französischen und spanischen Hoheitsgebiets und dem Anflug über das Mittelmeer griffen die 14 noch verbliebenen Bomber gegen 2 Uhr die libysche Hauptstadt an, um die „Zentralen des Terrorismus“ zu zerstören. Gleichzeitig waren 14 Kampfflugzeuge vom Typ Intruder („Eindringling“) sowie Jagdbomber vom Typ Corsair („Pirat“) und F-18 Hornet („Hornisse“) von den beiden US-Flugzeugträgern im Mittelmeer aufgestiegen. Während die „Intruder“ Bengasi angriffen, schossen die Jagdbomber Raketen gegen libysche Radarstellungen sowie Such- und Feuerleitstellungen. Das libysche Radar wurde außerdem durch das elektronische Störfeuer von vier elektronischen Kampfflugzeugen vom Typ EF-111E ausgeschaltet.

Die USA bombardierten Tripolis und Bengasi — doch die europäischen NATO-Partner waren nicht so unbeteiligt, wie sie es gern darstellen möchten. Die gesamte militärische Infrastruktur der NATO im Mittelmeerraum dürfte den USA für den Angriff zur Verfügung gestanden haben. Bei der faktischen, direkten Koppelung zwischen amerikanischen und NATO-Stellen hat die Formel von der „nationalen Operation der USA“ (NATO-Generalsekretär Lord Carrington) nur eine scheinheilige deklaratorische Funktion. Die militärische Vorbereitung und Planung des Angriffs gegen Libyen lag zum Beispiel in den Händen der NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers, der ja gleichzeitig Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in

Europa („Europa“ im weitesten Sinne!) ist, Rogers verfolgte den Ablauf der Militäraktion vom NATO-Hauptquartier SHAPE in Mons bei Brüssel aus. (Die Einsatzzentrale vor Ort lag in einem Aufklärungsflugzeug über dem Flugzeugträger „America“.) Die konkreten Vorbereitungen des militärischen Stabes von General Rogers für den Angriff wurden in der Zentrale der US-Streitkräfte in Europa (EU-COM) in Stuttgart erarbeitet. Die Bombardements wurden in der BRD militärisch vorbereitet — aber kein Politiker und MADler will davon gewußt haben? Auf die Frage, ob die US-Verbündeten in Europa von der Militäraktion vorher informiert worden seien, antwortete Rogers: „Natürlich sind die Alliierten von der Operation informiert worden!“

Wo NATO-Staaten nicht direkt, wie zumindest Großbritannien, eine Mitverantwortung für die Bombardierungen tragen, da läßt sich allerdings deren enge militärische Verzahnung mit der NATO und den USA aufzeigen. Jeder Staat, der in der NATO verbleibt, trägt automatisch auch die amerikanische Aggressionspolitik voll mit. Denn die militärstrategische Funktion des Mittelmeers ist nicht nur gegen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt gerichtet, sondern auch gegen die Völker des Nahen Ostens sowie Afrikas: Unterstützung der zionistischen Politik Israels, Kontrolle des Status Quo bzw. Roll Back antiliberalistischer Staaten, Sicherung der Rohstoffausbeutung etc. Auch wenn es innerhalb der NATO Meinungsverschiedenheiten in der „Behandlung“ der arabischen und afrikanischen Staaten gibt, so hat sich doch die Bombenpolitik der USA praktisch durchgesetzt. Das militärische Hauptinstrument der US-Politik im Mittelmeer ist die 6. US-Flotte. Ihre Stützpunkte liegen in Rota (Spanien), Gaeta, Neapel, und dem sizilianischen Sigonella (Italien), Souda Bay (Kreta/Griechenland) und Izmir (Türkei). Das Kontingent der 6. Flotte besteht aus zwei Flugzeugträgern, einem Hubschrauberträger, ei-

nem Lenkflächen- und zwei herkömmlichen Kreuzern, fünf Lenkflächenzerstörern, zwanzig weiteren Zerstörern, zwanzig U-Booten sowie 15 sonstigen Einheiten samt amphibischen Eliteverbänden mit 1800 Marinesoldaten. Zu den militärischen Aktionen und Aufgaben der 6. Flotte gehören nicht nur die Bombardements gegen den Libanon und Libyen, sondern auch — wie der Staatssekretär im BRD-Verteidigungsministerium, Lothar Rühl, einmal erläuterte — die Durchführung „begrenzter Interventionen mit Luftstreitkräften und kleineren Truppenlandungen an fremden Küsten“. Das Rückgrat für die 6. Flotte



Aus US-Sicht Gaddafi und Europa. Die „Welt“ übernahm diese Karikatur am 24.4.86 aus dem „Cincinnati Enquirer“.

ist das NATO-Stützpunktsystem im Mittelmeerraum. So haben die USA bereits seit 1943 einen Stützpunkt auf den portugiesischen Azoren. Dieser Stützpunkt ist ein Pfeiler für die Luftbrücke im Kriegs- und Krisenfall zwischen den USA und Europa bzw. dem Nahen und Mittleren Osten. So trug die über Lajes Air Base laufende Luftbrücke der USA entscheidend dazu bei, daß Israel 1973 im Oktober-Krieg nach anfänglichen Rückschlägen eine Wende herbeiführen konnte. Auch für

den Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe (oder für militärische Operationen zwischen Großbritannien und dem Nahen Osten dürfte Lajes Air Base auf den Azoren von hervorragender Bedeutung sein.

Richten wir unsere Augen weiter ostwärts, stoßen wir auf das neue NATO-Lieblingskind Spanien. So wohlbekannte Neckermann-Urlaubswinseln wie die Balearen oder die kanarischen Inseln entpuppen sich hier als unversenkbarer Flugzeugträger. „Für die Sicherung der Südfanke Europas sind die Balearen aufgrund ihrer dominierenden Rolle im westlichen Mittelmeer von ausschlaggebender Bedeutung. Die Balearen bilden einen von Land her ständig vorgeschobenen Posten zur Kontrolle des westlichen Mittelmeers sowie des Zugangs zu Gibraltar und Nordafrika. Der Besitz der Balearen ist in einem Krieg besonders wichtig, da das Mittelmeer für isolierte maritime Auseinandersetzungen nur wenig Raum bietet und diese Inseln auch zen-

aus über Gibraltar und durch die Spanier von der marokkanischen Küste durch die Stützpunkte Ceuta und Melilla. Die US-Stützpunkte auf spanischem Boden — neben den vier größten Basen noch 16 ebenfalls strategisch bedeutende Fazilitäten — waren mit Sicherheit in der Vorbereitung und Durchführung des amerikanischen Angriffs auf Libyen beteiligt. Nicht nur, daß die vorzeitig ausgefallenen plus eine wahrscheinlich getroffenen F-111 auf dem Luftstützpunkt Torrejon der Ardoz (mit der längsten Landeplatz Europas) gelandet sein dürften. Dieser Stützpunkt beherbergt außerdem den Stab der 16. US-Air-Force, der für den Einsatz und die Versorgung aller amerikanischen Fliegerverbände im Mittelmeerraum zuständig ist. In Torrejon liegen auch Tankflugzeuge vom Typ KC 135, wie sie während der Aktion zum Einsatz kamen. Ob von Torrejon vorher Tankflugzeuge nach Mildenhall und Fairford gebracht wurden oder ob die KC 135 gar direkt von Torrejon eingesetzt wurden, entzieht sich unseren elektronischen Aufklärungsmöglichkeiten. Dagegen läßt sich mit Sicherheit sagen, daß der US-Stützpunkt Moron de la Frontera als Versorgungsstation für die Bomber der 6. Flotte dient, also auch für die „Intruder“, die Bengasi bombardierten. Der Flottenstützpunkt Rota war in die Planung des Angriffs insofern eingespannt, als Rota als Operationsbasis für die Seeaufklärung mit „Aufklärungsflugzeugen“ großer Reichweite ausgerüstet ist. Rota bietet außerdem logistische und andere Unterstützungsmöglichkeiten für die Kriegsschiffe der 6. Flotte, einschließlich der Flugzeugträger.

Lassen wir Frankreich, das trotz seiner eingeschränkten NATO-Mitgliedschaft auch im regen militärischen Informationsaustausch mit den anderen NATO-Staaten steht, einmal außer Acht, so stoßen wir auf das Libyen gegenüber liegende Italien. Auch wenn in konservativen Kreisen immer wieder die „moderate“ Haltung Italiens gegenüber den arabischen Staaten beklagt wird, so darf das nicht über die Vorbereitungen zu einem verstärkten militärischen Engagement Italiens hinwegtäuschen. Der Aufbau einer eigenen „Schnellen Eingreiftruppe“ und die stärkere Konzentration auf den Süden entspräche der strategisch beherrschenden Position Italiens im Mittelmeerraum. Vor allem durch die „Starfighter“ und „Tornado“ (die übrigens im Vergleich mit den amerikanischen F-111 für derartige Aktionen wie gegen Libyen als überlegen gelten) kann mit entsprechender Raketenbewaffnung

Fortsetzung von Seite 1

DER VORWAND

Fortsetzung von Seite 1

DER VORWAND

Das heißt, Abu Nidal (und die ihn stützenden Stellen in Libyen und Syrien) läßt mit eindeutiger Systematik genau jene Gruppe der PLO „liquidieren“, die aus israelischer Sicht die gefährlichste, da unangenehmste ist. Unangenehm nämlich, weil sie den zionistischen Staat mit der einzigen Herausforderung konfrontiert, die ihm ernste Schwierigkeiten bereitet: Verhandlungen und eine politische Lösung, letztlich Anerkennung der palästinensischen Nation als gleichberechtigten Nachbarn und Partner. Da fällt es denn auch nicht schwer, die Meldung der US-Presse zu verstehen, Abu Nidal Hauptquartier in Libyen sei bei den Bombenangriffen im April „kein Ziel“ gewesen.

Die inhaltlich weitgehend gleichgeschalteten Medien des NATO-Teils der Welt flankieren die in Gang kommende Kriegsführung der USA mit einer heftigen Propaganda-Kampagne gegen den „internationalen Terrorismus“, als wäre dieser entweder eine völlig neue Erscheinung oder als hätte er in den letzten paar Jahren einen enormen Aufschwung genommen und bediene sich qualitativ neuer Methoden. Nichts davon entspricht selbstverständlich den Tatsachen. Ein kleiner Rückblick zeigt, daß das „Phänomen“ des Terrorismus Ende der 60er Jahre aufzutreten begann. Kausale Zusammenhänge bestanden vor allem zur Eskalation der US-Aggression in Vietnam, zu den Jugendrevolten in den meisten kapitalistischen Ländern um 1968 und zum israelischen „Blitzkrieg“ vom Juni 1967. Anschläge wie die beiden, die von den USA zur Rechtfertigung des Angriffs auf Libyen herangezogen wurden — die Bomben im Berliner „La Belle“ und in einem Flugzeug — sind in jeder Hinsicht geringfügige Ereignisse, verglichen mit früheren terroristischen Aktionen. Erinnert sei beispielsweise an die Bombe in einer Swissair-Maschine 1970 (47 Tote) oder das Massaker auf dem Flugplatz von Rom 1973 (31 Tote).

Seit es terroristische Aktionen gibt, werden diese auch mit angeblichen in-

ternationalen Netzen und Zentralen in Verbindung gebracht. Eine Reihe von Staaten wurden als Helfer, Stützpunkt und Auftraggeber des Terrorismus regelmäßig genannt: Libyen, Syrien, Irak, Südjetmen, gelegentlich Algerien, in manchen Zusammenhängen Cuba („Carlos“), und immer wieder auch die Sowjetunion als die eigentliche, geheime Hauptzentrale: „Die Akademie des Terrorismus liegt auf der Krim“ oder „Die Spuren des internationalen Terrorismus führen zum KGB“ hieß es schon 1981.

Ebenso alt wie die Anprangerung bestimmter Länder als „Piratenhäfen des internationalen Terrorismus“ ist die Forderung, diese Länder politisch zu isolieren, wirtschaftlich auszuhungern und schließlich militärisch anzugreifen. Ansatzweise ernst gemacht hatte mit der Forderung nach militärischen Aktionen in früheren Jahren nur Israel. Irgendeine reale Dringlichkeit für USA und NATO, jetzt plötzlich eine militärische Eskalation gegen Libyen einzuleiten, ist aus der Entwicklung des Terrorismus heraus jedenfalls nicht zu interpretieren. Der Aufschwung des „internationalen Terrorismus“, der jetzt behauptet wird, besteht nur in der Phantasie geheimdienstlicher Desinformations-Spezialisten. Die Wahrheit ist, daß es seit einem Zeitraum Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre insgesamt einen deutlichen qualitativen Rückgang des Terrorismus gegeben hat. Linksradikale Strukturen, die in den 70er Jahren eine zentrale Rolle gespielt hatten, sind zerschlagen oder entscheidend angeschlagen: die RAF, die Roten Brigaden Italiens, die japanische Rote Armee, die palästinensische PFLP. Ihre Niederlage hat Platz geschaffen für eine folgenreichere Veränderung in der Praxis und im Erscheinungsbild des Terrorismus. Anstelle einer erkennbaren antiliberalistischen Strategie sind vielfach Vorgänge getreten, die allenfalls von politischer und moralischer Verwirrung, oft aber wohl auch von gezielten geheimdienstlichen Eingriffen künden. Beispielfhaft sei an die Serie von antijüdischen Anschlägen Anfang der 80er Jahre erinnert, Bomben vor Synagogen, Schüsse und Handgranaten gegen jüdische Kindergärten in westeuropäischen Hauptstädten. Je weniger der Terrorismus von einer linksradikalen Ideologie geleitet und von stabilen linksradikalen Struk-

turen organisiert wird, umso manipulierbarer und infiltrierbarer wird er für Geheimdienste und rechtsradikale Provokateure. Gerade die USA haben in

den letzten 15 Jahren wirklich ernsthafte terroristische Herausforderungen erlebt als die Bombe in einem Westberliner Lokal, das von GIs besucht wird. Wenn dennoch gerade jetzt dieser Anschlag zum Vorwand genommen wird, um eine gigantische Militärmaschine in Marsch zu setzen, die sich zur Bekämpfung des Terrorismus strukturiert und wozu absolut nicht eignet (z.B. Flugzeugträger, strategische Bomber, Kriegsschiffe), so ist die propagandistische Manipulation eigentlich offensichtlich. Die Mobilisierung der Militärmaschine selbst ist der Zweck der Aktion. Mehr noch als anderswo gilt im militärischen Bereich das Prinzip „Wer rastet, der ruhet“. Die gigantische Maschine muß gelegentlich in Aktion gesetzt werden. Das gilt besonders, wenn extreme Militärausgaben und strategische Umorientierungen öffentlich gerechtfertigt werden müssen. Auch geht es darum, die NATO, die ansonsten nur ein Eventualbündnis im Ruhezustand ist, gelegentlich daran zu erinnern, daß sie ihrem Zweck nach eigentlich ein Kriegsbündnis unter Hegemonie der USA sein sollte. Daß sich dies schon in einem so harmlosen, risikoarmen Fall als problematisch erweist und nur unter deutlichem Murren der europäischen Verbündeten vor sich geht, beweist, wie weit der Weg noch ist, die NATO gegen ihren eigentlichen Gegner, die Sowjetunion, in Form zu bringen. Der Terrorismus, noch dazu verkörpert in Gestalt eines zweifelhaften „Revolutionärsführers“ wie Gaddafi und eines militärisch wehrlosen Staates wie Libyen, ist da für den Anfang ein idealer Partner. Einerseits gerade unberechenbar genug, um als Gefahr darstellbar zu sein, andererseits schwach genug, um die eigenen Verluste minimal zu halten und eine unkontrollierte Eskalation mit größtmöglicher Sicherheit auszuschließen. Ein Gegner zum Ausbilden und Einüben. Grenada, Libyen — nach ihrer politisch-militärischen Niederlage in Vietnam läßt die größte Kriegsmaschine aller Zeiten ganz klein wieder an. Ein aus der Bahn geworfener Ex-Wehrmeister im Schwergewicht, der zu Übungszwecken Kinder verdrängt und nach Dackeln tritt.

biet.“ (Anm.)

Die westliche Einfahrt ins Mittelmeer wird von Spanien und Großbritannien kontrolliert, und zwar durch die Briten von der spanischen Küste

Die EG: Federführung beim Kampf gegen den „internationalen Terrorismus“ angestrebt

„Zwei Ziele müssen jetzt im Vordergrund eines gemeinsamen erfolgreichen Handelns stehen: Einmal müssen wir unsere Anstrengungen noch weiter verstärken, um gemeinsam den internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Zum anderen müssen jetzt politische Mittel eingesetzt werden, um die Ursachen dieses Terrorismus zu beseitigen“, erklärte Kanzler Kohl nach dem Bombenangriff. Kohl hielt sich damit streng an die Vorgaben des EG-Außenministertreffens vom 14.4. in den Haag, auf dem die wesentlichen Maßnahmen gegen Libyen, die inzwischen in die Tat umgesetzt worden sind, beschlossen wurden.

Auffällig am Kommuniqué des EG-Ministerrats ist zuallererst, daß der bevorstehende Luftangriff — er begann fast unmittelbar nach Ende der Konferenz — mit keinem Wort erwähnt wurde, obgleich der US-Sonderbotschafter Walters in den Tagen vor dem Ministertreffen bei den Regierungen um Verständnis und Unterstützung für militärische Aktionen geworben hatte. Mit anderen Worten: Alle wußten Bescheid, doch niemand, auch die spanischen oder griechischen Sozialisten nicht, fiel der US-Regierung wenigstens politisch in den Arm. Gleich einleitend drohen die EG-Außenminister Libyen für den Fall von Übergriffen auf EG-Staaten eine gemeinsame Antwort der EG an, die nach Lage der militärischen Vorbereitungen durchaus kriegerischer Natur sein könnte. Der konkrete Maßnahmenkatalog gegen Libyen sieht die Einschränkung der Bewegungsfreiheit des diplomatischen Personals, die Reduzierung der diplomatischen Vertretungen Libyens und schärfere Visa-Kontrollen gegen libysche Staatsbürger vor. Mit der Umsetzung dieser Beschlüsse ist in den meisten EG-Staaten schon begonnen worden. Die Bekräftigung einer Übereinkunft aus dem Januar, nach Libyen keine Waffen mehr zu exportieren, bedeutet insbesondere für die Waffen-

händler der BRD, Frankreichs, Englands und Italiens einige Verluste.

Den Passagen der Ministererklärung, die in jeder Hinsicht die politische Einheit mit den USA unterstreichen, da sie die Legende von Libyen als „Hort des Terrors“ neue Nahrung verschaffen, folgt die Willenserklärung zu mehr internationaler Kooperation im „Kampf gegen den Terrorismus“.

Dieser Kampf soll nicht allein durch engere Zusammenarbeit der EG-Länder verschärft werden; auch die Staaten des Warschauer Paktes, der Arabischen Liga, der Islamischen Konferenz und der Blockfreien Bewegung sollen einbezogen werden. Den EG-Staaten geht es bei der internationalen Polizeizusammenarbeit neben Repressalien gegen linke Gruppen auch um mehr politischen Einfluß auf die Ausrichtung möglicher Partner. Innerhalb Westeuropas bestehen in Kreisen der Bundesregierung die weitreichendsten bekanntgewordenen Vorstellungen: Eine westeuropäische Polizeiorganisation nach dem Vorbild des FBI soll geschaffen werden.

Das Vorgehen der EG-Staaten enthält Elemente des Widerspruchs zu den Methoden der USA, weil die Westeuropäer hoffen können, aus dem Zusammenspiel von wirtschaftlichem Einfluß (bis auf Libyen und Albanien sind alle Mittelmeerränder durch Assoziations- und Kooperationsverträge an die EG gebunden) und politizpolitischer Zusammenarbeit selbst stärkeres Gewicht im Nahen Osten zu gewinnen. Aufgeben kann die EG-Rechnung andererseits nur, wenn die subtilere imperialistische Variante im Vergleich zu den militärischen Schlägen der USA verlockender erscheint.

fo.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Tageszeitung, The Times, La Figaro, Le Point (alle im April 1986).

Fortsetzung nächste Seite

F-111 für derartige Aktionen wie gegen Libyen als überlegen gelten) kann mit entsprechender Raketenbewaffnung

Fortsetzung nächste Seite

Panzerkreuzer Washington

Mit der militärischen Aktion gegen die libysche Regierung hat der US-Imperialismus demonstriert, daß eine neue Phase im Kampf um die Weltherrschaft angebrochen ist. Früher wurden unliebsame Regierungen weggeputzt wie in Chile oder dort, wo es ein Leichtes war, mittels einer Marine-Invasion abgesetzt, wie in Grenada. Ab nun nimmt sich der US-Imperialismus das Recht heraus, unliebsame Regierungen in Grund und Boden zu bombardieren. Sowie es der Gegner zuläßt, wird auf den — noch kleinen — roten Knopf gedrückt.

Der Terror ist immer und überall

Lassen wir zunächst die auf die Person Gaddafi zugeschnittene Agitation beiseite. Im März legte Vize-Präsident Bush seinen Bericht über die Errichtung einer „Einsatzgruppe zur Terrorbekämpfung“ vor. Dieser Gruppe wird der Status eines Ministeriums zugewiesen; sie soll einen festen Sitz im Nationalen Sicherheitsrat der USA einnehmen. Dem Problem „Terrorismus“ wird in der inneramerikanischen Politik ein gleichwertiger Platz neben Haushaltsdefizit und SDI eingeräumt. Die neue „Einsatzgruppe“ soll sowohl die organisatorischen Schritte der Anti-Terror-Politik bestimmen, als auch auf die Gesetzgebung maßgeblichen Einfluß ausüben. Erster Schritt soll die Einführung der Todesstrafe für diejenigen sein, die eine US-amerikanische Geisel töten. (lat, 7.4.86)

Desweiteren legte der Sonderbotschafter für Anti-Terrorismus, Robert Oakley, im März einen Bericht über Stand und Einschätzung des Terrorismus vor. In diesem Bericht wird ein Szenario gemalt, nach dem der internationale Terrorismus in den letzten beiden Jahren sprunghaft zugenommen hat. Für 1985 zählte er 800 Vorfälle, bei denen 23 US-Bürger getötet und 139 verletzt wurden. Der Nahe Osten, Lateinamerika und Westeuropa sind die Hauptschauplätze dieser Vorfälle. Als Verantwortliche stehen dort Khomeini neben Abu Nidal, die RAF, die Roten Brigaden, die Basken (I), und die Guerilla in El Salvador.

Neben typischen Besonderheiten kennzeichnet nach Oakleys Meinung die „Guerrilla“ in El Salvador:

Neben typischen Besonderheiten kennzeichnet nach Oakleys Meinung die Gruppen allgemein eins: „Keine von ihnen, was immer sie oder ihre Unterstützer behaupten, sind irgendwelche romantischen Freiheitskämpfer, deren Angriffe entschuldigt werden können, weil sie für eine politische, gerechte Sache kämpfen. Sie vollführen kriminelle Akte, in vielen Fällen versuchen sie vorsätzlich so viele unschuld-

ge Menschen wie möglich zu töten oder zu verwunden ...“

Natürlich können die USA ihr Militär einsetzen, um gegen Terroristen loszuschlagen. Aber dafür brauchen die USA in neutralen oder befreundeten Ländern deren Mitwirkung. Der Gebrauch der „legalen Macht, Terroristen zu verfolgen, wird sehr stark von den Einstellungen des befreundeten Landes beeinflusst“. Auf die positiven Erfahrungen in der Vergangenheit mit Großbritannien wird ausdrücklich verwiesen.

In einer Art Schlußfolgerung erläutert Oakley, warum die US-Regierung weiterhin mit terroristischen Angriffen gegen sich und andere rechnet. „Es gibt zu viele Gründe, zu viele verschiedene Akteure, und zu viele politische, religiöse, soziale und nationalistische Reibungspunkte in der Welt, die Individuen dazu bringen, zu Terroristen zu werden. Zu viele Gruppen denken, daß sie einen politischen Einfluß im Sinne ihrer Sache haben können — vergrößert noch durch die Medien in der ganzen Welt — und dann gibt es Regierungen, die dem Reiz erliegen, Terrorismus als eine billige Form der Kriegsführung zu sehen.“ (lat, 3.3.86)

Eine andere Vorbereitung für die Aktion gegen Libyen lieferte die Konferenz über „low-intensity-warfare“ an der National Defense University Mitte Januar. Dort antwortete Außenminister Shultz auf ein Statement von Margaret Thatcher. Sie sagte, daß Aktionen gegen ein anderes Land in Sachen Terrorbekämpfung gegen internationale Rechte verstoße und nur noch mehr Chaos erzeuge. Shultz nannte diese Position „absurd“ und führte weiter aus: „Daß es substantielle rechtliche Grundlagen für die Ansicht gibt, daß ein Staat, der terroristische oder subversive Angriffe gegen einen anderen Staat unterstützt, oder der Terroristen unterstützt oder in ihrer Planung ermuntert, (...) für Angriffe selbst verantwortlich ist.“

Shultz zitierte den US-Präsidenten, daß Libyen eine „bewaffnete Aggression gegen die USA nach dem vorhandenen internationalen Recht“ begangen habe, „weil es eine materielle Unterstützung für Gruppen gewährt hat, die US-Bürger angreifen.“

Ein Rechtsberater des State Department unterstützte Shultz und meinte, daß dieser Standpunkt durch die UN-Charta und verschiedene UN-Resolutionen gedeckt sei. Zwar lasse das internationale Recht keine „Vergeltung“ gegen den Terrorismus zu, aber „es ist uns erlaubt zurückzuschlagen, um zukünftige Angriffe zu verhindern“ — nach der Doktrin der Selbstverteidigung. Shultz erteilte auf dieser Tagung heftige Kritik, unter anderem die, daß mit einer solchen Argumentation die Sowjetunion gesetzmäßig Honduras besetzen könne, da Honduras die von den USA unterstützten Rebellen beher-

berge. Das gleiche gelte für Fälle, in denen die USA im eigenen Land Rebellen für die Konterrevolution in anderen Ländern ausbilden. Zusammenfassend wurde Shultz' Ausführungen vorgelesen, daß „sie nahe daran seien, das internationale Recht in Sachen Terrorismus außer Kraft zu setzen.“ (WP, 26.1.86)

In welche Richtung solche Erörterungen über Recht und Unrecht gehen, zeigt eine republikanische Gesetzesvorlage Mitte April dieses Jahres. Nach diesem Gesetz wird dem US-Präsidenten in gewissen Fällen freie Hand gegeben, das Staatsoberhaupt eines anderen Landes erschießen zu lassen. Solche Handlungen werden bisher durch Bundesgesetze und Richtlinien verboten. Dies Gesetz wurde praktisch von den republikanischen Fraktionsführern vorgelegt, ist also nicht Produkt irgendwelcher parlamentarischen Randgruppen.



Weiterhin ist mit diesem Gesetz der Versuch verbunden, das War powers

Weiterhin ist mit diesem Gesetz der Versuch verbunden, das War powers act außer Kraft zu setzen; mit jenem wurden 1973 Nixon Grenzen gesetzt, den Vietnam-Krieg ohne Konsultationen der parlamentarischen Institutionen fortzuführen. Die Notwendigkeit des jetzt vorgelegten Gesetzes wurde mit dem Entscheidungsnotstand begründet, der bisher immer wieder produziert werde, indem der Präsident in Stunden wichtiger Entscheidungen irgendwelchen demokratischen Gepflogenheiten nachgehen muß. (NYT, 18.4.86)

Zwar war es in den USA kein Geheimnis, daß der Tod Gaddafis bei den letzten Angriffen zumindest billigend in Kauf genommen wurde. Sowohl Shultz als auch andere hatten „aus ihrem Herzen keine Mördergrube“ gemacht: „Der Grund ist nicht, Gaddafi in seine Schachtel zu tun, (obwohl) da gehört er hin“ sagte Shultz schon während der März-Angriffe auf Libyen. Teilweise wurde es auch als möglicher Fehler der Aktion festgestellt, daß Gaddafi nicht getötet worden war; immerhin waren vier 2.000-Pfund Bomben auf sein Hauptquartier geworfen worden. (news, 28.4.86)

Nachdem solche „Mutmaßungen“ überhand genommen hatten, sahen sich die Verantwortlichen in den USA immerhin gezwungen, öffentlich die Position zu beziehen, daß solches nicht in ihrem Sinne gewesen sei. Es wurde sogar eine CIA-Studie bemüht, die nachwies, daß Gaddafis Tod bei einem solchen Angriff nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 1:1.000 zu erwarten gewesen wäre.

Wie und warum Gaddafi?

Die Geschichte der letzten fünf Jahre zeigt, daß auch die USA nicht in der Lage sind, ihre Rhetorik jederzeit und überall Wirklichkeit werden zu lassen. Politisch gab es immer wieder schwankende Mehrheiten für verdeckte Aktionen oder wirtschaftliche Maßnahmen. Auch im Winter 1983, als im Beirut mehr als 240 US-Marines durch ein

Himmelfahrtskommando des „Heiligen Islamischen Krieges“ in die Luft gesprengt wurden, war die US-Maschinerie nicht in der Lage, eine Gegenattacke nach israelischem Muster zu fahren. Zunächst war man geschockt, sodann unentschieden. Die französische Regierung hatte die USA wiederholt zu einer „Strafaktion“ gegen Stationen und Lager in Bealbek aufgefordert, und schlug dann auf eigene Faust los. Als die USA schließlich doch noch am 4. Dezember ihre Bomben losgeschickten, verloren sie zwei ihrer kostbaren Maschinen durch die Luftabwehr Syriens.

US-Präsident Reagan konnte damals sein Image durch die Invasion auf Grenada, die fast zeitgleich mit den Beirut Ereignissen stattfand, halten. Zumindest wurde der Regierung klar, daß bloße Rhetorik auf Dauer bei den Massen nicht verfaßt. Und so macht sich im Winter 1985 das Oberkommando der US-Streitkräfte an das Planen einer Aktion gegen Libyen unter folgenden Maßgaben: Es mußte eine schnelle, für die US-Soldaten relativ sichere Aktion sein; die auszuwählenden libyschen Ziele mußten in etwa dem entsprechen, als was sie später in der Agitation ausgegeben wurden: militärische Institutionen. (WP, 7.1.86)

(fast 1.000mal passiert.“ Auch „liberale“ Medien haben so dazu beigetragen, daß die gegenwärtige US-Regierung ihre hardliner-Politik durchsetzen kann. (news, 28.4.86)

Die libysche Regierung und das Land Libyen mit seinem Volk hatten das Pech, daß alle Voraussetzungen für eine solche gewünschte, begrenzte Aktion dort vorhanden waren, und noch sind. Angefangen von den geographischen „Vorteilen“, die ein Küstenland der US-Navy bietet, bis dahin, daß der Solidarisierungseffekt gegenüber einem Politiker wie Gaddafi ungleich geringer ist als beispielsweise gegenüber einem Land wie Nicaragua. Für den durchschnittlichen US-Ameri-

Der US-Nervenkrieg gegen Libyen

Am Tage nach seiner Amtseinführung am 21. Jan. 1981 machte Reagan Libyen zu einem der Hauptgesprächspunkte während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates der USA. Unter Federführung des damaligen Außenministers Haig wurden bis zum Sommer 1981 mehrere Experten zum Thema Gaddafi/Libyen erstellt. US-Ölfirmen wurden gebeten ihre Angestellten aus Libyen zurückzuziehen, und im Kongreß wurden CIA-Operationen diskutiert. Im August 1981 kam es zu einem kurzen Luftkampf zwischen der US Air Force und libysche Flugzeugen über der Großen Syrte. Die libysche Regierung beansprucht bekanntlich den entsprechenden Luftraum ebenso wie die Gewässer der Großen Syrte als zu ihrem Hoheitsgebiet gehörig. Zwei libysche Jäger wurden damals abgeschossen.

Im Oktober des gleichen Jahres wurden erste Berichte über libysche „Selbstmordkommandos“ veröffentlicht. Pläne über wirtschaftliche Sanktionen ließen sich zu diesem Zeitpunkt nicht durchsetzen, da solche Maßnahmen sowohl vom Finanzminister Donald Regan als auch von Wirtschaftskreisen abgelehnt wurden. Die damalige Meldung über ein Todeskommando gegen Reagan und andere Politiker wird heute als eine „Ente“ angesehen.

Am 10. Dezember 1981 verbot die US-Regierung, mit US-Pässen nach Libyen zu reisen. Am 10. März 1982 wurde der Import libyschen Rohöls untersagt. Diese Maßnahme hatte aus US-amerikanischer Sicht keinen Effekt, da Libyen das Öl stattdessen in Europa absetzte. Die Regierung entschied dann, daß bis zu den Präsidentschaftswahlen im Nov. 1984 keine „dramatischen“ oder

„extremen“ Maßnahmen ergriffen werden sollten. Präsidentschaftswahlen im Nov. 1984 keine „dramatischen“ oder „riskanten“ Aktionen unternommen werden sollten.

Mitte Dez. 1984 startete die Regierung eine neuerliche Kampagne, US-Bürger zum Verlassen Libyens zu drängen. Das war eine mehr oder weniger verdeckte Aktion und sollte das Potential an „Geiseln“ bei künftigen Militärationen der USA gegen Libyen verringern. Dieser Aufruf hatte jedoch so gut wie keine meßbaren Ergebnisse.

Die nächste Runde lief Mitte 1985. Die CIA unternahm einige verdeckte Aktionen, um Gaddafi in seiner Position zu destabilisieren. Weiterhin wurden zu diesem Zeitpunkt bereits erste militärische Planungen begonnen.

Nach den Anschlägen auf die Flughäfen von Wien und Rom Ende 1985 wurden die vorbereiteten Papiere des Pentagons und des Weißen Hauses veröffentlicht; am 7. Jan. 1986 verhängte Reagan einen Boykott gegen Libyen. Am 14. März wurde im Nationalen Sicherheitsrat der USA die Aktion „Prärie Feuer“ beschlossen. Danach überfuhren am 24./25. März Teile der 6. US-Flotte im Mittelmeer die Grenzlinie, jenseits der die libysche Regierung ihre Hoheitsgewässer reklamiert. Zwei libysche Schnellboote werden versenkt; die US Air Force greift Radar- und Flugabwehrstationen in Libyen an.

5. April: In der Diskothek La Belle explodiert eine Bombe, ein US-Soldat und eine Türkin sterben. In den nächsten Tagen dampft die 6. US-Flotte erneut gegen Libyen. Gen. Walters reist als Spezialgesandter der USA durch Europa; am 14.4. treffen sich nochmals die EO-Außenminister, während die US-Bomber schon im Anflug auf Tripolis und Benghazi sind. Durch die US-Bomben werden nach Schätzungen mehr als 100 Menschen getötet.

Fortsetzung von vorheriger Seite

jedes Ziel im Mittelmeer erreicht werden. Für die militärische Beherrschung des Mittelmeers von besonderer Bedeutung sind auch hier die Marinestützpunkte der 6. US-Flotte. Von militärischer Relevanz ist ferner der Stationierungsort der Cruise Missiles in Comiso an der Südküste Siziliens. Zu recht ist darauf hingewiesen worden, daß die Cruise Missiles im Sinne der angeblichen NATO-Nachrüstung gegen sowjetische SS-20 eigentlich im Norden hätten stationiert werden müssen. Der Stationierungsort im äußersten italienischen Süden, wie u.a. auch entsprechende Äußerungen von Ex-US-Präsident Nixon, machen deutlich, daß die in Comiso stationierten Cruise Missiles vorrangig für den Einsatz gegen afrikanische und arabische Staaten gedacht sind — allen voran gegen Libyen!

Auch der so störrische NATO-Partner Griechenland dient mit als Angriffsplattform gegen Libyen. Hier wurden mal wieder die engen Grenzen des wortradikalen Protestes eines Andreas Papandreu deutlich, dem keine Taten folgen. Griechenland hatte sich noch vor drei Jahren von den USA zu sichern lassen, daß die US-Stützpunkte in Griechenland nur zu Verteidigungszwecken benutzt werden dürfen. Was man unter „Verteidigungszwecken“ zu verstehen hat, bekamen die Libyer am 15. April zu spüren.

Auf Kreta befindet sich der sog. Homeport der 6. US-Flotte; Souda Bay gilt gleichzeitig als größter Militärha-

fen im Mittelmeer. Die Luftwaffenbasis Heraklion auf Kreta dient vor allem als Luftaufklärungs- und Kommunikationszentrum. Hier befindet sich eine Verbindungs- und Überwachungszentrale mit einer der ganzen östlichen Mittelmeerraum, Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens sowie der Sowjetunion abdeckenden Kapazität; von hier aus werden auch routinemäßig Aufklärungsmissionen an Libyens Küste geflogen. Das Kommunikationszentrum Nea Makri bei Athen ist u.a. für die Auswertung der Nachrichten von der 6. US-Flotte zuständig.

Ähnliche Funktionen wie die US- und NATO-Stützpunkte in Spanien, Italien und Griechenland üben auch entsprechende Einrichtungen auf Zypern und in der Türkei sowie in Ägypten aus.

Wenn sich alle diese Staaten inklusive der BRD darauf zurückziehen versuchen, die hätten mit dem amerikanischen Angriff auf Libyen nichts zu tun, so muß allein aufgrund der zahlreichen militärischen Verflechtungen festgestellt werden, daß gegen Libyen kein reiner US-Angriff, sondern ein Nato-Angriff stattfand. Wollten sich die übrigen NATO-Staaten in einer glaubwürdigen Art von einer aggressiven Militärpolitik distanzieren, dann müßten sie schon aus der NATO austreten und den USA und der NATO jegliche militärische Nutzung ihres Territoriums untersagen.

Antimä-Kommission, KB Göttingen

Anmerkung: Ulrich Borchardt, Spanien und die NATO, Hamburg 1980, S.13

rikaner ist sodann zwischen dem allgemeinen Tumult im Nahen Osten auch keine Differenzierung möglich, da bis zum Frühjahr 1986 die wenigsten gewußt haben dürften, daß es Libyen überhaupt gibt

Nicht Festung, sondern Schlachtschiff USA

Aus US-amerikanischer Sicht haben sich die bürgerlichen Regierungen Europas wie Feiglinge verhalten, außer Margaret Thatcher, die ihren Tribut aus der US-Unterstützung im Malvinenkrieg zurückzahlen konnte. Aber immerhin, wenn die Europäer nun wenigstens zu Anstrengungen im internationalen Anti-Terrorismus bereit sind, hat es doch etwas gebracht. Von den konservativen bis zu den liberalen Medien wurde den übrigen NATO-Partnern die Frage gestellt, was es denn auf sich habe, daß ein Bündnis ausgerechnet dann nicht funktioniert, wenn der US-Imperialismus es mal braucht.

Gefordert wird die neue Reagan-Doktrin als ein Mittelweg zwischen dem alten Isolationismus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg und dem „Internationalismus“ der vergangenen 40 Jahre. Das heutige Bild ist das „Schlachtschiff Amerika“ — oder besser noch, die letzte Woche auf den Punkt gebracht — der Flugzeugträger America, der über die sieben Ozeane dampft, seine Flagge in befreundeten Häfen zeigt, und, falls herausgefordert, Luftangriffe gegen die Unfreundlichen fliegt. Aber (Reagan) hat einen Mittelweg gefunden zwischen dem Unilateralismus und dem, was man vielleicht traditionellen Internationalismus nennen kann, Reagan hat sich eine bestimmte Art zugelegt, die Verbündeten

im Voraus zu konsultieren, ihre Unterstützung willkommen zu heißen, wenn sie sie anbieten, oder ihre Befürchtungen zu mildern, wenn sie sie abweisend sind — aber er wird ihre Rückenbedeckung nicht zur Voraussetzung für Aktionen Amerikas machen.“ (Time, 28.4.)

Die politische Praxis der USA hat gezeigt, daß es im bürgerlichen Lager einen breiten Konsens gibt, heute eher bereit zu sein als vor ein paar Jahren, Politik mit Kanonen zu machen. Die Jahre nach Nixon waren geprägt durch die Dezentralisierung von politischen Entscheidungen zu sehr oft vielen bürgerlichen Politikern die Erfahrung im Nacken, daß Nixon und Kissinger in der Lage waren, das Weiße Haus zum Entscheidungszentrum für alles zu machen. Nixon scheiterte am zerbrechenden Konsens über die Fortführung des Vietnamkrieges. Die Reagan-Ära thematisiert viele dezentralisierende Elemente wieder ab, das ZK sitzt wieder im Weißen Haus. Für eine begrenzte Zeit gewonnen in diesem Frühjahr diejenigen die Macht der Entscheidungen, die mehr auf die militärische Karte setzen. Mittel zu ihren Zwecken war der Angriff auf Libyen. Die Tatsache, daß diese Politik im bürgerlichen Establishment frenetisch gefeiert wurde, daß die US-Gesellschaft aufgrund ihrer innergesellschaftlichen Erosion einen äußeren Feind braucht, den internationalen Terrorismus, gibt allen Recht, die vom US-Imperialismus nichts als Krieg erwarten

we./imp.-Kom.

Abbildungen der Zeitungen: at US Policy — Information and Text (Info der US-Regierung) WP Washington Post NYT New York Times news US News and World Report (Reagan-freundlich)

Gaddafi versinkt ... in den Fußstapfen Nassers

Ausgesprochen kleinlaut stellte sich Gaddafi zweieinhalb Tage nach dem nächtlichen Angriff der US-Luftwaffe auf Tripolis und Bengasi der Öffentlichkeit. Das späte und ungewohnt bescheidene Auftreten, ebenso wie Gerüchte über Schieberellen oder gar Aufstände innerhalb Libyens gaben zu einer Vielzahl Spekulationen Anlaß. War Gaddafi gestürzt, entmachtet, verletzt oder gar bei dem Luftangriff getötet worden, war ein Bürgerkrieg ausgebrochen?

Keine dieser von Teilen der westlichen Presse begierig aufgegriffenen Vermutungen hat sich bisher bewahrheitet. Längerfristig können allenfalls eine Einschränkung der Macht Gaddafis, kurzfristig auch eine Änderung seines bisher großmäuligen und kraftmeierischen Auftretens erwartet werden.

Empörung und Betroffenheit über den mörderischen US-Angriff herrschten im linken Lager und in Teilen der Bevölkerung, vor allem weil eine Eskalation der Auseinandersetzung und eine mögliche Konfrontation der Großmächte befürchtet wurden. Jahrelang haben die USA Gaddafi in einer wahren Propagandaschlacht als Terrorist Nummer eins und Statthalter der Sowjetunion im Nahen Osten aufgebaut, als Hauptfeind Nummer drei nach der Sowjetunion und Kuba, und damit die Aggressions- und Destabilisierungspolitik gegen das dreieinhalb Millionen Menschen zählende Volk gerechtfertigt. Welches sind die Ziele der US-Politik gegenüber Libyen? Und wer ist dieser Gaddafi wirklich, der nach Wohlfühlenden eher als Wirkkopf und Maulheld, denn als ernstzunehmender Politiker erscheint? Was sind seine innen- und außenpolitischen Ziele, die häufig genug in lächerlich radikalen Sprüchen vorgetragen werden? Und was ist die innen- und außenpolitische Wirklichkeit? Ist er der uneigennützte Unterstützer der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, und natürlich an erster Stelle, der palästinensischen Befreiungsfront? Gibt es in seiner Politik etwas, das den unverhältnismäßigen Zorn der USA, Boykottmaßnahmen, militärische Drohungen und Angriffe begründen könnte? Vielleicht sein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion? Oder ist er tatsächlich der Drahtzieher des weltweiten Terrornetzes?

Diese Fragen sollen in diesem Artikel untersucht werden. Der erste Teil behandelt die Interessen der USA, das libysch-sowjetische Verhältnis und die libysche Außenpolitik. Der zweite Teil wird sich mit der Innen- und Wirtschaftspolitik Gaddafis, seiner islamischen Volkdemokratie und der libyschen Opposition im In- und Ausland befassen.

Zum Luftangriff der USA

Im Februar erschien in der Zeitschrift „The Middle East“ ein Artikel („Why Libya is the target“ (Weshalb ist Libyen Zielstreife)) (1), in dem auf das Interesse der USA hingewiesen wird, die seit Sommer 1985 in Libyen stationierten sowjetischen SAM 5-Raketen auszusperren (2), indem Libyen zu ihrem Einsatz provoziert wird. SAM 5-Raketen sind weitreichende Boden-Luft-Raketen auf neuestem Stand, außerhalb der Sowjetunion waren sie bisher nur in Syrien stationiert. Von dort wurden sie nach Gesprächen zwischen den USA, der Sowjetunion und Syrien abgezogen, weil sie die uneingeschränkte Kontrolle der israelischen Luftwaffe in der Region ernsthaft bedrohten (3). Dafür wurde Syrien bei einer Neuordnung im Libanon freie Hand gelassen, die aber bekanntermaßen nicht durchsetzbar war. Die Sowjetunion verlegte die etwa zwölf SAM 5-Batterien und 2.000 Militärberater nach Libyen, um die Bereitschaft zu demonstrieren, befreundete Staaten im Nahen Osten zu schützen. Selbstverständlich seien die Raketen unter alleiniger Kontrolle der sowjetischen Militärberater.

Die Bombenanalyse auf die Schatler der israelischen Luftfahrtgesellschaft in Wien und Rom am 27. 12. 85, für die die USA und Israel umgehend die Abu Nidal-Gruppe und Libyen verantwortlich machten (4), obwohl es eher Beweise für eine syrische Verwicklung gibt (5), wurden zum Anlaß genommen, Libyen zum wiederholten Male mit „Bestrafung“ zu drohen und die Stimmung — vor allem in der amerikanischen Bevölkerung — weiter anzuhetzen. Im Zuge der so geschaffenen Krisensituation wurden fünf EA-6B „Prowler“-Aufklärungsflugzeuge auf die NATO-Base Sigonella (Sizilien) verlegt. Sie kamen beim Luftangriff zum Einsatz. AWACS-Frühwarnflugzeuge kontrollierten das östliche Mittelmeer, die auf Flugzeugträgern stationierten Frühwarnflugzeuge E-2C „Hawkeye“ wurden ebenfalls eingesetzt (1).

Die SAM 5-Batterien können ein wichtiger Grund für die jüngsten militärischen Provokationen (Manöver im Golf von Syrien) und für den Luftangriff gewesen sein. Die Aggressionen waren geradezu darauf angelegt, einen libyschen Gegenschlag zu ermuntern. Der amerikanische Präsident Reagan versuchte Ende Februar des französischen Präsidenten Mitterrand für ein gemeinsames militärisches Vorgehen zu gewinnen. Er wolle neue Manöver in der Großen Syrte durchführen, um deren internationale Natur zu demon-

strieren (6). Im übrigen sei er besorgt über die inzwischen einsatzfähigen SAM 5-Raketen. Sollten libysche Flugzeuge aufsteigen oder libysche Raketen eingesetzt werden, um die amerikanischen Operationen zu stören, würde das amerikanische Militär zurück schlagen und die Raketenbatterien zerstören. Frankreich solle zur gleichen Zeit einen Luftangriff auf libysche Truppen in Nord-Tschad durchführen (7). Mitterrand lehnte ab (8).

Ein weiterer Grund dürfte die Tatsache sein, daß Reagan seinen vielfältigen Ankündigungen, dem Drahtzieher des weltweiten Terroristennetzes eine Lektion zu erteilen, endlich einmal Taten folgen lassen mußte. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, daß die Differenzen bezüglich eines militärischen Eingreifens zur Terroristenbestrafung, die zwischen Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger bestanden, diesmal offensichtlich ausgeräumt waren. Gaddafi verstärkte durch maßlos übertriebene Kriegsdrohungen das günstige Klima für einen Angriff. Auf einer Pressekonferenz am 1. 1. 86 drohte er einen Krieg auszulösen, „der im Fall eines Angriffs auf Libyen das ganze Mittelmeer, den Nahen Osten und wahrscheinlich die ganze Welt in Brand setzen wird.“ „Ein Angriff gegen Libyen würde der Beginn eines endlosen Krieges gegen den Imperialismus und Zionismus bedeuten.“ „Wir hoffen, daß die USA und Israel den Irrtum begreifen werden, uns anzugreifen.“

Das libysche Volk habe die Unterstützung der arabischen Nation und aller von Frieden und Freiheit begeisterten Völker. Die Welt könne erst in Frieden leben, wenn die USA und Israel, die internationalen Basen des Terrorismus, zerstört seien; Frieden und Sicherheit in der Nahostregion könnte erst dann wieder hergestellt werden, wenn alle Juden in ihre Herkunftsländer zurückgelehrt und das libysche Volk bei gutem Umgang mit Waffen ausgebildet und werde seine Selbstverteidigung sichern.“ „Wenn Menschen in Libyen angegriffen werden, werden wir die Amerikaner in den Straßen Amerikas und die Israelis in den Straßen des besetzten Palästina verfolgen“ (9).

Die Sowjetunion lacht sich — erwartungsgemäß — in diesem Konflikt auf-fallend zurück. Eine Woche vor dem Angriff, als die Absichten der USA mehr als deutlich waren, zogen sich die sowjetischen Schiffe zurück (10). Ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums ließ nach dem Angriff durchblicken, daß der sowjetische Botschafter in den USA Kenntnis von dem bevorstehenden Angriff gehabt habe, daß die Sowjetunion jedoch nicht in der Lage gewesen sei, Gaddafi zu



warnen (11). Andere Quellen berichten, daß die Sowjetunion Libyen etwa eine Stunde vor dem Angriff gewarnt habe, was möglicherweise dazu geführt hat, daß Gaddafi nicht ums Leben kam. Der sowjetische Staatschef Gorbatschow versuchte Gaddafi die Solidarität der Sowjetunion und sagte weitere moralische, diplomatische, politische und militärische Unterstützung zu. Etwa zehn Tag später liefen sowjetische Schiffe in libysche Häfen ein, um diese Solidarität zu demonstrieren. Ein Außenministertreffen beider Länder ist erst für die nächsten Wochen vorgemerkt. Die Sowjetunion hatte nicht vor, sich im Falle eines Angriffs der USA auf Libyen militärisch zu engagieren. Nur zwei Wochen vor dem Angriff ließ das sowjetische Außenministerium erklären, die Sowjetunion und Libyen hätten das Projekt, einen Freundschaftsvertrag zu schließen, nach drei Jahren aufzugeben. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien freundschaftlich und würden ausgedehnt, sollen aber nicht auf eine andere jenseitige Beziehung gebracht werden (12). Damit wäre ein weiteres Ziel der US-Provokation erreicht: Die Sowjetunion hat wieder einmal demonstriert, daß sie nicht willens und in der Lage ist, ihre Partner im Nahen Osten wirkungsvoll zu schützen.

Die strategischen Interessen der USA

Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts zeigten Großbritannien und die USA starkes Interesse an Stützpunkten in Libyen und an einem ihren Interessen dienenden Regime. Vor 1805 planten die USA, den Herrscher von Tripolis zu stürzen und durch seinen Bruder zu ersetzen, der im ägyptischen Exil lebte. Dieser Umsturzversuch wurde 1805 zugunsten eines Vertrages zu den Akten gelegt, was heftige Kritik im Kongreß auslöste. Weitere Versuche, Stützpunkte entlang der libyschen Küste zu errichten, folgten. Die USA wollten eine eigene Position zwischen den französischen (Tunesien und Algerien) und britischen (Ägypten und Sudan) Einflußgebieten aufbauen. Erst nach der Unabhängigkeit Libyens 1951 erhielten die USA den Stützpunkt Wheelus-Air-Base und weitere militärische Nutzungsrechte (1954). In einer CIA-Studie zur Regierungszeit Eisenhower wurde Libyen 1959 als strategisch wichtige Pufferzone zwischen dem Nahen Osten und Nordafrika, gegen den arabischen Nationalismus und für die Kontrolle des östlichen und südlichen Mittelmeeres eingeschätzt.

Die strategischen Interessen der USA

Diese strategische Bedeutung hat Libyen heute noch für die USA, auch wenn sich das politische und militärische Umfeld verändert hat. Ägypten ist nach dem Tode Nassers vollends an die Seite der USA gerückt, ist aber nicht zuletzt wegen seiner ungeheuren innenpolitischen Probleme ein wenig verlässlicher Bündnispartner. Tunesien und Marokko wurden aus der französischen Kolonialherrschaft direkt in die USA-Abhängigkeit entlassen. Die USA besitzen eine Vielzahl von militärischen Stützpunkten in Mittelmeerländern, hinzu kommt die im Mittelmeer stationierte Sechste Flotte. Ringe Ölfunde haben das Land seit Mitte der sechziger Jahre noch interessanter für die USA werden lassen. Politik und Politik Gaddafis sind zumindest ein Störfaktor für die amerikanische Politik im Nahen Osten. Sein Zweckbundnis mit der Sowjetunion hat den Einfluß des „Reichs des Bösen“ in dieser

Fortsetzung nächste Seite

Terroristische Aktivitäten nehmen zu!

Mit der Überschrift wurde diese Statistik in der Washington Post am 3. 1. 86 aufgemacht. So wurde u.a. die rasante Zunahme des Terrorismus während der Libyen-Kampagne „bewiesen“. Optisch sind die heutigen Zeiten zehnmal „terroristischer“ als Anfang der 70er Jahre.



Mit der Überschrift wurde diese Statistik in der Washington Post am 3. 1. 86 aufgemacht. So wurde u.a. die rasante Zunahme des Terrorismus während der Libyen-Kampagne „bewiesen“. Optisch sind die heutigen Zeiten zehnmal „terroristischer“ als Anfang der 70er Jahre.



Pershing-2 werden scharf gemacht

Parallel zu der Aggression gegen Libyen wurde — ebenfalls unter Leitung des US-Eucom in Stuttgart — eine Alarmübung mit Pershing-2 Raketen durchgeführt.

25. März 86: Zum ersten Mal seit der Beinahe-Katastrophe mit einer Pershing Rakete am 11. 1. 85 rückten aus dem US-Lager Mutlangen wieder drei Raketen zu einer Alarmübung aus — gleichzeitig mit dem ersten Angriff auf Libyen durch die 6. US-Flotte.

15. April: Kurz nach dem US-Luftwaffenangriff auf Tripolis und Bengasi verließen fünf Konvois die Stellung Mutlangen.

16. April: In sechs Pershing-Raketen verließen Mutlangen und Neu-Ulm. Alle Raketen führten Sprengköpfe mit sich. Die Raketen nahmen teils sofort, teils später Stellungen in der Nord- und Südpfahle ein. Zwei Pershing 2 machen einen Halt bei Philippsburg in der Nähe des dortigen A-Waffen-Lagers; eine Rakete führt auf das Gelände des AKW-Philippsburg — zeitgleich mit sowjetischen Schiffsoperationen vor der libyschen Küste.

17. April: Pershing-2 werden über den Rhein nach Germersheim verschifft, und zwar von einer Pioniereinheit der Bundeswehr.

18. April: 19 Pershing 2 befinden sich in der Pfalz, drei mehr, als beabsichtigt waren in Neu-Ulm und Mutlangen ausgefahren sind. Möglicherweise kommen diese drei Raketen aus dem Depot Weilerbach/Pfalz.

Die Raketen üben in Waldstellungen

den Ernstfall, d.h. das Startmanöver wird ausgeführt und in letzter Minute vor dem Start, vor Zünden des Treibstoffes abgebrochen. Die ausführenden Soldaten wissen dabei nicht, ob dieses Manöver eine Übung oder tatsächlich der Atomkrieg ist

Wahnsinn mit Methode

Die Pershing-2 Raketen eröffnen den Militärs zwei Optionen. Zum einen ist es ein Angriff auf Libyen selber, was aufgrund der Reichweite der Raketen möglich ist. Dazu fragte der Spiegel am 17. Oktober 1983: „Warum müssen es Pershing-2 sein, die von deutschem Boden aus, und nur von deutschem Boden aus, Libyen bedrohen?“

Zum anderen ist ihre Hauptfunktion, die „Nichtumsetzung“ der Sowjetunion zu erzwingen. Dazu der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Jürgen Brandt, auf Kabarettisierung am 31. 3. 1982. „Es geht bei der Nachrüstung nicht darum, (...) etwa dem Waffensystem SS 20 entsprechende Waffensysteme des Westens entgegenzusetzen. Es geht vielmehr darum, der Allianz Optionen für politisches Handeln zu erhalten, die sie zur Reaktion (...) in dem Bereich zwischen „nur“ politischer Druckausübung durch die SU und einer großen militärischen Auseinandersetzung der Blöcke befähigen“

Jürgen, Stuttgart

Die aktuellen Informationen stammen aus der „Pressestimme/Mut“ an der

Fortsetzung von vorheriger Seite

Region gestärkt (13).

Die USA standen dem Putsch der „Freien Offiziere“ zunächst abwartend bis positiv gegenüber. Ein Jahr vor dem Umsturz teilten sie dem libyschen König Idris mit, daß die gewährte Militärhilfe nicht zwangsläufig die Erhaltung seines Thrones bedeuten würde. Wenige Tage nach der Machtübernahme erkannten die USA das Gaddafi-Regime an. Nur wenige Monate später warnte der CIA Gaddafi vor einem Putsch, mehrere Mitglieder des Revolutionärsrates wurden verhaftet. Noch 1971 verhinderten die britischen und amerikanischen Geheimdienste einen Umsturzversuch der monarchistischen Opposition, obwohl die USA und Großbritannien schon ein Jahr zuvor ihre Stützpunkte in Libyen hatten aufgeben müssen.

Gaddafis Politik der nationalen Unabhängigkeit (Schließung der Militärbasen, Verstaatlichung des Erdölsektors gegen angemessene Entschädigung (1973)) und eine ab 1973 veränderte Außenpolitik zeigten, daß die USA doch nicht auf den richtigen Mann gesetzt hatten. 1972 begannen die USA mit Aufklärungsflügen, nachdem Libyen Waffen in der Sowjetunion gekauft hatte, die die westlichen Länder nicht zu liefern bereit waren. 1973 war der amerikanische Botschafter zurückgerufen und nie wieder eingesetzt. Dies war der Auftakt der bis heute andauernden Destabilisierungs- und Aggressionspolitik gegenüber Libyen, in die sich ab 1977 unter dem Präsidenten Giscard d'Estaing auch Frankreich einschaltete (zusammen mit Ägypten plante es 1980 einen Umsturzversuch) (14).

Unter der Präsidentschaft Carter verschlechterten sich die Beziehungen der USA zu Libyen ständig, entgegen manch gegenteiliger Einschätzungen. 1977 setzte das Pentagon Libyen auf die offizielle Feindesliste (15). 1978 beschloß das Außenministerium und der Nationale Sicherheitsrat ein Embargo gegen Libyen. Waren im Wert von 100 Millionen Dollar Waren im Embargo gegen Libyen. Waren im Wert von 400 Millionen Dollar wurden zurückgehalten, darunter auch sämtliche Ersatzteile für acht gecharterte C-130 Hercules Transportflugzeuge. Elf weitere, bereits bezahlte Flugzeuge lieferten die USA nicht mehr aus (16). Bereits 1979 führten die USA ein Feuermanöver im Golf von Syrt durch. 1980 schossen die USA ihre Botschaft in Libyen unter dem Vorwand antiamerikanischer Demonstrationen.

Gaddafi hatte gerade in dieser Zeit den USA Entgegenkommen signalisiert, stieß aber auf wenig Gegenliebe. Einige direkte Kontakte wurden angebahnt. Am spektakulärsten war die Teilnahme des Präsidentenbruders Billy Carter an der Feier zum 10. Jahrestag der Revolution 1979. Sie wurde im amerikanischen Wahlkampf weidlich gegen Jimmy Carter ausgenutzt. Nicht nur seinem Bruder Billy, sondern auch dem Präsidenten selbst wurde der Vorwurf gemacht, von Gaddafi bezahlt zu werden (17). Die Gesellschaft in Iran trug ein übriges dazu bei, Carter als Schwächling gegenüber dem internationalen Terrorismus zu denunzieren.

Die Reagan-Regierung entfachte von 1980 an eine regelrechte Kampagne, um Libyen international zu isolieren und auf den Sturz Gaddafis hinzuwirken. Eine Fülle von angeblichen Informationen über Gaddafi, die seine Rolle als „Agent des internationalen, von der Sowjetunion gestützten Terrorismus“ beweisen sollten, über schwenkten — den amerikanischen Bücher- und Zeitungsmarkt, zeitgleich mit entsprechenden CIA Berichten über das verbrecherische Treiben Gaddafis (18). Quellen sind grundsätzlich Berichte aus Libyen feindlich gesinnten Staaten (siehe unten). Wirtschaftliche Boykottmaßnahmen, politische und diplomatische Isolierung, militärische Provokationen (seit 1981 führten die USA 18 Luft-See-Manöver an libyschen Grenzen durch), Unterstützung der Oppositionsgruppen im In- und Ausland, Planung und Unterstützung von Umsturzversuchen wurden in der Folgezeit mit diesen zum großen Teil erfundenen Geschichten begründet (vergleiche dazu ausführlicher AK 221 und 269).

Libyen und die Sowjetunion

In den ersten Regierungsjahren griff Gaddafi die Sowjetunion sehr scharf an. Sein wilder Antikommunismus, in seiner „Dritten Universaltheorie“ (ab 1973) niedergeschrieben, seine antowestlichen Tiraden und Taten ließen die USA in den ersten Jahren zunächst abwarten. 1970 schlossen die Sowjetunion und Libyen erste Waffengeschäfte ab, etwas später ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Dies hinderte Gaddafi allerdings nicht, die Politik der Sowjetunion im Nahen Osten

terhü zu kritisieren. 1970 fingen libysche Flugzeuge eine Maschine ab, die Putschoffiziere in den Sudan bringen sollten. Der Putsch gegen den damaligen Staatschef Numeiri wurde maßgeblich von der sudanesischen KP unterstützt. Gaddafi, damals guter Freund Numeiris, hoffte, daß seine Vereinigungsbestrebungen mit Sudan und Ägypten erfolgreich sein würden. 1972 begrüßte er die Ausweisung der sowjetischen Berater aus Ägypten und kritisierte den Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und Irak. 1973 bezichtigte Gaddafi die Sowjetunion des Imperialismus und des Verrats an der arabischen Nation, weil die Sowjetunion sich um einen Waffenstillstand während des Oktoberkrieges bemüht hatten.

Obwohl Gaddafi weiter gegen die Bemühungen polemisierte, eine Genfer

hölle, auf ihren unhaltbaren Verbündeten im Nahen Osten zu setzen, dessen Außenpolitik allenfalls als abenteuerlich bezeichnet werden kann (20).

Außenpolitik Libyens

Gaddafi wucht sich in der Nachfolge Nassers, dessen außenpolitische Ziele er übernahm: arabische Einheit, Blockfreiheit und Befreiung arabischen Landes von ausländischer Vorherrschaft. Leider ist er bestenfalls Nassers Karikatur. Gaddafis Politik ist gekennzeichnet von völliger Realitätsferne und totaler Überschätzung der eigenen Bedeutung und der seines Landes. Zudem scheint er völlig zu übersehen, daß sich die politische Landschaft im arabischen Raum von der Machtübernahme Nassers 1952 bis hin zum



Palästina-Konferenz unter Schirmherrschaft der beiden Großmächte einzu-

berufen, führte Kissingers Politik der kleinen Schritte und die sich anbahnenden zweiseitigen Verhandlungslösungen zwischen den Kriegsparteien (Ägypten/Israel, Syrien/Israel) zu einer gewissen Interessensidentität der Sowjetunion und Libyens. Im Juni reiste der libysche Ministerpräsident Jallud erstmals mit einer imposanten Delegation nach Moskau, um weitere Verträge über Zusammenarbeit und Waffenlieferungen abzuschließen. Auf der Militärparade zum fünften Jahrestag der Revolution (1.9.74) waren erstmals sowjetische Waffen und Panzer zu sehen. Libysche Zeitungen beschrieben in dieser Zeit die Sowjetunion als den einzigen Staat, der ohne Bedingungen Waffen- und technische Hilfe leistet, die die Sowjetunion sehr gern gegen harte Währung verkaufte. Der Umfang der Waffenlieferungen ist niemals veröffentlicht worden; nach Geheimdienstquellen sollen sie bis 1980 einen Umfang von 12 Milliarden Dollar erreicht haben.

Im April 1981 reiste Gaddafi zum ersten Mal nach Moskau. Der Besuch war bis dahin immer wieder aufgeschoben worden. Nicht zuletzt der gestiegene Druck seitens der USA wird Gaddafi zu diesem Schritt bewogen haben. Gaddafi wußte seinen Besuch, immerhin der eines islamischen Revolutionärs in einem atheistischen Land, ausgesprochen stützend zu gestalten. Zwar kam Gaddafi, um über eine Reihe wichtiger Fragen zu verhandeln, weitere, und vor allem neueste sowjetische Waffen, Lieferung von nuklearer Technologie, technische Hilfe auf libyschen Ölfeldern und die öffentliche Zusage, daß die Sowjetunion Libyen im Falle eines ausländischen Angriffs schützen würde. Zunächst aber hatte er andere Wünsche. Er wollte in der geschlossenen Moskauer Moschee beten, mittels Lautsprecher sollten Gebete von Minarett erklingen. Erst als ihm diese Wünsche gewährt wurden, legte er einen Kranz am Lenin-Mausoleum nieder; man konnte zur Tagesordnung übergehen. Die libysche Nachrichtenagentur feierte das Auftreten Gaddafis als Sieg der Gläubigen über die Ungläubigen. Im Juni reiste Jallud wiederum nach Moskau, um die Verhandlungen zu beenden. Sowjetische Beamte beruhigten die westlichen Korrespondenten. Die Sowjetunion werde Gaddafi nicht unterstützen, wenn Libyen das Ziel eines äußeren Angriffs werde.

Immerhin ankert im Juli 81, einen Monat vor dem Syrie-Zwischenfall, sowjetische Kriegsschiffe in Tripolis, die Sowjetunion lieferte Libyen Uran und einen Forschungsreaktor, außerdem 800 km weitreichende SS 12-Raketen. Freundschaftlicher ist das libysch-sowjetische Verhältnis bis heute nicht geworden, die Sowjetunion wird sich

Sturz des libyschen Königs Idris grundlegend gewandelt hat.

Die Einheit der arabischen Nation zu verknüpfen, war auch Nasser nicht gelungen (u.a. gescheiterte Fusion mit Syrien), schon nach dem ersten libysch-arabischen Krieg 1948 war kein arabisches Regime mehr bereit, sich mit kriegsmächtigen Mitteln auf die Seite der Palästinenser zu stellen, trotz aller Wortradikalität und allen Sabotageakten. Die Befreiung der Suezkanalzone und der nachfolgende Krieg Großbritanniens, Frankreichs und Israels gegen Ägypten 1956 endete nur deshalb nicht mit einer Niederlage und der Besetzung des Sinai durch Israel, weil die USA und die Sowjetunion gemeinsam Waffenstillstand und Rückzug erzwangen. Die USA verfolgten dabei freilich sehr eigenwillige Interessen: Sie wollten den Einfluß der alten Kolonialmächte zugunsten der eigenen Präsenz zurückdrängen. Nasser hat sich immer um die Kontrolle der Palästinenser und der PLO bemüht und sehr früh Guerilla-Operationen von ägyptischen Boden aus verboten. Im übrigen hat er sich nach dem Juni-Krieg — in Kenntnis der israelischen Überlegenheit — auf zweiseitige Verhandlungen unter Schirmherrschaft der USA eingelassen (Rogers-Plan 1970), ausschließlich interessiert an der Wiedergewinnung des Sinai.

Ohne diese Tatsachen zu berücksichtigen, begann Gaddafi, sein außenpolitisches Konzept mit der ihm eigenen Großmäuligkeit in die Praxis umzusetzen. Es umfaßt: Blockfreiheit, Arabische Einheit, Befreiung Palästinas und nationaler Befreiungskampf/Antimperialismus.

Gaddafi löste zunächst die amerikanischen Stützpunkte im eigenen Lande auf und eiferte fortan gegen jedes — vergleichsweise noch so mächtige arabische — Land, das das Ziel der Befreiung Palästinas aufgab und eine westliche Politik betrieb. Das schaffte ihm gleich mehr als ein halbes Dutzend Feinde unter den arabischen Regimes, mit denen er ja eigentlich eine einheitliche arabische Nation aufbauen wollte.

In den ersten Jahren bemühte er sich, verschiedene Staaten für eine Vereinigung mit Libyen zu gewinnen. Wenige Tage nach der Machtübernahme der „Freien Offiziere“ reiste der spätere Ministerpräsident Jallud in den Sudan. Dort hatte im Mai eine nasseristische Revolution stattgefunden. Anschließend fuhr er nach Kairo und berichtete Nasser von dem libyschen Wunsch, sich mit Sudan und Ägypten zusammenzuschließen. Die Charta von Tripolis (27.12.69) legte den Grund für die Vereinigung, die auch anderen arabischen Staaten offenstehen sollte. Die Gründung der „Föderation Arabischer Staaten“ (17.4.71) in Bengasi stieß auf so starke Opposition im Sudan, daß Numeiri sich dankend zurückzog.

Stattdessen trat Syrien der Föderation bei. Ende 1972 war die Föderation sang- und klanglos dahingeehen. Gaddafi brachte umgehend einen neuen Plan auf den Tisch: Diesmal sollte es eine Vereinigung nur mit Ägypten sein. Um Sadat unter Druck zu setzen, organisierte Gaddafi im Juni 1973 einen Volksmarsch in Richtung Ägyptischer Grenze. Im August reiste er persönlich nach Ägypten; Sadat aber bereitete in Syrien und Saudi-Arabien den Krieg gegen Israel vor. Niemand unterzeichnete Gaddafi.

Der Oktoberkrieg leitete offen einen Wechsel in der Politik der Frontstaaten zu Israel ein. Ursachen waren: Die gemeinsame Front gegen Israel war längst aufgebrochen, Jordanien hatte sich nicht einmal mehr am Krieg beteiligt; die Folgen der Niederlage 1967; das Erstarken eigenständiger palästinensischer Organisationen und die wachsende Unabhängigkeit der PLO, die einen eigenen palästinensischen Staat forderte. Die arabischen Regimes wollten bis dahin zwar den von Israel besetzten arabischen Boden befreien, strebten aber keine palästinensische Staatsgründung an. Jordanien und Ägypten hatten schon 1948 Respalastina besetzt. Syrien betrachtete u.a. Palästina als zum syrischen Großreich gehörend. Das Ziel, Israel zu vernichten, wurde auch verbal aufgegeben. An der Seite der USA setzten sich die Frontstaaten für die Rückgewinnung der 1967 besetzten Gebiete ein. Saudi-Arabien, protestlich und äußerst reaktionär, begann eine wichtige Rolle im Nahen Osten zu spielen (wichtigster Geldgeber, mit dem Libyen auch nicht ansatzweise mithalten kann, und bedeutendstes Mitglied der OPEC). Während Numeiri an der Seite der sich mehr und mehr protestlich orientierenden Staaten blieb, begann Gaddafi jeden Staat zumindest verbal zu bekämpfen, der eine Verhandlungsregelung mit Israel anstrebt oder unterstützt und eine enge Allianz mit den USA eingeht. Dieser Anspruch führte zu einer verwirrenden und schwer durchschaubaren Außenpolitik. Gaddafi versteht sich zwar als großer arabi-

zu einer verwirrenden und schwer durchschaubaren Außenpolitik. Gaddafi versteht sich zwar als großer arabischer und islamischer Führer, angesichts seiner realen Bedeutungslosigkeit blieb ihm aber nichts anderes übrig, auf die wechselnden Koalitionen im arabischen Raum zu reagieren. Partner sucht er sich in der Regel danach aus, wie feindlich sie dem israelischen Staat und den USA wenn auch nur taktisch gegenüberstehen.

Gaddafi fordert die Zerstörung Israels und die Rückkehr der Juden in ihre Herkunftsländer, u.a. mit der muslimischen Begründung, Araber und Juden seien auf allen Ebenen so verschieden, daß eine Integration nicht möglich sei. Daher sei es ein Naturgesetz, gegen Israel zu kämpfen (21). Trotz dieser Wortradikalität, die Gaddafi nie versucht hat in die Tat umzusetzen, liegt man völlig fehl mit der Annahme, wollte man daraus eine konsequente Unterstützung Gaddafis für die PLO ableiten. Zunächst unterstützte Gaddafi nur Al-Fatah, da die linken Organisationen Kommunisten und Atheisten seien. Die Hilfe für Al-Fatah stellte er 1975 ein und verteilte nun Geld und militärische Hilfe direkt vor allem an die Organisationen, die einer Verhandlungsabstimmung mit Israel ablehnend gegenüberstehen. Zeitweise biligte er das Konzept des Mini-Staates, den er als Sprungbrett für die Zerstörung Israels ansah. Er stimmte der syrischen Intervention in den Libanon zu, die den linken libanesischen Kräften und der PLO schwerste Niederlagen bereitete (22). 1979 machte er sich am „Tag der Solidarität“ mit dem palästinensischen Volk „ganz massiv in die Politik der PLO ein“. Er beschuldigte die PLO-Führung, zu kompromissbereit gegenüber den USA und den reaktionären arabischen Staaten zu sein, und schlug vor, den Kampf gegen die israelisch-arabische Allianz zu konzentrieren, den Suezkanal zu zerstören und die ägyptischen Ölfelder auf dem Sinai anzugreifen. Außerdem met er der PLO, eine Demokratie nach libyschem Muster (siehe unten) einzuführen. Dieses Ansinnen führte zum Bruch mit der PLO-Führung. Mitglieder der Al-Fatah wurden in Libyen verfolgt und ausgewiesen. In der Folgezeit nahm er Gespräche mit Fatah-Dissidenten auf. Ende 1979 traf er sich mit Najj Al-Fusch, der die Arabische Volksbefreiungsbewegung gegründet hatte, und, wie sollte es anders sein, mit Abu Nidal (23).

Die Meinungsverschiedenheiten wurden 1981 wegen der israelischen syrischen Raketenkriege und der Bombardierung des Südlibanons und Beirut zunächst überbrückt. Gaddafi zeigte sich auf seine Art hilfsbereit. Er schickte Arabische Freiwillige zur Stärkung der PLO-Kräfte, sowjetische Raketen, um die israelische Luftüberlegenheit zu brechen, und weitreichende Artillerie, um über die Nordgrenze

nach Israel und in die „christlichen“ Enklaven feuern zu können. Der syrische Präsident Assad akzeptierte diese brüderliche Hilfe grollend (25), wohl weil sie inagiert spärlich und wirkungslos war. Bloß zu erwähnen, daß Gaddafi den Abzug der PLO aus Beirut als Verrat brandmarkte und den PLO-Kräften empfahl, auszuweichen und sich umbringen zu lassen.

Für diese „antimperialistische“ Politik Gaddafis ließen sich noch eine Reihe von Beispielen anführen. Erwähnt werden soll seine Politik gegenüber der Fronte Polisario. Letztere erkannte er zwar an, nicht aber die von ihr proklamierte Arabisch-Saharautische Demokratische Republik. Gaddafi ist einflußreich gegen die Bildung eines weiteren arabischen Nationalstaates, wäre er doch ein weiterer Stein auf dem beschwerlichen Weg zu der von ihm erträumten arabischen Einheit. Insgesamt war die militärische und finanzielle Hilfe für die Fronte Polisario unbeständig und unzuverlässig und kann mit der algerischen Unterstützung nicht verglichen werden. Das Abkommen mit Marokko wird diese Hilfe weiter einschränken.

Im Rahmen seines islamischen Antimperialismus griff Gaddafi vor allem Saudi-Arabien, Ägypten und Sudan scharf an, unterstützte offen viele Oppositionsgruppen und schürte Putschversuche. In Libyen wurde die sudanesisch-Nationale Front trainiert und ausgerüstet. Sie versuchte im Juli 1976 Numeiri zu stürzen. 1977 mündeten die gegenseitigen Angriffe Libyens und Ägyptens in bewaffneter Auseinandersetzung, die beigelegt wurden, als klar wurde, daß eine Offensive für niemanden schnell erfolgreich sein würde. Im November 1981 einigten sich Mubarak und Gaddafi darauf, sich nicht militärisch anzugreifen.

Es wäre völlig falsch anzunehmen, Libyen stünde hinter den meisten oder allen Umsturzversuchen im arabischen Raum oder wäre das sichere Hinterland für alle möglichen Oppositionsgruppen und Befreiungsbewegungen. Am Beispiel der PLO wurde deutlich, daß libysche Unterstützung immer auch mit massiven Einmischungsversuchen verbunden und keineswegs verlässlich ist. Die sudanesisch-Nationale Front hatte jahrelang in Äthiopien Stützpunkte. Für den Aufstand in der sudanesischen Stadt Omdurman, der im Januar 1980 von 60 tunesischen Exilanten begonnen wurde, machten die USA und Tunesien Libyen verantwortlich, obwohl amerikanische Beamte verlauten ließen, daß nicht Libyen, sondern eher Ägypten den Aufstand unterstützt habe, was wahrscheinlich genauso absurd ist.

Mit Annäherung an die Sowjetunion verbesserten sich die Beziehungen zu Äthiopien und Sudan. Gaddafi gab die Unterstützung des reaktionären Flügel der äthiopischen Befreiungsfrente in diesem Zusammenhang „schrittweise auf“. Am 19.8.81 schlossen Libyen, Äthiopien und Sudan einen Vertrag, der den Widerstand dieser Länder gegen die US-Präsenz in der Region unterstreichen sollte.

Ende der sechziger Jahre wurden Nordafrika und die Sahel-Zone verstärkt Objekt der libyschen Außenpolitik, die jetzt nicht mehr so sehr mit arabischen Eingangsbestrebungen, sondern mit einem islamischen Antimperialistischen Kampf begründet wurde. Gaddafi baute eine „Islamische Streitmacht“ aus nordafrikanischen Freiwilligen auf, die auf der Militärparade zum 10. Jahrestag der Revolution erstmals präsentiert wurde. Sie war damals 5 000 Mann stark. Besonders Mauretanien erfreute sich nun neuer Fusionspläne Libyens. Gaddafis Ambitionen in Nordafrika stießen vor allem auf die Kritik des damaligen Staatsoberhauptes in Senegal (Gaddafi hatte gerade seine massive Einmischung in die Schied begonnen). Gaddafi, der die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen der nordafrikanischen Länder zur alten Kolonialmacht Frankreich kritisierte, schloß im Juli 1980 das Volksbüro im Senegal und ließ fortan die diplomatischen Beziehungen über das Volksbüro in Paris laufen, Begründung: Senegal sei ein Frankreich völlig unterwürfiges Land.

Ganz sicher ist Libyens Politik nicht nur von reinem Idealismus geprägt, gegenüber dem Tschad stehen handfeste machtpolitische Ambitionen dahinter. Libyen hat den unruhlichen Nordafrikaner den Tschad seit Jahren angetrieben. Es beruft sich dabei auf ein 1955 zwischen Frankreich und Italien ausgehandeltes, nie ratifiziertes Abkommen. Im November 1980 intervenierten libysche Truppen im Tschad, um die Regierung Goukouni Oueddei gegen die von Frankreich unterstützten Haabre-Rebellen zu unterstützen. Grundlage war ein im Juni geschlossenes Verteidig-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gungabkommen. Gleichzeitig planten Frankreich und Ägypten einen Umsturzversuch in Libyen.

Das Tschad Abenteuer war — neben der militärischen Intervention Libyens in Uganda zum Schutze des damaligen Diktators Idi Amin (er hatte 1972 die Beziehungen zu Israel abgebrochen) — die einzig militärisch erfolgreiche Operation Libyens. Der Erfolg war be-
kannlich nicht von langer Dauer.

Gaddafi hat den verschiedensten Gruppierungen innerhalb Europas und in der ganzen Welt Finanzhilfe und militärische Hilfe versprochen: islamischen Bewegungen auf den Philippinen und in den USA, Befreiungsbewegungen in Afrika, der Linken im Libanon, der PLO, Oppositionellen in arabischen Ländern, europäischen Organisationen von der IRA bis zur ETA. Wie groß die tatsächliche Unterstützung war, wird sich nie herausfinden lassen. Fest zuhalten ist jedoch, das zwischen Worten und Taten Gaddafis eine riesige Kluft besteht. Die Geheimdienste imperialistischer und arabischer Länder tragen mit gezielt lancierten Falschmeldungen erheblich zu dem Verwirrspiel bei. Ein besonders glaubwürdiges Beispiel sei hier angeführt. Der ägyptische Präsident Sadat und der Journalist Heikal haben das Verdienst, es der Weltöffentlichkeit bekannt gemacht zu haben. Am 15. 4. 73 befahl die „Queen Elizabeth II“ mit vielen amerikanischen Juden an Bord im Hafen von Haifa ein, um den 25. Jahrestag der israelischen Staatsgründung zu feiern. Zwei Tage später befahl Gaddafi dem Kommandanten eines in einem libyischen Hafen liegenden ägyptischen Unterseebootes, auszulaufen und mit einem Torpedo das Passagierschiff im Mittelmeer zu versenken. Der Kommandeur weigerte von offener See aus eine koordinierte Meldung an seinen Stützpunkt. Sadat befahl dem Kommandeur, unverzüglich nach Alexandria zurückzukehren (26).

Anzumerken sei, daß Iran, Irak, Syrien, Israel und die verschiedenen Strömungen im Libanon vermutlich in weit aus mehr „Terrorakte“ als Libyen verwickelt waren und sind.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:

- (1) Judith Perera, Why Libya is the target, aus: The Middle East, February 1986
- (2) Syrien schloß während der Raketenkriege 1981 ein oder zwei SAM 8 — oder SAM 8 — Raketen auf israelische Flugzeuge ab. Die dabei gesammelten elektronischen Daten er-
möglichten Israel, zu Beginn der Libanon Invasion 1982 die syrisch-sowjetischen Raketenbasen auf dem Boden zu zerstören. Was es sich dabei genau umgeht, ist aber nicht von einem Eingreifen endgültig abzuhängen.
- (3) Der Artikel geht davon aus, daß weder die USA noch die Sowjetunion eine Kontrolle im Nahen Osten wollen und daß die Sowjetunion sich zu diesem Kompromiß bereit erklärte, weil die Spannungen gegenüber Syrien u.a. wegen des Wunsches nach syrischer Kontrolle über moderne sowjetische Waffen angewachsen sind, und weil sie eine einseitige Aktion Israels befürchteten, auf die zu reagieren sie gezwungen wären.
- (4) Abu Israhim im November 1983 mit Irak, danach sei Libyen sein Hauptunterstützer sein. Nach eigenen Angaben arbeitet er zur Zeit nur mit Ahmed Jibril zusammen (Le Monde, LM, 31.12.85).
- (5) Attentäter sollten in Libanon ausgebildet und über Damaskus nach Europa geschickt sein.
- (6) Gaddafi hat 1981 beschlossen in der großen Syde etwa 100 Meilen von der Küste entfernt eine Zone mit zu nahen Oasen Zone für die Bevölkerung zu schließen.
- (7) Libyen hält den Azou-Streifen an der Grenze zu Libyen besetzt.
- (8) LM, 29.4.86
- (9) LM, 3.1.86
- (10) LM, 26.4.86
- (11) LM, 10.4.86
- (12) LM, 30.13.12.85
- (13) Claudia Wright, Libya and the West Heading into Confrontation? In: International Affairs, 1, 1987/82, S. 13-41
- (14) Counterparty, Washington, 10. 6. 87
- (15) 81 Jan. 82, vgl. auch die Arbeiterkampf 221, 8. 30/37 und Nachdruck des AIB Artikels in Arbeiterkampf 269, 8. 28/29
- (16) International Herald Tribune, 29.1.77
- (17) Neue Zürcher Zeitung, 27.8.78
- (18) Colin Legum u.a. (Hrsg.), Middle East Contemporary Survey, 1979/80, S. 643, Wright a.a.O.
- (19) Wright a.a.O., S. 17
- (20) Rene Dayak, Libya et Afrique: Contraintes Strategiques et Relations d'Influence, in: Annaes Africaines 1980, Nathan Alexander, The Foreign Policy of Libya: Instability Amid Change, in: Orbis, 4, 1981, S. 818-846
- (21) Angaben nach Roberto Albion, Pan-Arabismus und Nationalismus in der Arabischen Welt, in: Middle East Journal, 37, 1977, S. 405-444
- (22) John K. Cooley, The 1977 Monarchy in Foreign Policy, 42 1981, S. 74-93 Wright a.a.O., Dayak, a.a.O., Annaes Africaines a.a.O.
- (23) Münsterer Matthei, Islam und Staatsaufbau. Das Theokratische Konzept und das Reich der Sozialistischen Libyen nach Arabien, im Volksfreund 1978, Jun. 1982
- (24) Wright a.a.O.
- (25) Vgl. Arbeiterkampf! 104, 8. 42, MEC3, a.a.O. S. 330
- (26) Wright, a.a.O., S. 37
- (27) Cooley, a.a.O., S. 84. Alle nicht gekennzeichneten Zitate in diesem Kapitel nach: Mohamed A. El-Khawass, Libya's Foreign Policy: A Balanced Sheet aus: Scott Blake (Hrsg.), Libya, Terror and the Middle East, 1982, Ottawa, und Literaturangaben unter (26).

Entspannungspolitik mit gleichzeitigem Mitrüsten

Interview mit Rainer Trampert über die SU-Reise des BV der GRÜNEN

Das folgende Interview mit Rainer Trampert über die Reise des Bundesvorstandes der GRÜNEN in die Sowjetunion führte für uns Manfred Kuhn, Mitarbeiter im BUF der selbst in vergangenen Jahr mit einer Delegation des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung die Sowjetunion besuchte und dort mit Vertretern der Regierung, der offiziellen und der unabhängigen Friedensbewegung sprach.

Das Gespräch findet im Schatten der Atomkraftwerkakustrophe in der Ukraine statt. Was fällt Dir im Rückblick des Besuchs des Grünen Bundesvorstandes in der Sowjetunion zum „Thema“ ein?

Wir haben die Frage der sogenannten „friedlichen Nutzung der Atomenergie“ und der Möglichkeit von Katastrophen dort mehrfach erwähnt und sind total auf Unverständnis gestoßen. Wir sind mit einer absoluten Wissenschafts- und Technikgläubigkeit konfrontiert worden. Die SU hat vor, bis zum Jahre 1990 jedes Jahr sechs neue Druckwasserreaktoren in Bau zu nehmen. Sie hat vor, im nächsten Planjahr fünf die Atomstromproduktion um das Zweinhalbfache zu erhöhen. In der „Prawda“ hat es eine Kampagne gegeben, die auf die Fließbandproduktion von AKWs zielte.

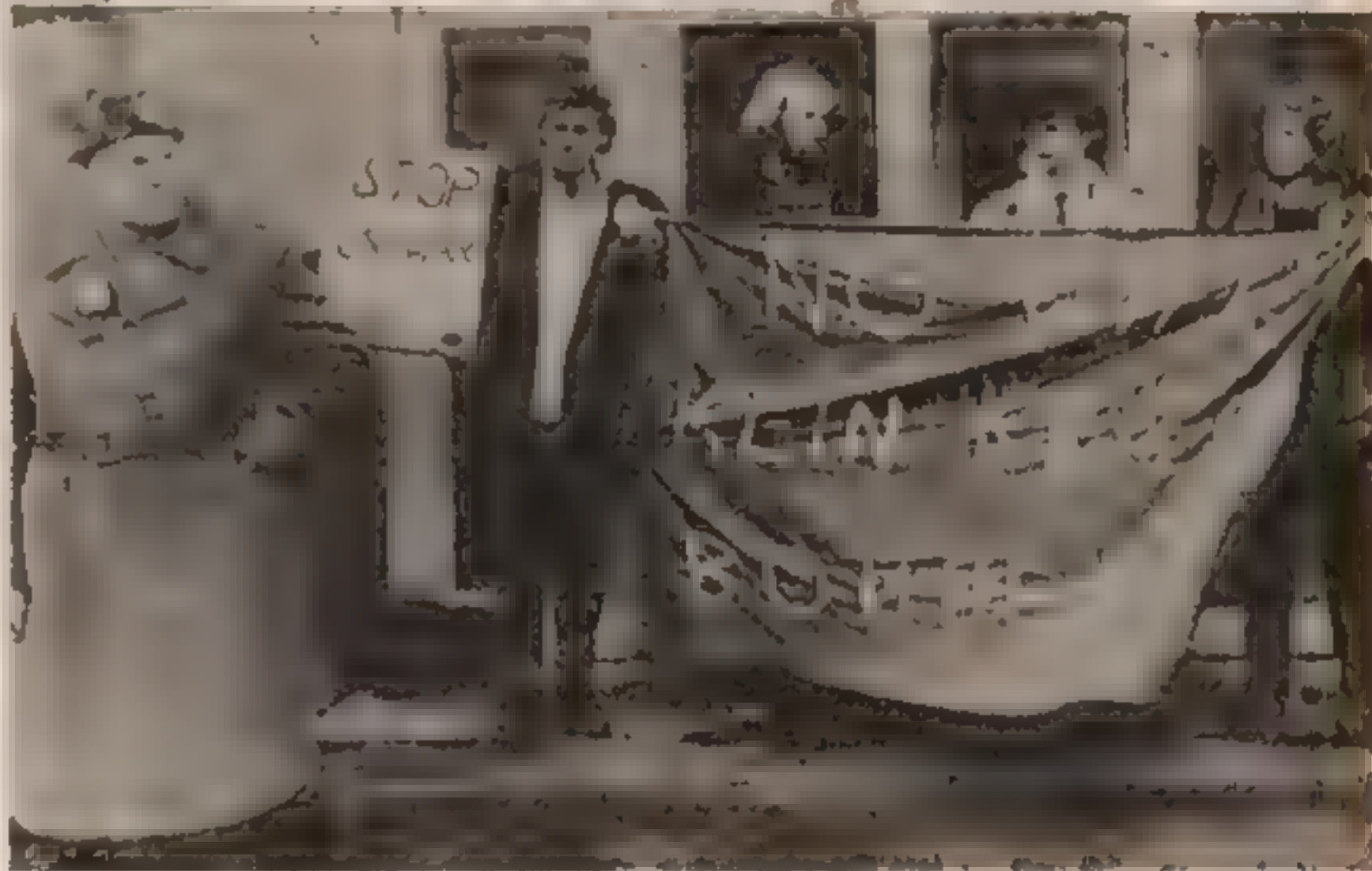
In den Auseinandersetzungen um diese Frage haben wir z.B. mit dem im Ministerrat stehenden Prof. Israel, der für Umweltkontrollen zuständig ist, ähnliche Aussagen zu hören bekommen, die bei uns von der IG Bergbau gegeben werden. Wir wurden gefragt, ob wir in die Höhlen zurückwollten. Uns wurde erklärt, daß die Atomenergie die sauberste Energieform sei. Der ganze Sektor „Atomproduktion“ ist in dem Bereich Umweltkontrollen nicht enthalten, weil er normale Produktionsmaschine sei und mit Umwelt nichts zu tun habe, wurde uns gesagt.

Auf der anderen Seite ist es aber bedeutsam, was in der Bundesrepublik aus diesem Unfall gemacht wird. Leute wie Zimmermann und Riesenhuber starten mit Unterstützung der Bild-Zeitung eine Kampagne, daß alles schlecht ist, was aus dem Osten kommt. Die Kampagne hat einen Doppelcharakter. Einmal betrogen sie die Menschen, damit sie hier nicht auf die Idee kommen, daß wir genauso auf einem Vulkan leben. Damit soll ein neues massives Aufleben der Anti-AKW-Bewegung gebremst werden. Zweitens ist ihnen aber der Unfall in der Sowjetunion sehr lieb, um von der globalen Kriegsgefahr abzulenken, in die uns die USA mit ihrem Bombenangriff auf Lybien gebracht haben. Ohne zu beschönigen, was in der Sowjetunion geschehen ist, müssen wir deshalb hier sagen, daß die Atomenergienutzung insgesamt eine Kriegserklärung an die Menschheit ist und wir hier keinen Deut sicherer leben als die Menschen in der SU. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann was wo hochgeht.

Jens Scheer hat in der TAZ sehr klar herausgestellt, daß ein vergleichbarer Unfall in der BRD weitaus größere Folgen hätte, weil aufgrund der Betriebsgröße die Radioaktivität schnell und konzentriert freigesetzt werden würde.

Aber zurück zu Rainer Trampert. Während bläsiertiger Besuche grüner Politiker in der Sowjetunion gab es immer Protestaktionen, die sich gegen Maßnahmen in der Sowjetunion und demonstrieren an die sowjetische Führung richteten. Diesmal war es anders. Ihr habt vor der US-Botschaft in Moskau demonstriert. Wie kam es dazu, und wie haben eure Gastgeber darauf reagiert?

Angesichts der Meldungen über mögliche US-Aktionen gegen Libyen vor unserer Abreise haben wir unter uns abgesprochen, daß wir in einem solchen Falle in Moskau gegen die von den USA ausgehende Kriegsgefahr demonstrieren werden. Ganz konkret haben wir Transparenzstoffs und Farbe mitgenommen, haben das Programm in Moskau unterbrochen, uns selbständig gemacht, uns selber Taxen gestrichelt und sind dann zur US-Botschaft gefahren. Bei unseren Gastgebern hatten wir hinterlassen, daß wir in der US-Botschaft eine Erklärung überreichen wollten, um auf diese Weise Eventualitäten vorbeugen zu können. Die Botschaft war dann von sowjetischer Miliz umstellt, die so tat, als gäbe es uns gar nicht. Interessant ist, daß wir mit unserem Besuch fast jeden Tag im sowjetischen



Der Grüne Bundesvorstand vor der US-Botschaft in Moskau

Fernsehen und Rundfunk waren, diese Aktion jedoch nicht über die Medien verbreitet wurde, weil sie offensichtlich die Regeln des Staates verletzt hat.

Bitte schildern kurz den Ablauf der Reise und eure interne Vorbereitung. Was wolltet ihr vermitteln und was

Die Reise war von unserer Seite aus nicht wie ein Staatsakt behandelt worden. Wir wollten nicht so tun, als könnten wir mit der Fahrt die Welt bewegen. Uns kam es darauf an, Informationen und Standpunkte auszutauschen, um uns ein besseres Bild von den Entwicklungen in der SU machen zu können — national wie international. Dazu gehörte der Bereich der Friedenspolitik und die Einschätzung, was

zu können — national wie international. Dazu gehörte der Bereich der Friedenspolitik und die Einschätzung, was sich in der Sowjetunion nach dem 27. Partitag ändern wird. Dazu zählte auch ein Austausch über ökologische Probleme und Demokratie sowie Widerstand in der SU. Unsere Reise war so angelegt, daß wir sowohl staatspolitische als auch außerstaatliche Gespräche, wie z.B. mit der Trust-Gruppe, hatten. Innerhalb des Besuchsprogramms würde ich unterscheiden zwischen den hochkarätigen Gesprächen von Gromyko über Jelzin bis hin zu anderen ZK-Mitgliedern, und zweitens Pflichtenübungen, die auch interessant waren, z.B. Gespräche mit dem Friedenskomitee, Besuch in Leningrad, eines Betriebes und eines Eishockey-Länderspiels. Drittens gab es dann die Ebene von außerstaatlichen Gesprächen in Privatwohnungen, die zwar nicht gern gesehen aber toleriert wurden, und ein Kennenlernen der Subkultur in den Städten durch nächtliche Spaziergänge.

Die Repression gegen die Trust-Gruppe ist in der letzten Zeit ja wieder verstärkt worden. Was haben Euch die Mitglieder der Trust-Gruppe über ihre Situation berichtet?

Wir haben einen ganzen Nachmittag mit etwa 25 Mitgliedern der Trust-Gruppe, von denen zwei extra aus Leningrad angereist waren, verbracht. Es bestand ein riesiges Interesse, mit uns in Kontakt zu kommen. Sie haben die Repression der letzten Zeit geschildert. Ich will einige Beispiele nennen. Um die Verbindung von Ökologie und Frieden symbolisch darzustellen, haben sie in einem Betonviertel zwei Blumenbeete gepflanzt. Daraufhin sind sofort Milizionäre gekommen, haben die Blumen wurstförmig herausgerissen und Aktionen dieser Art verboten, weil sie illegal seien. In einem anderen Fall wurde einer Frau die dreijährige Tochter weggenommen, weil sie keine „sowjetische Erziehung“ mehr gewährleisten könne. Das Vergehen der Frau bestand darin, daß sie zu einem offiziellen Gespräch der Greenham Common-Frauen mit dem Sowjetischen Friedenskomitee mitgekommen war und sich während der Vorstellung als Moskauerin zu erkennen gegeben hat. Daraufhin sollte sie sofort festgehalten werden, was allerdings aktuell verhindert werden konnte. Danach ist

sie aber zu zweieinhalb Jahren auf Bewährung verurteilt worden, und man hat ihr das Kind weggenommen. Ein weiteres Beispiel: Die Trust-Gruppe hat auf Moskauer Straßen versucht, Unterschriften für das Helsinki-Abkommen zu sammeln. Dabei ist eine Frau verhaftet und in einem Krankenwagen in eine psychiatrische Klinik gefahren worden. Sie ist zwar nach einem Monat wieder freigekommen. Andere blieben aber länger dort. Wir haben selber im Straßenbild Moskaus erlebt, wie jemand von Zivilen und Weibkitteln geprügelt wurde und in einen Krankenwagen mit Faustschlägen und Fußtritten hineingepreßt wurde.

Welchen Eindruck hast Du von den politischen Intentionen der Gruppe?

Welchen Eindruck hast Du von den politischen Intentionen der Gruppe?

Die Gruppe setzt sich aus unterschiedlichen Leuten mit unterschiedlichen Interessen zusammen, die eigentlich nur durch die Repression des Staates gegen sie geeint werden. Einige wollen sich mit einer eigenständigen Friedenspolitik an die Bevölkerung wenden, weil sie davon ausgehen, daß eine Grundlage für die Veränderung von Kriegen der Abbau von Feindbildern und der Abbau von Ressentiments der Völker untereinander ist. Andererseits gibt es in der Gruppe Juden, die am liebsten morgen nach Israel ausreisen würden, oder Baptisten, die in die USA wollen. Dann gab es einen Trotzkonst, dessen Freund in Sibiren ist und der ganz andere politische Ansprüche hat als beispielsweise ein Baptist. Politisch kann das kaum zusammengehen. Allerdings bieten sie sich gegenseitig einen Schutz, weil sie alle unter Repression zu leiden haben. Die Gruppe selbst ist so zusammengesetzt, wie sie ein Staat Sowjetunion zur Zeit hervorbringt, wie der Staat in seiner spezifischen Zusammensetzung Widerstand hervorbringt. Fast unvorstellbar für uns hat die Gruppe ein einheitliches Prinzip: Alle Gesetze der SU müssen strikt eingehalten werden. Gerade das führt häufiger dazu, daß sie für verrückt erklärt werden und in Kliniken kommen, weil sie juristisch nicht belangt werden können.

Gab es Hinweise auf spezielle Repressionen, die auf antisemitischen Tendenzen beruhen?

Es gab Berichte über Einzelfälle. Intellektuelle staatskritische Leute erhalten Berufsverbot, wer aus religiösen Gründen den Dienst mit der Waffe ablehnt, kommt ins Gefängnis. Die Juden sprachen davon, daß große Teile der Bevölkerung einem vom Staat geschützten Antisemitismus aufgewachsen seien und sie es schwer haben, wenn sie sich auf den Straßen als Juden zu erkennen geben. Wir haben das an Feinheiten in Gesprächen mit ZK-Mitgliedern gemerkt. So gibt es eine russische Aussprache jüdischer Namen und eine bestimmte jüdische Version, die eigentlich nur im verächtlichen Sinne übernommen wird. Und immer wenn wir die russischen Namen nannten, dann antworteten die ZK-Gegner sofort mit der jüdischen Version. Es gibt also einen latenten Antisemitismus.

Chruschtschow berichtet in seinen Memoiren von den antisemitischen Wortspielen Stalina.

Da muß bis heute einiges in der Führung hängengeblieben sein.

Alle Welt redet von der neuen sowjetischen „Reformpolitik“. Auch unter Linken scheinen sich Hoffnungen und Illusionen über den neuen wirtschaftspolitischen Kurs breit zu machen. Auch Grüne sprechen von „interessanten Entwicklungen“. Ein Großteil eures Programms war diesem Bereich gewidmet. Wobin entwickelt sich die SU, und welche Folgen sind zu erwarten?

Wir haben darüber ausführlich mit dem neuen Kandidaten im Politbüro,

Wir haben darüber ausführlich mit dem neuen Kandidaten im Politbüro, Jelzin, gesprochen, der gerade in der Bundesrepublik ist. Ich bin nach dem Studium der Gorbatschow Reden und der kritischen Leserbriefe mit einigen Erwartungen hingefahren und komme ziemlich ernüchtert zurück. Der neue Kurs wurde von Jelzin und anderen mit folgenden Begriffen zusammengefaßt: wirtschaftliches Wachstum wie noch nie, Elektrifizierung, Atomisierung, strengste Arbeitsdisziplin und gnadenloser Kampf dem Schlendrian unter den Werkstätten. Hinzu kommt eine gewisse Säuberung der tragenden Elemente in der Bürokratie. Ich bin in Moskau auf eine öffentliche Plakatwand mit vielen Fotos gestoßen. Darauf waren Köpfe, die den Plan überfüllt hatten und Köpfe, die wegen Schlendrian entlassen wurden, also Pranger. In einer neuen Ausgabe von „Neues Leben“, die von der Prawda herausgegeben wird, sind Berichte aus den Betrieben abgedruckt, wie die Beschlüsse des 27. Parteitages zu Ehren Gorbatschow umgesetzt wurden. Ein Auszug: „Wir haben über diesen Menschen einen unversöhnlichen Kampf angesagt, die nicht arbeiten wollen. Von denjenigen, die nicht arbeiten wollen, haben wir uns getrennt. Das alles wirkte sich sofort positiv auf die Produktionsergebnisse aus. In unseren gemeinsamen Haus muß Ordnung herrschen.“ Eine klare Ausgrenzung aller „faulen Elemente“, die wir auch bei uns im Kapitalismus kennen.

Da die Führung weiß, daß die Leute in ebenso schlechten Arbeitsverhältnissen wie hier nicht nur für die Ehre mehr arbeiten, werden neue und uns längst bekannte „Anreizsysteme“ eingeführt. Arbeitnehmer dürfen gekündigt werden und werden dann Arbeiter auf Abruf für minderwertige Arbeiten in den Betrieben werden moderne Leistungsbewertungen eingeführt. Das Lohnsystem wird gestreckt. Für Ingenieure, Meister und Techniker gibt es mehr zu verdienen, ebenso für besonders fleißige, dafür weniger für die, die nicht so können. Dazu zählt ein wenig Markt. Überschüsse in der Agrarproduktion dürfen von den Kollektiven vertrieben werden. Die neue Welle der Miterantwortung in den Betrieben wird immer wieder auf Rationalisie-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

rungsvorschläge um höhere Arbeitsleistung für „Qualitätsprodukte“ konkretisiert. Wir haben Jelzin gefragt, was für Demokratie und Selbstverwaltung übrig bliebe und ob irgendwann abgegangen werde vom Ausbau des Zentralstaates, der in alle Lebensbereiche hineingreife, und eingestiegen werde in eine Phase des absterbenden Staates und Selbstverwaltung der Menschen, wie Lenin den Sozialismus in „Staat und Revolution“ charakterisiert hatte. Jelzin brachte den Unterschied von heute zu früher auf folgenden Planer. Früher mußten die Leute den Plan erfüllen und abliefern, was sie nicht erarbeiten konnten. Wer hatte die Lust, mehr zu arbeiten? Heute muß der Plan erfüllt werden, aber Überschüsse dürfen zum Teil für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur genommen werden. So erziehen sich die Menschen gegenseitig zu mehr Arbeit. Er nannte als Beispiel: Es sei eine neue Stadt neu gebaut worden ohne Einkaufsmöglichkeit. Mit den Mitteln, die über den Plan hinaus erwirtschaftet werden können, sei sich ein Einkaufszentrum gönnen. Als weiteres Beispiel nannte er die Verbesserung einer medizinischen Versorgung vor Ort. Allmählich wolle man auch zu einer größeren Entscheidungskompetenz der Betriebsführungen übergehen, aber keine Wahlen und Abwahlen von Führungen einführen.

Mein Eindruck war, daß der neue Plan Japan und China gleichzeitig in Elektronik und Arbeitsdisziplin kombiniert mit Leistungsbeziehung und etwas Markt.

Hinzu kommt, daß das neue Topmanagement die Bürokratie rationalisieren will und deshalb im mittleren Management säubern will. Das Heer der Bürokraten schlägt aber zurück. Einer sagte mir außerhalb des Protokolls: Jelzin soll mal in Moskau die Rohren putzen, hier leben allein 700.000 Beamte. Kritikbriefe in der Prawda gegen die Tragheit der Bürokratie und gegen deren Sondervergünstigungen führten inzwischen zu einer öffentlichen Selbstkritik des Chefredakteurs wegen ungerechtfertigter Angriffe. Die Bemerkung von einem Angegriffenen klang danach, sie hätten schon viele mit neuen Ideen kommen und gehen sehen.

Welche Erwartungen haben die Sowjets in Bezug auf die Genfer Verhandlungen? Gab es Unterschiede in der Bewertung unter Euren Gesprächspartnern, etwa was die Einschätzung der Bereitschaft der USA anbelangt, auf einzelne der diversen Abrüstungsvorschläge einzugehen?

Ich habe keine unterschiedlichen Einschätzungen festgestellt. Es gab nur stereotypische Wiederholungen. Wir haben darüber mit Gromyko als unserem höchsten Gesprächspartner, mit dem Friedenskomitee und den ZK-Mitgliedern Semjanin und Sagladin gesprochen. Es heißt immer, daß die Sowjetunion friedlich sei, „friedliche Koexistenz“ wolle und die Genfer Verhandlungen einen Schritt voranbringen, die USA aber aufzurufen und aggressiv sei. Das war der Tenor. Wir haben dann nachgefragt, ob sie ernsthaft meinen, daß die Verhandlungsebene etwas bringen würde und sie nicht selber die Lage so beurteilen würden, daß die NATO und die USA sich nicht darum scheren, wie oft verhandelt wird, sondern das nur als Fototermin nutzen, um gleichzeitig die nächsten Aufrüstungsschritte in Gang zu setzen. Wir haben gefragt, ob sie nicht selbst ein kritischeres Verhältnis zu ihrer Illusionsmacherlei, was die Möglichkeiten der Verhandlungen angeht, einnehmen könnten. Doch das war außerhalb der Denkweite. Ihre Position ging sogar so weit, daß sie eigenständige Besuche bei westlichen Friedensbewegungen ablehnen würden, sowohl dadurch die westliche Staatsführung vorsetzt werden könnten. Auf konkrete Vorschläge hin, wie könnten vor der Friedensbewegung ihre Vorschläge erläutern, wurde eingewandt, das könnte eine Verletzung der Bundesregierung zur Folge haben und eine Vermischung in die inneren Angelegenheiten der BRD darstellen.

Auch in der Frage einseitiger Abrüstungsschritte habt ihr eine Abfuhr erhalten?

Dazu ein klärendes Wort. Wir und natürlich nicht mit dem erhobenen Zeigefinger in die Sowjetunion gefahren, um der Sowjetunion ihrerseits einen Abrüstungsvorschlag zu empfehlen. Wir haben betont, daß wir bei uns für einseitige Abrüstung kämpfen, daß wir ihre Abrüstungsvorschläge im atomaren und jetzt auch im konventionellen Bereich als ernst akzeptieren. Aber

gleichzeitig wollten wir wissen, ob sie sich vorstellen können, den nächsten Aufrüstungsschritt, z.B. SDI, einmal nicht mitzuvollziehen, und sei es aus Gründen einer dann möglichen ökonomischen verbesserten Lage für die Menschen in der SU, die unweigerlich zerstört werden würde, wenn auch die SU 1.000 Mrd. für ein SDI-Programm ausgeben müßte, oder sei es deshalb, weil die Overkill-Kapazitäten für den Abschreckungsmoment ausreichen.

Sie gaben uns recht damit, daß ein sowjetisches SDI-Programm in die ökonomische Situation herbe einschlagen würde. Da die „Sicherheit“ der SU aber an erster Stelle stehe, mußte dieser Schritt der USA von einem gleichen der Sowjetunion beantwortet werden.

Wie haben Sie das militärstrategisch begründet?

Die Sicherheit der Sowjetunion sei nur herstellbar, wenn sie auf jeder Ebene und in jeder Waffengattung gleiches zu bieten habe.

Gorbatschow hat doch aber in einer Erklärung zum Abrüstungsvorschlag hervorgehoben, daß die Menschheit von der Philosophie der Waffengleichheit wegkommen müsse (blichwort heute). Habt ihr versucht, auf diesen Widerspruch hinzuweisen?

Wir haben das angesprochen und gefragt, ob das Ziel die Abschreckungstheorie infrage stelle. Wieder kam stereotyp: Die Sicherheit steht an erster Stelle, und die heißt Waffengleichheit. Wir haben dann weiter insistiert und gefragt, ob die SU unterhalb der Abschreckungsfähigkeit einseitige Schritte einleiten könnte, beispielsweise mit der Vernichtung chemischer Waffen. Auch daran wird nicht gedacht. In Bezug auf eine Verlängerung des Moratoriums wurde erklärt, die Zeit sei vorüber. (Gorbatschow war noch geflüchtet, in Bezug auf eine Verlängerung des Moratoriums wurde erklärt, die Zeit sei vorbei. Sie kämen wissenschaftlich in Rückstand, wenn sie nicht wieder mit den Atomtests begännen. In dieser Richtung haben sich sowohl Sagladin als auch Semjanin und Gromyko geäußert.)

Wann könnte Deiner Ansicht nach der Zeitpunkt gekommen sein, an dem die Sowjets ihre Propaganda erneut einstellen und ihre Politik der konstruktiven Vorschläge zugunsten konstruktiver Elemente ablesen?

Es bleibt, glaube ich, bei der Doppelgesichtigkeit sowjetischer Politik. Abrüstung ernsthaft anzubieten und gleichzeitig die Vorüstungsschritte der USA mitzuvollziehen — Entspannungsmantik bei gleichzeitiger Mißtrauung.

Die Sowjets haben vor dem Bombardement in Libyen den USA Zurückhaltung signalisiert. Habt ihr das angesprochen und gefragt, ob sie sich strategisch in einer schwächeren Position fühlen als z.B. während der Suez-Krise, wo den Engländern und Franzosen massiv gedroht wurde? Soll diese „Zurückhaltung“ noch aufrechterhalten bleiben, wenn Reagan möglicherweise zum letzten Gefecht gegen Gaddafi blasen sollte?

Wir haben nicht gezielt nach politischen Schwäche der Sowjetunion gefragt. Gromyko deutete an, daß Afghanistan für ihre internationale Politik ein Klotz am Bein wäre, den sie lieber heute als morgen wieder los wären. Zur Einschätzung der US-Politik wurde uns gesagt, die USA unter der Führung Reagans erhebe den Anspruch auf globale Beherrschung der Erde und würde die gesamte Politik und militärische Aggression danach ausrichten, auf diesem Kurs voranzukommen. Die Sowjetunion antwortete darauf, daß sie keinen ihrer Freunde auf der Erde im Stich lassen wolle, das gelte für Afghanistan genauso wie damals für die CSSR. Von Gromyko wurde ausdrücklich betont, auf Libyen antwortete man auf diplomatischer Ebene: Rückzug von der Außenminister-Konferenz. Gipfelgespräche wären auch dadurch nicht infrage gestellt.

Habt ihr in diesem Zusammenhang nach Nicaragua gefragt?

Konkreter wurde mehr über Afghanistan geredet, und wir stellten die Frage, ob diese erwähnte Freundschaftliche Hilfe sei. Wir haben materielle Hilfe für Nicaragua als selbstverständlich und richtig angesehen.

Es scheint sich herauszukristallisieren, daß die Sowjetunion der BRD eine Schlüsselstellung in Europa einräumt. Im Positiven wie im Negativen. Ein sowjetischer Diplomat hat jüngst behauptet, der Weg zu einer europäischen Friedensordnung führe über die Bundesrepublik. Dabei gehen die Sowjets offensichtlich von einer unterschiedlichen europäischen und ameri-

kanischen Interessenlage aus. Dies konsequent zu Ende gedacht, würde angesichts der ökonomischen Potenz in Europa bedeuten, daß die Sowjets die Herausbildung einer westeuropäischen Supermacht einhalten — in der Hoffnung, daß die Interessenkonflikte zu einer Schwächung der bisher weitgehend von den USA bestimmten strategischen Ziele der NATO kommen könnten. Mit anderen Worten, glauben die Sowjets langfristig mit zwei westlichen Supermächten besser auskommen zu können?

Das weiß ich nicht. In unseren Gesprächen ist diese Einschätzung nicht bestätigt worden, sondern eine gegenteilige hervorgehoben worden. Es wurde immer betont, sie hätten nicht vor, die Bundesrepublik aus dem NATO-Verband herauszulösen. Es wurde stärker darauf hingewiesen, daß Europa in der Abhängigkeit von den USA sei und man deshalb ausdrücklich mit den USA zu Abrüstungsschritten kommen müsse, denen sich dann Europa anschließen könnte. Der Schlüssel für eine andere Entwicklung liege in den USA. Ich weiß nicht, ob sie uns alles erzählt haben, aber in diesem Zusammenhang haben sie nur bedauert, daß es im Rahmen von Europa zu militärischen Projekten kommen könnte.

Auf den Raum für europäische Abrüstungsinitiativen angesprochen, wies Gromyko allerdings darauf hin, daß sie mit einer Bundesregierung sofort über den Abbau aller Mittelstreckenraketen in Europa verhandeln würden. Ich finde das ausgesprochen wichtig, weil die SPD erst vor kurzem wieder geäußert hat, sie wolle sich als kommende Bundesregierung dafür einsetzen, daß die USA und die Sowjetunion am Verhandlungstisch abzurufen sollen. Es wird mit keinem Wort erwähnt, daß der Gorbatschow-Vorschlag Möglichkeiten für eine Bundesregierung einbiete, mit der Sowjetunion eine Ver-

der Gorbatschow-Vorschlag Möglichkeiten für eine Bundesregierung einbiete, mit der Sowjetunion eine Verschrottung der Mittelstreckenraketen zu beginnen. Natürlich unter einigen weiteren Bedingungen, wozu der Stopp atomarer Aufrüstung in Frankreich und Großbritannien gehört. Die SPD dagegen legt von vornherein die Abrüstungsverhandlungen in die Hände der USA, um nicht davor kommen zu müssen, eigene Initiativen zu verfolgen.

Während Eurer Reise hat Gorbatschow den 11. Parität der SPD besucht. In der bürgerlichen Presse ist viel über den Spektrum der SPD gegenüber der BRD gesagt worden. Beirachten die Sowjets Deiner Ansicht nach die deutsch-deutsche Politik eher als ein Druckmittel gegenüber der Bundesrepublik, um sie von ihrem NATO-Aufrüstungskurs abzubringen, oder eher als ein Mittel, um auch in stürmischer internationaler See Ost-West-Kontakte in entspannungsfreundlicheren Zeiten herbeizuführen?

Die zweite Einschätzung ist die richtige. Die deutsch-deutschen Verhältnisse wurden dauernd im Zusammenhang mit Entspannungspolitik angesprochen, so von Sagladin und Semjanin. Es wurde auf die Wichtigkeit abgehoben, unabhängig von der internationalen Lage gleichzeitig eine deutsch-deutsche Entspannungspolitik aufrechtzuerhalten. Auch die Bedeutung, die sie unserem Besuch beigemessen haben — abgesehen vom roten Teppich und militärischen „Ehren“ haben sie uns wie eine Staatsdelegation behandelt — wurde immer wieder damit begründet, daß man große Hoffnungen habe, nach den nächsten Wahlen eine sozialdemokratische Entspannungspolitik mit grüner Unterstützung erhalten zu können.

Wurden denn konkrete Kriterien dafür benannt, welche Veränderungen — abgesehen von atmosphärischen Verbesserungen — im Rahmen einer zweiten sozialdemokratischen Entspannungspolitik vorgenommen werden könnten, Veränderungen, die sich von der Kohl-Regierung unterscheiden?

Das wurde angedeutet in einer größeren Hoffnung auf zwischenstaatliche Beziehungen unter Anerkennung der Grenzen, die von der jetzigen Bundesregierung strikt abgelehnt wird. Das kam ferner in der Bezeichnung sozialdemokratischer Publika zum Ausdruck.

Brandt, Lafontaine, Bahr?

Lafontaine rangiert bei ihnen an aller erster Stelle. Uns gegenüber wurde da gegen einer Unverständnis signalisiert hinsichtlich unserer Weigerung, die SPD unter allen Bedingungen an die Regierung zu bringen. Gleichsam haben sie aber die Hoffnung, daß die Grünen dies tun. Das wurde von den Gesprächspartnern häufig erwähnt. Wir haben auch dort versucht, auf ihnen über ein realistischeres Bild der SPD zu diskutieren. Aber wir bekamen

zur Antwort, daß bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in der Welt nichts anderes (besseres?) als ein sozialdemokratischer Kurs zu bekommen sei. Wir sind direkt darauf hingewiesen worden, daß wir nicht so stark seien, um die Entwicklung in unserem Sinne beeinflussen zu können. Bei aller Anerkennung für unsere Forderungen, etwa nach einzelnen Abrüstungsschritten in der Bundesrepublik, wurden uns, und im Grunde auch der Friedensbewegung, kaum Chancen eingeräumt insgesamt war es sehr zwiespältig. Bei aller Orientierung auf die SPD sieht man in uns eine Kraft, die — wenn sie sich als Partei ausdehnt und gemeinsam mit der Friedensbewegung eine Entwicklung in Gang setzt — ihren Abrüstungsinteressen entgegenkäme. Insofern setzt man einerseits auf die Realität, in der wir uns nicht durchsetzen können, und andererseits auf die Zukunft.

Alles in allem, habt ihr Erkenntnisse mitgebracht, die der Linken und der Friedensbewegung nützlich sein können und bestimmte Handlungskonsequenzen verstärken sollten?

Wichtig hier wäre für die Friedensbewegung die Frage nach den Beziehungen Sowjetunion — Bundesrepublik, um eine europäische Abrüstung hinzu bekommen. Also dort nicht mitzumachen, worauf die SPD ständig verweist, nämlich auf die Verhandlungen Sowjetunion — USA.

Ansonsten gab es für die Linke Anregungen in Hülle und Fülle, die ich in Stichworten ansprechen kann. Da ist einmal eine realistischere Einschätzung, die ich über die alltägliche Unterdrückung in der Gesellschaft mitgenommen habe. Eine Bewertung, die ich aus dieser Woche mitnehme, ist, daß es sich bei der SU um einen Klassenstaat handelt, den man vielleicht in vier Klassen einteilen kann. Einmal den Obersten Sowjet und die Parteiführung als höchste Klasse, die auch ohne Kapitalbesitz alle Vergünstigungen wie eine herrschende Schicht hier erhält. Auf Telefonanruf wird jedes Bedürfnis befriedigt. Darunter gibt es die Klasse der Werktätigen, die die Arbeitsdisziplin einhalten. Darunter gibt es die Werkskinder, die ihre Arbeitsdisziplin nicht einhalten. Die würde ich als dritte Klasse bezeichnen. Ganz unten als vierte Klasse — stehen dann die, die in der Öffentlichkeit abweichende Meinungen äußern und die bestraft werden — zum Teil als Terroristen verknackst werden. Dazu zählen auch z.B. die Trust-Leute.

Zu unseren Erkenntnissen zählt auch die Einschätzung, daß der gesamte neue Gorbatschow-Plan im wesentlichen eine Produktionschlicht ist. Ich habe selten soviel Beifall bekommen wie mit der folgenden Einschätzung des neuen Kurses: Ich habe gesagt, er sei eine Modernisierung des alten Lenin-Wortes von 1920, „Kommunismus ist Sowjetismus plus Elektrifizierung“ in „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“. Der Moskauer Parteichef Jelzin hat mir ganz freudig erregt das letzte Wort „Elektrifizierung“ aus dem Mund genommen — er hat mich gar nicht ausprechen lassen, so einverstanden ist er mit dieser Charakterisierung gewesen.

Wir haben sehr viel darüber diskutiert, was denn von Demokratisierungsprozessen übrig bleiben würde, bei dieser beginnenden Produktionschlicht. Es ist wohl festzustellen, daß es in den Betrieben eine Teilbesserung gibt. Dies durch eine Streckung der Lohnsysteme, indem Leistung in Zukunft besser bezahlt wird. Teilweise dürfen Überschüsse in Zukunft in Selbstverwaltung angelegt werden. Das gilt besonders für den Agrarbereich, wo die Kollektive Überschüsse auf den Markt bringen und veräußern dürfen. Das gilt mit Einschränkungen auch für die Produktionskollektive, die ihre Überschüsse in Reinvestitionen und für verbesserte soziale Infrastruktur anlegen können. Diese Liberalisierung wird aber gleichzeitig von einer härteren Gangart mit Verhaftungen gegenüber Gruppen, die als antisowjetisch bezeichnet werden, begleitet. Gerade in der Trust-Gruppe gibt es die Einschätzung, daß die Teilbesserung dazu führt, daß man umso härter abweichende Meinungen bekämpfen muß, weil man Angst hat, daß sonst alles aus dem Ruder läuft.

Ein weiterer interessanter Aspekt wäre die Gesellschafts- und Familienpolitik und die Kultur. Nur soviel dazu. In jedem zweiten Gespräch wurde die zu hohe Scheidungsrate von 40% beklagt und immer wieder die Kleinfamilie als stabiler Hort der sozialistischen Ordnung und eines jeden Staatswesens hochgejubelt. Als wir nach den ersten Gesprächsunden nur Männerdelegationen vorgeworfen bekommen hatten und fragten, ob auch Frauen in verant-

wortlichen Positionen wären, hatten wir im Reizprogramm jedesmal zwei Frauen in der sowjetischen Delegation, sozusagen per Knopfdruck. Wir wurden dann gefragt, ob wir nun zufrieden seien. Zur Kultur ein Wort zu dem, was uns so auffällt. Es gibt viel Subkultur. Wir trafen auf jede Menge Amateure, die gegen ein Entgelt privates Vergnügen vermitteln wollten. Ein ZK-Mitglied sagte uns, der Alkoholismus sei auch deshalb so weit verbreitet, weil die Leute nicht wollten wohnen. Vor dem zweiten Weltkrieg hatte Moskau 2 Millionen Einwohner und 30 Theater, jetzt habe Großmoskau 9 Millionen Einwohner, es sei aber bei 30 Theatern geblieben, deren Besuch für einen Normalverdienenden unerreichbar wäre.

Insgesamt habe ich das gegenseitige Kennenlernen für nützlich und würde wirklich allen in der Linken oder in der Friedensbewegung empfehlen, solche Reisen wahrzunehmen. Wir haben zwischen KPdSU und Grünen ständige Kontakte vereinbart. Dazu gehören Seminare zu politischen Themen, dazu gehört auch die Einladung einer Delegation der Hamburger GAL nach Leningrad, um Fragen der Stadtentwicklung, Verkehrsplanung, Umweltschutz, kommunale Friedenspolitik, ökonomische Wiederverwertung von Müll etc. zu besprechen. Gut ist es dabei, wenn es gelingt, neben den Staatskontakten auch außerstaatliche Besuche hinzubekommen.

Vielen Dank

Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion: Zwischen Aufbruch und Beharrung

Nach einer einwöchigen Wirtschaftsdelegation nach Moskau erklärt Echnard Strömmer, Ex-MdB der GRÜNEN im Bundestag, zum Stand der Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion

1. Vier Wochen nach dem Parteidog der KPdSU ergibt sich hinsichtlich der Wirtschaftsreformen ein sehr uneinheitliches Bild. Die weitgehenden Reformvorschläge werden von den Reformwissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften (A. Aganbegjan, Bogomolow) vorgelegt. Sie fordern eine weitgehende Zentralisierung der Wirtschaftslenkung auf der gesamten staatlichen Ebene, verbunden mit einer weitgehenden Dezentralisierung der Wirtschaft auf regionaler und betrieblicher Ebene. Dies soll ergänzt werden durch eine Demokratisierung der Wirtschaft auf der betrieblichen Ebene. Von diesen Wissenschaftlern wie den Ungarn und China als Vorbild für sozialistische Reformen gesehen.

Mit Professor Aganbegjan, Wirtschaftsberater von Gorbatschow und Chefredakteur der wissenschaftlichen Wirtschaftszeitung Izw, wurde ein Austausch vereinbart. Der GRÜNEN wurde die Möglichkeit zugesagt, in der Zukunft in Moskau über das Thema „Marxismus und Ökologie“ über grüne Wirtschaftspolitik zu schreiben. 2. Die angestrebten und beschlossenen Wirtschaftsreformen zeigen auf den verschiedenen Ebenen erhebliche Realisierungsdefizite:

— Während das staatliche Planungskomitee (Gosplan) zu einer wissenschaftlichen Denkzentrale weiterentwickelt werden soll, werden von konkreten wirtschaftlichen Entscheidungen angehalten entlastet werden soll, ist z.B. seine Unvergleichbarkeit mit der Mittelbehörde für Klimawissenschaften unüberwindlich.

— Obwohl der Übergang zu indirekt ökonomischen Lenkungsmechanismen beschlossen ist, herrscht im Umweltschutz weiterhin eine rein administrative Lenkungsmechanik vor, indirekt ökonomische Mittel gelten als ideologisch unerwünscht.

— Die sozialistische Selbstverwaltung auf der Unternehmensebene ist bisher auf die Flugscheine beschränkt. Die Wahl von Abteilungs- und Betriebsleitern wird höchstens als Fernziel anerkannt, und dies auch von Gewerkschaften in den Betrieben.

Die Gewerkschaft zeigt wenig Vorwärtstendenzen in Richtung sozialistischer Selbstverwaltung. Sie hat eine erhebliche Rolle hinsichtlich der Disziplinierungs- und Befehlshierarchien.

Es zeigt sich bei gleichem Vorwärtstendenzen und sozialistischer Selbstverwaltung und zu Markt bzw. Vertragsverhältnissen. Vorreiterrolle bei diesen Reformen spielt der agrarindustrielle Komplex, wo das Großhandelsystem eingeführt werden soll und flexible Preise und Gewinnorientierung am weitesten fortgeschritten sind.

Für die Systemumwandlung zwischen sozialistischer und kapitalistischer Wirtschaftssystemen könnte in der Zukunft das Streben in der Sowjetunion und in Ungarn eine größere Rolle spielen zu Formen der betrieblichen Selbstverwaltung (Wahl der Arbeitsgruppenleiter, Abteilungsleiter und Betriebsleiter) kommen. Solche Formen der Selbstverwaltung sind in den westlichen Industriestaaten weitgehend unbekannt und unerwünscht.

tig" informieren zu lassen, lehnten die Gemeinderäte vom Cruse-Standort ab. Der Bürgermeister der Gemeinde Bell forderte Wörner in einem Brief auf, „in den Hinterrück zu kommen und unseren Bürgern Rede und Antwort zu stehen. Den Plan, einige „ausgesuchte" Bürgermeister und Gemeinderäte nach Bonn einzuladen, lehnen wir ab. Die Bürger haben gemeinsam die Risiken zu tragen, deshalb sollten sie auch alle hier vor Ort unterrichtet werden." (Hinterländer Zeitung, 2.4.)

Daß die örtlichen Friedensinitiativen, die über ein Netz von Stammesorganisationen organisiert sind, in der Region zu einem anerkannten und etablierten Faktor geworden sind, hat auch seine Kehrseite:

Friedensbewegung", das sind im Munsrück die netten Leute von nebenan im Unterschied zu den auswärtigen Claqueurs, eine Spaltung, die zum Beispiel von der Lokalpresse geschürt wurde, als in den vergangenen Jahren vom autonomen Frauen-Widerstandscamp im Munsrück Aktionen gemacht wurden. Es ist zu erwarten, daß das Ausspielen der örtlichen Initiativen gegen auswärtige Friedensaktivitäten auch im Vorfeld der bundesweiten Herbst-Demonstrationen von gewisser Seite aus betrieben wird, obwohl ja auch in

Demonstrationen von geneigter Seite aus betrieben wird, obwohl ja auch in den Hunsrück Initiativen ein unterschiedliches politisches Spektrum versammelt ist. Um sowohl den Bedenken örtlicher Initiativen als auch dem Mißtrauen in der Bevölkerung zu begegnen, dürfte das beste Mittel sein, wenn von außerhalb möglichst vielfältige Kontakte in die Region aufgebaut werden und bereits im Sommer eine Dauerpräsenz der Friedensbewegung im Hunsrück gibt.

Der Bonner Koordinationsausschuss (KA) der Friedensbewegung hat bekanntlich zu einer bundesweiten Großdemonstration im Hunsrück am 11. Oktober aufgerufen. Über diesen Beschluss hinaus ist allerdings von KA-Seite bisher nichts weiter passiert, und für den 11. Oktober steht bisher nur fest, daß die Kundgebung auf dem Berliner Marktplatz abgehalten werden soll, das ist ein Platz ziemlich dicht an der NATO-Basis.

Im unabhängigen Teil der Friedensbewegung hat gemeinsam mit den Hunsrücker Friedensinitiativen eine Diskussion über Aktionen des Zivilen Ungehorsams im Vorfeld der Herbstdemonstrationen begonnen. In einem Papier der Göttinger Graswurzel-Werkstatt, das bei der BDF Konferenz Anfang März im Hunsrück diskutiert wurde, werden als Aktionsideen genannt: „Wiedereröffnung gesperrter Wanderwege; - Orts-Besichtigungen und Besetzungen, Behinderungen des militärischen Verkehrs, Aktion „Bürger kontrollieren das Militär“, Veränderung und Entfernung militärische Markierungen und Schilder ...“ In einer Stellungnahme der örtlichen Friedensinitiativen heißt es: „Wir suchen nach Formen des gewaltfreien Widerstandes, die unsere Arbeit nicht erschweren, die den Kontakt zum unentwaffneten Bürger erhält und an unsere Arbeit vor Ort anknüpfen. Allgemeinültige Formeln haben wir noch nicht gefunden und wird es wohl auch nicht geben. Wir wissen nur: Bei allem, was wir tun, ist die Diskussion mit der Bevölkerung sehr wichtig. In diesem Sinne gilt auch unser Appell an alle Gruppen, die uns in irgendeiner Weise unterstützen wollen.“

Konkretes Ergebnis der Diskussion ist bisher die Aktion „Licht ins Dunkel der Aufrüstung“, zu der die Koordinationsstelle „Ziviler Ungehorsam“ in

Mit dieser Aktion am 24. Mai besteht für die teilnehmenden Aktionsgruppen die Möglichkeit, die Militärregion Hunsrück wie auch die dort lebenden Menschen kennenzulernen und sich selbst dort bekannt zu machen. Aus der Vorbereitung dieser Aktion und ihrer Durchführung möge Ideen für weitere und weitergehende Aktionen entstehen. Diese sollen bei der Aktionskonferenz „Ziviler Ungehorsam im Hunsrück“ am 7. & 8. Juni 1986 (voraussichtlich in Koblenz oder im Hunsrück) abschließend beraten werden. Dort wird über die konkrete Aktionsvorbereitung und Mobilisierung entschieden werden.

Sorgen wir alle gemeinsam für Bunte und vielfältige Aktionen für den notwendigsten Widerstand gegen Aufregung und Mili-

1 Widerstand gegen Aufrüstung und Militarismus!
Sorgen wir alle gemeinsam für Bunte und vielfältige Aktionen für den notwendigen Widerstand gegen Aufrüstung und Militarismus! Laßt uns gemeinsam ein Text und Bild Licht ins Dunkel der Aufrüstung bringen!

Dieter Schoffmann, Koordinationsstelle
„Ziviler Ungehorsam“, Bremen, den 7
April 1986

Kontakt für die Aktion und die Aktionskonferenz:
Koordinationsstelle „Ziviler Ungehorsam“, Am Schwarzen Meer 67, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/4065946

'Kommt und seht es Euch an, was hier im Hunsrück passiert'



Polizeieinsatz bei einer Aktion von Frauen des autonomen Widerstands-
camp 1984.

Factor Distributions

Abprache mit den Hunsrücker für Sonnabend, den 24. Mai aufruft. An diesem Tag, der auch als bundesweiter Aktionstag der Friedensbewegung gilt, soll durch Bemalungs- und Öffentlichkeitsaktionen die Aufmerksamkeit auf die diversen Militäranlagen in Hunsrück gelenkt werden. (Aufruf siehe Kästen) Für den 1./2. Juni wird zu einer Aktionskonferenz "Ziviler Ungehorsam im Hunsrück" aufgerufen, die vornehmlich im Koblenz stattfindend wird. Neben dem Widerstandscamp der autonomen Frauen, das in diesem Sommer wieder in Reckershausen bei der NATO-Basis organisiert wird, bezieht auch die neu gegründete Aktion

der NATO-Basis organisiert wird, bereiten auch die gewaffneten Aktionsgruppen ein Sommercamp vor, das „Grundlage und Ausgangspunkt für Aktionen“ sein soll und „der bundesweiten Unterstützung und Weiterführung des regionalen Widerstands dienen“ soll. Anzustreben ist auf jeden Fall, daß dieses Camp nicht nur für ein spezielles Bezugsgruppen-Publikum offen ist, sondern für alle, die um Sommer für Tage oder Wochen Aktionen im Hunsrück unterstützen wollen oder dort einen anti-militaristischen Aktivurlaub verbringen möchten — im Sinne

ne des Appells der Hunstfucker
„Kommt und scht euch an, was hier im
Hunstfucker passiert“

Denn neben Aktionen vor Ort, die das Militär stören oder behindern wird es entscheidend darauf ankommen, daß der Stationierungsvorgang bundesweit in allen Einzelheiten bekannt wird und daß möglichst jeder/r Aktive, nicht nur aus der Friedensbewegung, weiß, was sich am Zaun der Haselbacher NATO-Basis gerade tut.

Q.

Info-Material und Adresse:
Als Überblick über die Militarisierung im
Münsterland hat die regionale Friedenszei-
tung „Münster-Forum“ eine Extra-Ausgabe er-
stellt, die für 1,50 Mark und Porto bei u.g.
Adressen erhältlich ist. Eine umfassende
Brochüre soll dort ebenfalls in diesen Ta-
gen erscheinen.
Münster-Forum Postfach 451, 8540 Sum-
mern Tel. 0546/1836
FriedensDro (der Initiative Rhein-
Münster/Hahe-Mosel), Hauptstr. 40, 5544
Kirchberg Tel. 02783/3709
Koordinationsausschuss der Friedensbewe-
gung, Dorotheenstr. 20, 5300 Bonn, Tel.
0228/92204

Erziehungsgruppen zu der Karte:

MINI-Einrichtungen im Hungerrock

- [illegible]

Lesetip zum Hunsrück

Wer wissen möchte, wie die Menschen im Hunsrück denken und fühlen, aus welchen Motiven und mit welchen Mitteln sie sich gegen die Raketen engagieren, kann sich mit einem Buch bestens informieren: Sabine Stange, „Kriegsvorbereitungen im Hunsrück — Der Einfluß der Raketenstationierung auf den Alltag der Menschen“ (Klartext Verlag Essen, 16 DM). Die Autorin läßt ihre Hauptfiguren selber erzählen: Die Bäuerin Lore Kneip, die ihren Acker an die Friedensbewegung verpachtet hat, den Gemeinderatsvertreter Gerhard Lorenz, der vom braven Bürger zum Observationsobjekt der Polizei wurde; die Schreinerin Hilde Brück, die keine Aufträge mehr vom Militär annimmt ... und viele andere. Die Episoden und Gesprächsnotizen machen anschaulich, wie der Widerstand der Hunsrücker aus ihrem Alltag entstanden ist und welche Bedeutung es in einer konservativen, ländlichen Region hat, wenn Einzelne aufstehen und sagen: „ich mache das nicht mehr mit!“

Sabine Stanges Buch enthält aber nicht nur diese Porträts, die der »Großadmiral« gerade abends im Bett schlüpfend kauft, sondern auch nützliche Sachinfos: malten zum Hunsrück, garniert mit mehreren Lagekarten der militärischen Einrichtungen. Kurz: Für alle Hunsrück-Besucher in diesem Sommer und Herbst der passenden »alternative Reiseliteratur«

Von Seiten der autonomen Frauen, die in der Bewegung

Von Seiten der autonomen Frauen, die in den vergangenen drei Sommern ein Widerstandslager im Hunsrück organisiert haben und dies auch für dieses Jahr vorbereiten, ist eine dickleibige Dokumentation mit Berichten und Stellungnahmen herangebracht worden: „Frauengewerkschaft im Hunsrück – Frauengeschichte(n) 1913 – 1985“ (29,80 DM). Zu beachten: Selbstvertrieb Ursel Ortmann, Nassaulsche Straße 33, I Erlin 31.

[illegible]

Dietrich Schulze Marmeling:

'Sicherheitspartnerschaft', NATO-Reform, 'Entspannungspolitik', 'alternative Verteidigung' Alternativen zum NATO-Austritt?

1. Das Dilemma einer jeden NATO-Reformpolitik

Folgt man der Reformlogik konsequent, die besagt, daß eine „Westeuropäisierung der NATO“, ein engeres Zusammenrücken der westeuropäischen NATO-Mitglieder eine Möglichkeit ist, auf die „SA“ als besonders aggressive NATO-Vormacht — maßgebend einzuwirken, so müßte man mit Akribie die Landkarte Westeuropas nach Ländern abtragen, die noch nicht in der NATO sind, jedoch — aufgrund der besonderen Betonung westeuropäischer Identität oder gar der Erfindlichkeit, daß dort mal wieder Sozialdemokraten/Sozialisten der Regierungsgeschäfte walten — für einen NATO-internen Reformkurs in Betracht kommen könnten. Nicht genug damit: Als nächstes müßte man diese Länder dann dazu bewegen, unbedingt der NATO beizutreten, im Sinne der Stärkung „unserer“ NATO-internen Reformfront. Auch wenn dies, was in der Regel in solchen Fällen der Fall ist, zunächst einmal einen kräftigen Quantitätsschub für diese Länder implizieren würde, was „unserer“ eigentlichen Anliegen — Abrüstung und Entspannung — entgegensteht. So ergibt es in der Logik der „Westeuropäisierung“ durchaus einen Sinn, wenn Willy Brandt die formell noch neutrale Republik Irland dazu auffordert, ihre „anachronistische Neutralität“ zu auf-

pendieren, um einen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas im Rahmen einer „westeuropäisierten NATO“ zu leisten. Die Irishen Friedensfreunde sind dabei natürlich entsetzt, zumal der zentrale Gegenstand friedenspolitischer Arbeit auf der „grünen Insel“ in der Agitation für die Beibehaltung der ohnehin schon arg relativierten „Irishen Neutralität“ besteht, sowie das Verschwinden britischer — und somit NATO-Truppen — aus dem Nordosten Irlands. In der Logik der Reformierbarkeit durch „Westeuropäisierung“ der NATO verharrend ist es natürlich auch folgerichtig, sich für einen NATO-Beitritt Spaniens stark zu machen. Dort regiert ja immerhin, im Gegensatz zum vorher erwähnten Beispiel, ein Sozialist, gewissermaßen ein „indeuropäischer Enkel“ Willy Brandts, der beabsichtigt, den westeuropäischen NATO-Reformflugel zu stärken. Zu dem Preis, daß die spanische Armee, eigentlich eher den innenpolitischen Gegnern der sozialistischen Regierung zugeeignet, mit westeuropäischer und US-Hilfe kräftig aufgerüstet wird, modernisiert wird (nicht im Sinne von „Demokratisierung“, wie es gern behauptet wird, sondern zum Zwecke der Beseitigung archaischer — und somit militärisch ineffektiver — Strukturen) und USA/NATO das Land in Zukunft noch unverschämter in ihre kriegsstrategischen Planungen einbeziehen werden, als das bislang bereits der Fall ist. Spanien ist auch ein gutes Beispiel dafür, wie sich die kon-

servative amerikanische und die sozialdemokratische NATO-Politik gegenseitig ergänzen. Die westeuropäische Sozialdemokratie, allen voran — wie bereits im Falle Portugals — die bünderepublikanische, votiert für den spanischen NATO-Beitritt unter „Westeuropäisierungsaspekten“. Entsprechend führte Gonzales seine Pro-NATO-Kampagne. Den USA kann es eigentlich völlig egal sein, mit welcher Begründung Spanien dem Bündnis beitrifft, denn so oder so stärkt der spanische Beitritt die NATO insgesamt gegenüber dem Warschauer Pakt und der Dritten Welt. Es erweitert das für die NATO im Kriegsfall zur Verfügung stehende Territorium „in die Tiefe“ und verschafft der NATO zusätzliche Operationsmöglichkeiten im Mittelmeer. Da die „Westeuropäisierung“ im Rahmen der NATO erfolgt, muß jede Stärkung des „europäischen Pfeilers“ auch zwangsläufig der Stärkung des Bündnisses insgesamt zugute kommen.

2. Mäßigung von NATO und USA durch Stärkung des „westeuropäischen Pfeilers“?

Eine derartige „Strategie“ ist ein Widerspruch in sich. Denn: Sinn und Zweck militärischer Allianzen ist nicht, daß sich die dort versammelten Nationalstaaten gegenseitig hinsichtlich ihrer militärischen Aktionsfähigkeit gegenseitig paralysieren. Sinn und Zweck

ein dringender Entscheidungsbedarf. Entweder diszipliniert Kohl Reagan, oder Reagan Kohl. Beides geht jeden falls nicht. Tatsächlich ist es so, daß sich USA und BRD durch gemeinsame NATO-Mitgliedschaft hinsichtlich ihrer militärischen Fähigkeiten ergänzen und gegenseitig bestärken.

Um den Sinn des transatlantischen NATO-Blindnisses anhand eines kriegerischen Beispiels aus jüngerer Zeit — dem Malvinenkrieg — und am Beispiel eines anderen westeuropäischen Landes — nämlich Großbritannien — noch einmal zu verdeutlichen: Ohne die tatkräftige Hilfe der USA und der NATO, der sich London aufgrund der gemeinsamen Bündnismitgliedschaft versichern konnte, wäre es recht fraglich gewesen, a. ob Großbritannien überhaupt eine Armada in Richtung Südatlantik entsandt hätte, mit dem Auftrag, die Malvinen zurückzuerobieren, b. daß Großbritannien diese Auseinandersetzung militärisch erfolgreich beenden hätte.

Die westeuropäischen NATO-Partner schlossen im Nordatlantik (Ärmelkanal und NATO-Nordflanke) die „Lücken“, die durch die südatlantische Mission der britischen Armada entstanden waren. Auf diese Weise erfolgte die militärische Abdeckung der Intervention gegenüber dem gemeinsamen Hauptkontrahenten Warschauer Pakt. Die USA wiederum dienten dem NATO-Partner mit logistischen (Satelliten etc.) und rüstungstechnologischen („Sidewinder“-Raketen etc.) Hilfeleistungen. Als die USA zunächst aufgrund von inneradriatischen Interessen, als die USA zunächst aufgrund von inneradriatischen Widersprüchen zauderten, drohte London mit der Zündung einer Nuklearbombe über der argentinischen Stadt Cordoba für den Fall, daß die kriegerische Auseinandersetzung mit den eigenen und konventionellen Mitteln nicht erfolgreich zu gestalten war. Den USA wurde dadurch kommuniziert, daß sie — wollten sie diese Aktion, die wohl den gesamten Subkontinent gegenüber der westlichen/nördlichen Welt tiefgreifend entfremdet hätte — verhindern, der britischen Streitmacht gefälligst auf „konventionellem“ Wege zur Seite springen sollten. Desweiteren erinnerte London, und dies wurde auch in allen NATO-Hauptstädten verstanden, an die gemeinsamen ordnungspolitischen Interessen der NATO. Preisfrage: Wer hat hier auf wen maßgebend Einfluß genommen? Gegenfrage: Hat es sich nicht vielmehr so verhalten, daß die Tatsache der NATO-Mitgliedschaft des sich militärisch stark und sicher wählens London erst zur Intervention ermunterte hat?

Zudem sollten sich die Befürworter einer Stärkung der „westeuropäischen NATO-Säule“ darüber im klaren sein, daß dies mit einem Mehr an regionaler Aufrüstung korrespondiert. Denn das Ausmaß des Mitspracherechts innerhalb der NATO — dessen Ausweitung ein wesentliches Ziel jeder „Westeuropäisierung“ und Reformpolitik ist — wird nach dem Umfang des militärischen Beitrags definiert, den ein Land bereit ist, im Rahmen der NATO zu leisten. Führende SPD-Politiker wie Horst Ehmke haben dies auch wiederholt eingestanden: Ehmke 1984 in einem Arbeitspapier für die SPD-Bundesfraktion: „Europa muß mehr Verantwortung für die Verteidigung der europäischen Zentralfront übernehmen.“ Was bedeutet das anderes, als zusätzliche regionale Aufrüstung? Die Stärkung der „europäischen Säule“ der NATO erfolgt somit primär auf dem Weg der gesonderten Aufrüstung der westeuropäischen Staaten und hat somit die Stärkung der NATO insgesamt — d.h. auch der USA — zum zwangsläufigen Ergebnis. Die gesonderte westeuropäische Aufrüstung heißt jedoch den Ost-West-Rüstungswettlauf zusätzlich an.

Es ist somit überhaupt nicht verwunderlich, daß das, was bislang unter dem Etikett „Stärkung des europäischen NATO-Pfeilers“ real praktiziert wurde und wird, wenig mit Abrüstung, um so mehr mit Aufrüstung zu tun hat. Hier nur einige Stichworte: 1. „Konventionalisierung“ der NATO-Strategie das unmittelbare Schlußfeld eines kommenden Krieges in Westeuropa betreffend (= konventionelle Aufrüstung), 2. Die Debatte um eine integrierte europäische Nuklearstreitmacht oder andere Möglichkeiten eines bundeseuropäischen „Fingers am nuklearen Abzug“ (inklusive der Debatte um ein BRD-Mitspracherecht bezüglich der Einsatzplanung der taktischen

Nuklearstreitkräfte Frankreichs) 3. Die Aufhebung der WEU-Restriktionen, die es der BRD z.Zt. ihrer Unabhängigkeit unterliegen, strategische Trägerysteme zu produzieren (ergo solche Waffen, mit denen sich vom BRD-Territorium aus sowjetisches „Sanktuarium“ erreichen ließe), 4. Eine nukleare europäische „Verteidigungsinitiative“ (EDI/EVI), als militärische Ergänzung zum vornehmlich ökonomischen ELREKA-Programm, sozusagen als „europäisches Pendant“ zum amerikanischen SDI-Projekt; 5. Die Bemühungen um Standardisierung der westeuropäischen Rüstungsproduktion, zwecks Senkung der bislang enorm hohen Stückkosten von Rüstung und zwecks Verbesserung der westeuropäischen Position in der Konkurrenz mit den USA um Anteile am NATO-internen wie globalen Rüstungsgütermarkt.

3. Das Problem der „sicherheitspolitischen Logik“ der BRD

Die Befürwortung der „Stärkung des westeuropäischen Pfeilers“ der NATO als friedenspolitisch sinnvolle Option setzt voraus, daß es Widersprüche zwischen den westeuropäischen NATO-Staaten und der Bündnisvormacht USA gibt, die von ihrem Charakter her unter aufrüstungs- und entspannungspolitischen Aspekten ausbaufähig, funktionalisierbar sind. Zwar sind NATO-interne Interessendivergenzen „strukturell“ und „zwar“ hindern NATO-interne Interessendivergenzen überhaupt nicht zu leugnen, doch bieten diese keinen positiven Ansatzpunkt für die hiesige Friedensbewegung. Am Beispiel von SDI — wo Teile der Friedensbewegung ja gar die Möglichkeit einer „Koalition der Vernunft“ erblicken, die sich dann von Uwe Beitz bis Berthold Knecht, Herbert Genschler bis Hans-Dietrich Mies erstrecken soll — will ich dies in der gebotenen Kürze darlegen (ausführlicher hierzu mein Beitrag in der Broschüre „Die BRD in der NATO“, hg. von der Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik e.V.).

Zunächst müssen wir klären, welcher Art die westeuropäischen SDI-Bedenken sind. Die Westeuropäer befürchten zuallererst, daß im Zuge eines ABM-Wettlauf der Großmächte sowjetische Raketenabwehrstrukturen entstehen könnten, die zwar nicht dazu taugen, die gigantischen Nuklearstreitkräfte der USA zu neutralisieren, wohl aber eventuell die Abschreckungskraft kleinerer Nuklearstreitkräfte sogenannter nuklearer „Drittstaaten“ relativieren. Ein sowjetisches ABM-System könnte zur Entkopplung dieser „drillen“ Nuklearstreitkräfte von dem US-Nukleararsenal führen. Wie begegnen nun die westeuropäischen Staaten diesem „Problem“? Frankreich modernisiert und erweitert seine nationale Nuklearstreitmacht (z.B. Ausrüstung mit zusätzlichen „Ein-dranghilfen“ etc.), in der BRD wird der Ruf nach einer eigenen nuklearen Option lauter. Die BRD befürchtet zudem, daß eine sowjetische ABM-Struktur die in ihrer NATO-Strategie-Interpretation eine bedeutende Rolle spielende „vorbedachte Eskalation“ erschwert sowie der BRD die mit einer eigenen nuklearen Option verbundenen strategischen Erwägungen („gläubwürdige Anknüpfung“ an das US-Nukleararsenal) versperrt.

Desweiteren werden Überlegungen angestellt, ein konventionell armer, bodengestütztes „europäisches Verteidigungssystem“ zu installieren — etwa entsprechend jener SDI-Komponente, die für die „Endphase“ des Anflugs ballistischer Raketen gedacht ist — zwecks Abwehr sowjetischer Raketen kurzer und kürzerer Reichweite sowie der eurostrategischen SS-20. Der diese diesbezügliche Hintergedanke einiger EDI-Befürworter, der wiederum Rück schluß auf die „sicherheitspolitische Logik“ der BRD zuläßt: Ein EDI-System bietet zwar für die „eigene“ und dichtbesiedelte BRD keinen ausreichenden Schutz vor anfliegenden gegnerischen Raketen, aber die Sowjets wären gezwungen — um sicher zu sein, daß eines der anvisierten Ziele auch getroffen wird — die „Mehrfachbedeckung“ der Ziele zu praktizieren bzw. ihre nukleare Attacke derart massiv zu gestalten, daß dies quasi zwangsläufig die USA mit ihren nuklearen Streitkräften auf den Plan rufen wür-

Fortsetzung nächste Seite



Foto: NW

Fortsetzung von vorheriger Seite

bohrender nach dem Sinn eines Militärbündnisses zu fragen, das den Abrüstungswillen der Bevölkerung schon mehr als einmal mit Füßen getreten hat und im Kriegsfall den sicheren Untergang herbeiführen würde.

Kontroverse Schlußpassagen

Die 1. Version erhielt 15 Stimmen (Antrag J.B. Runge/Friedensliste):

Die NATO ist nicht Teil natürlicher bundesdeutscher Staatsräson und darf es nicht werden. Die Friedensbewegung tut gut daran, wenn sie die NATO nicht zum Tabu-Thema macht. Die unkritische Zustimmung zur NATO, so verbreitet sie in der Öffentlichkeit noch weitgehend ist, so gefährlich ist sie. Die Friedensbewegung muß stärker als bisher kritische Fragen an die NATO und ihre Politik stellen und das NATO-kritische Bewußtsein in unserem Lande stärken. Dabei ist es legitim und nützlich, wenn Teile der Friedensbewegung die Mitgliedschaft der BRD selbst infrage stellen. In der Friedensbewegung sollte mehr als bisher über die positiven Alternativkonzepte zur herrschenden Unsicherheitspolitik nachgedacht und offen diskutiert werden, um selbst politischfähiger zu werden.

den. Dabei werden auch im Zusammenhang mit der NATO-Frage Antworten zur Friedens- und Realitätsstauglichkeit der Konzepte gegeben werden müssen.

Die 2. Version (der Kongreßmehrheit)

Wir fordern die Friedensbewegung auf, die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO als Staatsdoktrin offen in Zweifel zu ziehen und die Auseinandersetzung mit all jenen zu suchen, die die Frage eines NATO-Austrittes tabuisieren wollen. Nichts spricht dafür, daß eine politisch neutrale Bundesrepublik an Sicherheit einbüßen würde. Ein einseitiger Austritt könnte vielmehr den Prozeß der Auflösung der europäischen Militärbündnisse befördern und die Politik der Überlegenheit und Vorrüstung der NATO beenden helfen. In diesem Sinne begrüßen wir alle Initiativen, die den Status der Bundesrepublik in der NATO ändern und ihre Einbindung lockern wollen. Entscheidendes Kriterium für die Friedensbewegung bleibt darüber hinaus, die Voraussetzungen für reale Abrüstungsmaßnahmen in unserem Lande zu schaffen. Frieden mit der NATO ist nicht möglich!

Die Resolution wurde bei über 400 Kongreßteilnehmern bei einer Gegenstimme angenommen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

die FRIEDLICHKEIT — so das Kalte — die Anknüpfung der USA an den europäischen Kontinent und die „Sicherheitsinteressen“ der BRD — zwecks Polarisierung der europäischen Bundesrepublikarischen Abscheu- und Bedrohung glaubwürdiger gestaltet.

Ähnliche Überlegungen standen seit 1945 auch beim NATO „Doppelbescheid“ Pate, der ja nicht eine Bundesrepublikanische, sondern eine amerikanische, sehr kreativ war. Die Logik, die verriet, beim „Doppelbescheid“ Pate stand, wurde erst kürzlich wieder evident, als Wörner, Dierger, Lodenhofer u.a. gegen Reagan's Antwort auf den Gorbatchow-Plan einwandten, dies würde die „Anknüpfung“ der USA von den „Sicherheitsinteressen“ der BRD bedeuten.

Was hätte schon und hier die Bruchstellen an denen die Friedensbewegung ansetzen könnte, um ein Bündnis mit Teilen der etablierten Politik zu suchen? Ist es nicht vielmehr so, daß nicht nur die USA, sondern vielmehr die „sicherheitspolitische Logik“ der BRD selbst einer Entspannungspolitik die tatsächliche Abrüstung beinhaltet (im Gegensatz zu dem, was in den 50er Jahren unter diesem Etikett stattfand) und einem „sicherheitspartnerschaftlichen“ Auskommen mit der SU im Wege steht? Das Längere der BRD und anderer westeuropäischer NATO-Staaten mit den NATO-internen Widersprüchen — nämlich gesonderte westeuropäische Aufrüstung, um die in Frage gestellte Verkopplung mit den USA zu rekonstruieren bzw. sich eine regionale Rückversicherung für den Fall des „Ausfalls“ von US-Garantien zu verschaffen — muß unter entspannungs- und abrüstungspolitischen Aspekten verheerende Folgen zeitigen. Denn: Die SU sieht sich gleich mehreren Antipoden gegenüber, die jeder für sich eine eigene Abschreckungsoption beanspruchen (siehe damalige Diskussion um die Einbeziehung britischer und französischer Nuklearsysteme in die Central Initiative Verhandlungen), deren nukleare Arsenalen im Kernfall der SU jedoch in ihrer Gesamtheit gegenüberstehen würden (zumaß die „Ordnungsgewalt“ sich ja gar nicht „autonom“ begreifen, sondern eine glaubwürdige Anknüpfung der USA gewährleisten sollten). Die „sicherheitspolitische Logik“ der Westeuropäer wirkt somit zusätzlich antreibend auf den Ost-West-Rüstungswettlauf.

Hieraus resultiert für die Friedensbewegung die Notwendigkeit, die „sicherheitspolitische Logik“ der BRD, den Ost-West-Rüstungswettlauf.

Hieraus resultiert für die Friedensbewegung die Notwendigkeit, die „sicherheitspolitische Logik“ der BRD, die nicht einmal ein „Kräftegleichgewicht“ zwischen NATO und WP dulden kann (weil es die US-Garantien für die BRD relativieren muß, womit die Abschreckungskraft — hinsichtlich ihrer politisch-offensiven Instrumentierung — Schaden erleidet), frontal anzugreifen. Dies kann sie am Besten mit der Forderung nach einem NATO-Austritt, nicht nur deshalb, weil ein solcher Voraussetzung für jede Politik der Entspannung und der „Sicherheitspartnerschaft“ ist, sondern auch, weil die BRD-NATO-Mitgliedschaft der Ausdruck der bundesrepublikanischen „sicherheitspolitischen Logik“ ist. Ohne NATO-Mitgliedschaft bricht diese Logik zusammen. Denn ohne die Anknüpfung an die militärischen Potentiale der anderen NATO-Staaten, verfügt die BRD über keine politisch-offensiv instrumentierbare Abschreckungsoption. Dies ist ja auch der Grund, warum — entgegen demagogischen Behauptungen von Reformbefürwortern — niemand um „herrschenden Block“ für einen NATO-Austritt der BRD plädiert. Denn ein solcher würde eine Schwächung der BRD hinsichtlich ihrer Abschreckungsfähigkeit gegenüber dem WP und ihrer Interventionsfähigkeit gegenüber der Dritten Welt bedeuten. Die BRD ist niemals zum NATO-Beitritt gezwungen worden und sie ist auch heute nicht wider eigenen Willen Mitglied in diesem Bündnis. Im Gegenteil: Die BRD hat beispielsweise in den 50er Jahren die sowjetische Bedrohung besonders dreist übertrieben, um auf diese Weise die USA und andere westliche Staaten mit möglichst umfangreichen Truppenkontingenten auf dem BRD-Territorium möglichst eng an ihre „sicherheitspolitischen Interessen“ zu binden. Auf diese Weise ergab sich eine Abschreckungsdrohung gegenüber der SU, deren Ausmaß die Fähigkeiten der BRD überlegen hätte und auch noch heute überlegen würde.

4. „Alternative Verteidigung“ — Alternative zum NATO-Austritt?

Es ist eigentlich schwer einzusehen,

warum sich einige Leute aus der Friedensbewegung über einen Zustand den Kopf zerbrechen: der eigentlich recht prägnant ist, nämlich: Die Nichtführbarkeit eines Krieges für die BRD, weder als Angriff- noch als Verteidigungskrieg (wobei diese Unterscheidung heute nur noch bedingt einen Sinn ergibt), da jede Kriegsführung an der europäischen Zentralfont die Vernichtung der BRD (oder zumindest eines erheblichen Teils derselben) implizieren würde. Das bedeutet, daß die Herrschenden fürchten, daß die BRD aus Kriegshandlungen entlang der europäischen Zentralfont so geschwächt her vorgehen würde aufgrund ihrer geostrategischen Lage, dichten Bevölkerung, industriellen Infrastruktur im grenznahen Bereich, geographische Enge Verkehrsverbindungen in Nord-Süd-Richtung, ergo parallel zum „Frontverlauf“ etc.), daß sie in der internationalen Hierarchie gegenüber der SU wie den anderen westlichen Staaten abfallen würde. Dies kann jedoch kaum Sinn einer Kriegshandlung sein.



Die „alternativen Verteidiger“ machen sich nun darüber Gedanken, wie die BRD — im Falle des Versagens der Abschreckung — effektiv militärisch verteidigt werden könnte, also so, daß dies nicht die „Selbstvernichtung“ auf den Plan setzen würde. Diese Überlegungen korrespondieren zwangsläufig mit der NATO-Debatte um eine Effektivierung der NATO-Strategie, im Sinne erhöhter Abschreckungswirkung durch Kriegsführungsfähigkeit. Denn Abschreckung ist natürlich nur unter der Voraussetzung glaubwürdig, daß ich im Falle ihres „Versagens“ auch dazu in der Lage bin, die militärische Drohung wahr zu machen. Das Dilemma der „alternativen Verteidigung“ ist nun, daß die — da dem Entwurf einer „unhaltbaren“ militärischen Verteidigung verpflichtet — zwangsläufig in das Kriegsführungsmittel absteigt. Es kommt von daher auch nicht von ungefähr, daß diesbezüglich z.B. die gleichen Waffensysteme gehandelt werden, die auch in der aktuellen Debatte um eine „Konventionalisierung“ der NATO-Strategie eine Rolle spielen.

Zudem sitzen die Befürworter „alternativer Verteidigung“ auch einer Illusion auf, die den Blick für das, was eigentlich dringend ansteht, nämlich Abrüstung, völlig versperrt. Das „alternativer Verteidigung“ auch einer Illusion auf, die den Blick für das, was eigentlich dringend ansteht, nämlich Abrüstung, völlig versperrt. Das Dilemma jeder Form von Kriegsführung in Europa lautet nämlich, daß sie nur unter der Voraussetzung gelingt, daß sich der Gegner auf die eigene Kriegsführungslogik einläßt. Die NATO versucht diesem Dilemma dadurch zu begegnen, daß sie sich bemüht zeigt, dem WP möglichst viele denkbare militärische Optionen zu verweigern, so daß er sich sozusagen auf „unverfügbare“ Kriegsführungslogik, unser „Kriegsbild“ einlassen muß. Obgleich dies der NATO kaum gelingen dürfte, taugt die NATO-Strategie dazu zweifelsohne eher, als das, was unter dem Stichwort „alternative Verteidigung“ gehandelt wird. Ist die „alternative Verteidigung“ überhaupt dazu in der Lage, die Kriegshandlungen des Gegners (immer gesetzt den Fall, die SU hegt aggressive Absichten gegenüber der BRD, was ich bestreite) so zu beeinflussen, daß diese nicht die Zerstörung der BRD bedeuten? Wohl kaum. Es gibt überhaupt keinen Anlaß dafür zu meinen, die SU würde sich gegenüber einer „alternativen Umrüstung“ der BRD komplementär verhalten. Wenn man sich ihre sogenannte „Nachrüstung“ anschaut, muß man eher davon sprechen, daß sie „Spiegelverkehr“ agiert. Die Stationierung von Nuklearwaffen in der DDR und CSSR war ja weniger eine Antwort auf die NATO „Nachrüstung“, denn eine Antwort auf die Modernisierung der NATO-Strategie („Konventionalisierung“). Die „Nuklearisierung“ der Kriegsführung im grenznahen Bereich sollte deutlich machen, daß es eine Illusion ist zu meinen (wie „airland-battle“ und die Neufassung der „vorgedachten Eskalation“ es suggeriert), der Nuklearkrieg brenne erst hinter den Pulen mit der „Nuklearisierung“ wurde vielmehr signalisiert, daß bereits konventionelle Kriegshandlungen unter Einbeziehung der DDR und CSSR Territorien in sich bergen.

Man muß sich desweiteren darüber im Klaren sein, daß jede „defensive Umrüstung“ erst einmal Aufrüstung bedeutet, die wiederum sowjetische Antworten provoziert. Und da die SU der NATO technologisch deutlich unterlegen ist, neue konventionelle Tech-

nologien jedoch in zahlreichen Alternativen eine bedeutende Rolle spielen dürfte, es relativ unwahrscheinlich sein, daß die SU so reagiert, wie man es sich hierzulande seitens der „alternativen Verteidiger“ wünscht.

Wir sollten uns von daher für Aufrüstung anstatt von Umrüstung entscheiden. Ich würde sogar behaupten, daß es möglich ist, die Forderung nach einem NATO-Austritt mit der Forderung nach einer Aufkündigung der Bundeswehr zu verbinden. „Alternative Verteidiger“ müssen realisieren, daß die Bundeswehr nur im Rahmen eines „offensiven Abschreckungskonzeptes“, das zudem die Kriegsführung erlaubt, einen Sinn ergibt. Wenn wir davon ausgehen, daß die BRD im Rahmen eines Kosten-Nutzen-Kalküls nicht zu verteidigen ist, gleich ob wir eine „alternative“ oder eine „etablierte“ Verteidigung praktizieren, ergo „Kapitulation“ in jedem Fall das „kleinere Übel“ ist. Wenn wir desweiteren davon ausgehen, daß Abschreckung nur unter den Voraussetzungen Wirkung zeigt, daß sie glaubwürdig ist, und Glaubwürdigkeit wiederum gleichbedeutend mit Kriegsführungsfähigkeit ist, welche jedoch nicht mehr zu realisieren ist, Weichen Sinn ergibt dann eine Bundeswehr, ganz gleich ob sie defensiven oder offensiven Charakter ist? Ich bin hier — entgegen meiner eigenen Auffassung — davon ausgegangen, daß die SU hegemoniale Absichten in Europa verfolgt und auch dazu bereit ist, diese — sollte sich die Gelegenheit bieten — mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Unter der Annahme, die SU hegt derartige Absichten nicht und will nur in Ruhe gelassen werden, ist jeder Gedanke über militärische Verteidigung ohnehin Zeitverschwendung.

Das Fatale an der „alternativen Verteidigung“ ist, daß sie in einem relativ verbreiteten „Pazifismus“ (genauer: Kriegsunwilligkeit), der recht diffus ist, aber sich immerhin aus der richtigen Erkenntnis speist, daß Kriegsführung — gleich ob Verteidigung oder Angriff — für die BRD keinen Sinn mehr ergibt, entgegen arbeitet, indem sie suggeriert, militärische Verteidigung sei im Rahmen eines Kosten-Nutzen-Kalküls möglich.

Brandige Abrüstung, es, diese „alternative Verteidigung“ auch noch im Rahmen der NATO Juchsetzen zu wollen. Selbst konservative Bundeswehrgeneräle wie aber auch NATO-Rogers geben ja bereits seit einiger Zeit zu bedenken, daß die NATO-Einheiten nur zur Offensive taugen, im defensiven Bereich hingegen starke Defizite aufweisen. Tatsächlich ist es so, daß die erfolgreiche Offensive (oder nur zur Offensive taugen, im defensiven Bereich hingegen starke Defizite aufweisen. Tatsächlich ist es so, daß die erfolgreiche Offensive (oder Kriegsführungsfähigkeit) die Fähigkeit zu auch defensiven Operationen voraussetzt (Schutz der Flanken, Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit im eigenen „Hinterland“, Schutz des Nachschubs, Abwehr von Gegenoffensiven etc.). Mal sehr vereinfacht ausgedrückt: Was nutzt es der NATO, wenn sie kurz vor Warschau steht, wenn die Rote Armee zeitgleich über die Rheinbrücken marschiert? Gefährlicher (hinsichtlich Kriegsführungsfähigkeit) als eine nur offensive Armee ist eine Armee, die sowohl zur Offensive wie zur Defensive in der Lage ist.

Das Problem der Friedensbewegung ist nun, daß sie nicht die Macht besitzt, darüber zu entscheiden, ob die „alternative Verteidigung“ (oder Defensivierung) als Alternative oder Ergänzung zu den herkömmlichen Strukturen und der existierenden Bewaffnung eingeführt wird. Im Rahmen der NATO bedeutet „Defensivierung“ zudem „negative Arbeitsteilung“. Eine „defensivier“ Bundeswehr wäre für die Abwehr von Gegenangriffen am bundesrepublikanischen Abbruch der „europäischen Zentralfont“ sowie die Bekämpfung der „ersten Welle“ der WP-Streitkräfte zuständig, während den alliierten Verbänden die Aufgabe raumgreifender Offensiven zufiele. Tatsächlich wird innerhalb der NATO über solche Formen der Arbeitsteilung, die sowohl den NATO-internen Widersprüchen wie der für notwendig empfundenen Effektivierung der NATO-Strategie Rechnung tragen, lang diskutiert.

Ein weiterer Einwand gegen „alternative Verteidigung“ wäre, daß der „Demokratisierungswahn“ der diesbezüglichen Entwürfe sehr gering ist. Sie alle stellen primär auf militärische Effizienz ab. Somit laufen sie jedoch Gefahr, eine zusätzliche Militarisierung der Gesellschaft zu bewirken, anstatt der Vergesellschaftung des Militärischen. Wo das hinführen kann, zeigt das österreichische Konzept der „Umfassenden Landesverteidigung“ (ULV), das auch noch den Kriegsdienstverweigerer in die Verteidigungsplanung einbindet. Es bemüht sich um eine Anbindung der „sozialen Verteidigung“ (die in logistischer Hinsicht von Interesse sein kann) an die militärische Verteidigung, mit dem Ziel der Etablierung der „total wehrbereiten Gesellschaft“.

ache Verteidigung, mit dem Ziel der Etablierung der „total wehrbereiten Gesellschaft“.

5. Einige Anmerkungen zum „Souveränitätsseinwand“

Ein beliebter Einwand gegen den NATO-Austritt der BRD ist die angeblich vorhandene mangelnde Souveränität der BRD. Hier geht es ergo einmal mehr um das Verhältnis der BRD zur NATO und den USA. Abgesehen davon, daß hier keine historische Fakten verdreht werden (auf die ich hier jedoch nicht eingehen möchte), ist hierzu anzumerken:

„Souveränität“ ist nur bei oberflächlicher Betrachtung eine juristische völkerrechtliche Angelegenheit, denn die juristische Definition bzw. das Ausmaß juristisch eingeräumter Souveränität ist nur Ausdruck politischer, ökonomischer und militärischer Machtverhältnisse im internationalen System. Im heutigen internationalen System und seiner Hierarchie sind die Bestimmungsfaktoren für Souveränität ökonomischen, militärischen (und darüber vermehrt politischen) Charakter. Die BRD mag zwar formell juristisch nur „eingeschränkt souverän“ sein, in der Realität zählt die BRD jedoch zu den souveränsten Staaten überhaupt im internationalen System. Die BRD ist z.B. faktisch souveräner als die Niederlande, obgleich diese wiederum juristisch souveräner sind. Es war ja schliesslich die BRD, die den Niederlanden die „Nachrüstung“ aufoktroyiert hat, und nicht umgekehrt die Niederlande, die die BRD zur Stationierung veranlaßten.

Die Debatte ist auch deshalb völlig verkehrt, weil die BRD z.B. nicht wider eigenen Willen US-Truppen auf ihrem Territorium stationiert. Es verhält sich ja genau umgekehrt. In den USA überlegen einige Senatoren laut, die US-Präsenz in der BRD zu verringern, worauf die hierigen etablierten Politiker eine Erneuerung der amerikanischen Garantien verlangen. Der „herrschende Block“ möchte also, daß wir — wie von Teilen der Friedensbewegung immer wieder behauptet wird — ein „besetztes Land“ bleiben, da er sich davon eine Erhöhung der Abschreckungswirkung gegenüber dem WP erhofft. Die Debatte um die US-Truppenpräsenz und ein Ausscheiden aus der NATO ist somit keine Debatte um Souveränität. Das Problem sind

nicht primär die USA, sondern der „herrschende Block“ in der BRD und seine „sicherheitspolitische Logik“.

— Auch die USA unterliegen einer „eingeschränkten Souveränität“. „Aber“, daß sie von sowjetischen Interkontinentalraketen bedroht werden und sie zudem durch die Verkopplung mit den Westeuropäern durch diese eventuell in einen Krieg hineingezogen werden können.

„Sicherheit“ und „Souveränität“ müssen sich automatisch miteinander korrespondieren. Einmal ist z.B. „formalistisch“ weniger „souverän“, als die BRD es vermag z.B. nach über die „Freiheit“ auf seinem Territorium ein offenes Kriegszielungspotential gegen die SU aufzubieten. Dennoch haben sich die Fragen — und dazu haben sie Grund — erheblich sicherer als die BRD-Bevölkerung.

— Das Schlagwort von der „Resouveränisierung“ der BRD ist äußerst fragwürdig und von seiner Wirkung her kontraproduktiv. Um dies an einigen Stellen faktisch erfolgender „Resouveränisierung“ deutlich zu machen, Notstandsgesetzgebung, Suspendierung der WFL Restriktionen und gar aktuell die Debatte um einen BRD „Finger am nuklearen Abzug“ (letzteres wird ja damit begründet, daß mehr als 40 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges der BRD endlich die völlige Gleichstellung mit anderen NATO-Staaten gebühre).

— Das Problem der Friedensbewegung ist nicht, daß die BRD im Verhältnis zu den USA aber zuwenig souverän verhält. Das Problem der Friedensbewegung lautet vielmehr, daß im Verhältnis BRD-Bevölkerung zu BRD-Regierung ein Mangel an Souveränität zu beklagen ist. So blieb es z.B. der Bevölkerung verwehrt, über die Stationierung der sogenannten Mittelstreckenraketen selbst zu entscheiden. — Das Gerede von der „eingeschränkten Souveränität“ — als Hindeutungs des NATO-Austritts verschleiern, nur, wo die Probleme tatsächlich anfangen. Bei der „sicherheitspolitischen Logik“ des herrschenden Blocks.

Münster/Altenberge,
17. März 1988

Volker Böge

Volker Böge

Konzept 'einseitiger Abrüstungsschritte': "NATO-Austritt durchaus politisch beabsichtigt"

1. Die Friedensbewegung braucht keinen neuen Minimalkonsens, sondern eine neue politische Perspektive. Die Konzeption einseitiger Abrüstung und Blockzerstörung kann eine solche Perspektive eröffnen. Über eine Strategie einseitiger Abrüstung können die heute noch weitgehend unverbunden nebeneinander stehenden konkreten abrüstungspolitischen Forderungen der Friedensbewegung einerseits und ihre langfristigen Zielvorstellungen andererseits miteinander vermittelt werden. Die Orientierung am Prinzip Einseitiger Abrüstung kann das politische Handeln vom ersten Schritt bis zu den Fernzielen anleiten.

2. Die Konzeption Einseitiger Abrüstung kann für die verschiedenen Strömungen der Friedensbewegung zur ideenpolitischen Kammer werden, da es möglich ist, sich von unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen und mit unterschiedlichen Begründungen auf das Prinzip der Einseitigen Abrüstung zu beziehen (gleichzeitig kann ein klarer Trennungsschritt zur etablierten Politik gezogen werden: zur Friedensbewegung gehört, wer sich praktisch für einseitige Abrüstungsschritte einsetzt — nicht aber, wer nur über Abrüstung redet und reale Schritte von irgendwelchen Verhandlungsergebnissen abhängig machen will). Das Konzept Einseitiger Abrüstung läßt sich zum einen aus einem allgemeinen, z.B. christlich motivierten, pazifistischen Bekenntnis oder einer radikal antimilitaristischen Haltung ableiten, ebenso aber auch aus einer anti-imperialistischen Position, die den US- und NATO-Imperialismus in der Offensive gegen die SU/WVO und die Völker der Dritten Welt sieht, und schließlich auch aus einer Analyse, die im Block- und Abschreckungssystem an sich die entscheidende Kriegsursache

che steht. Von jeder dieser Positionen aus kann die Forderung nach Einseitiger Abrüstung allgemein und nach spezifischen einseitigen Abrüstungsschritten konkret erhoben werden. D.h.: eine gemeinsame Handlungsperspektive eröffnet sich, ohne daß man sich vorab auf eine gemeinsame einheitliche Analyse aller Ursachen der Kriegsgefahr verständigen müßte, m.a.W.: bei Akzeptanz der politischen Differenzen wird doch zugleich eine gemeinsame politische Praxis möglich, die über Minimalkonsens-Forderungen hinausgeht.

3. Einseitige Abrüstung ist nicht ein bloß außen- und friedenspolitisches, sondern ein auch und gerade auf innenpolitische Veränderungen abzielendes Konzept. Einseitige Abrüstung muß von den Basisbewegungen durch Druck von unten, insbesondere mittels Aktionen zivilen Ungehorsams, gegen die etablierte Politik durchgesetzt werden: sie verlangt folglich innergesellschaftlich eine weitgehende Demokratisierung der Außen- und Sicherheitspolitik. Einseitige Abrüstung ist mithin kein staatliches Konzept (wie etwa „Friedliche Koexistenz“ oder „Sicherheitspartnerschaft“), sondern ein basisorientierter Ansatz.

4. Das Eintreten für Einseitige Abrüstung erfordert und ermöglicht die Organisierung sozialer Massenlernprozesse, insofern Einseitige Abrüstung die überkommenen Bedrohungsängste und Feindbilder infrage stellt und innergesellschaftlich ein neues politisches Verständnis von Sicherheit fördert (mehr Sicherheit nicht durch mehr Rüstung, sondern durch Abrüstung). Erst auf diesem Wege können Handlungsspielräume für eine neue nicht-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

bedrohliche, auf Verständigung und Vertrauensbildung ausgelegte Außenpolitik eingeschlossen werden.

5. Einseitige Abrüstung ist dazu geeignet, den Herrschenden die Mittel zur Kriegsführung aus der Hand zu schlagen. Kriegsführungsoptionen zu durchkreuzen und damit eine auf militärische Drohungen abgestützte Außenpolitik unmöglich zu machen. Regierungen, die von der Bevölkerung auf den Weg Einseitiger Abrüstung gezwungen werden, können keine aggressive Außenpolitik mehr betreiben.

6. Einseitige Abrüstung unterscheidet sich wesentlich vom traditionellen Rüstungskontrollansatz etablierter Politik. Einseitige Abrüstung setzt nicht auf bi- oder multilateral ausgehandelte und vertraglich festgelegte Maßnahmen wie die Rüstungskontrollpolitik, sondern auf bewußt einseitig durchgeführte, selbstverpflichtende Abrüstungsschritte. Durch einseitige Maßnahmen, die Rüstungspotentiale abbauen und militärische Optionen einschränken, sollen Bedrohung und Bedrohtheitsgefühle der „Gegenseite“ vermindert werden. Dadurch kann diese angeregt werden, ihrerseits einseitige Schritte durchzuführen. D.h.: durch einseitige Initiativen soll ein mehrseitiger Abrüstungsprozeß angestoßen, die Aufrüstungs- in eine Abrüstungsdynamik umgekehrt werden. An die Stelle der — gescheiterten — „Kommunikation durch Worte“ (Rüstungskontrollverhandlungen) soll eine „Kommunikation durch Taten“ (je einseitige Abrüstungsschritte) treten. (Das heißt jedoch nicht, daß im Prozeß einseitig-mehrseitiger Abrüstung vollkommene auf Verhandlungen und Verträge verzichtet werden soll, allerdings ging es bei diesen nurmehr darum, die Ergebnisse des einseitig-mehrseitigen Abrüstungsprozesses vertraglich festzuschreiben. Einseitige Abrüstung ist das Entscheidende, Verhandlungen und Verträge haben nur noch Hilfsfunktion.)

7. Unsere Strategie einseitiger Abrüstung bezieht sich auf die BRD und die NATO. Wir wollen die BRD zu einseitigen Abrüstungsschritten zwingen. Dabei rechnen wir damit, daß einseitige Abrüstungsmaßnahmen der BRD positive Auswirkungen auch auf andere NATO-Staaten und auch auf die Staaten der WVO haben werden. Wir verstehen einseitige Schritte der BRD allerdings nicht als „Vorleistungen“, auf die andere Staaten gefälligst mit „Gegenleistungen“ zu antworten haben. Gleichwohl ist es politisch sinnvoll, eigene einseitige Maßnahmen mit Einladungen an andere Staaten zur Erweiterung zu verbinden. Vieles spricht dafür, daß zumindest mittel- und langfristig derartigen „Einladungen“ gefolgt wird, daß sich also ein Prozeß der wechselseitigen Abrüstung entwickelt, daß zumindest mittel- und langfristig derartigen „Einladungen“ gefolgt wird, daß sich also ein Prozeß der wechselseitigen Abrüstung entwickelt, daß zumindest mittel- und langfristig derartigen „Einladungen“ gefolgt wird, daß sich also ein Prozeß der wechselseitigen Abrüstung entwickelt.

9. Ein von der BRD ausgehender Prozeß der einseitig-mehrseitigen Abrüstung, der — wie bereits angesprochen — nur unter der innenpolitischen Voraussetzung des Drucks starker Basisbewegungen und der Demokratisierung der Außen- und Sicherheitspolitik vorstellbar ist, könnte über mehrere Etappen zu einer von Blöcken freien Neuen Europäischen Friedensordnung führen. Wesentliche Stationen auf diesem Weg wären die Entnuklearisierung der BRD (und anderer Staaten und die Schaffung atomwaffenfreier Zonen), der Rückzug ausländischer Streitkräfte aus der BRD (und aus anderen Staaten), die Abrüstung der Bundeswehr (orientiert am politischen Prinzip der Nicht-Bedrohung anderer Staaten und Völker), die Lockerung der NATO-Integration einschließlich eines Austritts der BRD und anderer Staaten aus der NATO.

10. Eingeleitet werden könnte ein solcher Prozeß durch folgende drei erste einseitige Schritte, die bereits heute in der bundesdeutschen Bevölkerung mehrheitsfähig gemacht werden können und die die GRÜNEN ins Zentrum ihrer friedenspolitischen Forderungen gestellt haben:

- Sofortiger und bedingungsloser Abbau und Abzug von Pershing II und Cruise Missiles
- Reale Kürzung des Rüstungshaushalts
- Kündigung des Wartime Host Nation Support-Abkommens mit den USA

Mit der Durchführung dieser Maßnahmen könnte sowohl den anderen NATO-Staaten als auch den Staaten der WVO deutlich die Bereitschaft signalisiert werden, in eine grundlegend neue Außenpolitik einzustiegen und erste Erfolge zu erreichen.

8. Einseitige Abrüstung zielt nicht allein auf Verminderung der Rüstungen, sondern auch auf Veränderungen der internationalen politischen Verhältnisse, konkret insbesondere die Auflösung der Blöcke. Dabei geht es nicht um ein „Überflüssigwerden“ der Blöcke an einem schönen St. Nimmerleinstag und auch nicht um eine gleichgewichtsorientierte und parallel verlaufende „Blocküberwindung“, sondern zunächst einmal konkret um die einseitige Schwächung, Zersetzung und Destruktion der NATO (allerdings wieder mit dem Kalkül, daß ein solcher Prozeß nicht ohne Rückwirkungen auf den anderen Block, die WVO, bleiben wird). Je spezifische einseitige Abrüstungsschritte schwächen, stößt die Kriegsführungsfähigkeit der NATO und stellen sie damit praktisch infrage. Dies ergibt sich nicht als ein quasi „Abfallprodukt“ Einseitiger Abrüstung, sondern ist durchaus politisch beabsichtigt. Einseitige Abrüstung läßt sich auf Dauer nicht im Rahmen der NATO verwirklichen. Einseitige Abrüstung ist nur gegen die NATO durchsetzbar. Forderungen nach konkreten Schritten einseitiger Abrüstung bergen stets Sprengstoff für den NATO-Zusammenhalt. Wenn sich in der Auseinandersetzung um die Durchsetzung solcher Forderungen die NATO-Frage stellt, die NATO-Mitgliedschaft der BRD zur Disposition steht bzw. die NATO in eine Zerreißprobe geführt wird, so ist uns das gerade recht. Denn wir gehen davon aus, daß es mit der NATO keinen Frieden geben kann, daß die Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Kriegsverbündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen. Im Prozeß Einseitiger Abrüstung und Blockzerstörung kann und soll es auch zum Austritt einzelner Staaten aus der militärischen Integration der NATO bzw. zum Rücktritt vom NATO-Vertrag kommen. Insofern ordnet sich die Forderung „BRD raus aus der NATO“ in eine Konzeption einseitiger Abrüstung und Blockzerstörung ein. Allerdings wird in diesem Zusammenhang der NATO-Austritt nicht als Selbstzweck oder Endziel verstanden, sondern als ein Zwischenschritt auf dem Weg zu vollständiger Abrüstung und zu einer von Blöcken freien Neuen Europäischen Friedensordnung; er ist funktional auf diese Ziele bezogen. Diese Relativierung soll nicht die besondere strategische Bedeutung eines solchen Schrittes herunterspielen, wohl aber die Einordnung der NATO-raus-Forderung in eine Gesamtstrategie deutlich machen. Andererseits kann die NATO-Austrittsforderung wiederum überhaupt nur operationalisiert werden, indem man konkrete Schritte einseitiger Abrüstung und Blockzerstörung angibt, die an einen solchen NATO-Austritt heranhelfen können (wenn man den NATO-Austritt nicht allein als einen rein formaljuristischen Akt begreift).

9. Ein von der BRD ausgehender Prozeß der einseitig-mehrseitigen Abrüstung

9. Ein von der BRD ausgehender Prozeß der einseitig-mehrseitigen Abrüstung, der — wie bereits angesprochen — nur unter der innenpolitischen Voraussetzung des Drucks starker Basisbewegungen und der Demokratisierung der Außen- und Sicherheitspolitik vorstellbar ist, könnte über mehrere Etappen zu einer von Blöcken freien Neuen Europäischen Friedensordnung führen. Wesentliche Stationen auf diesem Weg wären die Entnuklearisierung der BRD (und anderer Staaten und die Schaffung atomwaffenfreier Zonen), der Rückzug ausländischer Streitkräfte aus der BRD (und aus anderen Staaten), die Abrüstung der Bundeswehr (orientiert am politischen Prinzip der Nicht-Bedrohung anderer Staaten und Völker), die Lockerung der NATO-Integration einschließlich eines Austritts der BRD und anderer Staaten aus der NATO.

10. Eingeleitet werden könnte ein solcher Prozeß durch folgende drei erste einseitige Schritte, die bereits heute in der bundesdeutschen Bevölkerung mehrheitsfähig gemacht werden können und die die GRÜNEN ins Zentrum ihrer friedenspolitischen Forderungen gestellt haben:

- Sofortiger und bedingungsloser Abbau und Abzug von Pershing II und Cruise Missiles
- Reale Kürzung des Rüstungshaushalts
- Kündigung des Wartime Host Nation Support-Abkommens mit den USA

Mit der Durchführung dieser Maßnahmen könnte sowohl den anderen NATO-Staaten als auch den Staaten der WVO deutlich die Bereitschaft signalisiert werden, in eine grundlegend neue Außenpolitik einzustiegen und erste Erfolge zu erreichen.

KPI: Im Sog von SPD und NATO

Am 9.-13. April fand in Florenz der 17. Parteitag der PCI statt. Er war von der Parteiführung vorzeitig einberufen worden, nachdem die Niederlagen der PCI bei den letztjährigen Kommunal- und Regionalwahlen sowie beim Volksentscheid über die „Scala Mobile“ eine lebhaft diskutierte Frage über den künftigen Kurs der Partei ausgelöst hatten.

Die PCI hatte bei den Regionalwahlen im Mai '85 das schlechteste Wahlergebnis seit 1972 zu verzeichnen gehabt. Sie war auf ca. 30% der Stimmen zurückgefallen, was den Sturz der „linken Magistrat“ aus Kommunisten und Sozialisten (PSI) in vielen wichtigen Großstädten zur Folge hatte. Nur einen Monat später hatte sich die 5-Parteien Koalition unter Regierungschef Craxi (PSI) zum ersten Mal seit Jahren in einer wichtigen sozialen Frage gegen die Arbeiterbewegung durchgesetzt: sie erreichte eine knappe Mehrheit im Volksentscheid gegen die „scala mobile“, d.h. die automatische Anpassung des Lohns an die Inflationsrate.

Natta will in die SPD

Für die Diskussion hatte das Zentralkomitee unter Führung von Generalsekretär Alessandro Natta der Partei schon vor Monaten Thesen vorgelegt, die in sämtlichen PCI-Sektionen bis zum Parteitag diskutiert wurden. Die Weichen wurden auf „Erneuerung“ gestellt. So hieß Nattas These und der Parteitag unter dem Motto: „Eine moderne Reformpartei — Ein Programm und eine Alternative für Italien und Europa“. Alessandro Natta machte in seinem dreistündigen Referat vor über 1.000 Delegierten klar, wohin die „Große Erneuerung“ gehen soll: Man müsse „Teil der europäischen Linken werden“. Konkret man müsse engere Verbindungen mit den deutschen Sozialdemokraten, den französischen Sozialisten und der englischen Labour Party aufnehmen. Die oft genug auftauchenden, fast wörtlich übersetzten Passagen aus dem Buch von Peter Giotz, „Manifest für eine europäische Linke“, brauchten daher niemand zu verwundern. Anhand dieses Buches wurde in vielen PCI-Sektionen diskutiert. Während sich in der BRD kaum jemand für das Giotz-Werk interessiert, ist es in Italien im Moment das meistdiskutierte Buch überhaupt. Nicht umsonst hatte Natta vor einigen Monaten erklärt: „Wäre ich in der BRD, wäre ich Mitglied der SPD“.

Regierungsgall

— ... und die Große Erneuerung

Regierungsgall

So wurde die „Große Erneuerung“, von der „Unità“ (Tageszeitung der PCI) als „Wende für die PCI und ihre Politik im Kampf für eine alternative Reformpolitik“ angekündigt, dann doch zur Fortsetzung der Rechts- wende, die man schon beim 16. Parteitag 1983 unter dem Kurs der „Demokratischen Alternative“, gebilligt hatte. Schon damals hatten ca. 90% der Delegierten für den Verbleib Italiens in der NATO sowie für eine Annäherung und Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei gestimmt.

Innenpolitisch bedeutet die beschlossene Erneuerung das Streben nach Teilnahme an einer „Regierung“, deren Aufgabe es zunächst sein soll, notwendige Verfassungsänderungen voranzutreiben. Erst in einer späteren Phase soll die „Linke Alternative“ folgen, ein „Kabinett aus Kommunisten, Sozialisten und anderen fortschrittlichen Kräften bis hin zu aufgeschlossenen Katholiken“. Angestrebt wird eine Regierungsbeteiligung unter dem Motto „dabenein et alibi“. Das Pech der PCI ist jedoch, daß ihr olympischer Geist von der PSI kaum honoriert werden wird. Die PSI, die gegenwärtig die Vorkämpferin für eine Modernisierung des italienischen Kapitalismus darstellt, hat es jedenfalls im Moment nicht nötig, sich um die Einbindung der PCI in die Regierung Gedanken zu machen: Die derzeitige Regierung ist trotz der chronischen Skandale und Krisen recht stabil und hält sich für italienische Verhältnisse mit über zwei Jahren Regierungsdauer schon außergewöhnlich lange.

Europäisierung der NATO

Im außenpolitischen Teil seiner Rede ging Natta recht ausführlich auf die Situation im Mittelmeer und auf das Verhältnis seiner Partei zur USA ein. So schloß er sich auf Ronald Reagans Mittelmeerpolitik ein, indem er die „schwerwiegende und verantwortungsvolle Entscheidung“ des US-Präsidenten, „mit provokatorischer, kriegerischer Absicht“ die 6. Flotte zu mobilisieren, anprangerte; gleichzeitig verurteilte er jedoch auch „die unzulässigen Drohungen Gheddafis“, Italien bei einem Angriff der USA zu bombardieren. Das SDI-Projekt wurde von Natta kritisiert, weil es gegen den Geist von Genu verstoße und eine „neue Phase der Abrüstung und Entspannung“ behindere. Doch dann wird unter der Überschrift „Die redliche Akzeptierung der NATO fordert die Respektierung seiner ausschließlich defensiven Bestimmungen und der Souveränität italienischer und europäischer Initiativen im Bereich der geschlossenen Verträge“ plädiert, um nochmals klarzustellen, daß es Frieden für die PCI nur mit der NATO und mit einem starken Westeuropa gibt. Und weiter im Originaltext Natta: „In unserer Partei gab es nie Freunde von Reagan ... Eine Partei wie die unsere kann dem aber nicht mit Antiamerikanismus begegnen. Es wäre auch absurd, wenn man die Tiefe der inneren Widersprüche und die ernsthaften Probleme, die sich auch im amerikanischen Volk und in den politischen Kräften der Vereinigten Staaten ausdrücken, übersehen würde.“ Deswegen dürfe man auch nicht die historisch gewachsenen und stabilen Beziehungen zwischen Europa und den USA belasten. Im Unklaren ließ Natta jedoch, mit welchen „demokratischen Kräften in den USA“ man zusammenarbeiten müsse, genauso wie er auch seine Vorstellungen über „autonome, europäische Initiativen“ nicht konkretisierte. Der anwesende KPdSU-Vertreter machte ganz in Harmonie und erklärte, auch seine Partei gehöre ja zur „europäischen Linken“.



KPI-Chef Alessandro Natta

der Abrüstung und Entspannung“ behindere. Doch dann wird unter der Überschrift „Die redliche Akzeptierung der NATO fordert die Respektierung seiner ausschließlich defensiven Bestimmungen und der Souveränität italienischer und europäischer Initiativen im Bereich der geschlossenen Verträge“ plädiert, um nochmals klarzustellen, daß es Frieden für die PCI nur mit der NATO und mit einem starken Westeuropa gibt. Und weiter im Originaltext Natta: „In unserer Partei gab es nie Freunde von Reagan ... Eine Partei wie die unsere kann dem aber nicht mit Antiamerikanismus begegnen. Es wäre auch absurd, wenn man die Tiefe der inneren Widersprüche und die ernsthaften Probleme, die sich auch im amerikanischen Volk und in den politischen Kräften der Vereinigten Staaten ausdrücken, übersehen würde.“ Deswegen dürfe man auch nicht die historisch gewachsenen und stabilen Beziehungen zwischen Europa und den USA belasten. Im Unklaren ließ Natta jedoch, mit welchen „demokratischen Kräften in den USA“ man zusammenarbeiten müsse, genauso wie er auch seine Vorstellungen über „autonome, europäische Initiativen“ nicht konkretisierte. Der anwesende KPdSU-Vertreter machte ganz in Harmonie und erklärte, auch seine Partei gehöre ja zur „europäischen Linken“.

Die Parteilinke um Ingrao und Castelli trat nur vereinzelt auf die Bildfläche. Sie holte sich eine klare Abstimmungs Niederlage, als sie von den Delegierten mehr Distanz vom imperialistischen Verlang nach der Forderung der „Moskau-Fraktion“ um Armando Cossutta, der schärfere Maßnahmen zur Überwindung des Kapitalismus und eine eindeutige Stellungnahme für die Friedenspolitik der Sowjetunion und gegen die USA beabsichtigen lassen wollte, blieb isoliert und ohne Einfluß auf den Verlauf des Kongresses. Die Parteilinke zog daraufhin um der Einheit willen ihre Änderungsvorschläge zurück. Spanender wurde es nur noch, als ein Antrag gegen die Nutzung der Kernenergie in einer Ablehnung unerwartet knapp mit 17 Stimmen verlor. Allerdings hätte eine Ablehnung des Atomprogramms sowieso nur symbolischen Wert gehabt: Die PCI-Parlamentarier hatten bei der Parlamentsentscheidung im Oktober '85 zum wiederholten Mal für den Ausbau der Kernenergie gestimmt. Nicht abgestimmt wurde über den Antrag, die PCI in „Partei der Arbeit“ umbenennen. Dies wurde als Gegenleistung der Rechte gegenüber dem Rückzug der Änderungsanträge der isolierten Parteilinke gesehen. Doch das war gar nicht mehr nötig: Schließlich wurde das vom ZK vorgeschlagene Parteiprogramm mit nur 17 Enthaltungen und ohne Gegenstimmen angenommen.

Fazit

Natta war zufrieden, und der Parteirechte Gruppo Parlamentare jubelte: „Jetzt sind wir endlich auf dem Boden der Reformen gelandet.“

Das allerdings ist eine grobe Unterbreitung: „Reformistisch“ kann sich nur nennen, wer wenigstens Reformen anstrebt. Der KPI geht es aber überhaupt nicht erst um Reformen, sondern um den Strick in die Regierungsbeteiligung, und die Partner und die Inhalte bei diesem Geschäft sind ihr relativ gleichgültig. Die Verbrüderung mit der SPD und die Unterstützung der NATO sollen beim Run auf Ministerposten Pluspunkte bringen.

Doch das wird der PCI nicht nutzen. Denn die Herrschenden Italiens sehen die PCI immer noch lieber als Opposition, die die sozialen Bewegungen (Arbeiter-, Studenten- und Friedensbewegung) außerhalb der Regierung besser integrieren und kontrollieren kann. Und noch eine hat sich gezeigt: Die Parteilinke hat völlig abgewirtschaftet, um „der Einheit willen“ gekuscht und ihre Anträge zurückgezogen. Sozialdemokraten, wofür man blickt.

Uwe, a.Z. Perugia

Programmentwurf 'Frieden' der GRÜNEN: Für einseitige Abrüstung, aber kein ja zu 'Raus aus der NATO!'

Über den Wert eines grünen Wahlprogramms kann man sicherlich streiten. Es gibt schon zahlreiche Friedensprogramme der Grünen, die im Prinzip alle noch gültig sind. Bedeutung hat die Programmdiskussion allerdings für die Bestimmung des innerparteilichen Standorts. Mit dem jetzt vorgelegten Wahlprogrammentwurf 'Frieden' (1) soll nach mehrjähriger Vorbereitung eine neue Konzeption „einseitiger Abrüstungsschritte“ bei den Grünen zum allgemeinen Prinzip und Konsens gemacht werden, was vermutlich sogar erfolgreich sein wird. An der Ausarbeitung dieses Programms haben vor allem Kräfte der AL in Westberlin und Ökopolitiker vom linken Flügel der Partei (2) in der Bundes-AG-Frieden gearbeitet.

Nach eigenem Verständnis soll diese Konzeption auch dazu dienen, die Vorstellungen innerhalb der Grünen von „alternativen Verteidigungs“-Modellen und „defensiven“ Umstellungsprogrammen, die Supermachtstheoretiker, sowie Versuche des Ausverkaufs friedensprogrammatischer Forderungen zugunsten einer „Regierungsfähigkeit“, zurückdrängen.

Wir wollen hier aus linker Sicht betrachten, was dabei herausgekommen ist.

„Einseitig abrüsten — wir machen den ersten Schritt“

So lautet das Motto der Konzeption. „Statt über Abrüstung nur zu reden, muß eine Seite endlich mit der Abrüstung beginnen — schrittweise ohne Vorbedingungen. Wir fordern von der UdSSR/Warschauer Vertragsorganisation keine „Gegengleichungen“ für einseitige Abrüstungsmaßnahmen der westlichen Seite, weil wir nicht in das fruchtlose Gleichgewicht und Rüstungs-kontrolldenken zurückfallen wollen.“

Einseitige Abrüstung sei „die konsequenzreichste Politik gegen den offensiven Kurs der NATO (...) Sie vermindert die Mittel zur Führung von Kriegen und Kontrolldenken zurückfallen wollen.“

Einseitige Abrüstung sei „die konsequenzreichste Politik gegen den offensiven Kurs der NATO (...) Sie vermindert die Mittel zur Führung von Kriegen und durchkreuzt damit Kriegsoptionen.“ Eine Konzeption, die auf einer schrittweisen Abrüstung beruht, ist schließlich die konsequenzreichste Form der Politik, aber vielleicht ist das heute bei den Grünen so. Wer sich bei den Grünen heute auf die Suche nach einem mehrheitsfähigen Konzept begibt, auch wenn er keineswegs ein Anhänger einer Regierungsbeteiligung ist, der landet ziemlich automatisch bei einem staatlichen Reform- oder Umbau-Programm. Das Friedensprogramm soll folglich an vorhandenen Bewußtsein anknüpfen (und sogar über den Hebel staatlicher Abrüstungsmaßnahmen dem Bewußtsein vorauslaufen oder wie es heißt, über einseitige (vollzogene) Abrüstungsschritte „auch in der eigenen Bevölkerung das Bewußtsein verändern.“ Das ist natürlich keineswegs besonders „realistisch“, wie dies die Verfechter dieser Konzeption gerne beanspruchen. Es ruft vielmehr auch einige Kunststoffe hervor „Langfristig“ sei Friedenspolitik „nur möglich durch eine Veränderung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen“ (gemeint ist ja wohl die Veränderung des gesellschaftlichen Lebensverhältnisses und des Systems), langfristig will man eine gewaltfreie Gesellschaft und eine soziale Verteidigung. Doch auch der Weg dahin soll unbedingt gewaltfrei sein.

„Wir werden nicht verändern können, wenn es uns nicht gelingt, durch uns selbst und durch unser Zusammenleben etwas vorwegzunehmen und auszuprobieren von dem, wie wir uns eine gewalt- und repressionsfreie Gesellschaft vorstellen.“ Diesen schlichten Glaubenssatz (anders geht es nicht), soll zumindest die Friedensbewegung der BRD übernehmen (auch weltweit?), so steht es im Programm.

Im krassen Gegensatz dazu verkündet der Entwurf: „einseitige Abrüstung heißt nicht, alle Waffen sofort zu verschrotten.“ Nicht einmal die in Saarbrücken auch den Alternativen Verteidigern abgerungene Passage, daß man unbedingt gegen jeden Kriegsmaschinen Bundeswehr sei, findet sich heute noch in dem Programmtext.

Das vorhandene Bewußtsein in der Bevölkerung (unterteilt man einmal eine Mehrheitsfähigkeit für Abrüstungsschritte, an der sich reformistisch ansetzen ließe (4)) hat natürlich einen Pfad, nämlich eine große Mehr-

heit für Bundeswehr und NATO. Ab Unsicherheit der Programmentwürfe „Bedrohlichkeitsvorstellungen im Westen“, mit denen sich weitere Aufrüstung legitimieren lassen und die durch den „offensiven Charakter“ sowjetischer Militärdoktrin (5) „verstärkt“ werde. Da hat die Einseitigkeit natürlich auch Grenzen: „Eine Strategie einseitiger Abrüstung wird allerdings auf Dauer nur innergesellschaftlich mehrheitsfähig bleiben können und damit fortsetzbar sein, wenn die Staaten des Ostens — zumindest mittel- und langfristig — einseitige Schritte positiv beantworten.“ Das ist natürlich schlecht, denn selbst eine vollständig abgerüstete BRD würde keineswegs automatisch die Voraussetzung schaffen, daß der Warschauer Pakt sich nicht doch mit einem überlegenen Potential der Rest-NATO rühmlich schlagen hätte. Das ist nun mal das Dumme in der Bundesrepublik, auch wenn man heute (im Vergleich zur Weltmacht Sowjetunion) zu einer zentralen Großmacht abgesunken ist: Auf eine Militärmacht in der BRD oder im Militärbündnis NATO, die dem Warschauer Pakt zumindest Paroli bieten kann, am besten sogar niederwerfen könnte, möchte die große Masse der Bevölkerung nicht verzichten. In eine vergleichsweise sichere Situation wie die Finlands möchte hier „die Bevölkerung“ nicht geraten, weil dieses Land nun mal militärisch dem WVO unterlegen ist. In Ländern wie etwa Nicaragua oder Libyen wäre es eh undenkbar, eine Militärmacht zu fordern, die der Weltmacht USA gewachsen wäre, obwohl diese Länder — im Unterschied zur BRD — ja tatsächlich militärisch bedroht sind. Auf die Idee, daß mit einem Massenbewußtsein in der BRD, das derartig vom Großmachtdenken durchdrungen ist, kaum Friedens-Schritte zu machen ist, darauf sind die Grünen nicht gekommen.

Wie aggressiv ist die Sowjetunion?

Wie aggressiv ist die Sowjetunion?

Wir haben es verstanden, die Sowjetunion ist irgendwo mitverantwortlich für die Situation.

Allerdings gibt der Programmentwurf der NATO eine „besondere“ Verantwortung für den Rüstungswettlauf. Die USA verfolgen das Ziel einer militärischen Überlegenheit über die Sowjetunion, Kriege und Nuklearkriege sollen in Europa wieder führbar und gewinnbar gemacht werden, gleichzeitig solle damit die Sowjetunion „in Schach“ gehalten werden, um ihre Hand bei Interventionen in der „3. Welt“ zu haben. Soweit, so klar.

Die Sowjetunion, „regiere“ mit Aufrüstung ihrerseits. Sie strebe „nach vermeintlichen „Gleichgewichten“ (als so offenbar einer Fiktion), um sich in Verhandlungen „möglichst starke Positionen“ zu sichern (militärische Verhandlungsmasse, damit etwas zur Verhandlung angeboten werden kann). In der Sowjetunion gebe es ein „Fundament für ihre militärische Außenpolitik“ und einen „militärisch-industriellen Komplex“ (6). Dann wird sogar behauptet, daß die militärische Entwicklung allgemein (also auch bei der SU) Entwarnungen und Entschärfungen schaffen würde. Und die SU betreibt „ihre eigene Macht- und Drohpolitik“ (7), die Intervention in Afghanistan). Ansonsten haben die Grünen psychologische Verständnis für die „offensive Militärdoktrin“.

Wegen der Erfahrungen des zweiten Weltkriegs (heute nicht mehr?) sei es verständlich, wenn in der Seele der russischen Bären „tiefverwurzelte Bedrohungsängste“ stecken. Als Akt einer Außenpolitik der „Selbstbeschützung“ (uff!) und Entlastung Osteuropas will das Programm sich dann auch mit den Nachkriegszuständen beschäftigen. Mit dem Konzept der „einseitigen Abrüstungsschritte“ will man aber auch die „autonome und Bürgerrechtbewegung“ in Osteuropa zu einer entsprechenden Konzeption einseitiger Abrüstung ermuntern.

Nun mag ja dieser Programmentwurf zumindest der verwaschene sein, was die Bedrohung durch die Sowjetunion gemäß Supermachtstheorie ausmacht, die bisher immer einen Platz in grünen Programmaussagen gefunden hat und im Konsens berücksichtigt werden will. Ob aus der Intervention in Afghanistan ein allgemeines Droh- und militärische Machtpolitik der SU folgt, wie die NATO sagt oder eben nicht ob „wir“ nun durch die SU auch, ge-

schaffen oder gar nicht bedroht sind, oder „wir“ im Gegenteil eine Kriegsbedrohung für Osteuropa darstellen, das ist im Programm-Entwurf der Grünen bestenfalls alles irgendwo richtig ordentlich verpackt.

Nachdem die USA gerade dabei sind, zügig ihr „Vietnam-Syndrom“ zu kurieren (um es auch mal psychologisch zu sehen) und schon eine prächtige Massenstimmung für Bomben auf Tripolis und anderswo herrscht, nachdem die Sowjetunion einige, auch aus Sicht der Grünen beachtenswerte Abrüstungsvorschläge gemacht hat, könnten auch die Grünen ein wenig mit dem Zeitgeist gehen, und die bei ihnen verwurzelte Supermachtstheorie wieder etwas tiefer in die Rumpelkammer stecken.

Ob die Abrüstungsvorschläge der SU eine Abrüstungsbereitschaft deutlich machen könnten (oder vielleicht doch nicht), wird überhaupt gar nicht erst erwogen. Stattdessen geht der Entwurf die Feinlichkeit, SS-20 und Pershing II als eine Aufrüstungsstufe zusammenzufassen. Das war bis 1983 in der Friedensbewegung nicht üblich, da möchten wir z. B. auf das Gutachten Gerd Bastians verweisen.

Das Abrüstungssofortprogramm

Das Paket erster Abrüstungsschritte umfaßt dreizehn Punkte, darunter werden drei Punkte besonders hervorgehoben: „ohne die (...) eine friedenspolitische Wende, die diesen Namen und die Unterstützung der GRÜNEN verdient, nicht denkbar“ sei. Damit soll offensichtlich ausgesagt werden, daß dies so etwas wie essentielle Punkte einer Unterstützung einer SPD-Regierung sein müßten, wenn man denn eine friedenspolitische Wende wolle. Offen streuen können dafür wohl nicht einmal die linken Grünen, auch wenn der Entwurf es so aufgenommen worden. Gefordert werden:

1. der bedingungslose Abzug der neuen US-Mittelstreckenraketen (ohne Verhandlungen, ohne Wenn und Aber),

2. eine rasche Kürzung des Rüstungsbudgets, wobei insbesondere neue Großwaffensysteme und das NATO-Infrastrukturprogramm auf Korn genommen werden

3. sei das Wartime Host Nation Support-Abkommen zu kündigen, weil es die Kriegsführungsfähigkeit auf dem europäischen Kriegsschauplatz verfestern soll und der Abschaffung der US-Interventionspolitik diene.

Weiterhin werden (mit anschließenden Details) folgende Punkte genannt:

4. Eine bundesdeutsche Beteiligung an SDI, KEURKA und EVI,

5. Beseitigung der atomaren Gefechtsfeldwaffen

6. Beseitigung der chemischen Waffen,

7. Beseitigung der offensiven Rüstungskomponenten (Ablehnung von Ausland-Battle, Rogersplan, usw.),

8. Abzug aller ausländischen Kräfte,

9. Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit auf zwölf Monate und Realisierung des Grundrechts der Kriegsdienstverweigerung; darüber wird die Abschaffung aller Gewissensprüfungen und die Aufhebung sämtlicher Verurteilungen von Kriegsdienst- und Totalverweigerern verlangt,

10. Keine Kriegsvorbereitung durch „Zivilverteidigung“, konkret wird allerdings lediglich die Entmilitarisierung des Katastrophenschutzes und die Of-fenlegung und Einstellung der Notfallplanungen gefordert;

11. Abschaffung des Rüstungsexports,

12. Stopp der militärischen Umwelterstörung

13. Aufbau einer Friedensforschung

Gegenüber diesen direkten Forderungen sind früher genannte Zielvorstellungen praktisch aus dem Reformvorhaben rausgefallen. Es wird zwar noch das (oben erwähnte) Ziel einer gewaltfreien Gesellschaft und einer sozialen Verteidigung genannt, wofür aber die Bedingungen nicht gegeben seien.

NATO-Austritt gewollt?

Nach Darstellung der bürgerlichen Presse haben die Grünen vor allem den NATO-Austritt im Sinn, für die Frankfurter Rundschau und Allgemeine gab das jeweils die Schlagzeile für die Vorstellung des gesamten grünen Programmentwurfes her. „Nicht ein-



„Wacht auf Verdammte dieser Erde.“

sach platt „Raus aus der NATO“, heißt richtig die Überschrift in der taz.

(7) Immerhin wird zwar die NATO im Programm ganz kräftig kritisiert, zur NATO-Mitgliedschaft ist aber nur ein schlapper Satz im Programm zu entdecken: „Eine solche Politik (wie sie die Grünen fordern) wirft die Frage nach dem Verbleib in der NATO auf. Unsere Antwort ist: wir streben aktiv schärfere Satz im Programm zu entdecken.

„Eine solche Politik (wie sie die Grünen fordern) wirft die Frage nach dem Verbleib in der NATO auf. Unsere Antwort ist: wir streben aktiv einen blockfreien Status der BRD an.“

Die Programm-Kommission macht hier ausnahmsweise einen Zusatzantrag für einen zu ergänzenden Halbsatz: „der den Austritt aus der NATO erfordert.“ Der Zusatz der Programm-Kommission und die Entwicklung der letzten Zeit machen es wahrscheinlich, daß diese Frage auf dem Parteitag noch zur Diskussion und Nachbesprechung anstehen könnte. Die Rücksichtnahme in diesem Punkt ist hier wiederum nur partiell zu erklären (vielleicht konsensfähig, einen politischen Sinn macht das nicht. Die Grünen werden damit für Raus nicht regierungsfähig, sondern das ist lediglich eine Ermunterung für Grotz & Co, den Grünen ein positives Verhältnis zur NATO abzuverlangen, wenn man überhaupt ins Gespräch kommen will. Man kann hier zu Recht grüne Schwächen vermuten. Natürlich wäre es etwas völlig neues, wenn einzelne Abrüstungsschritte sich durchsetzen lassen würden. An der grundlegenden Situation eines Aufmarschzentrums BRD für den Kriegsfall würde das noch nicht unbedingt etwas ändern. Hier liegt eine grundsätzliche Alternative erst beim Austritt aus der NATO an. Da mußte man aber in der Tat am vorhandenen Bewußtsein entsprechend arbeiten.

Das Konzept von einzelnen Abrüstungsschritten hat den „Vorteil“, an der Kritik als „zunehmend“ beträchtlicher Rüstungsschritt zu können und ist damit eine Bündiskonzeption, die konkret jeweils bei Null anfangen kann. Damit ist diese Konzeption natürlich auch keine grundsätzliche Alternative zur SPD-Propaganda, der man dann jeweils Halbtierigkeit bzw. das Gegenteil in der Praxis bezeichnen kann. In Schwierigkeiten aber kann die SPD Kurs, der sich vermeintlich der Sorgen und Nöte der Friedensbewegung annimmt, an der NATO-Frage, da könnte die SPD wohl schließlich mitziehen. Daß die Grünen allerdings hier offen eine Gegenposition nutzen würden, ist nicht unbedingt zu vermuten. In den bürgerlichen Medien werden sie trotzdem eine Anti-NATO Partei bleiben, die den Austritt will.

Keine alternative Verteidigung

Erfreulicher fällt im Entwurf die Abgrenzung von Alternativ-Verteidigern aus, die bekanntlich auch in den Grünen Reihen zu finden sind: „Die Friedensbewegung und mit ihr DIE GRÜ-

NEN dürfen es sich nicht zum Anliegen machen, alternative Militärmodelle zu entwerfen, da die Gefahr besteht, daß diese wieder arbeitsteilig in die NATO-Strategie integriert werden und zu einer konventionellen Aufrüstung führen.“ Genauer müßte es heißen: Modelle, die durchs auf eine Ergänzung und eine Effektivierung vor allem des Territorialheeres zielen. Defensiv-verteidigung mache - so der Entwurf - „friedenspolitisch nur dann Sinn, wenn sie in eine Strategie einseitiger Abrüstung eingebettet ist.“ Also Abrüstung vor allem der „offensiven“ Systeme statt Umrüstung ohne Abrüstung, soll es heißen.

Man kann diesen Programmentwurf von zwei Seiten her betrachten. Als Konzept für die Grünen, ja, hat er gewisse Reize. In Punkten und vielleicht sogar in der Substanz (das haben wir hier nicht untersucht) eine ganze Reihe von Fortschritten aus linker Sicht zu bieten, wenn das aber auch aus der Sicht der linken Grünen (aus deren Feder das Programm weitgehend stammt) der Weisheit letzter Schluss sein soll, dann ist das sicherlich ein Rückschritt.

III

Anmerkungen

(1) Es gibt zwei Programm-Entwürfe, die auf dem grünen Programm-Parteitag zur Abstimmung stehen. Für den Teil „Frieden“ sind 15-seitige Langversionen und vier Seiten als Teil des Kurzprogramms.

(2) Siehe den Text von Volker Böge zur einseitigen Abrüstung, den er für den 4. und 5. NATO-Kongress geschrieben hat und den wir in dieser Ausgabe des „Menschen“ abdrucken.

(3) Es folgt eine ganze Reihe von Hinweisen, die den Punkt, wie die Beurteilung der NATO-Politik, die Abrüstung von einer europäischen Alternative, die Beschreibung einer aktiven Rolle der BRD in der NATO, anknüpfen.

(4) Wenn man das liest, daß es eine Person der Art gibt, die Krieg als Fortschritt und als Weg zur Zivilisation betrachtet, ist das ein wenig unheimlich. Untergrund gibt während eines gleichzeitigen in Großbritannien die Friedensbewegung im Matinee-Krieg unter der Haube, so kann man mit Krieg und Frieden behaupten, daß es die „grüne“ Überlegenheit über NATO und die Verwerfung der Abrüstung durch die sowjetische Abrüstung ist, die diesen Zustand einer „regulierten“ Welt - Massenbewegung bringt herbeiführt. Es ist ein sehr alter, aber nicht das ist es, was die „grüne“ Bewegung kann. Man darf nicht denken, daß man durch die „grüne“ Bewegung die Abrüstung erreichen kann. Die „grüne“ Bewegung ist eine Bewegung, die die Abrüstung erreichen will, aber nicht die Abrüstung erreichen kann.

(5) Die „offensive Militärdoktrin“ der SU hat bis 1983 nur in der BRD einen Platz gefunden. Im 2. Weltkrieg war die Kriegsführung der SU ein sehr wichtiger Teil der Abrüstung.

(6) Zum Inhalt der CIA hat in letzter Zeit eine Behauptung zurückgekommen, es gelte in der Sowjetunion, daß die Abrüstung auf Abrüstung abgehe. Dies ist eine sehr alte Behauptung, die auch in der grünen Friedensbewegung wiederholt wurde.

(7) FR 3.4.86, S. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.



Umbau der Industriegesellschaft: Das "grüne Godesberg"

Auf dem grünen Programmkongress in Hannover soll das Umbauprogramm verabschiedet werden. Darum ist im Vorfeld ein parteiinterner Streit ausgebrochen. Die Konflikte laufen im wesentlichen entlang der alten Trennungslinie zwischen den Realos auf der einen, Fundis und Ökosozialisten auf der anderen Seite. Im Verlauf seiner Erstellung hat sich das Programm zu einer Domäne der grünen „Realpolitiker“ entwickelt, die eine Chance witterten, über konstruktive Vorschläge zur Überwindung kapitalistischer „Fehlentwicklungen“, die ihnen Strömungen in der Partei, die immer noch nicht ganz mit der Systemopposition gebrochen haben, zurückzuführen. Bereits die Programmentwurfgruppe in der Bundestagsfraktion ging im Verlauf der Erarbeitung dahin, diese auf möglichst alle gesellschaftlichen Bereiche auszudehnen. Herausgekommen ist der programmatische Versuch eines Gesamtprogramms, wie diese Gesellschaft etwas besser werden könnte, eine Wunderliste vermeintlich machbarer Konzepte, die — werden sie wohlsofort — die realpolitische Regierungsfähigkeit der Partei erhöhen könnten.

Demgegenüber mühen sich die Linken um eine Zuspitzung auf Reformkonzepte, die den Grünen in der Auseinandersetzung mit und Abgrenzung zur SPD eine Entwicklungsdynamik als Opposition erhalten sollen. Doch die Gesamtstrategie wird das kaum verändern können. Mittlerweile soll das Programm nicht verabschiedet, sondern zunächst einmal an die Basis zurückverwiesen werden, womit es bis zur Bundestagswahl voraussichtlich vom Tisch wäre. Die Chance dafür steht nicht schlecht. Auf dem umfangreichen vierstägigen Programmkongress steht es ganz hinten auf der Tagesordnung und könnte im Schnellverfahren als Material verabschiedet werden. Es sei denn, die Parteitagebasis stellt die Tagesordnung um.

„Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“

„Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“

Wer substantiell Neues vom Grünen „Umbau der Industriegesellschaft — Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung“ (1) erwartet hatte, wird enttäuscht. Alles, was da zur „Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“, an Schritten „zu einer ökologischen Wirtschaft“, zu „einer demokratischen und sozialen Wirtschaft“ und zu mehr „sozialer Gerechtigkeit“ — so die Schwerpunktthemen — gefordert wird, entspricht dem Stand der Diskussionen in der Grünen Partei und wurde in Einzelpaketen schon in Form von Bundesgesetzen in den Bundestag eingebracht, wobei diese Grünen Initiativen allesamt scheiterten.

Zur „Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ fordern die Grünen ein ganzes Paket von staatlich verordneten und verschärften Ge- und Verboten, (Produktions)auflagen, steuerlichen Umweltabgaben zur dringend notwendigen Reparatur und Sanierung der Umwelt (Luft, Boden, Wasser). Wer wollte das alles nicht? Das Problem besteht nur darin, daß all diese ökologischen Themen in der BRD langatmig zum Allgemeinwohl gehören — es allerdings an der praktischen Umsetzung mangelt. Denn diese richtet sich nach den Restrukturierungs- und Wertungsanforderungen bundesrepublikanischer Kapitals, denen dieser Staat die entsprechenden Rahmenbedingungen zu gegebener Zeit setzt. Die Grünen fordern nicht mehr, aber auch nicht weniger, was in anderen kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern (USA, Japan, Schweden) zum Teil schon zu den Umweltstandards gehört. Die ökologische Innovation der Produktion und teilweise auch Produkte entspricht ja durchaus den Erfordernissen des „modernen“ Kapitals, setzt sich jedoch weltweit ungleichmäßig und ungleichzeitig durch. Die ökologischen Innovationsforderungen der Grünen stoßen genau dort an ihre Grenzen, wo das westdeutsche Kapital schlicht „nein“, oder „nein, noch nicht“ sagt.

Bei ihren Schritten zu einer „ökologischen Wirtschaft“ geht es den Grünen ebenso um staatliche Eingriffe, die eine Ökologisierung der kapitalistischen Produktionsstruktur fördern sollen. Staatliche Auflagen, steuerliche Abgaben, Ge- und Verbote von Produktionsweisen und Produkten sollen diese Umstrukturierungen einleiten. Das reicht vom „ökologischen Landbau“ zugunsten der Förderung bäuerlicher Kleinbetriebe (wer soll diese ökologisch-landwirtschaftlichen Erzeugnisse bezahlen?), einer Dezentralisierung der Energieerzeugung plus Stilllegung aller Atomkraftwerke bis hin zur

Seit März kursiert der Entwurf eines Programms der Grünen für den „Umbau der Industriegesellschaft“. 500 Teilnehmer haben auf einer Vorkonferenz am 26. und 27. April darüber diskutiert. Ein „grundlegender ökologischer Umbau der Wirtschaft“ wurde gefordert, die Frage nach der „Struktur der herrschenden Besitzverhältnisse“ aufgeworfen, um dem „Marsch in den Unternehmerstaat“ abzuwenden. Dieser FR-Bericht (28.4.) behandelte allerdings nicht das Grünen-Treffen, sondern dem Bezirksparteitag der traditionell linksverbal auftretenden SPD Hessen-Süd. Bei den Grünen warfen die linken Kritiker des Programmwerfs den Autoren der Umbaugruppe gerade das Fehlen der Machtfrage vor und unterstellten ihnen „Machbarkeitswahn“. Im Wettlauf um die besseren Reformkonzepte können die Grünen dennoch hoffen, die Nase vorn zu haben, denn auf Bundesebene wird Hessen-Süd in der SPD nicht mehrheitsfähig sein.

„sanften Chemie“. Und die Rüstungsproduktion soll zugunsten derer Konversion völlig wegfallen. Das kostet die Chemiewirtschaft 20.000, die Rüstung 164.000 Arbeitsplätze — wogegen bei der „Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ ein Plus von 93.000 und im Energiebereich sogar von 190.000 Arbeitsplätzen entstehen würde.

Die Grünen haben bei ihrem ökologischen Umbau durchaus mit einkalkuliert, daß zur Umsetzung ihrer Forderungen per Saldo ein realer Abbau des Lebensstandards der Bevölkerung stattfinden würde. Zum einen durch eine gewollte Besteuerung zu Lasten der Bevölkerung (Erhöhung der Mineralölsteuer, um vom Auto wegzukommen), zum anderen werden die Kapitalisten, die auf sie zukommenden steuerlichen Belastungen in der Gesamthöhe von 20 Mrd. DM durch Kostenüberwälzungen (Preiserhöhungen) an die Verbraucher weitergeben.

(Preiserhöhungen) an die Verbraucher weitergeben.

„Soziale Gerechtigkeit“

Um diese Negativeffekte zu kompensieren, haben sich die Grünen im sozialpolitischen Teil ihres Umbauprogramms einiges einfallen lassen. Vor allem durch die Erhöhung der Steuerfreibeträge bei niedrigem Einkommen und durch eine Erhöhung der materiellen Grundsicherung (1.000 DM monatlich, für alle Menschen 1.200 DM) auf Basis der vorhandenen Sozialsysteme (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und -hilfe) wollen die Grünen erreichen, daß per Saldo die Menschen mit niedrigem Arbeits- bzw. Sozialerwerb Einkommen künftig materiell besser gestellt werden sollen — zugunsten der höher Verdienenden und der Vermögenden.

Außerdem verlangen die Grünen eine eheunabhängige Kinderförderung (Erziehungs- und Betreuungsgeld unabhängig vom Einkommen), wobei sie betonen, daß sie damit nicht der Privatisierung der Kinderbetreuung das Wort reden wollen. Und im Bereich des Gesundheitswesens fordern die Grünen einen weitgehenden Umbau; die „Verschwendung“ soll durch Senkung der Arzteeinkommen, Senkung der Arzneimittelpreise auf EG-Niveau und Minimierung des Arzneimittelmissbrauchs abgebaut werden zugunsten eines Ausbaus der personellen und finanziellen Sicherstellung der medizinischen Versorgung, wobei dem Ausbau der häuslichen Pflege ein besonderer Stellenwert zukommt. (Hier müssen die Grünen aufpassen oder klarstellen, daß die „Privatisierung“ der Pflege, die sie aus der „fremdbestimmten“ und in der Tat kritikwürdigen Kasernen- und Heimenherkunft herleiten, nicht-konservativen Vorstellungen Vorschub leisten, die unter Slogans wie „Hilfe zur Selbsthilfe“, „Selbstverwaltung“, Nachbarschaftshilfe usw. den Abbau des Sozialstaats betreiben.)

„Demokratische und soziale Wirtschaft“

Das Grüne Konzept zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit besteht aus einer weitgehenden und fast kritiklosen Übernahme von Vorstellungen und Forderungen der SPD, des DGB oder der britischen Labour Party (2). Die Grünen fordern die drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit (35 Stunden-Woche) plus Abbau der Überstunden, den Ausbau von Freistellungsregelungen (u.a. auch für den Bereich häuslicher Pflege und Kinder-

betreuung) und eine Umlagefinanzierung der Ausbildung (bei gesetzlicher Garantie von Ausbildung).

Was die Erweiterung der demokratischen Rechte angeht, fordern die Grünen den Ausbau der betrieblichen und Montanmitbestimmung bei formaler Gleichstellung von Kapital und Arbeit, und die Einrichtung von regionalen Wirtschafts- und Sozialräten zur Förderung und Restrukturierung einer ökologisch orientierten Wirtschaft in den bundesrepublikanischen Regionen; im Unterschied zur SPD sehen die Grünen vor, diese Räte neben Vertretern von Kapital und Gewerkschaften auch mit Vertretern von Umwelt- und Verbraucherverbänden (Drittelanteil) zu versehen.

Und zur Förderung ihrer speziellen Klientel, den selbstverwalteten oder Alternativbetrieblern, in denen die Grünen bereits die „Keimzelle“ einer nicht von Ausbeutung und Markt diktierten Produktions- und Arbeitsweise sehen (wobei sie Probleme der chronischen Selbstausbeutung plus struktureller Gewalt der Marktgesetze ausblenden), wollen die Grünen eine „Vernetzung“ dieser Betriebe mit Belegschaftsmitteln von nach dem Vorbild Londons erreichen, wo auf diesem Weg mittels staatlicher Flankierung ca. 3.000 Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Einzig und allein die grüne Quotierungsforderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen rückt von der Nachahmung der Konzepte von SPD und DGB ab. Im Ergebnis behaupten die Grünen die folgenden Arbeitsplatzeffekte ihrer Vorschläge: — 639.000 neue, qualitative Arbeitsplätze würden durch den ökologischen Umbau geschaffen. 474.000 alte abgebaut — per Saldo also nur ein Plus von 165.000. Das ist nicht viel, gemessen an den über 22 Millionen Arbeitsplätzen in der BRD.

— Die geforderten quantitativen Maßnahmen (Beschäftigungsprogramme) könnten rechnerisch 1,2 Millionen Arbeitsplätze schaffen, von denen die Hälfte durch Produktivitätssteigerungen kompensiert würden.

— Die Umverteilung der öffentlichen Haushalte bewegt sich in einer Gesamtgrößenordnung von 183 Mrd. DM, davon ca. 34 Mrd. DM für ökologische Reparatur bzw. Umbau, der Rest für Umbaumaßnahmen des Sozialstaats (Gesundheit, Grundsicherung, steuerliche Umverteilung, eheunabhängiges Kindergeld usw.).

— Qualitativ betrachtet, werden allein in den Bereichen Rüstung und bei der einkalkulierten Verringerung der Konsumnachfrage (minus 240.000 Arbeitsplätze) rund 400.000 Arbeitsplätze abgebaut, die durch Aufstockung der Beschäftigten in den Bereichen Energie (190.000), Gesundheit/Pflege (150.000) und der Sanierung von Luft, Wasser und Boden (93.000) überkompensiert werden würden.

Selektives Wachstum

Was die Grünen fordern, Muß — Wachstumsdiskussion tun, Wachstum her — auf ein Modell des selektiven Wachstums hinaus, wie es schon vom SPD-Strategen Erhard Eppler (3) entwickelt wurde.

Kennzeichnend für dieses Wachstumsmodell ist, daß ökologisch orientierte Wachstumsfelder zugunsten traditioneller Wirtschaftssektoren „umgebaut“ werden sollen, ohne dabei die privatwirtschaftliche Akkumulation anzulasten.

(Von daher zieht auch die grüne Abgrenzung von früheren sozialdemokratischen Beschäftigungsprogrammen nicht, die die Grünen wegen der unge-

liebten „Wachstums“-effekte ablehnen; denn faktisch fördern sie ja durchaus mit ihren Beschäftigungsbauten reales „Wachstum“) Selektiv ist dieses grüne Umbau-Modell auch deshalb, weil die Restrukturierungsmaßnahmen als Antwort auf die ökologische und soziale Krise allein mit staatlichen Instrumentarien durchgeführt werden sollen, die allerhöchstens Eingriffe in das „wie produzieren“ vornehmen können, nicht jedoch darüber bestimmen können, was produziert wird, wenn dieser Bereich kapitalistischer Akkumulation und Verwertung unterworfen bleibt.

Die Grünen und „ihr“ Staat

Die Grünen geben auch keine Antwort auf die zweite Frage, nämlich wie sie den Umbau über staatliche Instrumentarien bewerkstelligen wollen. Mangels fehlender Massenbasis der Grünen und ihrer inneren Verparlamentarisierung haben sich die Grünen fast vollständig darauf verstreut, im kapitalistischen Staat den „Hoffnungsträger“ ihres geplanten Umbaus zu sehen. Auch das muß jedoch schlicht ins Auge gehen, wenn staatlich initiierte und flankierte Eingriffe in den Restrukturierungsprozeß des Kapitals („wie produzieren“) nicht begleitet werden von gesellschaftlichen Veränderungen. Ist dies nicht der Fall (und dem ist bekanntlich so), so handelt es sich beim grünen Umbau Programm bestenfalls um ein rechnerisches Modell, schlimmstenfalls um

samstagenbringen. Das klingt doch irgendwie vertraut.

Und auch die Minderheitler sprechen davon, die vorhandene grüne Lücke „zwischen dem heute Erreichbaren und Erreichbaren und unseren langfristigen Zielen (zu) schließen“, es handle sich um eine „konkrete und realisierbare“ Antwort. Grundlegende Reformen sollen dort durchgesetzt werden, „wo sie nach dem Stand der gesellschaftlichen und parlamentarischen Kraftverhältnisse möglich sind“, der „politische Wille dazu gegeben ist“ usw. Die Mehrheitler stellen sich die gesellschaftlichen Veränderungen als „einen Prozeß“ vor, „der aus vielen einzelnen Schritten bestehen wird und dabei Kurz-, Mittel- und Langfristperspektiven verbinden muß“ — und die Minderheitler sprechen von der „schrittweisen“ Überwindung des Kapitalismus zu einem dritten, grünen Weg.

Hier wird der Modellcharakter des grünen Umbau-Szenarios einfach in machbare Realpolitik verwandelt, dem Wahlvolk und eigenen grünen Mitgliedern vorgegaukelt, der anvisierte grüne Einstieg sei auch praktisch umsetzbar. Staats- und Reformillusionen werden hier genährt, die bei jeder gesellschaftlichen Realität sind und eine weitere Sozialdemokratisierung der Grünen zum Ausdruck bringen — im Lager der „Realos“ wie auch bei den „Ökosozialisten“, die sich zu wesentlichen Teilen auf das Umbau-Programm geeinigt haben (von Hubert Kleinert bis Eckhart Straumann).

Außerdem — und auch das entspricht ja durchaus dem klassischen „Schritt-für-Schritt“-Reformismus — beruht die grüne Strategie auf einem mechanistischen Verständnis von gesellschaftlichen Veränderungen: erst Einstieg in den Umbau, dann Umbau, dann noch mehr Umbau und dann die grüne Republik. Gesellschaftliche Veränderungen haben sich jedoch noch nie nach dem Prinzip des Treppentestens vollzogen. Das Fatale am grünen Umbau-Programm ist ja nicht, daß eine ökologische und soziale Fein-



Grüner Umbau konkret: Minister Fischer beim Chemie-Konzern Merck (aus: Werkzeitsung „MERCK informiert“, 20.2.86)

Spielereien, wobei sich die Grünen sogar an die strenge Haushaltskonsolidierungspolitik halten, denn die Finanzierung ihres Modells läuft ohne staatliche Neuverschuldung ab.

Kurz und gut: Die Grünen beantworten nicht die entscheidende Frage, wie denn der „Ausstieg“ aus der herrschenden „Entwicklungslogik“ und der „Einstieg“ in eine grüne „Entwicklungslogik“ praktiziert werden soll. Sie stellen eben nicht die berühmte Machtfrage.

Grüne Staatsillusionen

Dieser Vorwurf an die Grünen ist uralte, nur wurde er traditionell immer gegenüber der Sozialdemokratie erhoben, die mit konzeptionellen Reformentwürfen eine lange Erfahrung besitzt, aber bekanntlich nie Fragen der Realisierung beantwortet. Doch lassen wir das einmal beiseite.

Denn in den beiden vorliegenden Präambel-Entwürfen (eine mehr „realpolitische“ Variante, Mehrheitsvotum genannt, und eine mehr „ökosozialistische“ Variante, Minderheitsvotum genannt) wird auf diese Vorwürfe durchaus geantwortet — in traditionell-sozialdemokratischer Sichtweise.

Da „diese Gesellschaft (...) nicht mit einem Schlag aus den Angeln gehoben werden“ könne, so die Mehrheitler, konzentrierten die Grünen sich eben auf das scheinbar Machbare. Das grüne „Gesamtszenario“ des Umbaus solle das „Wünschbare“ mit „dem technisch und ökonomisch Möglichen“ zu-

abstimmung versucht wurde, sondern daß der grüne Einstieg in den Umbau als hier und heute machbar ausgegeben wird.

Zumindest die Minderheitler haben in einigen Passagen ihrer Präambel diesen Widerspruch erkannt. Auf der einen Seite sprechen sie von der Realisierbarkeit ihres Umbaus — auf der anderen Seite konstatieren sie (als Zugeständnis an den „fundamentalen“ Flügel der Partei?), daß ihrem Umbau etwas „Modellhaftes“ anhafte, ohne „starken Druck“ der Bevölkerung sei „der Umbau (...) nicht zu verwirklichen“, sondern allerhöchstens „diese oder jene Reparatur- und Umstellungsmaßnahme“. — Eben!

Anmerkungen:

(1) Alle Zitate aus Die Grünen, „Umbau der Industriegesellschaft — Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung“ Bonn März 1986.

(2) Das ist kein Versehen, sondern die Grünen berufen sich geradezu auf die Konzeptionen von SPD, DGB und Labour Party, etwa auch bei den Vergesellschaftungsforderungen der Stahlindustrie.

(3) Vgl. u.a. Eppler „Wege aus der Gefahr“, Frankfurt 1981. Der Hauptunterschied zwischen Grünen und sozialdemokratischen Reformkonzeptionen dürfte in ihrem Kern beinhalten, daß die Grünen die Exportorientierung des „Modell-Deutschland“ ablehnen (verglichen dazu das Minderheitsvotum in der Präambel des grünen Umbau-Entwurfs). Allerdings haben die Grünen an diesem Punkt noch nicht weitergedacht, etwa die währungs- und geldpolitischen Implikationen, die Frage des Produktions- und Marktlageums vor nicht einmal thematisiert.

D./Westberlin



Foto: AK

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wollen die Leute, die jetzt „geputzt“ haben, auch die Parlamentsarbeit übernehmen oder was wird da diskutiert?

Aram: Ich kann da wirklich nur für mich sprechen, weil der Diskussionsprozeß darum nicht abgeschlossen ist. Für mich ist vollkommen klar, daß unser Vorhaben nur dann vernünftig laufen kann, wenn anerkannt wird, nicht nur daß in den Parlamenten gearbeitet wird, sondern daß diese Arbeit für die GAL auch ein sehr wichtiger Bestandteil ist, daß sie natürlich auch ein Wahlverein ist, der viele Stimmen für die Vertretung in den Parlamenten bekommen muß. Das mit den vielen Stimmen ist natürlich auch ein Problem. Ich bin nicht so ein Freund davon, daß es unsere Aufgabe ist, unser Potential dadurch zu erweitern, daß wir die Elbvororte stärker in unser Potential einbeziehen. Denn das hat auch immer Rückwirkungen auf die Politik so einer Partei.

Kadee: Ich habe zum Parlament ein zwiespältiges Verhältnis. Mir geht es vor allem darum, die Leute dahin zu kriegen, daß dieser Staat Scheiße ist, ohne daß ich dahin faktische Umwege machen muß. Ihnen wo immer möglich aufzuzeigen, daß ein neuer Staat her muß. Insofern will ich auch keine Parlamentsarbeit machen, die nur darauf abzielt, Wählerstimmen zu bekommen. Ich habe nicht das Ziel, die Interessen der Elbvororte, sprich der Reichen aufzugreifen. Mir geht es um ein Sammelbecken der Linken, wo tatsächlich mal wieder eine Praxis (angegestrichelt) wird. Und dann muß man sehen, wie man das über die Parlamente klarbekommt.

Wird man demnächst jemanden von nicht, wie man das über die Parlamente klarbekommt

Wird man demnächst jemanden von den „Hungrigen Herzen“ im Bezirksparlament Altona sehen?

Kadee: Von den „Hungrigen Herzen“ wird bestimmt keiner ins Bezirksparlament gehen. So viel ist auf jeden Fall sicher.

Aram: Wir haben das bereits besprochen und gesagt, daß wir selbstverständlich den Wahlkampf gemeinsam betreiben, sofern uns das inhaltlich möglich ist. Da gibt es eine ganze Reihe von Dingen, also die Ausländerpolitik, die die GAL betreibt, da dürfte es kaum Widerspruch zu geben, wie zu vielen anderen Themen auch. Mir sind die Schwerpunkte der Wahlkampfpflicht nicht genau bekannt. Selbstverständlich bringen wir eigene Schwerpunkte ein. Bzw. die urale und nach wie vor richtige Forderung nach Legalisierung von Cannabis zu popularisieren. Ich halte sie keineswegs für eine Randgruppenpolitik. Die Gruppe der Haschisch-Raucher ist dermaßen groß, das ist ein ungeahntes Wählerreservoir. Da glauben wir auch in bürgerlichen Schichten vorzudringen, nicht nur Leute aus den Elbvororten, sondern bei Angestellten.

Noß: Es ist in der GAL eine Arbeitsteilung geben zwischen einem parlamentarischen Zweig, den die Gruppe um den Vorstand im Moment hinkommen brauche und dann Heizer sein hielten dürfte. Dann würde ich mich wählen lassen. Ansonsten nicht, weil ich nicht bereit bin, meine ganze Arbeitskraft für so ein Projekt einzusetzen.

Aram: Ich glaube, daß aus unserem Kreis niemand vorhat, in die Bezirksversammlung zu gehen, weil das viel zu arbeitsintensiv ist. Ich würde das machen, wenn man mir garantiert, daß ich nur einmal im Monat hinkommen brauche und dann Heizer sein hielten dürfte. Dann würde ich mich wählen lassen. Ansonsten nicht, weil ich nicht bereit bin, meine ganze Arbeitskraft für so ein Projekt einzusetzen.

Kadee: Es ist ja bezeichnend, als wir dem alten Vorstand Arbeitsteilung vorgeschlagen haben, er solle ruhig seine alte Arbeit weitermachen, da haben wir reagiert: Dann dürfen wir wohl die Scheißarbeit machen und ihr habt den Spaß. Der zieht plötzlich seine eigene Tätigkeit als Scheißarbeit. Wenn die ihre bisherige Arbeit so bezeichnen, müssen sie sich selber mal Gedanken darüber machen, ob sie vielleicht was anderes machen wollen. Ansonsten wollen wir die bisherige Arbeit nicht behindern.

Seht ihr eine Chance für eine gedeihliche Zusammenarbeit oder gütliche Einigung nach einiger Zeit?

Kadee: Gütliche Einigung wohl nicht, aber vielleicht friedliche Koexistenz. Ich glaube nicht an eine Einigung. Ich persönlich habe schon oft gesagt, daß ich schon gegen diese Fahrradhasen hier in Altona/Ottensen bin und hab mich damit ja auch unbeliebt gemacht. Das hat mehr Puppenstübchencharakter, was man da haben will, das ist nicht meine Art Politik zu machen. Über eine Bezirkspolitik, die sowas fordert, kann es schon zu Auseinandersetzungen kommen.

Aram: Das finde ich nun wieder unwahrscheinlich borniert. Kadee will einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Fahrradhasen mehr bedeuten (Zwischenruf: Wählerstimmen). Sie sind der Versuch, das erste Mal Flächen, die bislang für Autos und Parkplätze vorbehalten waren, für das Fahrrad zurückzugewinnen und gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, das Fahrrad halbwegs sicher aufzubewahren. Das finde ich ganz ausgezeichnete Politik, die ich vielleicht nicht so entwickelt hätte, weil ich einen anderen Schwerpunkt habe. Das nicht zu sehen finde ich borniert. Und ich glaube, es gibt keine Alternative zu einer Einigung mit den bisherigen Trägern von GAL-Politik. Daß uns eine Einigung gelingt, da bin ich fest von überzeugt.

Wie lange glaubt ihr, haltet ihr ever aktivistisches Vorgehen durch?

Kadee: Ich denke, die wahre GAL sollte so lange weitermachen, so lange die Leute da sind. Wenn ein Abbröcklungsprozeß stattfindet, daß die Leute austreten oder nur wenige aktiv sind, dann mußte man wieder den Schritt unternehmen auszutreten, weil das gefährlich enden kann. Ich habe keinesfalls vor, eine Eichhörnchenarbeit innerhalb der GAL zu machen — genauso wenig wie Eichhörnchenarbeit im Bezirksparlament.

Aram: Ich glaube nicht, daß wir das sehr lange durchhalten. Das halte ich auch in dieser Form nicht für wünschenswert, weil wir eben bislang viel zu wenig einen inhaltlichen Findungsprozeß betreiben konnten und im Grunde genommen ein ganz billiges Opfer für jede Gruppierung darstellen, weil der Grad an Vereinheitlichung dermaßen gering ist. Mit dem Anschein von antibürgerlicher Politik kann man die Leute sehr schnell ansprechen. Ich selbst werde stark dafür kämpfen, daß sich das ändert und es uns gelingt, nicht so sehr über Aktionismus, sondern über inhaltliches Arbeiten Veränderung und Kontinuität reinzubringen.

Kadee: Das muß schon beides gleichberechtigt sein, sowohl das inhaltliche als auch der Aktionismus. Ich möchte nicht den Aktionismus zugunsten inhaltlicher Auseinandersetzung zurückschrauben. Ich habe die Vorstellung, daß man eine Gruppe von umher schweifenden Rebellen bildet, die wissen, warum sie das eine oder andere machen.

Ich danke euch für das Gespräch.

Männerrecht: Freispruch im Gynäkologenprozeß

Wenn eine Frau — nicht mal ist — mehrere Verhältnisse hatte — Kollegen auf ihr Zimmer einläßt — der Arbeitstag lang war — die Kollegen alkoholisch enthemmt — sie sich körperlich nicht massiv genug zur Wehr setzt — und sich außerdem widersprüchlich verhält — dann ist sie selbst schuld, wenn sie vergewaltigt wird und die Kollegen freigesprochen werden.

So geschehen im sogenannten Berliner Gynäkologenprozeß, der zu unserer großen Empörung mit Freispruch endete.

Zwei Gynäkologen der Universitäts-Frauenklinik Pulsstraße, Dr. Christoph Stadler und Dr. Wolfgang Hardt, waren angeklagt, eine Kollegin während des gemeinsamen Nachtdienstes im Dezember 1983 vergewaltigt zu haben.

Während die beiden Ärzte berichteten, man hatte sich in lockerer Stimmung bei einer Flasche Wein getroffen und sexuelle Handlung wären in gegenseitigem Einverständnis erfolgt, schilderte die Ärztin das Vorgehen der beiden Gynäkologen als brutal. Sie sei wie ein Puppenglied hin- und hergeschleudert worden und ihr wäre der Kitzel vom Leib gerissen worden.

Da es keine Augenzeugen gab, stand Aussage gegen Aussage. Allerdings konnte eine Ohrenzeugin berichten, daß sie lautes Poltern und Schreie aus dem Raum der Narkoseärztin gehört hatte. Sogar einen Hilferuf hatte sie vernommen, ihn allerdings für unbedeutend gehalten, da sie die Stimme ihres Vorgesetzten in dem Raum erkannt hatte.

Erste Instanz...

In erster Instanz befand das Gericht die beiden Ärzte für schuldig und verurteilte sie wegen Vergewaltigung in Tateinheit mit sexueller Nötigung und gefährlicher Körperverletzung zu Freiheitsstrafen von je zwei Jahren und drei Monaten.

Das erste Verfahren hatte für erhebliche Aufregung und Empörung in der Öffentlichkeit gesorgt. Zum einen wurde dadurch sehr stark ins öffentliche Bewußtsein gebracht, daß Vergewaltiger in allen gesellschaftlichen Kreisen und Schichten zu finden sind — also auch unter Ärzten — und daß der Vergewaltiger einer Frau durchaus bekannt sein kann. Zum anderen ließ die Strategie der Verteidigung auf immer größere Kritik. Nach der bewährten Taktik im Vergewaltigungsprozeß — die Strategie der Verteidigung auf immer größere Kritik. Nach der bewährten Taktik im Vergewaltigungsprozeß, das Opfer zur Angeklagten zu machen und sie als eine Frau darzustellen, die sexuell jederzeit verfügbar sei, hatten die Verteidiger hemmungslos im Vorleben der Anästhesistin rumgewühlt.

Das Urteil des ersten Verfahrens war wegen formaler Fehler aufgehoben worden, und im Februar 86 begann das Revisionsverfahren.

Zweite Instanz: Die Verteidiger

Die beiden Angeklagten konnten diesmal mit zwei neuen Verteidigern aufwarten. Die Anwälte Panka (galt bislang als links) und Ziegler, die durch ihre Verteidigung im Schnücker-Prozeß bekannt wurden, lösten die untragbar gewordenen alten Verteidiger ab. Für sie war es nun ein Leichtes vor dem Hintergrund der Schlamm-schlacht des ersten Prozesses einen sachlichen und moderaten Ton einzuschlagen. Allerdings brauchten sie in dem Spiel mit verteilten Rollen auch gar keine Leumundszeugen gegen die Narkoseärztin. Der Ruf der Ärztin war bereits durch das erste Verfahren festgelegt. Und so wurde ihr als Motiv unterstellt, sie hätte Anzeige erstatten müssen, da sie einem Professor des Klinikums, zu dem sie ein Verhältnis hatte, nicht eingesehen konnte, die beiden Kollegen animiert zu haben. Zum Männerbild der Anwälte Ziegler und Panka gehört auch — wie es der Chef der Universitätsfrauenklinik Prof. Erdmann als Zeuge so schön formuliert — Gynäkologen vergewaltigen nicht. Schließlich seien sie keine „halbstarken Rocker“, sondern „erfahrene Männer“, die keinesfalls Beruf, Karriere und Familie aufs Spiel setzen würden.

Nebenbei: Das sexuelle Vorleben der Ärzte, die Einstellung zu Frauen im allgemeinen und ihre Liebschaften waren natürlich nie Gegenstand des Verfahrens.

Der Vorsitzende

Eine besonders unruhige Rolle in diesem zweiten Verfahren spielte der Vorsitzende Richter Hoyer. Seine Befangenheit zeigte sich nur zu deutlich, als er über drei Frauen Ordnungshaft verhängte, die sich von einem Zuschauer belästigt und beschimpft fühlten. (s. AK 269) So reichten ihm zum Ende des Verfahrens dann auch drei Minuten, um das Urteil „Freispruch“ zu begründen: Zu viele Zweifel und Widersprüche seien in der Aussage der Nebenklägerin offengeblieben. Außerdem habe die Ärztin das Begehren der Angeklagten erkannt, denn sie sei nicht naiv — sprich: selbst schuld.

Der Staatsanwalt

Der Staatsanwalt

Für den Ausgang des Verfahrens war der Strafantrag des Staatsanwaltes ebenfalls von Bedeutung. Obwohl von der Sachlage her auch gegenüber dem ersten Prozeß nichts geändert hatte, forderte er eine wesentlich geringere

Bestrafung. Statt viereinhalb Jahre wie im ersten Verfahren sollte ein Jahr auf Bewährung und 10.000 DM Geldstrafe ausreichen. Er hielt zwar auch wie vor die beiden Gynäkologen für schuldig, plädierte aber für einen mildernden Fall, denn durch den Ruf der Ärztin (zahlreiche Verhältnisse in der Klinik) schloß ihre Einlassung, nach dem Verständnis der Angeklagten, sexuelle Kontakte mit ein. Außerdem seien sie alkoholisch leicht enthemmt und bereits längere Zeit im Dienst gewesen. Aber des Zynismus noch nicht genug: Es sei bei der Überwaltigung nicht mehr Kraft angewendet worden, als für ihr Vorhaben notwendig gewesen sei.

Die Nebenklägerin

Es braucht wohl nicht erklärt zu werden, daß die Narkoseärztin in diesem Prozeß einen besonders schweren Stand hatte. So wurde sie zum einen von zahlreichen Ärzten der Klinik mit scheinbarer Anteilnahme, an ihren guten Ruf und natürlich den der Klinik zu denken, unter Druck gesetzt. Deshalb wollte sie zwischenzeitlich die Anzeige wieder zurücknehmen, denn es ging ihr lediglich um einen Denkzettel. Diese Rücksichtnahme wurde ihr perfiderweise zum Schluß im Plädoyer der Verteidiger vorgeworfen nach dem Motto: der Vergewaltigungsvorwurf könne nicht erst gemeint sein.

Die Narkoseärztin hatte zu ihrer Vertretung der Nebenklage zwei Anwältinnen. Diese forderten in ihrem Plädoyer kein bestimmtes Strafmaß, sondern ein Berufsverbot. So richtig die Forderung nach Berufsverbot auch ist, so fragt sich doch, ob nicht die gleichzeitige Forderung nach Bestrafung konsequenter und glaubwürdiger gewesen wäre. Ingrid Strobl bemerkt dazu treffend in der EMMA: „Zweck der Übung ist doch, festzustellen, welchen Preis ein Mann für ein Verbrechen gegen eine Frau zu zahlen hat, und ob es möglich ist, gegen die herrschende Praxis der Männerjustiz den Preis höher zu treiben. Es ist der Versuch, durchzusetzen, daß eine Frau wenigstens ein klein wenig mehr wert ist als ein Lippensüß.“

Insgesamt ist zu diesem Urteil zu sagen, daß trotz aller in der Öffentlichkeit geführten Diskussionen um Vergewaltigung, trotz gewachsener Sensibilisierung zu diesem Thema, die Klischees der Männergesellschaft über Vergewaltigung sich wieder einmal durchgesetzt haben. Wieder einmal ist bewiesen worden, daß die herrschende Rechtsauffassung, Vergewaltigern muß ihre Tat bewußt sein, sich als Unrecht für Frauen erweist. Und leider und zu verständlich wird der Anteil der Frauen stetigen, die nach einer Vergewaltigung diese nicht anzeigen werden. Stattdessen wird von vielen Frauen über Selbstjustiz nachgedacht. In Westberlin.

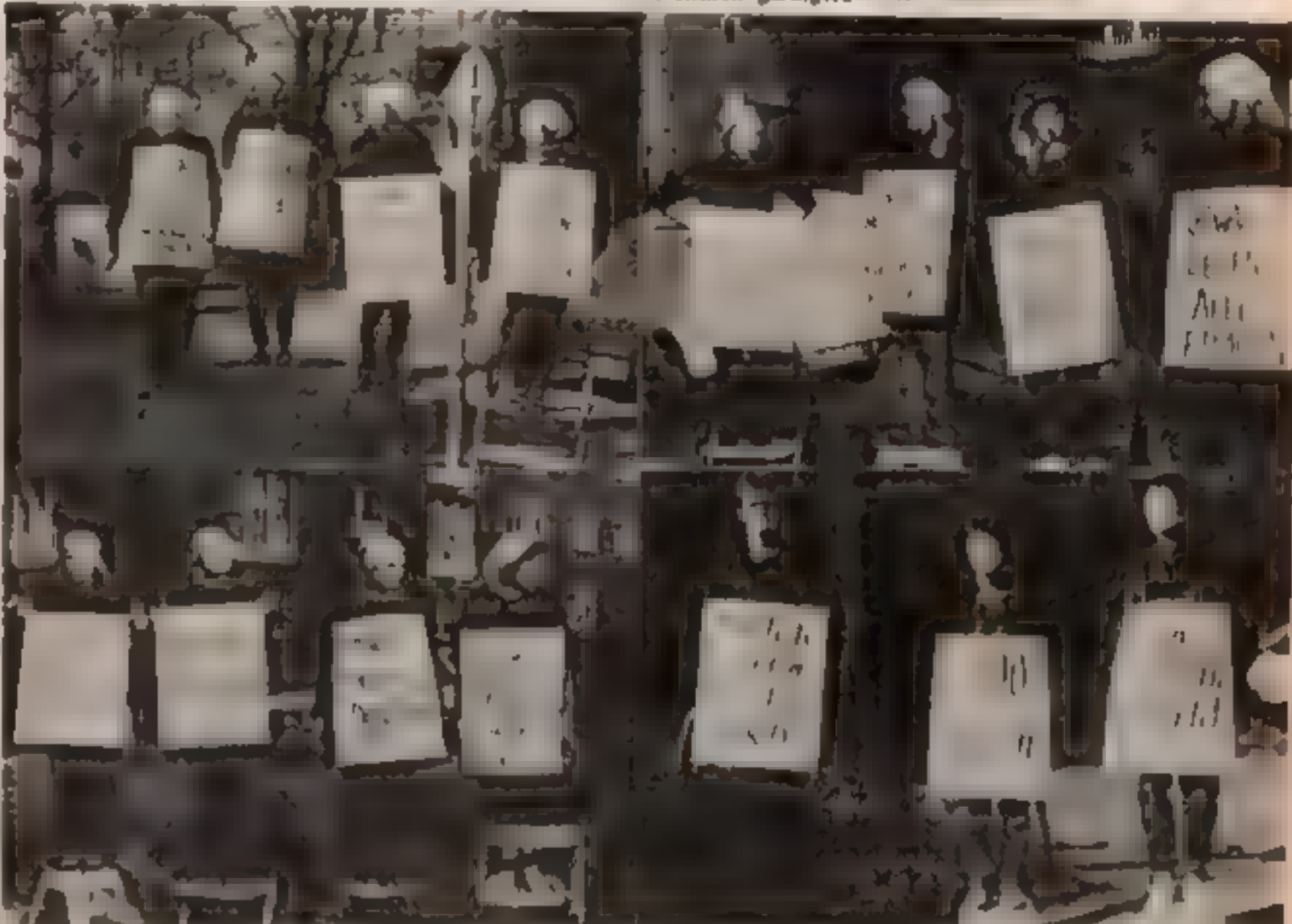


Foto: AK

Am 1. Mai machten Frauen während der Demonstration auf die sich immer mehr häufenden Fälle von Gewalt gegen Frauen aufmerksam. Sie standen mit Schildern auf Stühlen am Rande der Demonstration, außerdem verteilten sie ein Flugblatt mit dem Text der in diesem Jahr bekannt gewordenen Fälle von Gewalt und Vergewaltigungen an Frauen in Hamburg.



Rechte fordern wir Blumen-

Aufruf zum „Putz“ in Bonn: „Aktion Muttertag“ 84

„Aktion Muttertag“

Über die Schwierigkeiten, mit der ASF ins Geschäft zu kommen

Die „Aktion Muttertag“ — vor drei Jahren gegen die „Wenderegierung“ ins Leben gerufen — kündigt für den kommenden Bundestagswahlkampf an, die Parteien mit den Forderungen der Frauen zu konfrontieren und sie an ihren Taten zu messen. Dieses Versprechen wird jedoch nicht durchgehend eingelöst. Bei der SPD drückt frau gern ein Auge zu.

Die „Aktion Muttertag“ ruft auch in diesem Jahr wieder zu einer bundesweiten Aktion in Bonn am Muttertag auf. Unter dem Motto „Nicht Blumen

Rechte fordern wir“ ist eine Demonstration mit anschließender Kundgebung und Kulturprogramm geplant. Bereits in den letzten beiden Jahren hatten die Organisatorinnen der „Aktion Muttertag“ zu Großveranstaltungen in Bonn aufgerufen, die sich in erster Linie gegen die „Wenderegierung“ richteten. Waren es im ersten Jahr vor allem Frauen aus der DKP und ihr nahestehenden Organisationen (wie z.B. die Demokratische Fraueninitiative — DFI) sowie einzelne Gewerkschaftsfrauen und die Fraueninitiative 6. Oktober, die die „Aktion Muttertag“ ins Leben gerufen und organisiert hatten, beteiligten sich in dem darauf folgenden Jahr auch autonome Frauenorganisationen wie z.B. die Frauenhäuser und die § 218-Koordination sowie die Grünen.

Dies war möglich gewesen auf der Grundlage wesentlicher Änderungen in den Forderungen. So wurde auf Drängen und Kritik der § 218-Gruppen nach langen und zähen Debatten die schwammige und reformistische Forderung nach „Erhalt der sozialen Indikation bei § 218“ zugunsten der Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218 aus dem Strafgesetz“ geändert (s. AK 259, Juni 83).

Bisher nicht gelungen war es den Organisatorinnen der „Aktion Muttertag“, die SPD in das Bündnis zu bekommen (bislang hatte der Bundesvorstand der ASF, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, eine Beteiligung an der Aktion abgelehnt). Das sollte nun in diesem Jahr endlich anders werden. Frau war darum allzu schnell bereit, Abstriche von erkämpften Positionen zu machen und den sozialdemokratischen Schwestern weitgehende Zugeständnisse zu bewilligen, was sich aber letztlich nicht auszahlte — die Schwestern von der SPD zeigten sich nämlich undankbar.

„Muttertag“ oder „8. März“?

Unterschiedliche Einschätzungen über Inhalt und Bedeutung des „Muttertags“ als neuem „Frauenprotesttag“ führten auch in diesem Jahr wieder zu kontroversen Diskussionen. Auf dem „Frauenratschlag“ im November 1983, auf dem in das gesamte Bündnis über die weitere Arbeit und die Perspektiven für das Wahlkampfjahr 86 diskutiert wurde, schlugen die Frauen der § 218-Koordination vor, sich wieder mehr dem 8. März als eigentlichem Frauenkampftag zuzuwenden, der mittlerweile zu einem langweiligen Traditionstag zu verkommen drohte. Außerdem hielten sie eine inhaltliche Schwerpunktsetzung in der Aktion

für notwendig, damit die „Inhalte nicht in einem allgemeinen Forderungskatalog wie im letzten Jahr untergehen“ (aus der Stellungnahme der § 218-Gruppen für den Frauenratschlag 83). Diese Schwerpunkte sollten sich an den massivsten Angriffen, die derzeit gegen die Frauen geführt werden, orientieren, wie beispielsweise beim § 218 und der Frauenerwerbslosigkeit.

Die Frauen der § 218-Gruppen blieben mit ihrem Vorschlag, sich mehr auf den 8. März zu konzentrieren und am Muttertag kleinere örtliche Aktionen zu organisieren, jedoch in einer traurigen Minderheit. Die Mehrheit der im Bündnis vertretenen Frauen wollte auch in diesem Jahr am Muttertag wieder eine zentrale bundesweite

der im Bündnis vertretenen Frauen wollte auch in diesem Jahr am Muttertag wieder eine zentrale bundesweite Aktion in Bonn. Die Notwendigkeit einer breiten Aktion, in der es gelingen könnte, noch mehr „neue Frauen“ zu gewinnen, wurde beschworen und Mechthild Jansen von der DFI prognostizierte: „Wir (können) unsere Kraft vielleicht nutzen und einsetzen, um unsere Aktion spürbar zu verbreitern, um perspektivisch zu einer großen „Massenbewegung“ zu werden.“ Sie wies darauf hin, daß die IOM-Frauenkonferenz bereits eine Unterstützung der „Aktion Muttertag“ beschlossen hätte — wovon allerdings nie viel zu spüren war — und daß es auch bei der ASF veränderte Beschlüsse gäbe (die ASF tauchte auf dem Ratschlag nach eigener Aussage als „Beobachterin“ auf). Dem Internationalen Frauentag bescheinigte Mechthild Jansen zwar, ein „zentrales Datum der Frauenbewegung“ zu sein, und es sei „durchaus legitim, auch über einen für alle Frauen gemeinsamen zentralen internationalen Frauentag nachzudenken“, doch: „Soweit sind wir in E noch lange nicht“ war da zu hören. Der eigene Wert des Muttertages beschränkte sich darin, die ganze verlogene Frauen- und Mutterideologie umzudrehen (...) und im Blick auf unsere Aufgabenstellung uns als Frauenbewegung weit zu öffnen, neue Frauen, die unzufrieden sind mit dem wie es ist, dazuzugewinnen.“ Warum dies nicht auch am 8. März möglich sein soll, der ja mittlerweile auch von den Gewerkschaften wieder aufgegriffen wird, blieb unbeantwortet. Fakt ist jedenfalls, daß schon im letzten Jahr die Teilnehmerinnenzahl bei der Aktion in Bonn von 10 000 (im Jahr 84) auf knapp 4 000 gesunken war. Von einer „Massenbewegung“ am Muttertag sind wir also weit entfernt.

Einiger Kompromiß auf dem „Ratschlag“ angenommen wurde der Vorschlag, sich in diesem Jahr auf Schwerpunkthemen zu konzentrieren, wie „Gewalt gegen Frauen / § 218, Frauenerwerbslosigkeit / Frauenerwerbsarbeit und Frieden und Internationale Solidarität“.

Eintrittskarte für die SPD

„Meßt die Parteien an ihren Taten und unseren Forderungen!“, schreiben die Frauen in ihrem Aufrufblatt zur Muttertagsaktion 86. Wie wenig ernst diese Aussage jedoch von einzelnen Frauen im dem Bündnis gemeint ist, zeigte sich, als die SPD-Frauen an die Tür klopfen. Schnell schob frau ihnen den Sesam hin, damit sie auch bequem Platz nehmen könnten; zu schnell war frau bereit, von erkämpften Positionen abzurücken.

Auf der Trägenanweisung (Delegiertinnenreffen) Mitte Januar gab frau den Forderungen der ASF für ihren Eintritt in das Bündnis sofort nach. Die Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218“ sollte aus dem Aufruf gekippt werden. In einem ersten Flugblattentwurf von Mechthild Jansen (DFI) und Jutta Redmann (FI 6. Oktober) fiel die Forderung nach Streichung des § 218 einfach unter den Tisch. Da ließ es dann nur noch: „Selbstbestimmungsrecht der Frau beim Schwangerschaftsabbruch“. Diese zwar richtige Forderung war natürlich ohne einen konkreten Hinweis, was damit gemeint war, viel zu allgemein. Angesichts der Tatsache, daß es den § 218-Gruppen nach langwieriger

was damit gemeint war, viel zu allgemein. Angesichts der Tatsache, daß es den § 218-Gruppen nach langwieriger Überzeugungsarbeit in dem Bündnis gelungen war, die Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218“ durchzusetzen, mußte dieses Herummögeln um klare Positionen auf ihren Widerstand stoßen. Sie stellten mit Recht fest, daß die ASF auf keinem der „Ratschläge“ den Versuch unternommen hatte, ihre Forderung nach Fristenregelung zur Diskussion zu stellen, und daß überhaupt kein Grund bestand, vom Bündnis erarbeitete Positionen der ASF als Eintrittskarte zu opfern. In einer Stellungnahme forderten sie den Trägerinnenkreis auf, sich nicht zu „Wahlhelferinnen“ der SPD machen zu lassen und sich an die Beschlüsse der beiden „Frauenratschläge“ zu halten, die die „ersatzlose Streichung des § 218“ beschlossen und den § 218 in diesem Jahr zu einem Schwerpunkthema erklärt hatten. Die § 218-Frauen schlugen stattdessen einen Kompromiß vor, in dem die Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218“ an erster Stelle und als Mehrheitseinstimmung des Bündnisses dargestellt und die „Fristenregelung“ als eine Minderheitenposition deutlich gemacht werden sollte.

Auf der darauffolgenden Sitzung des Trägerinnenkreises Ende Februar gab es dann eine überwältigende Mehrheit, die in jedem Fall die „ersatzlose Streichung des § 218“ in dem Aufruf wissen wollte. Nach zweistündiger Debatte, in der die ASF permanent versuchte, dem Frauen aus den § 218-Gruppen „Konsensunfähigkeit“ zu unterstellen, mußte sie sich dann letztlich doch geschlagen geben. Die Forderung nach „ersatzloser Streichung des § 218“ blieb vor der Forderung nach Fristenregelung, eine klare Definition in Mehrheiten- und Minderheitenposition kam jedoch nicht durch.

„Die Kohiregler muß weg!“ — Und die SPD?

„Für mich ist die erste Aufgabenstellung: die ‚Wenderegierung‘ muß weg!“ (...) Gleichzeitig sollten wir aber den Finger darauf halten, daß die Wende bereits unter der sozialliberalen Regierung begonnen hat (...)“ (Mechthild Jansen auf dem 2. Frauenratschlag 85). Von der ersten „Aufgabenstellung“ war im zweiten Entwurf für ein Aufrufblatt viel zu merken. In fast jedem Absatz wurde die frauenfeindliche Politik der Regierungsparteien aufgegriffen und kritisiert. Dagegen „Kein Wort“ zur frauenfeindlichen Politik unter der SPD!

So kam es auch hier zu scharfen Auseinandersetzungen um Inhalt und

Aufruf zur Gegendemonstration FÜR EIN MENSCHENWÜRDIGES LEBEN!

Am 10. Mai 1986 plant die „Bewegung für das Leben e.V.“ anlässlich der 10-jährigen Reform des § 218 einen Sühnegottesdienst und eine Kundgebung in Hadamar. Mit dem Aufruf „Mensch achte den Menschen“ setzen wir Abstriche in die mit dem Massenmorden im Faschismus gleich. Dieser Zusammenhang wird durch den Ort ihrer Aktion zusehends dokumentiert. Die psychischen wie körperlichen Ausmaße der von den Nazis als Verurteilten „abgeschlachtet“ im Rahmen der Euthanasie gebrauchten Opfer dieser Verbrechen waren nicht einzelne Gruppen und sogenannte „unwertes Leben“, nämlich pflegebedürftige Menschen, die keine Leistung mehr erbringen konnten und nur als Kostenfaktor gesehen wurden.

Die „Bewegung für das Leben“ ist ein Dachverband von ca. 250 Organisationen, deren Mitglieder sich aus Teilen der reaktionären Ärzteschaft, der katholischen oder evangelischen Kirche, aus Mitgliedern von rechten Gruppierungen zusammensetzen. Gemeinamer Nenner ist die Gegnerschaft gegen die Abtreibung.

Diese Kreise arbeiten mit bewährten Propagandamethoden, die einer traditionellen Familienideologie und völkischem Gedankengut entstammen, welches die behinderten und ausländischen Koma verschärft und Frauen unter bewanderten moralischen Druck setzt. In ihren Veröffentlichungen nennen sich diese Organisationen nicht nur Abtreibungsgegner, sondern auch Lebensmächter und Lehrer in richtiger Schutzensweise. Ihnen liegt es am Herzen, das Leben, nicht aber das Leben und die Lebensbedingungen der Frauen und der geborenen Kinder, außer dem sollen nur bestimmte Frauen Kinder bekommen. In der Praxis sieht es so aus, daß behinderte, ausländische, ledige und sozialrandständige Frauen weniger oder gar nicht gebären sollen und geschädigtes Leben gar nicht erst geboren wird.

Mit ihrer Agitation versuchen sie das politische Klima in der BRD so zu beeinflussen, daß eine Verschärfung des § 218 politisch durchsetzbar wird und Frauen davon abgehalten werden sollen, Schwangerschaften abzutreiben. Diese Campings und an allen Versuchen, die Reform des § 218 zu kippen, beteiligt. Auch die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht 1984 zur Abschaffung der Finanzierung der Notlagenindikation auf Krankenschein geht auf das Betreiben dieser Kreise zurück. Wir werden uns auf das schärfste gegen jede Diffamierung, die Frauen zu Mörderinnen macht und sie in die faschistische Tradition stellt.

Wir fordern:

- das Selbstbestimmungsrecht der Frauen
- die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch
- die Finanzierung der Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein
- ausreichend ambulante und schonende Abbruchmöglichkeiten
- kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für Frau und Mann
- die zuständigen Behörden auf das Pro-Familia-Zentrum in Gießen schnellstens zu genehmigen und die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Außerdem sprechen wir uns gegen die Angriffe aus, die sich gegen dieses Zentrum richten.

Wir wenden uns auf das schärfste gegen die geplanten Aktionen der „Bewegung für das Leben“!

Demonstration und Kundgebung am 10. Mai 1986

um 9.30 und 12.30 Uhr in Hadamar ab Bahnhof

Vorbereitung: Literaturtreff: Bundesvorstand Die Grünen; Bundesweite Koordination der § 218-Gruppen; Bundesweiter Zusammenschluß der Behinderten- und Krüppelinitiativen

Ziel des Aufrufes zwischen den SPD-Frauen einerseits, mit Unterstützung von Jutta Redmann (FI 6. Oktober)

Ziel des Aufrufes zwischen den SPD-Frauen einerseits, mit Unterstützung von Jutta Redmann (FI 6. Oktober), die die ASF „unbedingt dabei haben“ wollte und den § 218-Frauen auf der anderen Seite, die logischerweise keine Lust hatten, einen „Wahlaufruf für die SPD“ zu unterschreiben.

Auch in den Forderungen für „Frieden und internationale Solidarität“ kamen die Kontroversen und z.T. unvereinbaren Standpunkte zwischen sozialdemokratischer und konsequenter linker Politik zum Tragen. Auch hier war frau im Vorwege von den alten noch gerade konsensfähigen Forderungen aus dem letzten Jahr ohne vorherige Diskussion einfach abgerückt und hatte sie auf sozialdemokratisch-feministische Aussagen zurückgeführt. Da wurde z.B. lediglich eine „Kürzung“ der Rüstungshaushalte gefordert und an anderer Stelle die Forderung nach „Beteiligung von Frauen an Abrüstungsverhandlungen“ erhoben. Dagegen fehlten wichtige Forderungen aus dem letzten Jahr wie z.B. „Verzicht auf alle atomaren, chemischen und konventionellen Waffen im Welt- und auf der Erde.“

Weil frau aber auch auf die Frauen aus den § 218-Gruppen wohl nicht ganz verzichten wollte, verleiht auch deren scharfe Kritik in der Öffentlichkeit fürchte, war Mechthild Jansen, die in dem Bündnis eindeutig das Zepher in der Hand hält, sehr darum bemüht, auf die Kritik und Änderungsvorschläge der § 218-Koordination einzugehen und solange zwischen ASF und § 218-Frauen zu verhandeln, bis Kompromisse gefunden waren. Dabei kamen im Endeffekt z.T. sehr allgemeine, wenig konkrete Aussagen und Forderungen zustande. Immerhin war es den § 218-Frauen gelungen, die beabsichtigte Schockierung der SPD ein bißchen aufzukracken und eine, wenn auch nicht direkt formulierte aber nicht zu übersehende Wahlausage für die SPD zu verhindern.

„Nur mitdiskutiert“?

In der Einschätzung der Absichten der ASF hatte frau sich allerdings verhalten.

Nachdem es den SPD-Frauen immerhin gelungen war, den Aufruf in den Aussagen und Forderungen noch stärker als im letzten Jahr auf allgemeine Plattheiten festzulegen, und nachdem sie den „Lohnausgleich“ bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung gekippt hatten, war ihr die ganze Sache dann anscheinend immer noch zu weit links angewinkelt. Offenbar war das Ziel — Wahlkampf für die SPD — nicht ausreichend erreicht.

Nachdem die erste Auflage des Aufrufs noch mit der Unterschrift des ASF-Bundesvorstands erschienen war,

Nachdem die erste Auflage des Aufrufs noch mit der Unterschrift des ASF-Bundesvorstands erschienen war, zog die ASF plötzlich ihre Unterschrift für jede weitere Auflage zurück. Offizielle Begründung: „Unzureichende Absprache über den Unterstützerinnenkreis und eine nicht mit der ASF abgestimmte Vorabveröffentlichung des Aufrufs“ (auf dem neben den Trägerinnen der „Aktion Muttertag“ noch weitere Erstunterzeichnerinnen unterschreiben sollten). Die ASF sei außerdem proportional bei den Erstunterzeichnerinnen nicht ausreichend vertreten. Nun behaupten die Organisatorinnen zwar das Gegenteil. Die Vorabveröffentlichung sei mit der stellvertretenden ASF-Vorsitzenden Heidi Streletz abgesprochen worden und die ASF hätte wie alle anderen Organisationen zwei Unterschriften von Erstunterzeichnerinnen vorlegen können.

Daß die „Gründe“ der ASF für ihren Ausschluss lediglich vorgeschoben sind, demonstrierte sie nochmals aus des letzten Trägerinnenanweisung. Als Mechthild Jansen der ASF anbot, sie bei der zweiten Auflage des Flugblattes besser zu berücksichtigen, lehnte diese immer noch dankend ab. Die ASF sei ja sowieso nie wirklich Mitglied in der „Aktion Muttertag“ gewesen, sondern hätte lediglich „nur mitdiskutiert“, war die Antwort von Karin Junker (ASF-Bundesvorstand). Bei soviel Frechheit, sollte frau meinen, wäre es eigentlich an der Zeit, die SPD-Frauen endlich mal an ihren „Taten“ zu „messen“. Aber auch hier bleibt frau mal wieder ganz brav, wenn's um die Schwestern in der SPD geht. Anstatt das Kind mal beim Namen zu nennen — die ASF sah ihre Positionen im Aufruf nicht genügend durchgesetzt, also zieht sie sich lieber zurück (oder war's vielleicht sogar ein Rückpfeiff von ganz oben?) —, anstatt der ASF ihre Taktikerei um die Ohren zu heulen, bleibt frau ihr dann doch zu guterletzt einen Redebeitrag auf der Demonstration an!

Lediglich die § 218-Frauen und die Grünen protestierten entschieden gegen das Verhalten der SPD-Frauen und wandten sich energisch gegen das Redangebot für die ASF. Die markigen Worte im Aufruf „mischst auch ein in den Wahlkampf“, meßt die Parteien an ihren Taten und unseren Forderungen“, sind somit mal wieder in Treue zur SPD zur reinen Phrase verkommen. Das Bündnis hat eine gute Chance voran, in den kommenden Bundestagswahlkampf mit klaren, radikalen politischen Aussagen vom Standpunkt der Frauenbewegung einzugreifen.

Ny. (Hamburg) in Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften

Literaturtips

zum Thema Stammheim

In unserer Berichterstattung zum Thema Stammheim in AK 267, 268 und 269 waren wir bemüht, den in Artikeln früherer Jahre vorliegenden Informationsstand in vier kurze zu aktualisieren. Die Kenntnis dieser Materialien wird im Folgenden vorausgesetzt.

Darüberhinaus wird aber mancher Leser, manche Leserin das Bedürfnis haben, zu unterschiedlichen Fragen in Veröffentlichungen der zurückliegenden Jahre einzusteigen.

Zu einigen Aspekten sollen im folgenden Hinweise zu früheren das Thema betreffenden Veröffentlichungen zusammengestellt werden.

Wer die angegebenen Quellen heranziehen will, muß sich vermutlich auf eigene Archive besinnen, beziehungsweise ihm/ihre reichbare KBler/innen um entsprechende Einsichtsmöglichkeiten anfragen. Im übrigen ist ein Register aller AK Veröffentlichungen bis einschließlich des 1. Halbjahrs 77 nach wie vor erhältlich.

In einer 2. in Vorbereitung befindlichen Broschüre zum Thema Stammheim werden wir eine ausführlichere Literaturliste zum Thema vorlegen, die auch Nicht-KB-Veröffentlichungen umfangreicher berücksichtigen soll.

1) Rund um die unmittelbaren Vorfälle der Stammheimer Nacht.

- „Das Wunder von Stammheim“, AK 116,
- „Selbstmord“ — „Endlösung des Falles“, AK 118,
- „Weitere Selbstmorde in Vorbereitung“, AK 118,
- „Die staatsfreie Linke nach Stammheim“, AK 119,
- „Aufruf und Fragekatalog für einen internationalen Untersuchungsausschuß“, AK 119,
- „Das Wunder von Stammheim geht weiter“, AK 120;
- „Rebmann-Show geplatzt“, AK 121,
- „Stammheim — Schwamm drüber?“, AK 123,
- „Arbeitsmaterial zum Prozeß gegen die „Wunder von Stammheim“, Mai 79;

(Teile des hier genannten Materials wurden vom KB anlässlich des „Gründer“ AK 123,

2) Zum Staatsapparat, speziell dem Krisenapparat 77 und der Frage der „Veränderung der Demokratie“.

- „Zum Stammheim-Prozeß „Schauprozess der Bourgeoisie gegen die Revolution“, AK 62, Juni 75
- „Bilanz der Verfolgung“, — eine Übersicht aus dem Jahre 76, enthalten in „Droht ein neuer Faschismus?“, Reents Verlag, Hamburg 1976;

„Internationaler staatlicher Terrorpakt geschlossen“, AK 85, Juli 76,

— Das „Reform“-Programm des Anti-Terrorismus“, enthalten in „1956 — 76: 20 Jahre KPD-Verbot — Kampf dem Antikommunismus“, KB-Broschüre von 1976

— „Nach Schleyer — „Führerbunker“ in Bonn“, AK 120;

Siehe dazu auch die Dokumentation der „Antifaschistischen Russell-Reihe 5 — nach Schleyer, „Sonderkommando“ in der BRD — zupager Ausbau der neuen GeStaPo“, Reents Verlag, Hamburg 78,

„Psychologische Kriegführung — Teil der „Ausbauplanung Innere Sicherheit 1978 — 81“, Fakten zur „Dialog-Strategie der Staatsorgane nach 77“, AK 127,

— „Innere Sicherheit — Liberalisierung oder Volksverdummung“ — eine Auseinandersetzung mit der „Dialog-Politik des damaligen Innenministers Baumb,

— „Liberalismus — Folter: Neue Wege der Terrorismusbekämpfung“, AK 221, Juni 82;

— „Strategie des Staates — Stabilität forever? — Bedingungen und historische Zusammenhänge der Deeskalationsstrategie“, AK 247, Juni 84,

— „Der „Sicherheitsstaat“ und die Logik des Schreckens“, AK 266, Jan 86.

3) Zur politischen Bewertung der Stammheimer Vorgänge für die Linke, speziell auch die RAF.

— Serie von Karl Heinz Roth in AK 148, 149 und 151 unter dem Titel „Moral, Gehirnwäsche und Verrat...“

Roth prägte in der Auseinandersetzung mit Dissidenten der RAF und dem Verhalten der staatsfreien Linken das Stichwort „Entsolidarisierung“ und fragte nach der historischen Bedeutung der RAF,

— „Ein bitterer Aufakt: Zu den Hintergründen der Kampagne um Klein und Mahler“, AK 170;

— Unter der Frage „Gewaltfrei in den 3 Weltkriegen?“ wird in AK 236, August 83 das Thema „Gewalt“ und die Veränderung der Haltung der Linken dazu seit Ende der 70er Jahreschwerpunktmäßig behandelt

4) Geschichte der RAF, ältere und neuere Auseinandersetzungen mit der RAF

- „Wem nützen die Bomben bei Springer?“, Broschüre des KB zur Politik der ersten RAF-Generation im ersten Halbjahr 1972 und zur staatlichen Anti-Terrorismus-Kampagne (vergriffen)
- „Bilanz der RAF“, AK 20, Juli 72
- „Nach dem Hungerstreik Die RAF versucht sich zu erklären“, AK 256, März 83
- „Eine Front in Europa? — Anmerkungen zum „Kommando Patsy O'Hara“, AK 255, Februar 85,
- „Action directe“, AK 255, Februar 85;
- „Zur politischen Auseinandersetzung mit der Hungerstreikklärung der RAF — Diskussionsbeitrag „Sutgariter Autonomie“, AK 255, Februar 85

„Zur politischen Auseinandersetzung mit der Hungerstreikklärung der RAF — Diskussionsbeitrag „Sutgariter Autonomie“, AK 255, Februar 85

— „Grüne und Hungerstreik Probleme der Gewaltfreiheit“, AK 255, Februar 85,

— „Eine neue Qualität des Terrorismus?“, AK 262, Sept. 85,

— „BND-Skandal, Geheimdienst sumpf parlamentarisch gedeckt“, AK 264, Nov 85,

5) Knaist

— Isolationsfolter und faschistische Knaistärze — Zur Situation politischer Gefangener in der BRD“, AK 44, Mai 74

„Bundesregierung verweigert Beitritt zur Anti-Folter-Konvention“, AK 261, August 85.

6) Nicht-KB-Literatur speziell zur Stammheimer Nacht.

— „Spiegel“, Nr. 11, März 1980

„Die Spur Nr. 6 blieb ein Geheimnis“ Enthüllungen über die offenen Fragen der Stammheimer Untersuchung.

— „Stern“, Nr. 43, Oktober 1980

„Der Fall Stammheim“, wie im „Spiegel“ eine Auflistung der offenen Fragen.

Dies sind die beiden einzigen umfangreicheren Veröffentlichungen in der bürgerlichen Presse zum Thema Stammheimer Nacht im deutschsprachigen Raum, sie sind allerdings sehr ertragreich. Mensch sollte sie, soweit erhältlich, in der Diskussion bereithalten

Als repräsentativ für große Teile der demokratischen Linken (und zwar der noch eher kritischen Teile) kann der Aufsatz von Peter Schneider „Der Sand an Bauers Schuhen“ in Kursbuch 51 vom März 78 gelten, in dem er eine staatliche wie eine linke Terrorismus-Hysterie gleichermaßen kritisiert

Kommentar:

Softporno

1976 — ein Jahr vor dem deutschen Herbst in Stammheim — wurde in Marseille einem jungen Mann, der nach Überzeugung seiner Richter einen Sexualmord an einem Kind verübt haben soll, durch die Gültigkeit der Kopf abgebläht. An seiner Schuld gab es erhebliche Zweifel. Aber letztlich ist bis heute nicht geklärt, ob er Opfer eines Justizmordes wurde oder nur der Barbarei die sich Todesurteile nennt.

Ein französischer Regisseur hat darüber einen Film gedreht „Der rote Pullover“. Ein Film, der den Prozeß gegen Ranucci — so hieß der angeblich Sexualmörder — und seine Hinrichtung in Szene setzt nicht nur als Verletzung bestehender französischer Rechts, sondern eben auch als Justizmord. Ein Film, der nicht mit dem Spruch endet: „Ranucci wurde am 25.7.1976 in Marseille durch die Guillotine hingerichtet“. Er erspart dem Zuschauer nicht den letzten Akt. Ein Film, der auch die höchste politische Instanz Frankreichs nicht unangestastet läßt — den damaligen Präsidenten Giscard d'Estaing —, sondern behauptet, jener Präsident habe aus Rücksicht auf die „kochende Volksseele“ der Hinrichtung zugestimmt, obwohl er selbst an der Schuld des Verurteilten zweifelte, und damit den Mord perfekt gemacht.

Möglicherweise hat der Regisseur mit dem Film einen Kindesmörder rehabilitiert; möglicherweise hat er der Justiz zu Unrecht Justizmord vorgeworfen. Reinhard Hauff meidet mit seinem „Stammheim“-Film solch Risiko. Da werden Prozeßakten nachgefilmt — aufs „Glattste“ begibt der Mann sich nicht. Und hat dafür auch die Erklärung parat: „Die letzte Wahrheit, wer das nun wie gemacht hat, das bringt den Konflikt auf keine wesentliche Ebene“. Der französische Kollege hätte sich im „roten Pullover“ die Hinrichtung besser gespart — und die Kollegen in USA besser daran getan, den Film über „Sacco und Vanzetti“ nicht mit der baulichen Gewalt zu beunsten, daß die beiden auf dem elektrischen Stuhl umgebracht wurden. „Die letzte Wahrheit“, so Hauff, ist „eigentlich die des Konfliktes“, das muß man doch nicht bis zum Ende zuspitzen.

Als die Genossin Besuchsantrag (mit jemand anderem zusammen) stellte, wurde ihr nie eine schriftliche Zusage geschickt. Erst durch mehrere Telefonate mit der gesamten Anstaltsverwaltung, Rückfragen und Einschaltung eines Rechtsanwalts, konnte im Dezember der erste Besuch durchgeführt werden. (...)

„Und wo sie bevor sie zu Bernd kam mit der gesamten Anstaltsverwaltung, Rückfragen und Einschaltung eines Rechtsanwalts, konnte im Dezember der erste Besuch durchgeführt werden. (...)

„(...) und wo sie bevor sie zu Bernd kam, noch in ein „Verhörzimmer“ geführt wurde, wo die Knaistmannschaft und LKA sich versammelten (dort wurde ihr gesagt, sie dürfe nicht über NATO-Einrichtungen und Bernd nicht über Sicherheitsmaßnahmen innerhalb der JVA reden) (...)

Ein weiterer Brief, in dem die Genossin Bernd geschrieben hatte, wie für sie die Konfrontation mit dem Besuch gelaufen ist und auf sie gewirkt hatte, wurde mit „Kampfaufbruch verbunden mit Beleidigungen“ angehalten. (...)

Am 23.2. sollte dann der Besuch laufen. Zu Anfang lief erst die übliche Prozedur und wieder Verhörzimmer. Es fing dann so an, daß ein LKA'ler sagte, sie hätten mit ihr noch was zu besprechen. Er hatte dabei eine Liste vor sich, wo er die Fragen runterlas. Dann ließ er, „ob das Autokennzeichen „ihren sei“ und „wo sie denn am 31.1. gewesen sei“, ob sie denn ihr Auto verlassen würde, oder nur selber fährt“.

Die Besucherin sagte daraufhin, daß sie hier sei, um den Besuch zu machen und das Gefühl hat, daß sie hier verhört wird und was das ganze jetzt sollte. (...)

Nachdem die Frau daraufhin eine Erklärung dafür verlangt hat, in welchem Zusammenhang das ganze steht, bekam sie darauf keine Antwort, sondern wurde weiter mit Fragen konfrontiert: „Das Auto sei am 31.1. nachmittags zwischen Ingolstadt und 7 mit 3 Personen gefahren worden“. Die Personen wurden als ein Fahrer mit braunen Haaren und schlammiger Erscheinung, einem schlafenden Beifahrer und auf der Rückbank eine 28-Jährige Frau mit Brille und langen Haaren identifiziert.

Was sie wissen wollten, wer diese Personen namentlich gewesen seien. Auf eine erneute Intervention, was das Verhör jetzt soll, sagte der LKA'ler, das würde er ihr nicht sagen, aber davon würde abhängen, „ob sie den Besuch bekommt oder nicht“. Die Genossin verließ daraufhin den Knaist, wo sie noch sagte, daß sie unter diesen Umständen keinen Besuch bekommen würde.

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

78 Seiten, A 4, DM 5,-

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

Was hat die Oktobernacht in Stammheim mit einem (möglichen) Justizmord in Frankreich und einem tatsächlichen in den USA zu tun? Das Stuttgarter Oberlandesgericht konnte die Angeklagten nicht zum Tode verurteilen — diese „Strafe“ gibt es in der Bundesrepublik nicht. Aber: Hat Hauff den Ruf aus dem Herbsttag 1977 verdrängt, man möge die inhaftierten Mitglieder der RAF standrechtlich erschießen, um die Freigabe der Luftkammer Maschine zu erzwingen. Mit dem „Standrecht“ hatte der deutsche Nazi ja knapp vierzig Jahre früher schon viele Probleme geregelt — und Monate nach Stammheim wird der Ministerpräsident, in dessen Bundesland Stuttgart liegt, wenn auch in anderem Zusammenhang, erklärt, daß das, was damals Recht war, heute nicht Unrecht genannt werden dürfte. Im Ergebnis gab es vier tote Gefangene, davon zwei erschossen. Die Wahrheit darüber, wie es zu diesem Ergebnis gekommen ist — ob durch Mord oder Selbstmord — wird gegenwärtig und wahrscheinlich auch in absehbarer Zeit kein Regisseur auf die Leinwand bringen können.

Ein Film, der die Tode in Stammheim darstellte als Verwirklichung der Forderung nach dem Standrecht, wäre vielleicht nicht Nachzeichnung der Wahrheit — aber er würde mehr aussagen über die deutschen Verhältnisse als

das Nachspielen aktenkundigen Prozeßgeschehens. Denn der Ruf, verurteilten „Überlebenden“ einen „kurzen Prozeß“ zu bereiten, gehört zu diesen Verhältnissen — nicht nur, wenn es um „Terroristen“ geht. Und die „Rube-ab“-Mentalität ist hierzulande nicht wenig verbreitet. Das fällt bei der 1949 nur abgeschafft, weil es die Nazis gar zu extensiv genutzt hatten. Es ist das Privileg von Filmemachern, nicht darstellen zu müssen, was belegbar und beweisbar ist (wie wenigen Filme sind Dokumentarfilme), sondern das, was wahr sein könnte. Aber wir sind nicht in Frankreich. Dort hätte man die Dreyfuß Affäre schon hinter sich, als in Deutschland noch über Jahrzehnte das Dogma von der „Unfehlbarkeit“ des Oberlandesgerichts gepflegt wurde. Hauff mag sich mitot vorgenommen, insofern Majestätsbeleidigung begangen zu haben. Aber das „Undenkbar“ zu denken und dann noch gar zu verfilmen — da fehlt dem deutschen Filmemacher doch die Courage.

Herausgekommen ist etwas, was so ähnlich ist wie ein Soft-Porno. Da wird auch immer abgedreht, bevor es zu „unzüchtig“ wird. Das erspart Ärger mit der Zensur und das intellektuelle Publikum findet es schön — weil ein bißchen schon erlaubt ist, aber natürlich nichts übertrieben werden darf.

Ende letzten Jahres hat sich eine Genossin aus München entschlossen, Bernd Rössner, Gefangener aus der RAF, zu schreiben und zu besuchen. Das war in einer Situation, wo Bernd bereits seit einem halben Jahr keinen Besuch mehr bekommen hatte, nachdem sie jeden, der mit Bernd eine Auseinandersetzung hatte, rausgeworfen haben.

Von Anfang an wurde die Diskussion zu den beiden systematisch blockiert. Beschlagnahmen von allem, was von draußen kam, seien es jetzt Postkarten („rev. Parolen“) oder Briefe wegen „Kampfaufbruch verbunden mit Beleidigungen“.

Als die Genossin Besuchsantrag (mit jemand anderem zusammen) stellte, wurde ihr nie eine schriftliche Zusage geschickt. Erst durch mehrere Telefonate mit der gesamten Anstaltsverwaltung, Rückfragen und Einschaltung eines Rechtsanwalts, konnte im Dezember der erste Besuch durchgeführt werden. (...)

„Und wo sie bevor sie zu Bernd kam mit der gesamten Anstaltsverwaltung, Rückfragen und Einschaltung eines Rechtsanwalts, konnte im Dezember der erste Besuch durchgeführt werden. (...)

„(...) und wo sie bevor sie zu Bernd kam, noch in ein „Verhörzimmer“ geführt wurde, wo die Knaistmannschaft und LKA sich versammelten (dort wurde ihr gesagt, sie dürfe nicht über NATO-Einrichtungen und Bernd nicht über Sicherheitsmaßnahmen innerhalb der JVA reden) (...)

Ein weiterer Brief, in dem die Genossin Bernd geschrieben hatte, wie für sie die Konfrontation mit dem Besuch gelaufen ist und auf sie gewirkt hatte, wurde mit „Kampfaufbruch verbunden mit Beleidigungen“ angehalten. (...)

Am 23.2. sollte dann der Besuch laufen. Zu Anfang lief erst die übliche Prozedur und wieder Verhörzimmer. Es fing dann so an, daß ein LKA'ler sagte, sie hätten mit ihr noch was zu besprechen. Er hatte dabei eine Liste vor sich, wo er die Fragen runterlas. Dann ließ er, „ob das Autokennzeichen „ihren sei“ und „wo sie denn am 31.1. gewesen sei“, ob sie denn ihr Auto verlassen würde, oder nur selber fährt“.

Die Besucherin sagte daraufhin, daß sie hier sei, um den Besuch zu machen und das Gefühl hat, daß sie hier verhört wird und was das ganze jetzt sollte. (...)

Nachdem die Frau daraufhin eine Erklärung dafür verlangt hat, in welchem Zusammenhang das ganze steht, bekam sie darauf keine Antwort, sondern wurde weiter mit Fragen konfrontiert: „Das Auto sei am 31.1. nachmittags zwischen Ingolstadt und 7 mit 3 Personen gefahren worden“. Die Personen wurden als ein Fahrer mit braunen Haaren und schlammiger Erscheinung, einem schlafenden Beifahrer und auf der Rückbank eine 28-Jährige Frau mit Brille und langen Haaren identifiziert.

Was sie wissen wollten, wer diese Personen namentlich gewesen seien. Auf eine erneute Intervention, was das Verhör jetzt soll, sagte der LKA'ler, das würde er ihr nicht sagen, aber davon würde abhängen, „ob sie den Besuch bekommt oder nicht“. Die Genossin verließ daraufhin den Knaist, wo sie noch sagte, daß sie unter diesen Umständen keinen Besuch bekommen würde.

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

78 Seiten, A 4, DM 5,-

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

das Nachspielen aktenkundigen Prozeßgeschehens. Denn der Ruf, verurteilten „Überlebenden“ einen „kurzen Prozeß“ zu bereiten, gehört zu diesen Verhältnissen — nicht nur, wenn es um „Terroristen“ geht. Und die „Rube-ab“-Mentalität ist hierzulande nicht wenig verbreitet. Das fällt bei der 1949 nur abgeschafft, weil es die Nazis gar zu extensiv genutzt hatten. Es ist das Privileg von Filmemachern, nicht darstellen zu müssen, was belegbar und beweisbar ist (wie wenigen Filme sind Dokumentarfilme), sondern das, was wahr sein könnte. Aber wir sind nicht in Frankreich. Dort hätte man die Dreyfuß Affäre schon hinter sich, als in Deutschland noch über Jahrzehnte das Dogma von der „Unfehlbarkeit“ des Oberlandesgerichts gepflegt wurde. Hauff mag sich mitot vorgenommen, insofern Majestätsbeleidigung begangen zu haben. Aber das „Undenkbar“ zu denken und dann noch gar zu verfilmen — da fehlt dem deutschen Filmemacher doch die Courage.

Herausgekommen ist etwas, was so ähnlich ist wie ein Soft-Porno. Da wird auch immer abgedreht, bevor es zu „unzüchtig“ wird. Das erspart Ärger mit der Zensur und das intellektuelle Publikum findet es schön — weil ein bißchen schon erlaubt ist, aber natürlich nichts übertrieben werden darf.

Ende letzten Jahres hat sich eine Genossin aus München entschlossen, Bernd Rössner, Gefangener aus der RAF, zu schreiben und zu besuchen. Das war in einer Situation, wo Bernd bereits seit einem halben Jahr keinen Besuch mehr bekommen hatte, nachdem sie jeden, der mit Bernd eine Auseinandersetzung hatte, rausgeworfen haben.

Von Anfang an wurde die Diskussion zu den beiden systematisch blockiert. Beschlagnahmen von allem, was von draußen kam, seien es jetzt Postkarten („rev. Parolen“) oder Briefe wegen „Kampfaufbruch verbunden mit Beleidigungen“.

Als die Genossin Besuchsantrag (mit jemand anderem zusammen) stellte, wurde ihr nie eine schriftliche Zusage geschickt. Erst durch mehrere Telefonate mit der gesamten Anstaltsverwaltung, Rückfragen und Einschaltung eines Rechtsanwalts, konnte im Dezember der erste Besuch durchgeführt werden. (...)

„Und wo sie bevor sie zu Bernd kam mit der gesamten Anstaltsverwaltung, Rückfragen und Einschaltung eines Rechtsanwalts, konnte im Dezember der erste Besuch durchgeführt werden. (...)

„(...) und wo sie bevor sie zu Bernd kam, noch in ein „Verhörzimmer“ geführt wurde, wo die Knaistmannschaft und LKA sich versammelten (dort wurde ihr gesagt, sie dürfe nicht über NATO-Einrichtungen und Bernd nicht über Sicherheitsmaßnahmen innerhalb der JVA reden) (...)

Ein weiterer Brief, in dem die Genossin Bernd geschrieben hatte, wie für sie die Konfrontation mit dem Besuch gelaufen ist und auf sie gewirkt hatte, wurde mit „Kampfaufbruch verbunden mit Beleidigungen“ angehalten. (...)

Am 23.2. sollte dann der Besuch laufen. Zu Anfang lief erst die übliche Prozedur und wieder Verhörzimmer. Es fing dann so an, daß ein LKA'ler sagte, sie hätten mit ihr noch was zu besprechen. Er hatte dabei eine Liste vor sich, wo er die Fragen runterlas. Dann ließ er, „ob das Autokennzeichen „ihren sei“ und „wo sie denn am 31.1. gewesen sei“, ob sie denn ihr Auto verlassen würde, oder nur selber fährt“.

Die Besucherin sagte daraufhin, daß sie hier sei, um den Besuch zu machen und das Gefühl hat, daß sie hier verhört wird und was das ganze jetzt sollte. (...)

Nachdem die Frau daraufhin eine Erklärung dafür verlangt hat, in welchem Zusammenhang das ganze steht, bekam sie darauf keine Antwort, sondern wurde weiter mit Fragen konfrontiert: „Das Auto sei am 31.1. nachmittags zwischen Ingolstadt und 7 mit 3 Personen gefahren worden“. Die Personen wurden als ein Fahrer mit braunen Haaren und schlammiger Erscheinung, einem schlafenden Beifahrer und auf der Rückbank eine 28-Jährige Frau mit Brille und langen Haaren identifiziert.

Was sie wissen wollten, wer diese Personen namentlich gewesen seien. Auf eine erneute Intervention, was das Verhör jetzt soll, sagte der LKA'ler, das würde er ihr nicht sagen, aber davon würde abhängen, „ob sie den Besuch bekommt oder nicht“. Die Genossin verließ daraufhin den Knaist, wo sie noch sagte, daß sie unter diesen Umständen keinen Besuch bekommen würde.

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

78 Seiten, A 4, DM 5,-

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

Herausgegeben von und zu beziehen über „Bürger kontrollieren die Polizei“ und Bremer Jugendpresse, Fehrfeld 60, 28 Bremen, Tel. 0421/704581

Stammheim:

zu Bonn, 17. Oktober

Innenminister Malhofer springt aus seinem polsterbaren Ledersessel auf, schlägt die Hände zusammen, ruft erleichtert: „Geschafft!“ CDU-Chef Helmut Kohl atmet auf: „Gott sei Dank.“ Dann drücken sich Bundeskanzler Schmidt, Kohl und Malhofer lange und stumm die Hände.

Phosphorilic acid

Tot: J. C. Raspe

2.2.1. Answers before

Tetr. C. Ensslin

Tele. C. Ensis

1. Paul
 2. Peter
 3. John
 4. James
 5. Andrew
 6. Philip
 7. Bartholomew
 8. Thomas
 9. Matthew
 10. Mark
 11. Luke
 12. John
 13. Paul
 14. Peter
 15. John
 16. James
 17. Andrew
 18. Philip
 19. Bartholomew
 20. Thomas
 21. Matthew
 22. Mark
 23. Luke
 24. John
 25. Paul
 26. Peter
 27. John
 28. James
 29. Andrew
 30. Philip
 31. Bartholomew
 32. Thomas
 33. Matthew
 34. Mark
 35. Luke
 36. John
 37. Paul
 38. Peter
 39. John
 40. James
 41. Andrew
 42. Philip
 43. Bartholomew
 44. Thomas
 45. Matthew
 46. Mark
 47. Luke
 48. John
 49. Paul
 50. Peter
 51. John
 52. James
 53. Andrew
 54. Philip
 55. Bartholomew
 56. Thomas
 57. Matthew
 58. Mark
 59. Luke
 60. John
 61. Paul
 62. Peter
 63. John
 64. James
 65. Andrew
 66. Philip
 67. Bartholomew
 68. Thomas
 69. Matthew
 70. Mark
 71. Luke
 72. John
 73. Paul
 74. Peter
 75. John
 76. James
 77. Andrew
 78. Philip
 79. Bartholomew
 80. Thomas
 81. Matthew
 82. Mark
 83. Luke
 84. John
 85. Paul
 86. Peter
 87. John
 88. James
 89. Andrew
 90. Philip
 91. Bartholomew
 92. Thomas
 93. Matthew
 94. Mark
 95. Luke
 96. John
 97. Paul
 98. Peter
 99. John
 100. James
 101. Andrew
 102. Philip
 103. Bartholomew
 104. Thomas
 105. Matthew
 106. Mark
 107. Luke
 108. John
 109. Paul
 110. Peter
 111. John
 112. James
 113. Andrew
 114. Philip
 115. Bartholomew
 116. Thomas
 117. Matthew
 118. Mark
 119. Luke
 120. John
 121. Paul
 122. Peter
 123. John
 124. James
 125. Andrew
 126. Philip
 127. Bartholomew
 128. Thomas
 129. Matthew
 130. Mark
 131. Luke
 132. John
 133. Paul
 134. Peter
 135. John
 136. James
 137. Andrew
 138. Philip
 139. Bartholomew
 140. Thomas
 141. Matthew
 142. Mark
 143. Luke
 144. John
 145. Paul
 146. Peter
 147. John
 148. James
 149. Andrew
 150. Philip
 151. Bartholomew
 152. Thomas
 153. Matthew
 154. Mark
 155. Luke
 156. John
 157. Paul
 158. Peter
 159. John
 160. James
 161. Andrew
 162. Philip
 163. Bartholomew
 164. Thomas
 165. Matthew
 166. Mark
 167. Luke
 168. John
 169. Paul
 170. Peter
 171. John
 172. James
 173. Andrew
 174. Philip
 175. Bartholomew
 176. Thomas
 177. Matthew
 178. Mark
 179. Luke
 180. John
 181. Paul
 182. Peter
 183. John
 184. James
 185. Andrew
 186. Philip
 187. Bartholomew
 188. Thomas
 189. Matthew
 190. Mark
 191. Luke
 192. John
 193. Paul
 194. Peter
 195. John
 196. James
 197. Andrew
 198. Philip
 199. Bartholomew
 200. Thomas
 201. Matthew
 202. Mark
 203. Luke
 204. John
 205. Paul
 206. Peter
 207. John
 208. James
 209. Andrew
 210. Philip
 211. Bartholomew
 212. Thomas
 213. Matthew
 214. Mark
 215. Luke
 216. John
 217. Paul
 218. Peter
 219. John
 220. James
 221. Andrew
 222. Philip
 223. Bartholomew
 224. Thomas
 225. Matthew
 226. Mark
 227. Luke
 228. John
 229. Paul
 230. Peter
 231. John
 232. James
 233. Andrew
 234. Philip
 235. Bartholomew
 236. Thomas
 237. Matthew
 238. Mark
 239. Luke
 240. John
 241. Paul
 242. Peter
 243. John
 244. James
 245. Andrew
 246. Philip
 247. Bartholomew
 248. Thomas
 249. Matthew
 250. Mark
 251. Luke
 252. John
 253. Paul
 254. Peter
 255. John
 256. James
 257. Andrew
 258. Philip
 259. Bartholomew
 260. Thomas
 261. Matthew
 262. Mark
 263. Luke
 264. John
 265. Paul
 266. Peter
 267. John
 268. James
 269. Andrew
 270. Philip
 271. Bartholomew
 272. Thomas
 273. Matthew
 274. Mark
 275. Luke
 276. John
 277. Paul
 278. Peter
 279. John
 280. James
 281. Andrew
 282. Philip
 283. Bartholomew
 284. Thomas
 285. Matthew
 286. Mark
 287. Luke
 288. John
 289. Paul
 290. Peter
 291. John
 292. James
 293. Andrew
 294. Philip
 295. Bartholomew
 296. Thomas
 297. Matthew
 298. Mark
 299. Luke
 300. John
 301. Paul
 302. Peter
 303. John
 304. James
 305. Andrew
 306. Philip
 307. Bartholomew
 308. Thomas
 309. Matthew
 310. Mark
 311. Luke
 312. John
 313. Paul
 314. Peter
 315. John
 316. James
 317. Andrew
 318. Philip
 319. Bartholomew
 320. Thomas
 321. Matthew
 322. Mark
 323. Luke
 324. John
 325. Paul
 326. Peter
 327. John
 328. James
 329. Andrew
 330. Philip
 331. Bartholomew
 332. Thomas
 333. Matthew
 334. Mark
 335. Luke
 336. John
 337. Paul
 338. Peter
 339. John
 340. James
 341. Andrew
 342. Philip
 343. Bartholomew
 344. Thomas
 345. Matthew
 346. Mark
 347. Luke
 348. John
 349. Paul
 350. Peter
 351. John
 352. James
 353. Andrew
 354. Philip
 355. Bartholomew
 356. Thomas
 357. Matthew
 358. Mark
 359. Luke
 360. John
 361. Paul
 362. Peter
 363. John
 364. James
 365. Andrew
 366. Philip
 367. Bartholomew
 368. Thomas
 369. Matthew
 370. Mark
 371. Luke
 372. John
 373. Paul
 374. Peter
 375. John
 376. James
 377. Andrew
 378. Philip
 379. Bartholomew
 380. Thomas
 381. Matthew
 382. Mark
 383. Luke
 384. John
 385. Paul
 386. Peter
 387. John
 388. James
 389. Andrew
 390. Philip
 391. Bartholomew
 392. Thomas
 393. Matthew
 394. Mark
 395. Luke
 396. John
 397. Paul
 398. Peter
 399. John
 400. James
 401. Andrew
 402. Philip
 403. Bartholomew
 404. Thomas
 405. Matthew
 406. Mark
 407. Luke
 408. John
 409. Paul
 410. Peter

Einweisung, die auf W.W. sch. vertraulich zu behandeln.
Bundeskriminalamt in Bonn-Bad Godesberg
Jede andere Polizeidienststelle an:

7986 H.P.

Die Auseinandersetzung um das Thema „Stammheim“ hat viele Gesichter: Buch, Film, Theater, Zeitungsartikel, politische Veranstaltungen — es gibt viele Arten, sich der Wahrheit zu nähern oder sie zu verfälschen, sich einzumischen oder sich rauszuschalten, Kritik zu fördern oder zu nivellieren.

Auf diesen beiden Seiten bringen wir zwei (aus einer Serie von vier) Grafiken von Hermann Prigann. Er ist Westdeutscher und lebt zur Zeit als freier Künstler in Wien (im folgenden Text in Kapitel 1 er seine Motivation und seine Art sich mit dem Thema auseinanderzusetzen).

Die Entstehungsgeschichte der Bilder, die ihr auf diesen Seiten seht, fing damit an, daß ich die beginnende Diskussion um den Stammheim-Film mitkriegte, als ich im März in Hamburg war. Ich hab an einen Filmabend in der Kampnagelfabrik mitgelebt.

Die Betroffenheit, die sich herstellte, war unterschiedlicher Art. Zum einen merkte ich: Das ganze Thema, das ganze Ereignis, die Erinnerung an die alten Freunde war doch soweit verdrängt durch das Leben, was man vom Leben, daß — als es wieder wachgerüttelt wurde und das war es bei mir durch den Film — ich sehr erschüttert war über die Inhalte der Diskussion. Ich will darauf jetzt nicht weiter eingehen, aber den Schlußsatz einer Frau, mit der die Diskussionssteilnehmer dann das Haus verließen, werde ich nie vergessen: „Ja, Widerstand muß sein, aber nur ein bißchen.“

Das hat mir dann sozusagen den Rest gegeben und ich hab mir die Frage gestellt, wie es möglicherweise mit meinem bildnerischen Medium meiner Betroffenheit und dieser Thematik eine Aussage zu verleihen. Mit dieser Frage bin ich dann nach Wien, wo ich zur Zeit lebe, zurückgefahren. Dort war die Problematik eine neue: Dort gab es keine Stammheim-Auseinandersetzung. Hier hatte ich ja noch ständig die Anregung durch die Freunde, durch die ganze Umgebung. Das Thema war virulent. Von daher war man auch sehr angeregt, darüber nachzudenken. In Wien war da nichts mehr, doch in meinem Archiv, was ich seit Jahren mit mir führe, habe ich in jenen Jahren damals aktuell gesammelt: Flugblätter der RAF, Wandzeitungen der Polizei mit den roten Kreuzen, abgehackte — so ein Ding habe ich mal demonstriert in einem guten Augenblick —, dann die Zeitungen aus den Tagen, wo „Stammheim“ und „Mogadishu“ passierte.

Diese Dinge wieder vor mich legend habe ich mich dann gefragt, wie gehe ich vor, das jetzt zu visualisieren. Was ihr hier vor euch seht, ist das Ergebnis dieser Überlegungen. Ich habe bewußt jene alten Zeitungen gewählt und mit dieser Verfremdung gearbeitet. Mein Weg war nicht der, hier etwas zu illustrieren, sondern Faksimile zu verarbeiten. Diese Dinge sind Reststücke jener Ereignisse von damals, auch jene aktuellen Zeitungen, Flugblätter usw.

Mit diesen Dingen so umzugehen, daß ich diese Verfremdung da rein bringe, geht eigentlich davon aus, daß ich die Betroffenheit durch diese Vorgänge spürbar, sichtbar machen möchte. Bei dieser Thematik stellt sich bei mir immer wieder eine Mischung aus Wut und Ohnmacht ein, damals wie heute. Ich sehe mich außerstande, auch nur dafür mitzusorgen, daß die Wahrheit ans Licht kommt, was Stammheim angeht. Ich seh mich außerstande zu verhindern, daß Stammheim immer weiter geht. Und dieses sich-Außerstande-Fühlen bringt eben dieses Gefühl von Wut und Ohnmacht zustande. Von daher die Aggression in dieser Form der Grafik.

Ich mude das jedem zu, weil ich glaube, daß Kunst eins immer transportieren sollte: Subjektive Gefühle. Ich glaube, nur über das Transportieren solcher subjektiven Gefühle habe ich eine Chance beim Betrachter und bei der Betrachterin Ähnliches abzurufen, sie zumindest damit zu konfrontieren und ihre Einstellung, vielleicht auch ihre gefühlsmäßige Einstellung zu dieser Thematik Stammheim und dem Schicksal der Genossen und Genossinnen damals wie heute anzusprechen.

Ich hab keine Illustrationen gewählt. Für mich gibt es nichts zu illustrieren dazu. Ich hab auch nicht versucht, mit Stilmitteln, die vielleicht bekannt sind, Zeichnungen, Radierungen, einer schönen Lithografie zu arbeiten, weil für mich bei diesem Thema und dieser Art der Betroffenheit, die ich dazu habe, nur in Frage kommt, mit diesen rauen stilistischen Mitteln zu arbeiten. Soweit zu den Bildern, die ihr hier seht.

Vielleicht noch etwas zu meiner Person und zu meinem Werdegang als Künstler, wieso ich mir überhaupt die Frage stelle, zu diesem Thema was zu machen und es in einer solchen Zeitung wie dem AK veröffentlichen. Das hängt mit einem anderen Problem zusam-

men, das ich habe, nämlich daß ich seit vielen Jahren versuche, in meiner Kunst meinem politischen Anspruch gerecht zu werden, also im kulturellen Sinne verändernd mitzuwirken.

Da blende ich jetzt mal zurück in die 60er Jahre. Damals habe ich hier in Hamburg gelebt und in der Hochschule Lerchenfeld studiert und sehr früh eigentlich den normalen Rahmen des dort angebotenen Kunststudiums verlassen. Der erste Schritt war: So wie die Schule ist, gehts nicht weiter. Darauf folgte politische Arbeit im AStA und die Mitarbeit an der Umstrukturierung

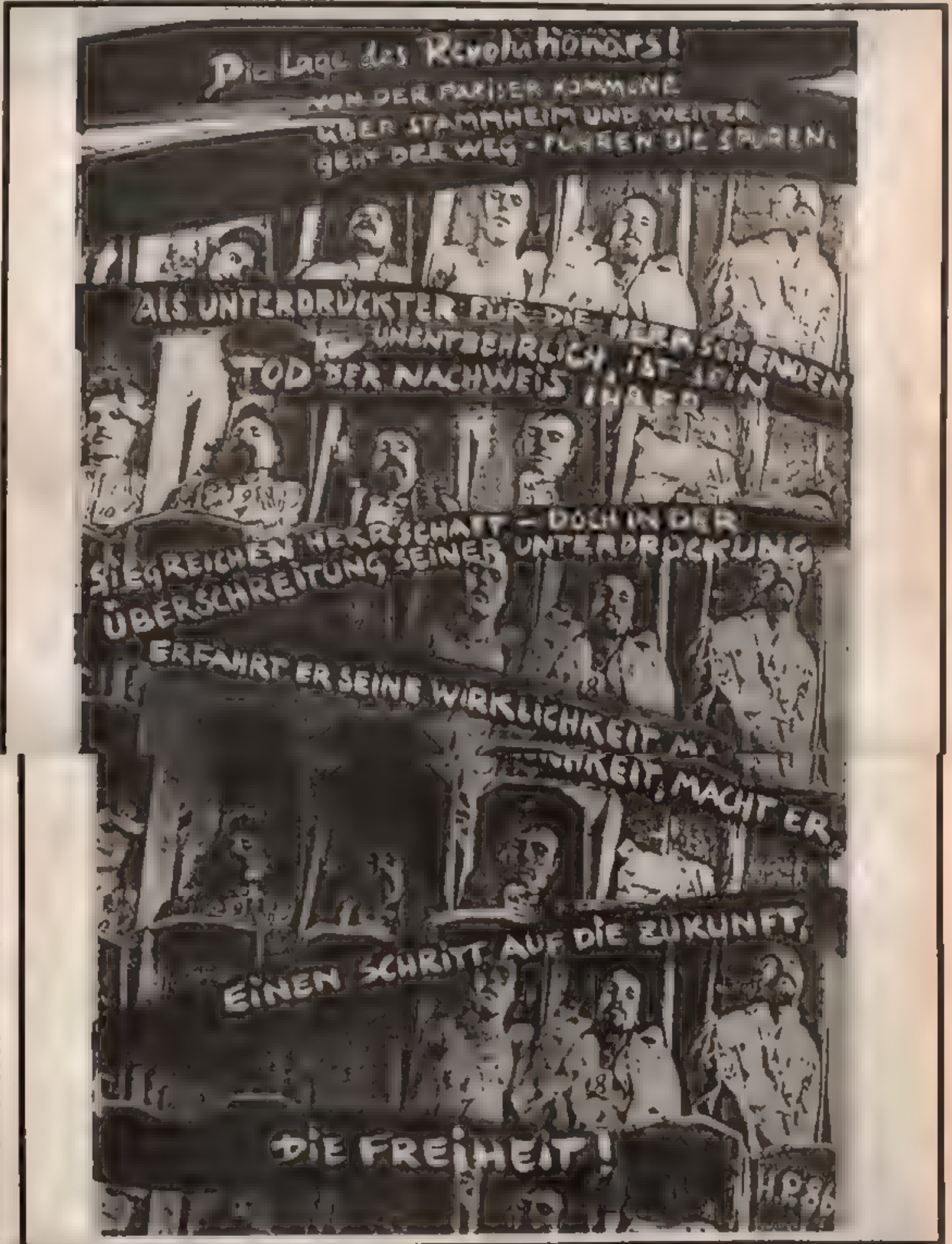
und eine Ohnmacht hatten, nur kein Mittel, das irgendwie umzusetzen, und den Weg der Selbstzerstörung gingen. Ich meine die ganze Szene der Fixer. Ein Stichwort vielleicht für die Hamburger, die das damals bewußt mit sich haben: Hotel Utopia in Altona. Von hier aus hieß meine nächste Frage, wie kannst du als Künstler soziale Probleme angehen, also: Ist Kreativität nur für dich als Subjekt ein Mittel, denn Wut und Ohnmacht an den bestehenden Verhältnissen auszudrücken oder hat die Kreativität, die man selber hat und die man auch lernen kann-

cher Gelder und Bildung einer anarchistischen Veranlagung, ich stand vor der Frage: Ausland oder U-Haft. Ich habe halt Ausland gewählt.

Dieses Ganze bringt für mich eine Erfahrung, die mir zeigt, daß man mit künstlerischen Mitteln sehr wohl ein politisches, gesellschaftliches Geschehen eingreifen kann, daß also ästhetische Mittel, die man wählt, auch Waffen sein können. Sie können insofern Waffen sein, als man in dem Moment, wo man die genormte Ästhetik bricht, mit

Jedem Tag umgegangen wird, was in der Kunst relevant ist, was als schön oder ist für den Künstler ja nur definiert durch die mit welchen Normen, die er zu durchbrechen hat. Das ist seine Aufgabe. Es ist keine revolutionäre Aufgabe. Es ist aber immer die Aufgabe der Revolte. Revolutionär kann das gar nicht sein, denn in dem Moment, wo ich Unruhe mache, wo ich Normen zerschlage oder in Frage stelle, innerhalb der Kunst und damit auch innerhalb des kulturellen gesellschaftlichen Rahmens, regeneriert sich ja das Normative. Das ist der Punkt, wo ich natürlich auch meine Ohnmacht wieder spüre und letztendlich auch wieder zur Wut zurückkehre. Damit schließt sich der Kreis. Aus diesem Widerspruch werde ich nie ausbrechen können, solange wir eben in einer Gesellschaft leben wie der, in der wir leben. Den Bo-

Wut und Ohnmacht Hermann Prigann zu seinen Bildern



deser Hochschule, Öffnung im weitesten Sinne. Der nächste Schritt war dann, Happenings zu machen. Diese Happenings floßen früher oder später in die ganze Anti-Vietnam-Demonstrations-Entwicklung, in die Anti-Springer-Kampagnen ein — d.h. ich habe meine Kunst auf die Straße, in die Bewegung gebracht.

Das ging eine ganze Zeit lang. Als nächstes Resultat aus diesen Schritten kam ich dann aber in Berührung mit Leuten in Hamburg, die auch eine Wut

le umzusetzen, etwas in sich, was im positiven Sinne übertragbar ist. So ist damals die Idee entstanden, die Release-Organisation zu gründen, die einige Jahre dann ja auch — das will ich hier nicht weiter ausführen — gelebt hat, gewirkt hat und vielen Leuten half, sich wie vor, geholfen hat für sich selbst einen Weg zu finden.

Meine Tätigkeit für Release kulminierte dann in einer Anklage seitens Karlsruhe auf Veruntreuung öffentli-

u.B. empfunden wird, daß man dann Ruhe schafft. Das kann jeder bei sich selber erleben. Es gibt den Begriff des Schönen. Es gibt den Begriff des Schön-Findens, des „Das-Finde-ich-Gut“, „Das-Gefällt-Mir“ usw. Ich sehe aus meiner Lebenserfahrung eben meine Aufgabe darin, mit meinen künstlerischen Mitteln diese Kriterien ständig in Frage zu stellen, weil nur das eigentlich den eigenen Anspruch rechtfertigt, mit seiner Kunst in den gesellschaftspolitischen Raum zu arbeiten. Denn je-

gen, den ich hier aufgezählt habe, möchte ich jetzt wieder schließen zu den beiden Bildern, die ihr vor euch seht. Für mich schlägt sich all das, was ich gesagt habe, in diesen beiden Bildern nieder. Vielleicht werde ich auch verstanden, warum mich gerade dieses Thema dazu gebracht hat, das in dieser Form umzusetzen, warum mich dieses politische Thema einer Vergangenheit auch dazu provoziert hat, diese Stilmittel zu wählen.

Die "Europäische Union" — ein Ding der Unmöglichkeit?

Auf der EG-Gipfelformelkonferenz in Brüssel (März 1985) erklärten die damaligen zehn Regierungschefs die Absicht, bis 1992 einen gemeinsamen E.G.-Binnenmarkt zu verwirklichen. Und auf einer weiteren Konferenz in Luxemburg (Dez. 1985) wurde beschlossen, das Ziel einer Währungsunion in die Präambel des EWG-Gründungsvertrages aufzunehmen. Für Kanzler Helmut Kohl hatte nämlich im letzten Jahr „die Stunde der Wahrheit“ für die EG geschlagen. Die E.G. trat auf der Stelle, zerstritt sich lange Zeit über Agrar- und Haushaltsfragen, brachte mühselig die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal zum erfolgreichen Abschluß, schleppte sich dahin. 1984 und 1985 begannen dann E.G.-Institutionen und eigens dafür eingesetzte Kommissionen, an substantiellen E.G.-Reformen zu arbeiten. Denn es waren die drückenden weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, äußere Faktoren, die vor allem Frankreich und die BRD dazu trieben, verbindliche Maßnahmen zur Erreichung des Ziels einer wirtschaftlichen und politischen Union einzuleiten.

In zahlreichen Memoranden haben vor allem die großen westeuropäischen Konzerne, ihr naheliegender Wirtschaftsinstitute usw. die Verwirklichung des Binnenmarktes angeregt. Warum das Ganze? Lassen wir die Konzern-Strategen vom italienischen Konzern Olivetti zu Worte kommen. Desien Chef de Benedetti beklagt zunächst die „provinzielle Einstellung“, die „die Industriepolitik der einzelnen Staaten prägt“ und fordert dann — allen westeuropäischen Monopolkapitalisten sicherlich aus dem Herzen gesprochen: „Die gesamte Gemeinschaft muß gleich dem amerikanischen und japanischen Beispiel ein geeigneter Inlandsmarkt sein, der eine gesunde Basis für weltweite Operationen bietet“ (1).

Warum bisher alle Pläne scheiterten

Schon die Gründungsväter der EWG hatten in den Römischen Verträgen von 1958 in Artikel 2 festgeschrieben: „Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsentwicklung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind“ (2).

Die ökonomischen Integrations-„Sachzwänge“ sollten der Motor für die politische Integration der EWG sein, so jedenfalls stellten sich das die damaligen herrschenden Klassen in den EWG-Ländern vor. Heraus kam dabei immerhin die Zollunion, d.h. der Abbau aller Zölle innerhalb der Gemeinschaft, eine gemeinsame Außenwirtschaftspolitik (seit dem 1.1.1973) und der gemeinsame Agrarmarkt.

Ende der sechziger Jahre kam in der EG die Absicht auf, bis 1980 die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen.

Die Integration der EG-Staaten hat sich immer im Spannungsfeld der „Sachzwänge des Weltmarktes“ einerseits und der nationalen ökonomischen und politischen Interessen andererseits bewegt. Im ersten Teil (AK 288) stellten wir die historische Entwicklung der EG und die unterschiedlichen nationalen Ausgangspositionen und Interessen der einzelnen EG-Staaten dar. Dem schloß sich die Vorstellung des „Europäischen Währungsraums“ an.

In diesem zweiten Teil wird der Stand der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Integration in der EG dargestellt. Im Teil 3 (AK 271) kommen die chronischen Probleme der EG (Agrar- und Haushaltspolitik) zur Sprache und im abschließenden Teil 4 (AK 272) Fragen der politischen Integration.

Nicht behandelt wird die neokoloniale EG-Politik, weil es an dieser Stelle auf die Problematik der inneren Entwicklung der EG ankommt; nur am Rande werden militärpolitische Fragen gestreift, da dieser Komplex an anderer Stelle schon recht ausführlich behandelt worden ist.

Aus diesen Plänen wurde bekanntlich nichts. Die weltweiten Überakkumulationskrisen 1974/75 und 1980/83, der Zerfall des festen Wechselkurssystems, die schärfer werdenden Konkurrenzkämpfe, die Ölpreiserhöhungen, die die Leistungsbilanzen der Industrieländer in unterschiedlichem Ausmaß durcheinander brachen — kurz, die deutlich zutage tretenden „Sachzwänge des Weltmarktes“ in den Krisen trieben die EG auseinander. Die nationalen binnen- und außenwirtschaftlichen Interessen traten in den Vordergrund. Da wurden in einigen Ländern (z.B. Frankreich) hohe Importhürden gegenüber Drittländern errichtet, Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, staatliche Konjunkturprogramme aufgelegt, während die BRD — einmal mehr — die Krisen durch eine Exportoffensive relativ gut überstand. Die materielle Grundlage dieser wirtschaftlichen Divergenzen liegt in der ungleichmäßigen Entwicklungen in den jeweiligen EG-Ländern. Diese Disparitäten zeigen sich u.a. in der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung, den Lohnniveaus, den Wachstumsraten, den Inflationsraten, den Wirtschaftsstrukturen und den Zahlungsbilanzen in den Ländern. Und im Kern liegen sie in der kapitalistischen ungleichmäßigen Entwicklung, die unterschiedlichen nationalstaatlichen Politiken und Interessen ab.

Außerdem befindet sich die EG-Wirtschaftspolitik in dem Dilemma der Doppelfunktion der jeweiligen Staaten; zum einen hat der Staat die jeweils optimalen nationalen Verwertungsbedingungen des Kapitals zu gestalten, gleichzeitig muß er aber Rücksicht nehmen auf die sozialen Konflikte und auf die innerimperialistischen Widersprüche.

Von daher ist es nicht verwunderlich, daß es im institutionellen Rahmen der EG zu keiner gemeinsamen Wirtschaftspolitik gekommen ist.

Die neuen „Herausforderungen“

Was der EG jedoch nicht gelang, das besorgten die Wirtschaftskrisen seit 1974/75. Denn etwa ab Mitte der 70er Jahre, deutlich zutage tretend dann Ende der 70er / Anfang der 80er Jahre, gingen alle kapitalistischen Industriestaaten zur Austeritätspolitik über. Dieser Wechsel vollzog sich ungleichmäßig und in den jeweiligen Ländern mehr (USA, Großbritannien) oder weniger (BRD) rigoros. Die Austeritätspolitik war die Antwort auf die Überakkumulationskrisen des Kapitals. Sie besteht aus folgenden Elementen: im Vordergrund steht die Philosophie, den Kapitalisten durch eine breite Kostenentlastung unter die Arme zu greifen; dazu gehören u.a. eine Senkung der Löhne, strukturalistische Maßnahmen zur Anhebung der Produktivität und Arbeitsintensität, großzügige steuerliche Entlastung.

„Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist eine restriktive Ausgabenpolitik, ein „Zurücknehmen“ des Staates aus dem privatwirtschaftlichen Sektor. Dies kommt in den Sparhaushalten und insbesondere im Sozialabbau voll zum Tragen. Und die monetaristische Seite dieser Politik besteht darin, die Inflationsraten drastisch zu senken. Außerdem hat die Austeritätspolitik dafür gesorgt, daß der Kapitalismus wieder zu seinen „normalen“ Verhältnissen zurückgekehrt ist: die industriellen Reservearmeen sind in allen Ländern beträchtlich angewachsen, ein nennenswerter Abbau ist auch gar

nicht (wg. Lohnsenkungen) gewünscht.

Es kann inzwischen konstatiert werden, daß alle kapitalistischen/imperialistischen Länder zu dieser Politik übergegangen sind (3).

Insofern haben die zyklischen Krisen des Kapitalismus in den letzten zwölf Jahren zu einer weitgehenden Konvergenz der Wirtschaftspolitiken, aber auch der Konjunkturverläufe geführt. Andererseits jedoch — und das ist die lehrreiche der Austeritätspolitik — sind damit auch die Diskrepanzen, die ungleichmäßigen Entwicklungen in den kapitalistischen Staaten, weiter forciert worden. Die ohnehin schon konkur-

aus auch neue, weltweite Absatzmärkte. Mit dem understatement-Slogan von der „Eurosclerosis“ wurde der Sachverhalt umschrieben, daß die westeuropäischen Länder gegenüber ihren Hauptkonkurrenten Japan und den USA ins Hintertreffen geraten waren. (4) Insgesamt trat im Verlaufe der zyklischen Krise 1980/83 die Schärfe des internationalen Konkurrenzkampfes deutlich zutage — und diese „Herausforderungen“ waren es im wesentlichen, die die EG-Länder zu forcierten Integrationsanstrengungen zwangen.

Bei der „Reinigungskrise“ insbesondere der westeuropäischen Stahl- und Werftenindustrien, aber auch der Au-

ßen der von Massenentlassungen betroffenen Arbeiter jedoch vollzog sich das „Abpecken“ ungleichmäßig. In den meisten EG-Ländern wurde der kapitalistische „Ausleseprozeß“ durch staatliche Subventionen verzögert und teilweise abgemildert, nur in Großbritannien und schließlich auch in Frankreich (1985) wurde der Gesundheitschumpungsprozeß der nicht mehr konkurrenzfähigen Stahlkonzerne rigoros unter Inkraftnahme größerer Streiks und Abwehrkämpfe der Arbeiter durchgezogen.

Bei alledem hatte die westdeutsche Stahlindustrie Konkurrenzvorteile; sie stellte sich größtenteils schon rechtzeitig auf die strukturellen Veränderungen ein, spezialisierte ihre Produktion (Spezialstähle, besondere Legierungen usw.) und modernisierte ihre Produktionsanlagen. Die westdeutschen Stahlkonzerne sprachen sich im EG-Rahmen daher auch für einen drastischen Subventionsabbau aus, da sie ohnehin einen Konkurrenzvorteil besaßen — stießen damit aber auf Ablehnung (5). Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich die beteiligten EG-Staaten letztendlich auf ein Stahlabkommen, daß auf einem bestimmten Produktionsquotensystem beruht.

Insgesamt brachen anhand des Stahlkonflikts die unterschiedlichen nationalen Interessenlagen voll auf. Die BRD und Großbritannien wandten sich gegen jegliche protektionistische Maßnahmen gegenüber Drittländern — es sei denn, als Antwort auf die von den USA angedrohten Schutzmaßnahmen ihrer Industrie.

Vor allem Frankreich wollte EG-protektionistische Maßnahmen gegen Stahlimporte aus Drittländern durchsetzen, scheiterte aber innerhalb der EG (7).

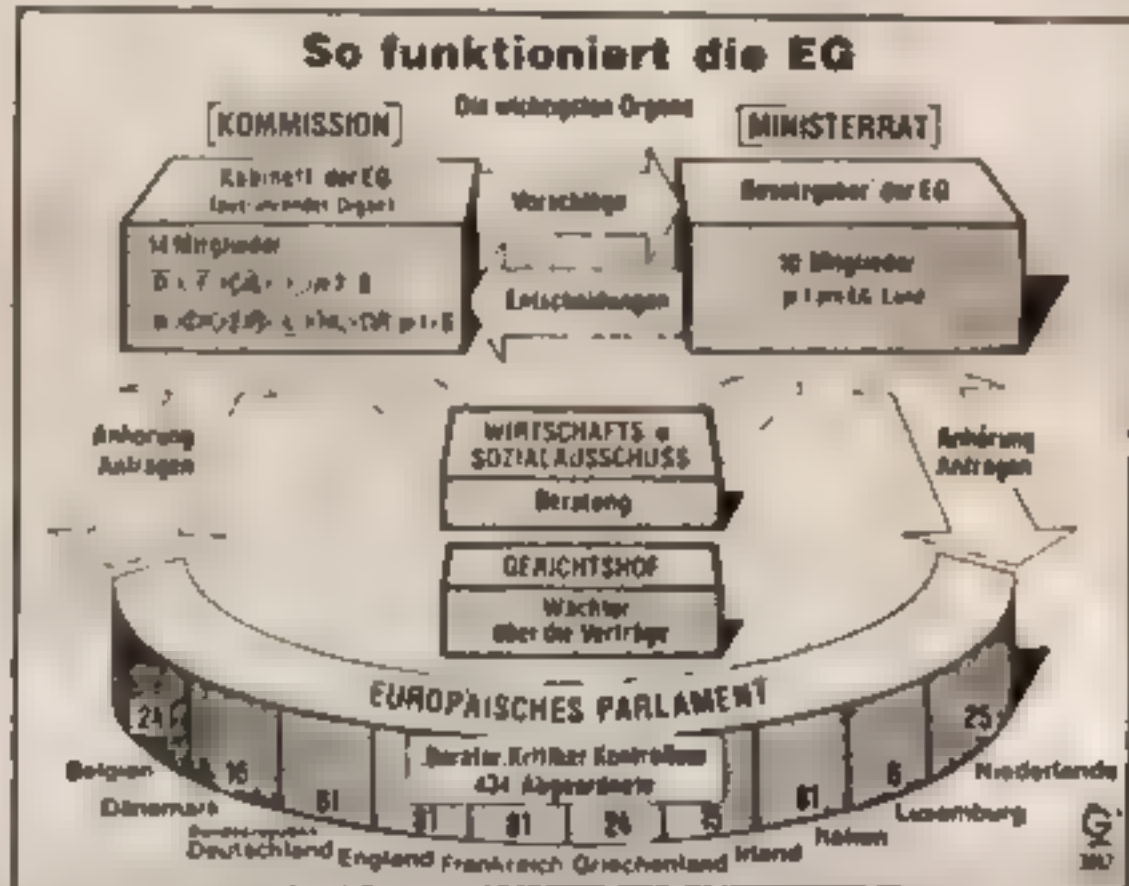
EG (7)

Exkurs: „Technologische Herausforderungen“, Antworten der EG und westeuropäische Monopolbildungen

Anhand des Beispiels der krisenbedingten „Gesundung“ der westeuropäischen Stahlindustrie ist oben dargestellt worden, wie im EG-Rahmen diese strukturellen Probleme bewältigt worden sind. Ähnliches gilt im übrigen für die Werftenindustrien — und in Ansätzen steht in den nächsten Jahren eine scharfe Auseinandersetzung im Kampf ums Überleben der Automobilindustrien an. Vorläufer hat es bereits in Großbritannien und Frankreich gegeben.

Doch es sind nicht so sehr die „traditionellen“ Industrien, die die Oerter erregen, sondern die sogenannten Zukunftsindustrien in den genannten Bereichen Mikroelektronik, Biotechnologien und neue Werkstoffe (Substitution durch Keramik).

In der Tat sind alle EG-Länder hinsichtlich der Spitzentechnologien gegenüber ihren schärfsten Konkurrenten aus den USA und Japan etwas ins Hintertreffen geraten (4). Vor allem die Elektro-Konzerne in der EG sind daher auf den Plan getreten und fordern vehement eine engere industrielle Zusammenarbeit im EG-Rahmen, die Realisierung des gemeinsamen Binnenmarktes als Plattform für die Expansion des weltweiten Kampfes um Absatzmärkte und mehr staatliche Unterstützung. Wisse Dekker, Präsident des niederländischen Philips-Konzerns, sprach sich für eine E.G.-industrielle Kooperation aus, um in der Welt bestehen zu können. Er forderte mehr



Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in den Mitgliedstaaten der EWG (in % des BIP)

	Ernahmen des Staates ¹⁾ in v. H. des BIP ²⁾		Ausgaben des Staates in v. H. des BIP ²⁾	
	1966	1981	1966	1981
Belgien	25,7	45,7	27,9	58,2
Dänemark	27,7	52,2	28,3	62,0
BR Deutschland	35,9	43,8	34,3	47,8
Griechenland	19,4	29,3	22,0	29,7
Frankreich	35,8	45,9	34,9	47,8
Irland	25,5	43,2	27,3	67,5
Italien	28,3	40,4	29,7	49,4
Luxemburg	32,6	58,1	33,5	61,1
Niederlande	33,0	55,7	34,7	60,7
Großbritannien	32,2	42,9	31,7	46,1
EG	32,9	44,4	32,5	48,8

¹⁾ Steuern, Sozialbeiträge und sonstiges.

²⁾ Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Handelsblätt v. 28.3.1982, S. 22

renzfähigen Kapitale und Staaten (wie die BRD) haben ihre Weltmarktpositionen und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der EG festigen bzw. sogar ausbauen können, während etwa Großbritannien eher Gegensteiges widerfahren ist.

Im Verlaufe der Krise 1980/83 haben sich die EG-Mitgliedsstaaten im wesentlichen durch zwei Faktoren herausgefordert: zum einen kamen auf die Länder in unterschiedlichem Ausmaß die Probleme ihrer verfallenden, nicht mehr wettbewerbsfähigen Industrie-sektoren zu. Vor allem die westeuropäischen Stahl- und Werftenindustrien standen vor einer größeren „Reinigungskrise“. Zum zweiten befindet sich die gesamte kapitalistische Produktion in einer technologischen Umbruchphase: die „Neuen Technologien“ (Mikroelektronik, Biotechnologien und neue Werkstoffe) dienen einerseits dazu, die Produktionskosten zu senken, andererseits ergeben sich dar-

tomobilindustrien waren zwei Momente, bezogen auf die EG, wichtig. Die EG-Länder befanden sich vor allem mit den USA mehrfach in einem regelrechten „Stahlkrieg“. Der überbewertete Dollar und die weitgehend unrentable amerikanische Stahlindustrie hatte sich massiven EG-Stahlimporten zu erwehren, in deren Verlauf die USA Importquoten gegenüber den EG-Exporteuren durchsetzten. Gegenüber den USA traten die EG-Länder dank ihrer gemeinsamen Außenhandelspolitik relativ einheitlich und geschlossen auf (5).

Im EG-Rahmen jedoch flogen die Feizen, die Massenstahlproduktion stieß an ihre Überproduktionsgrenzen, außerdem sorgten einige „Schwellenländer“ (Südkorea, Brasilien) dafür, daß ihre Massenstahlprodukte billiger waren. Dies führte bei den Stahlproduzenten in der EG zu einem massiven „Abpecken“ ihrer Industrien. Aufgrund der Furcht vor sozialen Kämp-

In einem der wichtigsten Touristenzentren Ägyptens, in der Pyramidenstadt Gizeh nahe Kairo, rebellierten Ende Februar mehrere tausend Bereitschaftspolizisten. Luxushotels wurden in Brand gesetzt, Nachtclubs verwüstet, Flaschen mit alkoholischen Getränken zertrümmert. Symbole des Luxus und ausschweifenden Lebens, gleichzeitig Symbole der westlichen Einflußnahme, waren Zielobjekte des Protestes, dem sich hunderte Jugendliche aus den ärmsten Schichten anschlossen. Bilder, die an Szenen in Teheran wenige Monate vor dem Sturz des Schahregimes erinnern und das Schreckensbild des extremen islamischen Fundamentalismus wachrufen.

Der Aufstand wurde rasch, konsequent und brutal vom Militär niedergeschlagen; nur vierzehn Tage später konnte der Übergang zur Normalität vermeldet werden, der Normalität des seit der Ermordung Sadats immer noch bestehenden Ausnahmezustandes. Wieso aber rebellierten ausgerechnet die Bereitschaftspolizisten, die bislang als eine der verlässlichsten Stützen des Regimes gelten? Gelassen trat Ägyptens Präsident Mubarak einen Monat nach dem Aufstand ausländischen Journalisten gegenüber, die Rebellion habe ihn keineswegs verwundet, Ursache seien die schlechte Verpflegung der Polizei, zu wenig Sold, zu schlechte Ernährung, zu dürftige Bekleidung. „Eines ist jetzt schon ganz klar — es gab weder einen Einfluß von außen noch von religiösem Fundamentalismus.“ (1) So einfach, so klar?

Die Rebellion

Angeblieh hatte das Gerücht die Rebellion ausgelöst, die Dienstreise der wehrpflichtigen Bereitschaftspolizisten solle von drei auf vier Jahre verlängert werden. Die Wehrpflichtigen, abkommandiert zu 300 000 Mann starken Bereitschaftspolizei, stammen im wesentlichen aus den ärmsten Fellachen-Familien, häufig sind sie den Schreibern und Lesern nicht kundig. Untergebracht in gefängnisähnlichen Lagern am Rande der Wüste, subversiv schicht ernährt und gekleidet, besoldet mit umgerechnet etwa zwölf Mark im Monat, müssen sie vor Regierungsämtern, diplomatischen Vertretungen, Banken und Luxushotels Wache schieben. Ein ungerechtes und unheimliches System, müssen sie vor Regierungsämtern, diplomatischen Vertretungen, Banken und Luxushotels Wache schieben. Ein schreiender Widerspruch: Alles verständlich wäre, wenn dies der Auslöser der Rebellion gewesen wäre, die geplante Verlängerung des Elends. Doch um wieviel besser ist ihr Schicksal in den Dörfern?

Etwa 20 000 Menschen sollen sich an der Rebellion beteiligt haben, nach offiziellen Angaben starben 107 Menschen bei den Auseinandersetzungen, 719 wurden verletzt. (2) Es gibt etliche Anzeichen, dafür, daß die Rebellion organisiert war. Gemeint wurde nicht nur in dem Touristenzentrum Gizeh nahe Kairo, wo die Bereitschaftspolizisten in Zeltlagern gegenüber den Luxushotels hausten, die sie zu bewachen hatten, sondern gleichzeitig in einem halben Dutzend Garnisonen im Nil-Delta, in Oberägypten und am Suezkanal. Die Aufständischen von Tura (nahe Kairo) stürmten als erstes das Staatsgefängnis, in dem die meisten der aus politischen und religiösen Gründen Verhafteten einsitzen, und befreiten moslemische Fundamentalisten, die nach dem Attentat auf Sadat zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. (3) Erste Äußerungen von Regierungsmitgliedern suchten die Verantwortlichen für die Rebellion denn auch in den Reihen der fundamentalistischen Moslems. Vierundzwanzig Stunden nach der Rebellion erklärte Präsident Mubarak im ägyptischen Fernsehen, bei der Meuterei handele es sich um eine von langer Hand geplante und zentral gesteuerte Aktion. (4) Der neue Innenminister Sakhi Badr räumte in einem Interview mit der Kairoer Tageszeitung „Al-Ahram“ ebenfalls ein, die Rebellion sei möglicherweise von islamischen Extremisten provoziert worden. Er wolle nicht ausschließen, daß die Sicherheitskräfte von Extremisten unterwandert seien, die mit dem Sadat-Attentat 1981 in Verbindung gebracht werden. Die Behörden seien im Besitz von Dokumenten eines Führers von „Al Jihad“ (Heiliger Krieg), aus denen hervorgehe, daß es nicht gelungen sei, Mubarak zu stürzen, da die Sicherheitskräfte nicht hätte unterwandert werden können. (5) Gemeint wurde außerdem, daß die Sicherheitskräfte nach einem Videofilm die Identität der Urheber haben feststellen können. Anführer der jugendlichen Angreifer der Nachtlöcher in der Pyramidenstraße sei ein Mitglied von „Al Jihad“ gewesen. (6) Bei einem Teil der Rebellierenden sollen außerdem Geldbeiträge von 50 ägyptischen Pfund gefunden worden sein (das Äquivalent des Soldes der Bereitschaftspolizisten) (6).

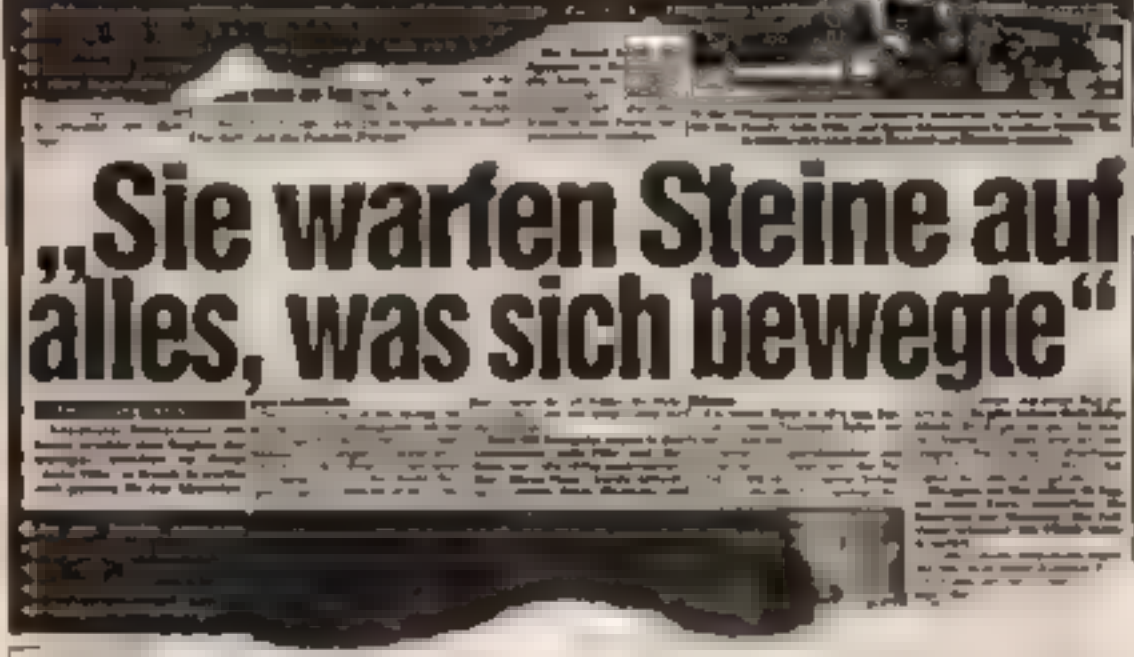
Ägypten: Revolte und politische Opposition

Die Rebellion griff nicht auf andere Bevölkerungsteile über. Daß Befürchtungen in dieser Richtung bestanden, wird an der harten und gleichzeitig vorsichtigen Reaktion der Regierung deutlich. Mehr als 3 000 Menschen wurden verhaftet, über Kairo und andere Städte wurde eine Ausgangssperre verhängt, die allerdings für das Freitagebiet aufgehoben wurde; Schulen und Universitäten, Hochschulen der extremen Fundamentalisten, wurden geschlossen. Der Innenminister und der Chef der Nachrichtendienste wurden entlassen bzw. kaltgestellt, die Polizeichefs der wichtigsten Departements ersetzt; umfangreiche Säuberungen im Innenministerium und innerhalb der Bereitschaftspolizei stehen bevor. (7) Rund 20 000 Bereitschaftspolizisten sollen sofort entlassen und eine Eingreiftruppe für Notsituationen geschaffen werden. Mubarak traf sich am Tag nach dem Aufstand mit den Führern der legalen Opposition (8), die gemeinsam die Rebellion verurteilten. Die Presse hatte sehr offen über die Auseinandersetzungen berichten können. Über die Untersuchungen nach den Ursachen und über die Urheber des Aufstandes wurde hingegen Nachsicht walten gelassen.

Aus dem Bericht des ägyptischen Außenministers, über die Untersuchungen nach den Ursachen und über die Urheber des Aufstandes wurde hingegen Nachsicht walten gelassen. Inzwischen hat der ägyptische Generalstaatsanwalt seine Untersuchungen gegen immerhin rund 2 500 Verhaftete abgeschlossen. Für 1 205 Bereitschaftspolizisten fordert er die Todesstrafe wegen Meuterei, illegalen Waffenbesitzes und Aufruhr, für 31 Zivilisten Haftstrafen oder Zwangsarbeit, gegen 1 172 Personen wurde das Verfahren eingestellt. (9) Angesichts dieser Maßnahmen können die jetzigen Äußerungen der Regierung nur als Beschwichtigungversuche aufgefaßt werden. Nach außen soll der Eindruck eines stabilen Regimes erweckt werden, wobei besonders auffallend ist, daß Libyen diesmal nicht als Drahtzieher der Unruhen genannt wird, obwohl Libyen, ebenso wie Syrien und der Iran, das ägyptische Volk aufgerufen haben, sich der Rebellion anzuschließen (der iranische Parlamentspräsident Rafsanjani beglückwünschte die ägyptischen Moslems nicht nur, sondern sagte ihnen eine große Zukunft voraus (10)). In der Vergangenheit hat Mubarak gern jede Gelegenheit ergriffen, den libyschen Staatschef Ghaddafi als Drahtzieher von Attentaten und Umsturzversuchen zu beschuldigen, wiederholt zogen ägyptische Truppen an der libyschen Grenze auf. Daß er diesmal — trotz Drängens der USA, doch einen gemeinsamen Waffenangriff gegen Libyen zu wagen (11) — selbst von verbalen Attacken Abstand nimmt, hat zum einen sicher außenpolitische Gründe (Wiederannäherung an das arabische Lager, der außerordentlich provokative Kurs der USA gegen Libyen, die Affronts der USA gegen Ägypten, wenn man an die Kaperung des ägyptischen Flugzeuges im Anschluß an die Entführung des italienischen Passagierschiffes Achille Lauro oder die Unnachgiebigkeit gegenüber den ägyptischen Friedensvorschlägen denkt). Schwerer dürften im Augenblick aber die innenpolitischen Schwierigkeiten wiegen: die ausweglose wirtschaftliche Situation, die hinreichend sozialen und politischen Zündstoff bietet, und eine erstarkende extremistische moslemische Opposition, die sich nicht nur die Errichtung eines islamischen Staates zum Ziel gesetzt hat, sondern auch gegen die Abhängigkeit von den USA und den ägyptisch-israelischen Frieden opponiert. Einige Beispiele aus der jüngeren Zeit verdeutlichen die innenpolitische Situation: Im Februar 1986 streikten 42 000 Arbeiter in der größten ägyptischen Textilfabrik in Machalla, weil ihnen der Lohn nicht für einen ganzen Monat, sondern nur für

Kairo brennt Die Blut-Nacht

8000 Polizisten meuterten • 300 Verletzte, 15 Tote • Hotels in Flammen • Frieden in Gefahr • Stürzt Mubarak? Deutsche Urlauber gejagt



„Sie warfen Steine auf alles, was sich bewegte“

26 Tage ausgezahlt wird (12). Versuche, die staatlichen Subventionen für Nahrungsmittel und Energie zu senken, haben in der Vergangenheit wiederholt zu großen Demonstrationen oder Aufständen (Januar 1977, Oktober 1984) geführt. Die antiamerikanischen Demonstrationen nach der Entführung der ägyptischen Verkehrsmaschine im Oktober 1985 mündeten schnell in Proteste gegen die sozialen Mißstände und das Regime Mubarak. Als im Januar der ägyptische Polizeichef Khatat, der Anfang Oktober sieben israelische Touristen auf der Sinai-Halbinsel im Amoklauf tötete, unter ungeklärten Umständen im Gefängnis starb, kam es zu großen Studentendemonstrationen. Khatat wurde von der gesamten rechten und linken Opposition als Held und Märtyrer gefeiert.

Die wirtschaftliche Situation

Die wirtschaftliche Situation

Ägypten befindet sich in einer nahezu ausweglosen wirtschaftlichen Situation. Obwohl belastet durch das koloniale Erbe (Überschuldung, einseitige Ausrichtung auf eine exportorientierte Baumwoll-Monokultur unter britischer Herrschaft), die Fehlentwicklungen unter dem Nasser-Regime (dessen Politik trotzdem bis in die Mitte der sechziger Jahre zu einer gewissen Verbesserung des Lebensstandards führte), die katastrophalen Folgen der Kriege mit Israel, insbesondere des Krieges 1967 (Schließung des Suezkanals, nachfolgender Abnutzungskrieg bis 1970) und den jahrelangen Boykott durch die kapitalistischen Staaten, verschärft die von Sadat eingeleitete Politik der Öffnung (Infitah) die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Ägyptens zusehends. Die Auslandsabhängigkeit, insbesondere von den USA, wurde immer größer, ohne daß die nationale wirtschaftliche Entwicklung vorangeschritten wurde. Während die Masse der ägyptischen Bevölkerung unversättigbar verarmte, häufte die neue und alte herrschende Schicht uralte Reichtümer an.

Heute ist Ägypten mit mehr als 30 Mrd. Dollar im Ausland verschuldet, davon bei den USA mit 8 Mrd. Dollar, bei der Sowjetunion mit 4 Mrd. Dollar. Zum Vergleich: Das von der reichen Oberschicht ins Ausland verschobene Kapital beträgt mehr als das Doppelte der Auslandsschuld, nämlich 60 Mrd. Dollar (13). Für Zinsen und Tilgung müssen jährlich mehr als 3 Mrd. Dollar oder 35 % der Deviseneinnahmen aufgebracht werden, die Tilgung von 7 Mrd. Dollar kurzfristiger Kredite steht an. 1983 betrug das Außenhandelsdefizit 5 Mrd. Dollar. Mit der gleichen Summe ist der Staatshaushalt durch Subventionen für Nahrungsmittel und Energiepreise belastet. Die Zahlungsbilanz verschlechterte sich 1985 so dramatisch, daß die USA Ägypten zu jährlichen Wirtschaft- und Militärhilfe von 2,3 Mrd. Dollar 1986 500 Mio. Dollar zusätzlich zur Verfügung stellten. Mubarak hatte allerdings 1,3 Mrd. Dollar verlangt. Israel wird in diesem Jahr weitere 1,5 Mrd. erhalten.

Die USA hatten im Zusammenhang mit dem Camp-David-Abkommen und dem ägyptisch-israelischen Friedensvertrag beiden Ländern etwa gleiche Wirtschaft- und Militärhilfe zugesichert. Abgesehen von den völlig gleichen Bedingungen, zu denen die USA diese Hilfe vergibt, hat Israel seit her pro Kopf der Bevölkerung 627 Dollar, Ägypten 55 Dollar erhalten. Ägypten bekommt jährlich 100 Mio. Dollar für die Tilgung der Auslandsschulden; der Rest wird über die berüchtigte US-Agency for International Development vergeben (AID) und muß für den Kauf amerikanischer Produkte verwendet werden. Das Geld ist vor allem eine direkte Hilfe für die amerikanischen Weizenfarmer und die US-Wirtschaft. Heute zahlen die USA 4/5 eines jeden Brotes in Ägypten. Projekte in Ägypten, die Produkte erzeugen, die mit amerikanischen Waren konkurrieren könnten, dürfen nicht unterstützt werden. Die AID wollte 1978 der Textilindustrie in Machalla 100 Mio. Dollar zuteilen. Nach Protesten der amerikanischen Textilfabrikanten wurde das Projekt nicht durchgeführt und kein ähnlicher Versuch unternommen. Jede Verwendung der Gelder muß mit der AID-Mission in Kairo abgesprochen werden und wird von ihr kontrolliert. Die rund 1 Mrd. Dollar Militärhilfe wird als Anleihe vergeben.

Die Opposition gegen diese Art von US-Wirtschaftshilfe wächst. Berechnen kann sich daran nur die parasitäre Infitah-Klasse, die vor allem an Konsumgüterimporten verdient und Kapitalien ins Ausland verschiebt. Produktion und Export hingegen vernachlässigt. Während unter Nasser — trotz aller Mängel — die Landwirtschaft gefördert wurde (Assuan-Staudamm, Landgewinnung, ganzjährige Bewässerung, gerechtere Verteilung des bebaubaren Landes), wird sie im Rahmen der Infitah-Politik vernachlässigt. Die notwendigen Folgeprojekte des Assuan-Staudammes wurden beispielsweise nicht durchgeführt. Die hohen Nahrungsmittelimporte wirken der Steigerung der inländischen Nahrungsmittelproduktion entgegen. Seit 1970 ist die Nahrungsmittelproduktion von 100 % auf heute 85 % zurückgegangen; gleichzeitig wuchs die Bevölkerung in diesen Jahren um mehr als 13 Millionen (heute 49 Millionen) (14).

Aktuell verschlimmern äußere Faktoren die wirtschaftliche Situation Ägyptens dramatisch. Wegen des Verfalls der Erdölpreise sind die Einnahmen aus dem Erdölverkauf drastisch gesunken. Im laufenden Jahr werden nach Angaben der ägyptischen Regierung Einbußen von 700 Mio. Dollar erwartet, im nächsten Jahr 1,2 Mrd. Dollar (15). Wegen des gesunkenen Weltmarktpreises nehmen auch die Deviseneinnahmen aus der Suezkanal-Schifffahrt ab. Die Erträge aus dem Tourismus haben sich ebenfalls vermindert, wozu die letzte Rebellion beigetragen dürfte. Drastisch gesunken sind außerdem die Rücküberweisungen der ägyptischen Arbeiter in den Erdölstaaten. Heute arbeiten noch etwa 3 bis 4 Millionen Ägypter im Ausland. Wegen der schwerwiegend gewordenen wirtschaftlichen Lage in den Erdölförderländern wird in nächster Zeit mit einem Rückstrom von Millionen Ägyptern gerechnet, die einen besseren Lebensstandard als in ihrem Heimatland gewohnt, in die ägyptische Gesellschaft eingegliedert werden müssen. Das ist angesichts der Arbeitslosigkeit und der dramatisch steigenden Bevölkerungszahl (mindestens alle neun Monate nimmt die ägyptische Bevölkerung um eine Million zu, die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte jährlich um 400 000) ein weiteres Problem.

Vor dem Hintergrund der sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Lage gewinnen gerade extreme moslemische Organisationen ständig an Einfluß.

Islamische Fundamentalisten

Wie groß der Einfluß der islamischen Fundamentalisten auf die Rebellion der Bereitschaftspolizisten war, läßt sich nur schwer beurteilen. Neben den schon oben eingeführten Hinweisen auf eine auch organisierte Beteiligung moslemischer Gruppierungen geben Geschichte und Aktivitäten dieser Vereinigungen und das Verhalten der Regierung ihnen gegenüber weitere Aufschlüsse. Neben der Umma, dem offiziellen Klerus, gibt es weit über hundert verschiedene Vereinigungen und Bruderschaften, deren wichtigste die Moslembruderschaft ist. Die Moslembruderschaft, 1928 von Hassan al-Banna gegründet, definierte sich 1939 als politische Partei, deren wichtigste Ziele die Errichtung einer „islamischen Ordnung“ und die Verbannung aller „Fremden“ und „Westlichen“ sind. In diesem Zusammenhang kämpfte die Moslembruderschaft gegen die britische Besetzung Ägyptens und gegen die jüdische Ansiedlung in Palästina.

Nach 1940 wuchs ihr Einfluß auf die ägyptische Politik, sie baute eigene militärische Verbände und einen eigenen Nachrichtendienst auf, verfügte über Verbindungen zum ägyptischen Regime und zu oppositionellen Gruppen. Entsprechend mysteriös und zwielichtig ist ihre Rolle in den Kämpfen gegen die Briten und das Regime vor der Machübernahme der „Freien Offiziere“ 1952. Die Moslembruderschaft wird für eine Vielzahl von Attentaten, für Verleumdungsversuche bei der Bildung der Vereinigten Nationalen Front und maßgeblich für den Brand von Kairo verantwortlich gemacht. Ihr Kontakt zu den „Freien Offizieren“ lief über den späteren ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat.

Trotz dieser Vorgeschichte begriff die Moslembruderschaft zu jener Zeit die Machübernahme der „Freien Offiziere“, abwartend, ob sich ihr Handlungsspielraum unter dem neuen Regime vergrößern würde. Zusammen mit anderen politischen Häufungen wurden die Moslembrüder aus den Gefängnissen entlassen; die Organisation durfte mit religiösen Zielen weiterexistieren, was natürlich für die eine drastische Einschränkung ihres politischen Spielraumes bedeutete. Anfang 1954 wurde die Moslembruderschaft verboten. Nach einem Attentatsversuch auf Nasser wurden 15 Moslembrüder zum Tode verurteilt, über tausend verhaftet. Weitere Umsturzversuche folgten. 1963 und 1966 wurden wiederum zahlreiche Mitglieder verhaftet. Nach diesen Prozessen im Inland fast vernichtet, trat die Moslembruderschaft erst in den siebziger Jahren wieder massiv in Erscheinung.

Nasser bemühte sich zwar, seine Politik aus dem Islam heraus zu begründen (die Scharia, die islamische Gesetzgebung, blieb eine Quelle der ägyptischen Rechtsprechung, „Die moslemische Religion ist eine Religion, die zu 100 Prozent sozialistisch ist“), schränkte aber praktisch den politischen Einfluß von Klerus und Bruderschaft massiv ein. Abgesehen davon, daß die Politik Nassers auf den passiven Widerstand des Klerus stieß, errigten vor allem die von ihm eingeführte staatliche Kontrolle der religiösen Institutionen (Minister für religiöse Angelegenheiten), eine einheitliche nationale Rechtsprechung, die staatliche Kontrolle der al-Azhar Universität den Willen des Klerus.

Nach dem Juni-Krieg 1967 begann, wie in allen anderen arabischen Ländern, die Phase der Relativisierung. Die ägyptischen Fundamentalisten konnten nach dem Tode Nassers unter der Präsidentschaft Sadats aus verschiedenen Gründen sehr schnell wieder massiv auftreten. Saudi Arabien hatte schon während der Nasser-Ära die Moslembruderschaft maßgeblich unterstützt, viele Mitglieder gingen dorthin ins Exil. Der zunehmende Einfluß Saudi-Arabiens auf die Politik Ägyptens (nach 1967 wichtiger Geldgeber) begünstigte Zugewandnisse an die Fundamentalisten. Die Moslembrüder fanden mit ihrer Analyse der Ursachen der Niederlage im Krieg 1967 (Abweichen vom Koran, während Israel ein religiöser Staat sei) und ihrer Kritik an den sozialen Mißständen, der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation und der zunehmenden Korruption Widerhall in breiten Schichten der Bevölkerung. Wichtig war aber vor allem, daß Sadat die islamischen Fundamentalisten für seinen Kampf gegen die Linke und Nasseristen einsetzte. Bis Mitte der sechziger Jahre wurden alle Moslembrüder aus den Gefängnissen entlassen, die Exilanten durften zurückkehren. Die Tätigkeit der Moslembruderschaft wurde gedul-

Fortsetzung von vorheriger Seite

der, ihre islamischen Vereinigungen an den Universitäten konnten legal arbeiten. Seit 1976 kann die Zeitung der Moslembruderschaft „Al-Dawa“ wieder erscheinen.

Sowohl während der Studentenunruhen 1972/73 als auch in den Brotunruhen 1977 spielte die Moslembruderschaft eine entscheidende Rolle. Ende 1977 gewannen die islamischen Gruppen fast alle Sitze in den Studentenvertretungen der Universitäten, ebenso in der Nationalen Studentenunion.

Schon kurz nach dem Amtsantritt Sadats traten neben der Moslembruderschaft, die zur Durchsetzung ihrer Ziele auf Veränderungen innerhalb der Regimes setzt, verschiedene extremistische Vereinigungen auf, die gegen die Zusammenarbeit von religiöser und politischer Führung opponieren und die Errichtung einer islamischen Ordnung durch Umsturz anstreben. Seit 1973 werden immer wieder Verhaftungswellen gegen Mitglieder dieser Organisationen durchgeführt, eine Vielzahl von Anschlügen und Attentaten geht auf ihr Konto. Am häufigsten genannt werden die „Gemeinschaft der Moslems“ (Takfir-Gruppe), die einen ehemaligen Minister für religiöse Angelegenheiten ermordet haben und an der Moschee-Besetzung in Mekka (1980) beteiligt gewesen sein soll, die „Partei der islamischen Befreiung“ und „Organisation des Heiligen Krieger“ (Jihad), der das Attentat auf Sadat (6.10.81) zur Last gelegt wird. Die letzte Gruppe spielte bei den militanten Auseinandersetzungen mit den Kopten (1980/81) eine entscheidende Rolle. Sie wird auch bei den jüngsten Verhaftungswellen immer wieder genannt.

Sadat begann erst 1979 die Moslembruderschaft massiv zu kritisieren. In einem Gespräch mit führenden Ägyptern erklärte er sie für die Ursache der Staatsschwäche und drohte Repressionen an. Offensichtlich war ihm die Entwicklung aus der Hand geglitten: Die sorgsam gepöppelten islamischen Fundamentalisten hatten — nicht zuletzt wegen ihrer Kritik an der „Friedenpolitik“ Sadats, an der Hinwendung zu den USA — enorm an Boden gewonnen. Die Auseinandersetzungen zwischen der koptischen Minderheit und islamischen Fundamentalisten — von Sadat durch verschiedene öffentliche Stellungnahmen geschnitten — mündeten in burgerkriegsähnliche Unruhen. Mit Massenverhaftungen im Sommer 1981 versuchte er sich gegen jede Opposition zu entlocken, was schließlich sein Schicksal besiegelte.

Mubarak versuchte zunächst den Ausgleich. Er ließ alle politischen und gemäßigten religiösen Führer frei. Die Mubarak-Versuche zunächst den Ausgleich. Er ließ alle politischen und gemäßigten religiösen Führer frei. Die Entwicklung in Ägypten zeigt jedoch, daß es eine Illusion ist, auf die Mäßigung der islamischen Fundamentalisten zu setzen. Besonders die Verhaftungswellen im Juli 1985 zeigen, daß Mubarak sich durchaus von den islamischen Fundamentalisten bedroht sieht. Unter anderen wurde Omar Abdel Rahman verhaftet, der als religiöser Führer der „Organisation des Heiligen Krieger“ gilt, und im Prozeß gegen die Sadat-Attentäter als Hintermann verurteilt, 1984 aber freigelassen wurde.

Sicher gibt es Verbindungen zwischen der Moslembruderschaft und den extremistischen Organisationen, auch wenn das gerade von der Moslembruderschaft bestritten wird. Die Moslembruderschaft ist in verschiedene Fraktionen gespalten, die führenden Mitglieder der radikalen Gruppen kommen aus der Moslembruderschaft. Das Ziel, die Errichtung einer islamischen Ordnung, ist allen gemeinsam, der Begründer der Moslembruderschaft hat ausdrücklich den Gebrauch von Gewalt und die Durchführung militärischer Aktionen zur Erreichung dieses Zieles gefordert, die Praxis der Moslembrüder hat dem nie entgegenstanden. Außerdem fordert er Qaid.

Daß sie sich von den extremistischen Organisationen distanzieren, hängt in erster Linie damit zusammen, daß sie

Willy Brandt nach seiner Südafrikareise: Das Kreuz mit der Apartheid

Der Monat April brachte nicht nur die ersten Anzeichen des Frühlings, sondern auch spektakuläre Produkte der von der SPD schon lange angekündigten großen „Initiative für eine andere Politik“ gegenüber Südafrika hervor.

Auf Einladung Willi Brandts besuchte der ANC-Präsident Oliver Tambo die BRD. Er durfte u.a. vor einem ausgewählten Publikum in der Friedrich-Ebert-Stiftung die politische Perspektive und die Einschätzung der gegenwärtigen Kampfsituation des ANC vorstellen. Desweiteren traf er mit Rau, Vogel und dem DGB-Vorsitzenden Brel zusammen. Fazit dieser Gespräche: Die SPD könne sich am ANC nicht mehr „vorbeismogeln“, auch wenn dieser zum bewaffneten Kampf aufrufe. Die SPD verspreche sich zwar nichts von Wirtschaftsanktionen, nachdenklich aber stimme die SPD, daß Tambo die Bundesrepublik wie die USA und Großbritannien als eine Dreiergruppe von „Nicht-Freunden“ einstuft.

Unmittelbar nach dem Tambo-Besuch fuhr Brandt zusammen mit SPD-Präsidentenmitglied Koschnick und dem Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für das südliche Afrika, Verheugen, nach Südafrika. Koschnick ist seit kurzem Vorsitzender der Kommission für „internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ der SPD, und damit verantwortlich für die Entwicklung außenpolitischer Strategien gegenüber „Konfliktregionen“ in der „Dritten Welt“.

Eigenliches Ziel der Reise war Botswanas Hauptstadt Gaborone. Dort tagte das Präsidium der Sozialistischen Internationale (SI) unter dem Vorsitz Brandts und beriet über „die Lage im südlichen Afrika“. Eingeraicht wurde dieses Treffen von Stippvisiten der Drier-Crew nach Südafrika, wo sie zahlreiche Gespräche führten mit führenden Persönlichkeiten aus dem Spektrum des antirassistischen Widerstands. Ja selbst mit Nelson Mandela wollten sie im Knast sprechen, was von der Regierung verweigert wurde.

Auf einer Pressekonferenz in Johannesburg kam Brandt nach diesen Gesprächen zu dem Schluß, daß er „hinichtlich der Chancen für eine friedliche Lösung der Probleme nicht optimistisch“ geworden sei. Um zu verhindern, daß die Situation sich weiter radikalisiere, müsse Freiheit für alle poli-

tischen Gefangenen und politische Organisationen gewährt werden. Für eine friedliche Entwicklung sei nicht mehr viel Zeit. Geradezu deprimiert war Brandt nach seinem Besuch beim Rassistenchef Botha im Anschluß der SI-Konferenz, von deren Beschlüssen er sich hinsichtlich der Wirkung auf das Gespräch etwas versprochen hatte.

Immerhin hatte die SI sich „einmütig“ für Wirtschaftsanktionen gegenüber Südafrika ausgesprochen. Darunter Konkrektionen wie:

- Aussetzung des (Hamburg)
- Einfuhrstopp für landwirtschaftliche Produkte aus der RSA
- Aussetzung des Verbots von Waffenlieferungen an das Militär auf den Polizeibereich
- Stopp des Imports südafrikanischer Kohle und
- Beendigung (!) der Zusammenarbeit im nuklearen Bereich, einschließlich der Einfuhr von Uran und Uranprodukten. (nach FR, 21.4.86)

Sichtlich unbeeindruckt ließ Botha Brandt abblitzen und — so Brandt — bestand auf seinen „bekannten Standpunkten mit großer Schärfe“.

Für Brandt wurde auch erkennbar, daß „die Regierung Botha zu einem fundamentalen Wandel der menschenunwürdigen Apartheid-Gesellschaft offensichtlich nicht bereit ist“ (FR, 23.4.86). Besonders bestürzt zeigte sich Brandt darüber, daß die Sprecher der unterdrückten Mehrheit einhellig „vor allem die Bundesrepublik“ neben den USA und Großbritannien zu denjenigen Staaten zählen, von denen sich das Volk „im Stich gelassen“ fühle. Wegen der „bundesdeutschen Brennpunkte“ seien internationale Sanktionsmaßnahmen gegen das Rassenregime unterbunden.

Und das ist eine „schwere Vorbelastung für kommende Zeiten“ (FR, 23.4.86).

Das Dilemma der SPD

Da alle Vertreter des Widerstands unmißverständlich klar gemacht hatten, daß man bereit sei, die negativen Folgen eines totalen Wirtschaftsboykotts in Kauf zu nehmen, wenn dies dem Sturz des Rassenregimes diene, und speziell die engen wirtschaftlichen Beziehungen der BRD zur Stabilität des Regimes beitrügen, sitzt die SPD in der Klemme:

des Regimes beitrügen, sitzt die SPD in der Klemme:

Je länger die BRD das Regime unterstützt, desto größer ist die Gefahr, daß ein befreites Südafrika dies zu wüthigen weiß und sich dem politischen und ökonomischen Einfluß der BRD entzieht. Sich den kommenden Führern eines nicht-rassistischen Südafrikas, also dem ANC und Umfeld, anzubiedern und „mäßigen“ Einfluß auf ihn zu nehmen wird nicht ohne handfeste Zugeständnisse möglich sein. Für einen Wirtschaftsboykott mag Brandt sich nicht einmal jetzt aussprechen. Allerdings will er auf die Bundesregierung einwirken, keine Polizeihubschrauber mehr an die Rassen zu liefern. Statt Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen, erwartet Brandt lediglich von den deutschen Firmen in Südafrika, daß sie sich „öffentlich und überzeugend gegen die Apartheid wenden und sie in ihren Betrieben vollständig überwinden“ (SZ, 23.4.86).

Für solche Alimosen wird der ANC wohl nicht zu haben sein, zumal Brandt damit auch gleich noch hinter die Beschlüsse der SI zurückfällt. Besonders heikel wäre ja auch die Beendigung der „nuklearen Zusammenarbeit“ einschließlich der Einfuhr von Uran und Uranprodukten aus Namibia und Südafrika. Was „beendend“ werden soll, muß ja wohl existieren haben: 1974 hat das Staatsunternehmen STEAG mit der RSA einen Vertrag über den Bau einer Urananreicherungsanlage abgeschlossen, wodurch das Rassenregime die Möglichkeit des Baus eigener Atombomben erhielt. Noch am 19.10.78 dementierte der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Klaus v. Dohnanyi, vor dem Bundestag den Vorwurf, die mittlerweile bekannte Atombombenforschung in Südafrika zu unterstützen, mit der Bemerkung: „Diese Forschung ist eben im zivilen Bereich von großer Bedeutung“.

Nach heute bezieht die BRD ca. 40% ihrer Natururan-Einfuhr aus Südafrika. Diese Geschäfte aufzukündigen, zumal sie auch noch zur Zeit eigener Bonner Regierungsverantwortung angekurbelt wurden, wäre doch eine Anstrengung der SPD wert, um sich beim südafrikanischen Widerstand als ernstzunehmender Bündnispartner darzustellen.



Sooo klein ist der Spielraum für die große „Initiative für eine andere Politik“ gegenüber Südafrika

Aber Willi Brandt spricht nicht für die gesamte SPD. Bis heute gilt das Wort des Hamburger Bürgermeisters Klaus v. Dohnanyi vom 21.7.85: „Ein Handelsboykott ist das falsche Instrument.“ Auch das Präsidiumsmitglied Koschnick war zumindest noch bis Beginn der jüngsten Reise ganz anderer Meinung als Brandt.

Er lehnt jeden Wirtschaftsboykott ab, da die Schwarzen am stärksten betroffen seien. „Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit in den Wirtschaftsbeziehungen hätten letztlich auch eine friedensstiftende Funktion“ (FAZ, 4.4.86), spricht die zynische hauseigene Kaufmannsseele.

Im Januar dieses Jahres referierte er in Bremen vor der „Gesellschaft Südlichen Afrikaner“ über „Probleme im Südlichen Afrika“. Demnach lehne er eine mit Terror erzwungene Alleinherrschaft der Schwarzen ab. Ebenso die sofortige und bedingungslose Einfuhr

des allgemeinen Wahlrechts. „One man — one vote“, Inkatha-Chef Buthelezi sche — gemeinsam mit der liberalen Opposition — in der Tradition der Ziele der SI, die diese Mitte der sechziger Jahre entwickelt habe.

Im Unterschied zur jetzigen Regierung, die die deutschen Interessen in Südafrika am wirkungsvollsten gewahrt sieht durch Stabilisierung des noch scheinbar nicht umstürzlichen Rassenregimes und bei gleichzeitigem Aufbau des für „freie Marktwirtschaft“ anstehenden, promptenwilligen Buthelezi als Alternative, will sich die SPD da nicht so eindeutig festlegen.

Das Dilemma der SPD ist nur, daß sie auf handfesten deutschen Interessen ruhen mußte, wenn sie als ernstzunehmender Apartheid-Gegner gelten will.

Das Dilemma kann nicht groß genug werden.

Bj. Hamburg

Anzeige

Al Karamah

Zeitschrift für die Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten



Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten. Es ist ein Ruf nach der Solidarität mit dem Kampf der arabischen Völker und in den Drei Kontinenten.

- Anmerkungen:
- (1) Süddeutsche Zeitung, SZ 23.3.86
 - (2) Le Monde, LM 9.10.3.86
 - (3) SZ 28.2.86
 - (4) SZ 5.3.86
 - (5) LM 4.3.86
 - (6) SZ 28.2.86
 - (7) LM 4.3.86
 - (8) Frankfurter Allgemeine Zeitung, FAZ 10.3.86. Zur legalen Opposition zählen die Nationalistische Partei, die Regierungspartei (Mubarak), die Neo-Wafd-Partei, die zusammen mit Moslembrüdern bei den Parlamentswahlen kandidierte, die Sozialistische Arbeiterpartei (Islamische Freiheit) und die islamischen Fundamentalisten (Islamische Partei).
 - (9) Frankfurter Allgemeine Zeitung, FAZ 4.4.86
 - (10) LM 2.4.86
 - (11) Nach Veröffentlichungen der „New York Times“ sollen die USA Ägypten im letzten Jahr mehrfach gedrängt haben, an einem gemeinsamen Vorgehen gegen Libyen teilzunehmen. (FR 4.4.86)
 - (12) SZ 27.2.86
 - (13) SZ 14.3.86
 - (14) The Middle East, Aug. u. Sept. 85, Nr. 28.2.85
 - (15) FAZ 10.3.86
 - (16) Angaben in diesem Kapitel nach: SZ 28.2.86, The Middle East, Aug. 1986, Hamid Ansar, „Secularism in Egypt and the Political Expediency of Religion“ in The Middle East Journal, Summer 1984, S. 397-418.
 - (17) Abd al-Moneim Said Ali and Manfred W. Wimmer, „Modern Islamic Reform Movements: The Muslim Brotherhood in Contemporary Egypt“ in The Middle East Journal, Summer 1982, S. 338-361.
 - (18) Martin Gurekiewicz, „Extremistische islamische Organisationen in Ägypten nach 1970“ in Asia Africa Latinamerika, 4/1980, S. 871-882.

Die türkische Linke und die 'Demokratisierung'

— Ein Interview —

Mit den jüngsten Beschlüssen des Europarats wurde die Türkei vollends zurück in den Schoß der westlichen Demokratien genommen, im sechsten Jahr nach dem Militärputsch scheint das Regime international rehabilitiert.

In der Türkei ist einiges in Bewegung geraten: Auf der ersten großen offiziellen Gewerkschaftskundgebung im Februar in Izmir wurden neben der Forderung nach „Brot, Frieden und Freiheit“ gewerkschaftsoppositionelle Stimmen laut. Unter den Studenten greift der Protest gegen die Reglementierung der Hochschulen um sich und die von der Militärjunta eingesetzten Regierungspolitiker erfreuen sich zunehmend weniger Beliebtheit.

Auf die politische Bühne zurückgekehrt sind auch die alten bürgerlichen Führer, die von den Militärs mit Funktionsverbot belegt worden waren. In der öffentlichen Debatte geht es um eine Amnestie für politische Gefangene, um die Folterpraktiken von Polizei und Militär, aber auch um eine neue Verfassung und um Demokratie. Die türkische Regierung unter Ministerpräsident Özal agiert weitgehend ungerührt durch die gesellschaftliche Opposition nach wie vor als Sachverwalter der Militärs. Diese wiederum haben sich nicht in die Kasernen zurückgezogen, sondern mischen weiterhin maßgeblich in der Politik mit. Tägliche Verhaftungen linker Oppositioneller, Folterungen und Knast und ein Krieg im Osten des Landes gegen die kurdische Bevölkerung sind die Gegenseite der gesellschaftlichen Realität in der Türkei heute.

Wir fragten den in Hamburg im Exil lebenden Türken Mehmet über seine Sicht der aktuellen Entwicklung in der Türkei und der Perspektiven der Linken. Mehmet ist einer der Mitbegründer von Devrimci İslci (Revolutionärer Arbeiter) der Auslandsorganisation von Devrimci Yol (Revolutionärer Weg), der vor dem Putsch wohl einflussreichsten radikalen linken Bewegung in der Türkei.

Heute gehört Mehmet nach der Spaltung von Devrimci İslci zu dem Kreis linker Türken und Kurden in Hamburg, zu dem auch der im Februar ermordete Kürsat Timoroglu zählte.

S., Hamburg

S., Hamburg

Ist die Türkei auf dem Weg zu einer bürgerlichen Demokratie?

Ja und nein. Ich mache einen Unterschied zwischen der gesellschaftlichen Entwicklung einerseits und der Entwicklung der Staatsmacht. Das sind zwei Tendenzen. Was die gesellschaftliche Opposition betrifft, „das gesellschaftliche Leben, da gibt es einen Demokratisierungsprozeß.“

Es gibt Anzeichen für ein Wiederaufleben von Basisbewegungen, vor allem unter den Studenten und bei den Gewerkschaften. Aber auch unter den Bauern, den Kleinproduzenten und Kleingewerbetreibenden, den Bewohnern der Gecekondu gibt es auf die jeweiligen Probleme beschränkten Protest gegen die Regierung. Weitergehend: Forderungen und bislang nur bei der Studentenbewegung erkennbar, deren Diskussionen nicht mehr nur die Demokratisierung der Hochschulen, sondern die Demokratisierung der Gesamtgesellschaft zum Inhalt haben.

Die Entwicklung der Basis schafft einen Bruch mit der Staatsmacht, die wiederum versucht, von oben Barrieren gegen eine Demokratisierung zu errichten. Darunter fallen eine Reihe neuer Gesetze, wie das Polizeigesetz, ein neues Mordegesetz, ein neues Wahlgesetz, das die Klausel für das Parlament auf 20 % hochschraubt, um die bürgerlichen oppositionellen Parteien aus dem Parlament fernzuhalten. Auch die Industrie- und Handelskammern sind in ihrem Spielraum eingeschränkt worden, um auch diese Kreise an der Äußerung oppositioneller Meinungen zu hindern. Von oben gibt es also eine entgegengesetzte Tendenz, gegen Demokratisierungsbestrebungen von unten.

Welche Rolle hat das Militär in der jetzigen Entwicklung?

Die Militärs haben nach dem 12. September ein System geschaffen, in dem die staatlichen Entscheidungsgremien, in denen zivile und militärische Bürokraten sitzen, nicht vom Volk direkt gewählt werden. Im heutigen System spielen das Parlament und die Parteien eine zweitrangige Rolle. Die Hauptrolle spielen der Präsident und vom Präsidenten kontrollierte Organe, die mit den Wahlen überhaupt nichts zu tun haben. Das heißt, heute spielt das Militär eine Hauptrolle. Dagegen richtet sich ja auch die Opposition bürgerlicher Kreise.

Es ist aber nicht richtig, den Widerspruch zwischen Militärs einerseits und bürgerlichen Politikern und Parteien andererseits zu sehen. Es ist ein Kampf zwischen zwei bürgerlichen Gesellschaftsvorstellungen. Eine, die sogar von Teilen der bürgerlichen Kräfte, der Özgüçtürkiye, ANAP und Militär vertreten wird, nutzt die gegenwärtige Verfassung, vertritt ein System, in dem die Staatsmacht nicht alle vier Jahre gewählt wird, sondern außerhalb des

Wahlsystems existiert. Dagegen steht die bürgerliche Opposition, die Grundprinzipien der bürgerlichen Demokratie vertritt.

Der Kampf wird geführt zwischen dem Systemverständnis des Militarismus, das mit klassischer bürgerlichen Vorstellungen nichts zu tun hat, und den bürgerlichen Kräften, die für bürgerliche Rechte einstreiten (aber inzwischen um die Rechte der gesellschaftlichen Opposition auf Meinungsfreiheit und Organisation anerkennen, ist eine andere Frage). Trotzdem ist dieser Kampf nicht determiniert, weil es einen weiteren, neuen Faktor gibt, nämlich die sich neu entwickelnde gesellschaftliche Opposition. Es gibt eine Opposition, die im Widerspruch zum herrschenden System steht, aber (noch) nicht von den bürgerlichen Kräften vertreten wird. Von der Radikalität dieser Bewegung wird es abhängen, ob die bürgerlichen Kräfte zu einem Konsens mit den Militärs finden, oder eine Entwicklung ähnlich wie in Spanien oder Griechenland zum Zerbrechen des herrschenden Systems und zu einer bürgerlichen Demokratie führen wird.

Es besteht eine große Gefahr, daß die sich neu entwickelnde gesellschaftliche Opposition von den bürgerlichen Kräften vereinnahmt wird, da die Linke nicht mehr auf der politischen Bühne ist, nicht von der physikalischen Kraft her, sondern ideologisch noch nicht vorbereitet ist, diese gesellschaftliche Opposition zu vertreten.

Von der heutigen Gesamtsituation her betrachtet, ist von dem, was die Militärs mit dem Putsch vom 12. September vorhatten, nurmehr das Skelett übriggeblieben. Das ist das rechtliche System, und selbst das ist von der gesellschaftlichen Opposition und von den bürgerlichen Kräften in die Ecke gedrängt. Die ANAP ist das letzte Bundesglied zwischen Staat und Gesellschaft, die einzige Basis für das neue System, das von der Junta geschaffen wurde. Wenn sie — wie zu erwarten ist — von der politischen Bühne abtritt, kommt etwas Neues. Wie das aussehen wird, weiß niemand, und hängt, wie gesagt, hauptsächlich von der Radikalität der Volksmassen ab. Aber das ganze System der Junta befindet sich heute in einem Zerfallsprozeß, der mit den Wahlen am 6. November begonnen hat.

Dabei muß man Kurdistan getrennt betrachten. Kurdistan ist ein anderes Land. Da herrscht Krieg. Ein von den Militärs ausgegangener Krieg gegen das Volk. Deswegen kann von einem Demokratisierungsprozeß von oben oder von unten nicht die Rede sein. Aber man sollte auch wissen, daß linke Sozialdemokraten und andere bürgerliche Oppositionelle ganz offen in Opposition zu einzelnen Aspekten beispielsweise der Zwangsumsiedlung, der Kurdistanpolitik der türkischen Regierung stehen. Das Wachen und die Entwick-

lung der demokratischen Opposition in der Türkei wird natürlich indirekte Auswirkungen auf Kurdistan haben.

Wie ist die Lage der Linken?

Welche Schwierigkeiten haben die Linken? Zuerst sehen die Linken vor dem Problem, daß die Militärs es geschafft haben, ihre Politik damit zu rechtfertigen, daß sie die Zeit vor dem 12. September als „schwarze Vergangenheit“ darstellen, die Militärs eine Hasa gefunden haben, auf der sie ohne jeglichen relevanten Protest so leicht die Linke zerschlagen konnte. Durch Propaganda, ideologische Gehirnwäsche ist erreicht worden, alles, was vor dem Putsch war, schwarz zu malen. Mit dieser schwarzen Zeit soll man abrechnen. Die Militärs machen das so, daß sie Schuldige suchen, in den linken Kreisen. Das Interessante dabei ist, daß auch die bürgerlichen Kräfte diese Logik akzeptieren.

Auch für sie war das, was vor dem 12. September war, schwarz, schlimm, unverzeihbar, aber daran hatten sie keine Schuld. Sie treten also nicht gegen das von der Junta geschaffene Bild an, wenden sich nicht gegen die z. T. auch in der Gesellschaft existierenden ideologischen Vorstellungen über Massenmorde, Terroranschläge und Brutaltaten und so weiter, sondern versuchen ihre Unschuld zu beweisen, indem sie wiederum den Linken die Schuld in die Schuhe schieben. Die Linken waren es, die Terroristen.

Sie bewegen sich dabei auf einer von Schuhen schieben. Die Linken waren es, die Terroristen.

Sie bewegen sich dabei auf einer von den Militärs geschaffenen Plattform. Das mache ich besonders betonen, weil hier ein ausgesprochener Schwachpunkt der bürgerlichen Kräfte in der Türkei liegt, die sich ja zum Teil durchaus der Wertschätzung westeuropäischer bürgerlicher Kräfte erfreuen. Daß die bürgerliche Opposition in der Türkei heute in dieser Frage keine prinzipielle Haltung einnimmt, sondern mit derselben Logik wie das Militär an die Frage herangeht und die Linke zu Schuldigen erklärt, grenzt für ihre zukünftigen Systemvorstellungen die Linke aus.

In der Geschichte der türkischen Demokratie, der Republik, wird die Linke seit 1920 als ungeliebter Sohn von der politischen Bühne ferngehalten. Heute weiß jeder Liberale, jeder bürgerliche Demokrat, daß in einer Gesellschaft ein Konsens aller gesellschaftlichen Kräfte bestehen sollte und niemand der Linken absprechen kann, legitime Vertreter einer Opposition zu sein, die Bestandteil der Gesellschaft ist. Und daß man diese Kräfte nicht isolieren darf, wenn man eine bürgerliche Demokratie herstellen will.

Aber kommen wir wieder zurück zu den Problemen der Linken. Die Linke muß auf zweierlei Art mit dieser Ideologie kämpfen. Zuerst mit der Logik, einen Schuldigen zu suchen. Wenn man tatsächlich für Demokratie kämpft und für eine Gesellschaft, in der zwischen den verschiedenen Kräften ein Konsens besteht, dann muß man damit beginnen, daß es für gesellschaftliche Probleme keine „Schuldigen“ gibt. Alles hat gesellschaftliche Ursachen und man muß sich mit ihnen auseinandersetzen. Die Linke muß auch mit dieser Logik, Schuldige zu suchen, auseinandersetzen und mit der herrschenden Ideologie brechen.

Zum zweiten müssen wir klarmachen, daß wir richtig gehandelt haben vor dem 12. September. Ich meine, vor allem innerhalb der Linken, weil sich

eine Tendenz breitmacht in der Linken, alles, was vor dem 12. September war, samt und sonders für schlecht zu halten und der Linken die Verantwortung dafür anzulasten.

Ich will in diesem Zusammenhang eines betonen. Es gab verschiedene linke Strömungen, die auch ich stark kritisiert habe, wie die Revisionisten, also die TKP, die Albanienorientierten und wie kleine radikale Gruppen, die nach meiner Überzeugung keine richtige Politik entwickelt haben. Auch wenn die ganze Politik der Linken falsch gewesen sein könnte, ist das kein Grund, die Entwicklung vor dem Putsch schwarz zu malen und erst recht keine Rechtfertigung für den Militärputsch. Obwohl meiner Meinung nach diese falsche Politik nicht vorherrschend war, selbst wenn sie es gewesen wäre, ist das überhaupt kein Grund, den Militärputsch mit dieser Ideologie, daß eine falsche Politik der Linken zum Faschismus führt, zu rechtfertigen. Das muß zuerst klar sein. Daß die Linke unter sich eine Abrechnung mit der Gesellschaft machen muß, ist etwas anderes.

Jetzt komme ich zu den inneren ideologischen Problemen der linken Bewegung, die auch dazu geführt haben, daß es den Militärs so leicht gemacht worden ist, in der Türkei eine Friedensruhe zu erzwingen. Was unsere Vergangenheit betrifft, möchte ich betonen, und dabei meine ich nicht nur Devrimci Yol, daß die Widerstandskämpfer der Bewegung verhindert haben, daß die Zivillisten an die Macht kamen. Das ist ein Verdienst der linken Bewegung. Wir müssen dazu stehen, daß unser Kampf gegen die Faschisten richtig war, daß das kein Terrorismus war. Wir haben in allen Bereichen der Gesellschaft diesen Widerstand entwickelt und wir sollten uns vielleicht in dem Sinne kritisieren, daß wir diese gesellschaftliche Opposition nicht so verbreitern konnten, daß die Gesellschaft gegen den Militärputsch hätte bestehen können. Das wäre eine nicht so verbreitern könnten, daß die Gesellschaft gegen den Militärputsch hätte bestehen können. Das wäre eine

nicht so verbreitern könnten, daß die Gesellschaft gegen den Militärputsch hätte bestehen können. Das wäre eine Selbstkritik in dem Sinne, daß wir nicht genug getan haben.

Welche Demokratievorstellungen werden von der Linke vertreten?

Bei den ideologischen Problemen der Linken spielt die Demokratie eine große Rolle. Heute geht es in der Türkei um Demokratie und um das Systemverständnis, um einen Kampf um das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Da haben Teile der Linken große Schwierigkeiten. Man muß heute von drei wichtigen linken Strömungen in der Türkei sprechen, den Moskauorientierten Kräften muß man ein gesellschaftliches Potential zugestehen ebenso wie den Albanienorientierten Kräften, die zumindest vor dem 12. September ein wichtiges Potential der Linken bildeten, und drittens den undogmatischen linken Kräften, wie Dev Yol. Kräfte wie die TKP und die Albanienorientierten haben Probleme mit dem Demokratieverständnis. Wie können sie es vereinbaren, heute für Gewerkschaftsrechte in der Türkei oder für das Streikrecht einzutreten, aber gleichzeitig für ein Verbot von Solidarität zu sein? Wie können sogenannte linke Kräfte in der Türkei für Demokratie aufstehen und z. B. den Abzug türkischer Truppen von Zypern fordern, und gleichzeitig den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan befürworten? Ich betone das deshalb, weil diese Positionen in der Türkei durchaus eine gesellschaftliche Basis haben.

In der ideologischen Verbindung mit dem Kemalismus liegt ein weiteres Problem der Linken im Demokratieverständnis. Wir waren immer gute Partner der Kemalisten und haben in der Geschichte die Demokratie nicht daran gemessen, wieviel die Massen direkt beteiligt waren. Wir haben Fortschritt danach bemessen, ob es vom Programm her fortschrittlich war. Deswegen war für uns der Putsch 1960 ein

fortschrittlicher, demokratischer Versuch, die Gesellschaft weiterzuentwickeln. Damit müssen wir uns jetzt auseinandersetzen und in unser Demokratieverständnis aufnehmen, daß die Beteiligung der Bevölkerung, der Volksmassen, das oberste Kriterium ist, Demokratie zu messen.

Das bedeutet zudem eine direkte Auseinandersetzung mit dem Widerspruch zwischen Herrschenden und Beherrschten. Ich nehme an, große Teile der Linken sehen sich als naturgemäße Vertreter des Volkes und erwarten vom Volk, diese Führer zu wählen.

Dieses Verständnis bedeutet aber nichts anderes, als die Ideologie von Herrschern und Beherrschten anzuerkennen und mit der herrschenden Ideologie nicht zu brechen.

Dieses Demokratieverständnis haben einige Gruppen vor dem 12. September in den Stadtteilen praktiziert, innerhalb der Organisation und in den Beziehungen zu der Bevölkerung. Da waren wir, im Türkischen sagt man, als „einzig Vogel“, der keine anderen Vögel neben sich akzeptiert, die unumschränkten Hetzen. Mit dieser Ideologie des Avantgardismus müssen wir uns auseinandersetzen, weil diese Logik kein Abrechnen mit den bürgerlichen Demokratievorstellungen ermöglicht.

Wenn wir das Prinzip von Herrschern und Beherrschten, von „oben“ und „unten“ nicht infrage stellen, wenn wir nicht für die direkte Vertretung des Volkes selbst aufstehen, für Volksorganisationen und Massenorganisationen, dann sind wir vom Inhalt her nicht anders als die bürgerlichen Kräfte und es gibt keinen Grund, daß die Bevölkerung uns und nicht diese wählen sollte. Die Schwierigkeit der linken Bewegung besteht darin, daß wir nur mit der Forderung nach bürgerlich-demokratischen Rechten aufstehen und nicht die Beziehung von „oben“ und „unten“, die Beziehung von Gesellschaft und Staat, infrage stellen, wir müssen die Forderung erheben, Macht an die Ge-

sellschaft zu geben, den Staat demokratisch zu konstituieren und für direkte Demokratie aufzutreten und das herrschende Staatsverständnis infrage stellen. Weil jetzt bürgerliche Kräfte für Demokratie eintreten geraten Teile der Linken in Schwierigkeiten. Ihre einzigen Argumente gegenüber den bürgerlichen Kräften ist, diesen Verrat und Lüge vorzuwerfen, weil sie in der Vergangenheit keine Demokraten waren. Dies ist vom Inhalt her die alte Logik. Wir werden die Aufgaben der bürgerlichen Kräfte, die Vollendung der bürgerlichen Revolution, erfüllen, da in der Epoche des Imperialismus die bürgerlichen Kräfte ihre Fortschrittlichkeit eingebüßt haben und nicht mehr in der Lage sind, ihre historische Aufgabe zu erfüllen.

Wenn man nach diesem Trappensmodell denkt, nach dem die erste Aufgabe der Linken ist, die bürgerliche Demokratie, bürgerliche Rechte für die Volksmassen zu gewährleisten, dann verschiebt man auch den Kampf um den Sozialismus auf eine (ferne) Zukunft. Als linke Kräfte müssen wir heute anfangen, prinzipiell andere Demokratievorstellungen zu entwickeln, für direkte Demokratie eintreten, für die Selbstverwaltung des Volkes im Stadtteil, dort, wo wir sind, wo der Kampf sich entwickelt. Das bedeutet auch, es nicht nur mit einer Demokratiefrage zu tun zu haben, sondern mit einer umfassenden Vorstellung eines gesellschaftlichen Befreiungsprozesses.

Deswegen müssen wir als Linke ein Programm entwickeln, das das Machtproblem nicht nur im politischen Bereich anwendet, nach dem Motto: Alles an die Macht (und dann haben wir weiter), sondern auf allen Ebenen der Gesellschaft direkte Vertretungsformen, direkte Organisationsmöglichkeiten entwickelt, die unseren Vorstellungen einer anderen Gesellschaft entsprechen. So eine gesellschaftliche Vorstellung soll radikal aufstehen, Sozialismus nicht auf morgen verschieben, die totale Trennung von bürgerlicher Demokratie einerseits und Sozialismus andererseits aufgeben und endlich Abschied nehmen von der Elapentheorie, Sozialismus ist etwas, für das wir heute kämpfen, also für Emanzipation, wie man im Westen sagt.

Emanzipatorische Bewegungen auf allen Ebenen der Gesellschaft, in allen Bereichen des Lebens und nicht beschränkt auf die politische Ebene und überall für direkte Entscheidungsprozesse kämpfen, für die Methoden und Abläufe entwickelt werden müssen. In diesem Sinne radikale Forderungen zu stellen bedeutet, Radikalität nicht in den Mitteln, sondern in den Inhalten zu propagieren.

Wir stehen heute vor einer neuen Phase in der Türkei. Jetzt beginnt ein neuer Diskussionsprozeß in der Linken, wie immer zuerst um Organisation und Parteifragen, aber das wird darüber hinaus gehen.



Ausdruck der Studentenproteste. Der sozialdemokratische Wochenzeitschrift „Nokta“ mit einer Montage des Vorsitzenden des Hochschülersrates YÖK, Özgürç, auf dem Titel (23.8.86). Herr Özgürç hat gegen „Nokta“ auf 100 Milliarden Lira Schadensersatz.

Die Kritik des westdeutschen Revanchismus verbessern!

Anmerkungen zu einem Artikel im Arbeiterkampf 267

e. schreibt im AK 267, daß die Volksfront den Begriff des Revanchismus weit über das hinaus ausdehnt, „was gemeinhin darunter verstanden wird“. Gemeinhin wird unter Revanchismus eine Politik verstanden, die auf Rückgewinnung der in einem Krieg verlorenen Gebiete mit militärischen und/oder friedlichen Mitteln gerichtet ist. Seltene Bezeichnungen der BRD ist diese „Rückgewinnung“ Verfassungsgrundsatz und Verfassungsauftrag und damit Dreh- und Angelpunkt aller westdeutschen Außenpolitik. Die Position des „Offensivens der deutschen Frage“ zielt auf die Liquidierung der DDR und eine Revision des status quo in Europa. Die Jungt eroberte Drohung von Bundeskanzler Kohl im „Bericht zur Lage der Nation“, die deutsche Frage sei offen, bedeutet eine ständige Bedrohung der Staaten Osteuropas.

Die von e. ein wenig krampfhaft beschriebene, es habe sich in den letzten Jahren keine Zunahme revanchistischer Aktivitäten gegeben, überzeugt nicht. Es hat Änderungen gegeben. Sie wurden von der jetzigen Bundesregierung eingeleitet. Gleich nach dem Antritt der Regierung erklärte Innenminister Zimmermann: „... Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jeweils von Osten und Westen nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Regierung nicht geben.“ (Deutscher Ostdienst, Bonn 3/1983) Das waren neue Töne aus Bonn nach zehn Jahren sozialdemokratischer Ostpolitik und eine Ermunterung anderer revanchistischer Kräfte und auch der Faschisten. Die Bundesregierung verstärkte die Förderung des Revanchismus. Von 1983 bis 1985 wurde der Etat des „Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen“ von 438,3 auf 623,4 Mio. DM erhöht. Aus dem Etat des Bundesinnenministeriums fließen weitere Gelder, vor allem für „ostdeutsche Kulturar-

beit“. Ein Netz von „ostdeutschen Landesmuseen“ wird seit 1981 82 aufgebaut. Keine größere Veranstaltung der Vertriebenenverbände verstreicht, ohne daß dort Regierungsmitglieder sprechen. Revanchistische Propaganda wird mit regierungsoffizieller Unterstützung an die Schulen gebracht.

Der Rüstungshaushalt steigt von Jahr zu Jahr, und der Wehrdienst wird verlängert. Wir können nicht ein Problem entdecken, daß der Begriff des Revanchismus „strapaziert“ wird — wie es e. der Volksfront vorwirft. Im Gegenteil: Die Mobilisierung der Revanchisten muß stärker gestört werden. Öffentliche Auftritte der Reaktionsäre sollen angegriffen werden — auch wenn es sich „nur“ um „ostdeutsche Kulturgruppen“ auf dem Hamburger Rathausplatz handelt. Der großdeutschen Propaganda muß mit der Forderung nach der Anerkennung der Grenzen entgegengetreten werden, um deutlich zu machen, daß die Zerschlagung des Deutschen Reiches 1945 ein Fortschritt war und die jetzigen Grenzen ein guter Zustand für die Staaten Osteuropas und die Lohnabhängigen in der BRD.

Revanchismus und europäische Einigung — ein Gegensatz?

Die Diskussion auf dem Seminar der Volksfront Anfang Februar in Hamburg drehte sich vor allem um „Europa“. Die Fragestellung, die wir aufwarfen, hieß: Ist der Patriotismus heute in der Bundesrepublik erfolgreich zu bekämpfen, ohne Kritik der osteuropäischen Einigungspolitik? Wir meinen, daß die Parole von der „Europäisierung der deutschen Frage“ heute alle revanchistischen Bestrebungen von den Faschisten bis zur SPD zusammen-

führt. Ist das zu grob, zu vereinfacht, wie e. im AK kritisiert? Ich meine nicht. Auch wenn es zwischen NPD, CDU und SPD unbestritten unterschiedliche Positionen und Begründungen gibt — ein „starkes und freies Europa“ fordern sie alle und meinen damit eine großdeutsche Neuordnung Europas: — Die NPD schreibt in ihren Düsseldorf Thesen von 1973 „Europa (muß) den ihm gebührenden eigenständigen Platz wiedergewinnen. Ein Europa der Europäer wird auch dem deutschen Volk seinen Anspruch auf seinen Teil dieser gemeinsamen Freiheit verwirklichen können.“ Der neue Programmentwurf hält an diesen Aussagen fest und bekräftigt sie.

Die Faschisten, die sich Nationalrevolutionäre nennen, sprechen von „europäischer Nationalpolitik unter deutscher Führung“.

— Die Neokonservativen propagieren die „Dekolonialisierung Osteuropas“ als Beitrag zur Befreiung Europas.

CDU-Bundesminister Windelen antwortete auf eine Frage im Deutschland-Archiv 6/1985: „Wenn ich für Selbstbestimmung bin, dann muß ich auch für entsprechende Grenzen eintreten (...) Durch eine europäische Friedenslösung eröffneten sich riesige Märkte und Möglichkeiten. Europa ist jetzt nur zur Hälfte frei. Das gilt auch für den Wirtschaftsaustausch. Gerade der gemeinsame Markt hat in Westeuropa zu einer intensiven Entwicklung geführt. Ein noch größerer Markt, ganz Europa umfassend, würde noch weitere Möglichkeiten bieten.“

— Und der Bundesgeschäftsführer Grotz in seinem „Manifest für eine europäische Linke“: „Europa wird nur eine selbstbewußtere Rolle spielen können, wenn es eine neue Partnerschaft von West- und Osteuropa zustande bringt. Grundlage einer solchen Partnerschaft ist die Garantie der bestehen-

den Grenzen — aber gleichzeitig auch die Einsicht, daß das Verlangen dieser Völker nach Freiheit und Würde nicht erloschen ist ... Wir brauchen eine zweite Ostpolitik.“

Zusammengefaßt: Die „Europäische Einigung“ ist das Konzept der westdeutschen Reaktion zur Veränderung des status quo in Europa. Nicht eindeutige Positionen gegenüber dieser Politik machen die Linke nur hilflos. Warum betont e. im AK immer wieder den Unterschied zwischen dem „klassischen deutschen Nationalismus“ der 60er Jahre und einer Politik mit dem Primat Europa? Ist eine solche Politik nicht revanchistisch? Oder weniger revanchistisch? Ist Revanchismus und europäische Einigung ein Gegensatz? Bleibt bei der Europapolitik irgendwas fortschrittliches oder ist die „europäische Einigung“ ein durch und durch reaktionäres Konzept? Das sind Fragen, die wir dem Arbeiterkampf stellen wollen.

Speziell die BRD verfolgt mit ihrer Europapolitik die Absicht, endlich die Kriegsziele des 1. und 2. Weltkrieges zu erreichen. Als stärkste Militärmacht in Westeuropa und ökonomisch führende Kraft in der EG kann sie auch damit kalkulieren, die Früchte eines erfolgreichen Waffenganges zu kassieren. Die BRD-Imperialisten wären die Kriegsgewinnler Nr. 1 — und nicht etwa die USA oder jemand anderes.

Die Reaktion arbeitet an den Voraussetzungen für die „Befreiung“ Osteuropas!

e. betont in seinem Artikel, daß der Reaktion „griffige Formeln“ für eine Revisionspolitik fehlen und sie nicht so weit ist, wie sie gerne wäre. Das sehen wir auch so! Aber ist nicht gerade das Thema „Europa“ ein Feld, auf dem die Reaktion dabei ist, griffige Formeln erfolgversprechend zu entwickeln und wirksam zu propagieren? Der CDU-Politiker Dregger hat in seinem Aufsatz „Sicherheitspolitische Aspekte der deutschen Frage“ (in: Deutschland Archiv 1/1985) dafür ei-

und „wirksam“ zu propagieren. Der CDU-Politiker Dregger hat in seinem Aufsatz „Sicherheitspolitische Aspekte der deutschen Frage“ (in: Deutschland Archiv 1/1985) dafür eine Richtung angegeben: „In der Regel ist die Sowjetunion unterschätzt worden. Daß Hitler glaubte, das Pakt im Westen 1940/41 durch einen Blitzkrieg gegen die Sowjetunion ausführen zu können, war abenteuerlich. Daß dieser Krieg von Hitler zudem nicht als Befreiungskrieg (Hervorh. vom Verf.), sondern als Eroberungskrieg konzipiert wurde, war ebenso dumm wie verbrecherisch.“ Bundespräsident von Weizsäcker hat diese Idee eines Befreiungsfeldzuges gegen Osten dann zu einer ausgewählten (Friedens-)Aufgabe der Deutschen weitergesponnen. „Einheit der Europäer heißt ein gemeinsamer Weg zu einem menschenwürdigen Fortschritt der Geschichte. Die deutsche Frage ist in diesem Sinn eine europäische Aufgabe. Für ein solches Ziel in Europa ... zu wirken, ist vor allem Sache der Deutschen ... Erst wenn wir zur Gerechtigkeit überall beitragen, dann helfen wir wirklich, den Weg zum Frieden zu ebnen.“ (Weizsäcker auf dem evangelischen Kirchentag 1985) Das klingt zugegeben etwas anders als Artikel aus dem „Schlesier“, in denen von Panzerdurchmärschen an den Ural fabuliert wird — aber bestehen Unterschiede in der Zielsetzung?

Jedenfalls ist die Weizsäcker-Propaganda bereits so „griffig“, daß er auf dem Kirchentag für die Propaganda von Kriegszielen (Gerechtigkeit schaffen durch die Beseitigung von Grenzen) gefordert wurde. Faule Weise meinen auch Linke, daß dies nicht so schlimm sein kann, nur weil Hupka und Czaja bestimmte Passagen der Weizsäcker-Rede kinnrierten. Gefährlich ist diese Propaganda vor allem auch, weil gewisse objektive Grundlagen vorhanden sein müssen, damit sie so wirksam sein kann wie es von Weizsäcker demonstriert. Wer kann schon Bestall spenden, wenn er als „Deutscher“ aufgeführt wird, überall in der Welt für Gerechtigkeit zu sorgen? Leute, die hier nicht ~~gewissen~~ wissen haben, wohl kaum. Für uns ist die Bemerkung im „Kommunistischen Manifest“ immer noch zutreffend: Die Besitzlosen haben kein Vaterland. Patriotische Neigungen entstehen mehr bei Leuten, die gewisse Möglichkeiten zur Eigentümerschaft haben und Interessen entwickeln, dieses Eigentum zu mehren, zu verteidigen, auszudehnen. Und offensichtlich muß unter Leuten, die auf Kirchentage reisen, Men-

schen, die Frieden und Natur bewahren wollen, ein Boden für Patriotismus entstanden sein, sonst wäre der Erfolg Weizsäckers dort nicht erklärlich. Auf diesem Boden hat Weizsäcker jedenfalls angefangen, systematisch zu pflügen und zu säen. Da die Bundesregierung diese Anhangbildung der Reaktion z.B. mit ihrer Steuerpolitik fördert, kann die Linke nicht hoffen, daß es sich um eine Erscheinung handelt, die von alleine vorbegeht. Die antifa-schistische Linke muß diese Anhangbildung der Reaktion stören!

SPD und Europa

Das zweite zentrale Thema auf dem Seminar der Volksfront war die Politik der SPD, genauer deren Europapolitik. Darüber würden wir gerne weiter mit dem KB diskutieren, weil es doch ein praktisches Erfordernis des antifaschistischen Kampfes ist, die Kritik an der SPD zu verbessern. Grotz legt in seinem „Manifest für eine europäische Linke“ ein großdeutsches Programm vor, das an schlimme Traditionen der „Neuordnung Europas“ anknüpft — so lautete unsere These auf dem Seminar. Der Versuch, diesem Programm eine sozialdemokratische Anhänger-schaft in den Gewerkschaften und den Mittelklassen zu verschaffen, muß bekämpft werden.

Grotz spricht in seinem Buch nicht davon, daß Europa in Klassen gespalten ist, daß die BRD ökonomisch und militärisch die EG beherrscht und sie danach strebt, sich weitere Märkte und Arbeitskräfte anzueignen. Der Zusammenhang zur Europapolitik der Faschisten wäre zu deutlich. Auch der Zusammenhang zu den beiden Weltkriegen, die von den deutschen Imperialisten als europäische Einigungskriege geführt worden waren, wäre zu offensichtlich. Nein, Grotz propagiert Europa als eine Supermacht der Wissenschaft und Kultur. Er macht der Intelligenz große Versprechungen. In Grotzens „Manifest“ heißt es dazu: „Kann die europäische Linke die geistig-moralischen Entwicklungsmöglichkeiten und Kultur der westlichen Welt in eine große Versprechung. In Grotzens „Manifest“ heißt es dazu: „Kann die europäische Linke die geistig-moralischen Entwicklungsmöglichkeiten und Kultur der westlichen Welt in eine große Versprechung. In Grotzens „Manifest“ heißt es dazu: „Kann die europäische Linke die geistig-moralischen Entwicklungsmöglichkeiten und Kultur der westlichen Welt in eine große Versprechung.“

Dieses von Grotz propagierte Europa soll ein Eldorado für die Mittelklassen sein. Sie soll im Bündnis mit dem Kapitalisten für qualitatives Wachstum ringen, auf Ökologie achten, die soll sich in aufklärerischer Tradition entfalten können, um den Kapitalismus europaweit zu entfallen und zu bewahren. Insofern ist das Buch von Grotz ein Beitrag der SPD zur Zersetzung der Örtlichen, um antikapitalistische Bestrebungen in der Mittelklasse abzufangen.

Ob das nun der Sparte Revanchismus zuzurechnen ist oder nicht; es ist jedenfalls ein Beitrag der SPD zur Politik: Am deutschen Wesen soll die Welt genehm! Es ist reaktionäre Propaganda, gedacht für Leute, bei denen Neigungen vorhanden sind, nicht ausschließlich sozial zu denken und zu handeln, sondern national oder deutsch.

Was bliebe, neben gründlicher Kritik daran, zu tun? Die Arbeiterklasse verhandelt — so Grotz — durch ihren Kampf gegen die Flexibilisierung der „Modernisierung“, und so ist der Kampf gegen die „Soziale Demokratie als europäisches Programm“ gerichtet. Das sei hoffnungslos. Blockadepunkt: Was bei den Antifaschisten anderes, als diese Kämpfe zu unterstützen, um einen Beitrag gegen die Volksgemeinschaftsbestrebungen der Reaktion zu leisten.

ma, Volksfront

Sudentendeutscher Tag in München

Am 17./18. Mai findet in München der 37. Sudentendeutscher Tag statt, zu dem 150 000 Teilnehmer erwartet werden. Zum ersten Mal wird ein Bundeskanzler auf dem Treffen der Sudentendeutschen Landsmannschaft (SL) sprechen.

Nachdem Kohl letztes Jahr zusammen mit Hupka und Czaja eine Riesende-batte um das Motto des Schlesier-treffens entfacht hatte, um die „Offenheit der deutschen Frage“ heraus-zustreichen, erscheint es sinnvoll, sich das „Motto“ des Sudentendeutschen Tages genauer anzusehen. Es heißt: „Gerechtigkeit schafft Frieden“. Der harmlose Klang der Losung beim ersten Hinhorchen ergriff sich aus den zwei positiv besetzten Substantiven, sollte aber nicht über den aggressiven Kern der Aussage hinwegtäuschen. Der Sprecher der SL und Strauß' Schirmherrschaftsminister, Neubauer argumentiert in der „Sudentendeutschen Rundschau“: Im „Jahr des Friedens“ müsse überlegt werden, was echte Friedenspolitik bedeute. „Gerechtigkeit schafft Frieden ... mit diesem Motto heben wir erneut auf einen Grundgedanken ab, der hinter allen Anstrengungen der Sudentendeutschen Landsmannschaft steht: Das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Heimat als unerläßliche Bestandteile einer internationalen Friedensordnung geltend zu machen.“

Das „Unrecht der Vertriebung“ müsse im Rahmen der „Befreiung“ Osteuropas beseitigt werden. Ganz im Sinne von Strauß: „Für uns endet Europa nicht an Elbe und Böhmerwald ... Der jahrzehntelange ungebrochene Einsatz der sudentendeutschen Volksgruppe für ihr Heimatrecht, für ihr Selbstbestimmungsrecht ist deshalb keineswegs nur der egoistische Kampf um eigene Rechte ... Wir wollen ein kraftvolles, in Freiheit geeintes Europa.“

Zurecht registriert das SS-HIAO-Organ „Der Freiwillige“ (9/84) eine „geteilte Wende ... Nicht mehr Frieden um jeden Preis, sondern Frieden in

Freiheit ist die bestimmende Parole.“ Die Friedensdemagogie kommt kraß zum Ausdruck in dem Satz von Neubauer auf dem Sudentendeutschen Tag 1984: „Die Landsmannschaften (selen) schon seit 1950 die größte Friedensbewegung überhaupt gewesen“. Die zitierte geistige Wende bestätigt im übrigen gerade die verstärkte Unterstützung der Vertriebenenverbände durch die Bundesregierung. Wenden in der Debatte zur Lage der Nation 1984: „Wir haben auch die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Vertriebenen aus dem Rang des Nebensächlichen gehoben und versprechen um eine Bereicherung der deutschlandpolitischen Situation.“ Neben Kohl nimmt am Sudentendeutschen Tag '86 auch Kanzlerberater Teltschik mit einem Vortrag zur deutschen Außenpolitik teil. Und natürlich ist Schürmberg Strauß dabei.

Eine Provokation besonderer Art sind zwei Veranstaltungen des Witkobundes zum Thema „Gerechtigkeit schafft Frieden“ im Sudentendeutschen Haus, angekündigt in der „Sudentendeutschen Rundschau“. Am 13.5. referiert der österreichische Nationalratsabgeordnete Prof. Dr. Felix Ermacora und am 14.5. CSU-MdB Hans Klein. Im Festführer ist diese Veranstaltung angekündigt unter dem Thema: Das Sowjetimperium und die Zukunft Europas). Zur Erinnerung: Der Witkobund wurde 1949 als Geheimbund gegründet von ehemaligen Angehörigen und Funktionären der faschistischen Heinein-Partei des Sudetenlandes. Zu den bis 1 000 Mitgliedern dieser reaktionären Kadertruppe gehörten z.B.

— als Vorstandsmitglied Ernst Anrich, NPD-Mitbegründer und Verfasser des Parteiprogramms, vormalig SS-Untersturmabführer

— Herbert Bohme, Gründer des berüchtigten „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes“ und Mitinitiator der Aktion Widerstand, vormalig Hauptschriftleiter in der NSDAP.

Reichsleitung und in der obersten SA-Führung zuständig für kulturelle Belange.

Auch die CSU ist im Witkobund vertreten, z.B. durch Siegfried Zoglmann, Ex-MdB, heute Vorstandsmitglied der Sudentendeutschen Stiftung, vormalig HJ-Funktionär.

Der 2. Bundesvorsitzende des Witkobundes, Jörg Kuchich, ist bezeichnenderweise Bundesvorsitzender der SL.

Die Sudentendeutsche Stiftung ist Träger des Sudentendeutschen Hauses, das am 14.12.85 als bundesweite Propagandazentrale offiziell eingeweiht wurde und am heutigen Pfingsttreffen ganz im Zentrum des Geschehens steht.

Sie wurde 1970 vom Freistaat als Stiftung des öffentlichen Rechts gegründet. Vorsitzender im Stiftungsrat ist Strauß, Stellvertreter Neubauer. Im Lauf der Jahre flossen der Stiftung erhebliche Mittel durch das Vermögensabwicklungsgesetz zu. Die 22 Mio. DM für das Sudentendeutsche Haus wurden schließlich wie folgt finanziert: 11,5 Mio. vom Freistaat Bayern, 3 Mio. von der Bayerischen Landesstiftung und durch hohe Zuschüsse von Kommunen. Der Rest wurde erbracht aus Beiträgen des Sudentendeutschen Stiftung zugeflossenen Vermögens.

Im Sudentendeutschen Haus und vertreten Adalbert Sulzer Verein, Arbeitsgemeinschaft Sudentendeutscher Erzieher, Collegium Carolinum, Sudentendeutsche Akademie der Wissenschaften und Kunst, Sudentendeutsche Landsmannschaft Bund, Land und Kreis, Sudentendeutsche Jugend — Bund, Sudentendeutscher Rat Sudentendeutsches Sozialwerk, Sudentendeutsches Archiv, Verlagshaus Sudenten-

Karl-Helmut Ziegler

Westeuropa entwickelte sich unter
Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Führung der NATO zum homogenen Block, der schon jetzt über nationale Konsense hinweg militärische Entscheidungen trifft.

Die Blockbildung erfasse ganz West-Europa und bestimme zusammen mit der „zunehmenden faschisierung der inneren Sicherheit“, dem Krieg gegen den Widerstand und dessen Ausdehnung auf alle gesellschaftlichen Bereiche, die alltagswichtige in den Metropolen.

Westeuropa sei zugleich „hebel für die aufrichtung des Imperialismus und instabilster teil des tripartiten blocks“. Die Einflüsse „der drei Linien“ kämen in Westeuropa zusammen. An einer Stelle im Reader wurden diese drei Linien in unfreiwilliger Komik schon sehr einprägsam als „die zunge mit den drei backen“ bezeichnet. Darunter wird verstanden „nord/süd, die politischen rückwirkungen der befreiungskämpfe, - ost/west, wo an der sichtbaren eskalation imperialistischer kriegsführung das feindbild, der antikomunismus immer mehr zerfällt - staats/gesellschaft, wo sie mittlerweile selbst sagen, „daß die gesellschaftliche veränderung in den großen städten der brd verhältnisse geschaffen hat, in denen das concept stadtguerilla besser verwirklicht werden kann als früher“ (FAZ, 27.11.85).

Nach dem „einschnitt 77“ hätten die „angriffe von RAF und AD auf die achse Bonn/Paris“ den Durchbruch geschaffen, um den „revolutionären widerstand zur einheit zu entwickeln“.

In Westeuropa habe sich im Prozess der letzten 8 — 15 Jahre „die guerilla in fast allen staaten politisch verankern können, gibt es überall militante kämpfe, läuft der politische bruch mit dem system, dessen perspektive vernichtung ist“.

Wenn auch noch schwach im Vergleich zu internationalen Befreiungskämpfen, sei der Kampf der „westeuropäischen guerilla“ von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der internationalen Klassenkämpfe, denn „hier ist das Zentrum“, die strategische Basis des imperialistischen Krieges. Vom „widerstand hier“ hänge ab, welche Last der imperialistischen Kriegsführung „die gemessen in mittelamerika und im nahen osten“ tragen müßten. „Das ist ein ganz existenzielles verhältnis“.

Zu der während der APO-Zeit oft engültig beantworteten, aber dennoch immer noch, bzw. wieder offenen Frage, wer angesichts des ja auch gerade von der RAF als desorganisiert und unpolitisch beklagten Proletariats das tragende Subjekt des so rosarot skizzierten Widerstands in den Metropolen „hervor das Zentrum“ sei, „unabhängig von der imperialistischen Kriege vom „widerstand hier“ hänge ab, welche Last der imperialistischen Kriegsführung „die gemessen in mittelamerika und im nahen osten“ tragen müßten. „Das ist ein ganz existenzielles verhältnis“.

Zu der während der APO-Zeit oft engültig beantworteten, aber dennoch immer noch, bzw. wieder offenen Frage, wer angesichts des ja auch gerade von der RAF als desorganisiert und unpolitisch beklagten Proletariats das tragende Subjekt des so rosarot skizzierten Widerstands in den Metropolen ist und in Zukunft sein wird, schwebt sich das „Front“-Papier bedauerlicherweise aus.

Da müßten die Kongressteilnehmer/innen wieder bei dem Reader Zuhilfenahme suchen, „die strategie“, heißt es da in der schon erwähnten Erklärung der RAF von '82, habe „ihre wurzel im existentiellen hunger nach einem anderen leben, in der erfahrung der totalität des imperialistischen zentrums ... der imperialismus verfügt über keine positive, produktive perspektive mehr, er ist nur noch die von zerstörung, das ist der kern der erfahrung, die wurzel der neuen militanz in allen lebensbereichen ist ... das heißt, radikal sich selbst in dem, wo man mit guerilla, kampf um befreiung verbunden ist, zum ausgangspunkt der entwicklung des antiimperialistischen kampfes zu machen.“ — „Jeder kann anfangen“, schrieb Horst Mahler 1971 in der von ihm verfaßten, nicht in den Reader aufgenommenen Frühchrift „Der bewaffnete Kampf in Westeuropa“. Wenn die RAF sich später auch von dem Pamphlet distanziert hat, so scheint in Sachen „revolutionäres Subjekt“ doch heute nach wie vor dasselbe zu gelten wie zu jenen besten Zeiten der Studentenaktivitäten, von denen sich nicht wenige in Ermahnung eines aktiven revolutionären Proletariats kurzerhand selbst zum revolutionären Subjekt erklärten. Das gilt und gilt übrigens keineswegs nur für die RAF.

„Die Reduzierung des bewaffneten Kampfes auf die militärische Ebene“

Wer erwartet hatte, daß sich der „Widerstandskongress“ als bloßer legaler Verstärker aktueller RAF/AD Positionen oder billiges Rekrutierungsfeld für deren Praxis darstellte, wurde, wie sich — je nach Standpunkt — durch den Kongressverlauf eines Besseren oder Schlechteren belehrt.

Die aktuelle Position und Praxis der RAF/AD sowie auch die Systematisierung der RAF Positionen in dem „Front“-Papier bekamen reichlich Zunder — solidarisch zwar, d.h. die gene-

relle Notwendigkeit und den Wunsch nach einer Metropolenguerilla als gegeben voraussetzend, im Ton moderat, jedoch in der Sache scharf, u.T. vernichtend für die aktuelle Politik der RAF.

Uns sind vier umfangreichere Kritikpapiere bekannt geworden, die auf dem Kongress verteilt wurden. Nur eins davon allerdings — unter dem Titel „Für den Kommunismus“ — scheint direkt zum Kongress verfaßt worden zu sein. Die übrigen sind Kopien solcher Papiere, die schon vor dem Kongress in der Szene kursierten. So ein westdeutsches Papier aus dem Sommer '85 „Was kommt nach dem Hungerstreik?“ So ein Bündel „Geschichte, Kritiken, Dokumente“ vom bekannten Visk Vertrieb in Oberursel, eine mehr literarische Einlassung zum Thema. So ein „Diskussionspapier“ der „Roten Lora“, „Krise, Krieg und Friedensbewegung“, mit dem sich Teile der Szene derzeit in die Strategiedebatten der Friedensbewegung einzuklinken versuchen.

Grundlinie aller Kritiken ist zum einen der Vorwurf der Oberflächlichkeit und des Schematismus in der Analyse. Begriffe wie „Gesamtsystem“, „Gleichzeitigkeit der Kämpfe“, „Frontabschnitt“ u.ä. seien ungeeignet zur tatsächlichen Erfassung der sehr widersprüchlichen wirklichen Entwicklung von Imperialismus und Klassenkampf. Eine zutreffende Analyse könne mit einem solchen simplifizierten Begriffssystem nicht erzielt werden, eine marxistische schon gar nicht. Entgegen ihrem demonstrativ hochgehaltenen Anspruch habe die RAF/AD in ihrer Analyse und Theoriebildung den Boden marxistischer Methode längst verlassen.

Der theoretischen Schematisierung entspreche die Schematisierung der Praxis, in der der politische Kampf um die Überzeugung der Menschen von der RAF inzwischen auf die bloße militärische Auseinandersetzung reduziert worden sei. Diese Kritik wird bereits im dem Papier aus dem Jahr '85 vorgebracht, in dem es um die Perspektiven nach dem Hungerstreik 84/85 geht. Alle neueren Kritiken formulieren als Ausgangspunkt ihr Unbehagen an der Erschießung des GI Pimental im Sommer '85. Mit dieser Aktion wurde offensichtlich auch für die sich als Guerilla verzeihende Szene die Grenze des von ihnen noch zu Akzeptierenden überschritten. (Anm. 4)

Exemplarisch kommt die Grundlinie der Kritiken in der Einleitung des Papiers „Für den Kommunismus“ zum Ausdruck. Dort heißt es in der Einleitung: „die sich in dem angriff auf die airbase und den gefreiten pimental materialisierende politik und praxis ist nicht das ergebnis eines fehlers, sondern sie ist der (vorläufige?) höhepunkt einer langen entwicklung, an der die gesamte antiimperialistische bewegung, nicht nur die RAF teilhat.“ Die versimplifizierung von komplexen, vielschichtigen und komplizierten zusammenhängen (z.B. „gesamtsystem“), d.h. die verflachung der politischen analyse, gar keine oder mangelhafte auseinanderetzung mit marxistischen grundlagen, außer acht lassen des historischen prozesses, aus denen die aktuellen angriffe, kämpfe und projekte auch heraus entwickelt werden (was zu brüchen in der kontinuierl. der kämpfe führt), subjektivismus und wunschenken wirken schon seit langem in unsere politische arbeit, unser denken und fühlen, unseren politischen kampf, insofern ist es nur eine logische entwicklung, daß sich diese fehler heute auch in der politik der guerilla fortsetzen.“

Exemplarisch kommt die Grundlinie der Kritiken in der Einleitung des Papiers „Für den Kommunismus“ zum Ausdruck. Dort heißt es in der Einleitung: „die sich in dem angriff auf die airbase und den gefreiten pimental materialisierende politik und praxis ist nicht das ergebnis eines fehlers, sondern sie ist der (vorläufige?) höhepunkt einer langen entwicklung, an der die gesamte antiimperialistische bewegung, nicht nur die RAF teilhat.“ Die versimplifizierung von komplexen, vielschichtigen und komplizierten zusammenhängen (z.B. „gesamtsystem“), d.h. die verflachung der politischen analyse, gar keine oder mangelhafte auseinanderetzung mit marxistischen grundlagen, außer acht lassen des historischen prozesses, aus denen die aktuellen angriffe, kämpfe und projekte auch heraus entwickelt werden (was zu brüchen in der kontinuierl. der kämpfe führt), subjektivismus und wunschenken wirken schon seit langem in unsere politische arbeit, unser denken und fühlen, unseren politischen kampf, insofern ist es nur eine logische entwicklung, daß sich diese fehler heute auch in der politik der guerilla fortsetzen.“

RAF in Kautskys Stiefeln

Im Einzelnen treffen sich die Kritiken desweiteren an ein paar Kernpunkten, von denen ich die wesentlichen kurz vorstellen will.

Allem voran steht die Kritik des RAF-Begriffes vom „Gesamtsystem“. Mit Verweis auf Lenins Imperialismus-Analyse wird der RAF ein Revisionismus nach Art Kautskys vorgehalten. Kautsky hatte behauptet, daß die Konkurrenz der Kapitale im Stadium der höchsten Entfaltung des Monopols in einem einzigen, gemeinsam handelnden Ultraimperialismus aufgehoben würde. Nichts anderes behauptete auch die RAF mit ihrem „Gesamtsystem“.

Demgegenüber wird die RAF an die von Lenin dargestellte „Ungleichzeitigkeit der Entwicklung“ des imperialistischen Länder erinnert. „Woraus wir hinauswollen“, heißt es in dem Papier „Für den Kommunismus“, „daß wir, der revolutionäre widerstand, endlich kapieren müssen, daß die herrschenden nicht so einfach nur vom planquadrat ihrer chancetagen aus strategien und projekte entwerfen können und sie dann auch punkt für punkt

durchsetzen können (was schnell die horrorvision vom „entscheidungs-schlacht“, „elimination des antagonismus“, „welfaschismus“ usw. hervorbringt), sondern daß in der wirklichkeit des kapitalismus und dessen krisenlösungsstrategien immer wieder neue widersprüche aufsteigen, die die imperialistischen projekte behindern, infrage stellen, verändern.“

In einem andern Papier wird der RAF-Vorstellung vom „homogenen Block“ Westeuropas die Ungleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit innerhalb der EG-Entwicklung, darüberhinaus der Interessensgegensatz von EG- und US-Imperialismus in diversen Fragen der Ökonomie und Politik entgegengehalten.

Mit ihrer Methode der Leugnung imperialistischer Konkurrenz, darüberhinaus der Reduzierung des so definierten „Gesamtsystems“ auf seinen militärischen Ausdruck, habe die RAF ein vollkommen verzerrtes Bild der Realität entwickelt, das eine falsche Strategie und Praxis notwendig nach sich ziehen müsse.

Nicht minder scharf wird von den Kritikern/innen zum zweiten die Behauptung der „Gleichzeitigkeit der Kämpfe“ in der Welt und in Europa attackiert. Wieder unter Bezug auf Lenin, desweiteren unter Hinweis auf historische Erfahrungen der Klassenkämpfe in Europa werden die RAF-Theoretiker/innen daran erinnert, daß für das Proletariat, das europäische, wie erst recht für das „weltproletariat“, mehr noch als für das Kapital das Gesetz der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung gelte. Von einer „Gleichzeitigkeit“, auch nur einer „Angleichung“ der Kämpfe des europäischen, oder gar internationalen Proletariats zu reden, sei einfach realitätsfremd. Die Kritiken verweisen auf die Nord-Süd-Differenzen in Europa, auf die Schwengkeiten des EG-Agrarmarktes u.a.m.

Als oberflächlicher Schematismus wird der Versuch der RAF-Theoretiker/innen bezeichnet, aus einer ja keineswegs zu bezweifelnden einfachen „gleichzeitigkeit“ verschiedener Kämpfe auf dem Globus Nebeneinander auf ein Miteinander verschiedenen „Fronten“ zu schließen, die den Imperialismus koordiniert in der Strategie eines gemeinsam geführten „internationalen Klassenkrieges“ in Bedrängnis brächten.

Was für das „weltproletariat“ wie für die Kämpfe im Rahmen der EG gelte, gelte selbstverständlich auch für die BRD selbst, in der das zersplitterte Nebeneinander der verschiedenen Kämpfe ebenfalls eine Realität sei, die mensch zur Kenntnis nehmen müsse.

Scharf werden die Positionen der RAF zu den Kämpfen in El Salvador, Kämpfe auf dem Globus Nebeneinander auf ein Miteinander verschiedenen „Fronten“ zu schließen, die den Imperialismus koordiniert in der Strategie eines gemeinsam geführten „internationalen Klassenkrieges“ in Bedrängnis brächten.

Was für das „weltproletariat“ wie für die Kämpfe im Rahmen der EG gelte, gelte selbstverständlich auch für die BRD selbst, in der das zersplitterte Nebeneinander der verschiedenen Kämpfe ebenfalls eine Realität sei, die mensch zur Kenntnis nehmen müsse.

Scharf werden die Positionen der RAF zu den Kämpfen in El Salvador, Kämpfe auf dem Globus Nebeneinander auf ein Miteinander verschiedenen „Fronten“ zu schließen, die den Imperialismus koordiniert in der Strategie eines gemeinsam geführten „internationalen Klassenkrieges“ in Bedrängnis brächten.

Was für das „weltproletariat“ wie für die Kämpfe im Rahmen der EG gelte, gelte selbstverständlich auch für die BRD selbst, in der das zersplitterte Nebeneinander der verschiedenen Kämpfe ebenfalls eine Realität sei, die mensch zur Kenntnis nehmen müsse.

„Der revolutionäre Krieg ist ein politischer Krieg“

Unter diesem Hinweis auf einen Satz des Tupamaros nehmen sich die Kritiker/innen als dritten Kernpunkt die politischen Schlußfolgerungen vor, die die RAF aus der von ihr so geschilderten Situation einer aktuell anstehenden globalen Entscheidungsschlacht zwischen „imperialistischem gesamtsystem“ und der internationalen revolutionären Front zieht.

Kritisiert wird die Behauptung der RAF, das „gesamtsystem“ befinde sich heute in einer „grundständigen Legitimationskrise“. Die imperialistischen Staaten könnten nur noch mit Gewalt ihre Herrschaft erhalten. Ihre Herrschaft sei „schlechter Faschismus“ usw. Diese Einschätzungen“, schreiben die Kritiker/innen, „gehen unseres Erachtens völlig an der Realität vorbei. Sie zeigen davon, daß sich die Analyse bisher auf die Situation der Imperialisten (MIK, Gesamtsystem etc.) beschränkt hat und eine genauere Klassenanalyse fehlt. Die Ableitung des revolutionären Kampfes aus der objektiven, politischen, ökonomischen, militärischen Analyse wird solange unzureichend bleiben, solange die tatsächliche soziale Bewegung der Klassen nicht

zum Bezugspunkt der revolutionären Strategie, der Front gemacht werden. Die Front braucht nicht nur ein Konzept, die militärische Stärke des Klassenkampfes, sondern in erster Linie eins für die politische“.

Nach einer realistischen Analyse Brigitta Mohnhaupt behauptete in einer von ihr im Dezember 1984 zusammen mit Christian Klar verfaßten „Erklärung der Gefangenen der RAF zu 77“: „Weil die Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, ist auch die Politik gestorben — bzw. darin kommt sie auf ihren „reinen“ Begriff“.

Die Kritiker/innen erklären, dies stimme in Bezug auf die Guerilla seit 1977. Diese besondere Konfrontation lasse sich aber nicht auf das ganze gesellschaftliche Geschehen verlängern. Insgesamt gesehen verfüge der Staat sehr wohl über ein sehr differenziertes Instrumentarium politischer wie militärisch-polizeilicher Instrumentarien zur Konfliktbewältigung im „Vorfeld möglicher Unruhen“. „Was sich entwickelt hat, ist der „präventive Staatsschutzstaat“. Mit Ausnahme gesetzten, Notstandsgesetzen in der Schublade, die bei Bedarf angewendet werden. Aber alles ist völlig „gesetzmäßig“, durch Parlamente, dem wichtigsten Organ der bürgerlichen Demokratie, legalisiert und legitimiert.“ Was sich da entwickelt habe, sei die „Normalität“ des bürgerlichen Staates, habe bisher nichts mit „faschistischem Staatsschutzstaat“ zu tun.

Die Mehrheit der Bevölkerung, speziell auch des Proletariats, habe auf Grundlage einer Serie von historischen Niederlagen, das Herrschaftsmonopol dieser Demokratie verinnerlicht. Dies aufzubrechen, könne nur durch Entwicklung, „kollektiver, antagonistischer Arbeitermacht“ geschehen. Da aber liege angesichts der Lage und des Bewußtseins der Arbeiterklasse das eigentliche Problem.

Mit dieser Kritik ist implizit auch der Einschätzung der RAF zur Bedeutung der Stammheimer Wende als angebliches Ende der Möglichkeit von Integrationspolitik des BRD-Imperialismus und damit Eröffnung neuer günstiger Voraussetzungen für die eskalierende Entlarvungsstrategie der RAF widersprochen. Explizit allerdings geht keines der Kritikpapiere auf den neutralistischen Punkt der RAF-Interpretation der Stammheimer Wende ein. Die entscheidende Frage, ob — wie die RAF glauben machen möchte — seit Stammheim die Notwendigkeit und Möglichkeit des bewaffneten Kampfes in Westeuropa „evident“ sei, wurde auf dem Kongress nicht gestellt.

Das Schärfste, was dazu vorgebracht wurde, war schließlich, daß der von uns und damit Eröffnung neuer günstiger Voraussetzungen für die eskalierende Entlarvungsstrategie der RAF widersprochen. Explizit allerdings geht keines der Kritikpapiere auf den neutralistischen Punkt der RAF-Interpretation der Stammheimer Wende ein. Die entscheidende Frage, ob — wie die RAF glauben machen möchte — seit Stammheim die Notwendigkeit und Möglichkeit des bewaffneten Kampfes in Westeuropa „evident“ sei, wurde auf dem Kongress nicht gestellt.

Das Schärfste, was dazu vorgebracht wurde, war schließlich, daß der von RAF/AD propagierte „Aufbau einer proletarischen Front“ zwar ein ehrenwerter Anspruch sei, aber mit der Realität des Klassenkampfes nicht viel zu tun habe. „Die Arbeiterbewegung“, heißt es in einem der Papiere, „hat in den letzten 10 Jahren eine Serie von Niederlagen hinter sich, das Selbstbewußtsein der Proleten ist ganz schön angekratzt. Die Arbeiterklasse ist zwar weiterhin objektiv das revolutionäre Subjekt, aber ihre revolutionären Kampferfahrungen sind ... verkommen ... Die Frage ist also, wie kommen wir wieder zu einem organisierten Klassenkampf von unten? Unter welchen Bedingungen rekonstruiert sich die Arbeiterbewegung wieder zur antagonistischen Klasse?“

Mit der „Reduzierung auf die militärische Ebene“ gehe die RAF der Frage aus dem Wege, wie denn der Klassenkampf hier in der BRD wieder offen geführt werden und was die militante Linke dazu beitragen könne. Damit werde die Möglichkeit des politischen Eingreifens verschenkt. „Der Angriff dieser Avantgarde läuft einnahmlos auf dem „Niveau der Konterrevolution“, gegen die NATO und die Einrichtungen des Staatsschutzstaates“. Genau eine solche Strategie lasse sich aber derzeit ungeheuer schwer „den Massen“, dem „westeuropäischen Proletariat“ vermitteln.

Damit wurde der RAF von ihren Szene-Kritiker/innen durchaus mehr als deutlich gemacht, daß ihre Aktionen — wie es linksmoderaten so unschön heißt — im Sinne ihrer eigenen Zielsetzung kontraproduktiv sei. An eine klare Aussage über die im Gegensatz zur RAF-Interpretation geradezu aggressive und diese präventive Staatsschutz-Demokratie stabilisierende Funktion der Vorgänge der Stammheimer Ereignisse mochte auf dem Kongress offensichtlich niemand eingehen.

Bemerkenswert ist allerdings, daß der von RAF/AD für die Zeit seit dem Hungerstreik 84/85 behauptete „Durchbruch der westeuropäischen Guerilla“ deutlich in Zweifel gezogen wurde. Die Diskussion und Akt zusammenhänge seien inzwischen wie-

der zerfallen. Nur gelegentlich komme man bei Demos oder Teilkämpfen zusammen. Die „Fischen im Widerstand“ müsse immer wieder mühsam neu hergestellt werden.

Summa summarum hat der Kongress Fragen berührt, die nicht nur für das kongress-Spektrum, sondern auch für die übrige Linke seit Jahren offen sind, auch wenn sie dort anders oder gar nicht behandelt werden. Die wesentlichen Fragen, um die weiter zu streiten wäre, sind:

— Die Frage des Krieges. Droht ein 3. Weltkrieg oder wird er bereits geführt? Hat der Imperialismus noch Alternativen zum Weltkrieg? Was heißt unter heutigen Bedingungen Krieg? Was bedeutet die „Reagan Doktrin“ des „low intensity war“? Welchen Stellenwert hat in diesem Zusammenhang die aktuelle Eskalation des US-Imperialismus im Fall Libyen?

— Die Frage des Faschismus. Sind die Legitimationsmöglichkeiten des Imperialismus, seine Ressourcen und Fähigkeiten zur Massenkonsumbildung erschöpft? Wie stabil ist der herrschende Konsens des „präventiven Staatsschutzstaates“ in der BRD? Haben imperialistische Staaten, das „der Imperialismus“ nur noch die faschistische Alternative zur Bewältigung seiner ökonomischen, politischen und militärischen Krise?

— Die Frage des Internationalismus. Gibt es die Offensive einer internationalistischen Front? Können die Metropolen ein „Zentrum“ des internationalen Klassenkampfes sein? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang sozialistische Länder? Was ist heute aktiver und effektiver Internationalismus in den Metropolen?

— Fragen nach dem revolutionären Subjekt: Wer sind die aktuellen und die potentiellen Träger möglichen internationalen oder nationalen Widerstands? Wo, wodurch, unter welchen Umständen entwickelt sich Klassenbewußtsein und Einsicht in die Unvermeidlichkeit bewaffneten Widerstands in den Peripherien des Imperialismus, in den „Zentren“?



Der Kongress hat Ansätze geliefert, diese und weitere Fragen über Szenenabgrenzungen hinweg zu diskutieren. Über dies hinaus muß aber, soll eine Auseinandersetzung einen Sinn haben, auch das Tabu Stammheim auf den Tisch, u.a. in der Form der auch auf dem Kongress schon umgangenen Form der RAF Behauptung, seit Stammheim sei die Notwendigkeit und die Möglichkeit des bewaffneten Kampfes in der BRD und Westeuropa „evident“.

„Weit entfernt davon, evident zu sein, ist die Frage, welche Kampfformen zur Entwicklung von Widerstand in den Metropolen heute adäquat sind, offener denn je: Reformistische Strategien, bewaffneter Kampf, Terrorismus sind in der BRD und in Westeuropa voneinander isolierte Strategien voneinander isolierter Teile der Linken.“

Dies zu erkennen wäre gewissermaßen der erste Schritt zur Besserung für alle Beteiligten — keineswegs nur für die RAF.

Anmerkungen

1) Siehe dazu — AK 268, S. 14: „Nach dem Hungerstreik — die RAF versucht sich zu erklären“, Dok. der Abbrücklerklärung und Konterrevolution — AK 268, S. 8ff. Hungerstreikpolitik und Anschläge (Ia).

2) Siehe dazu AK 268, S. 3ff. Chronologie der Hungerstreiks seit 1973, „Anschläge“ Teil 1, — AK 268, S. 23. Dokumente von der Hungerstreikbrigade.

3) Gemeint ist die Geiselnahme jüdischer Schüler durch arabische Terroristen während der Olympiade 1972. Die von Sondereinheiten des BRG mit einem Massaker der arabischen Geiselnahmer in Folge erhaltend beendete. Der Vorfall wurde zur vorläufigen Legitimation des A. Traue von der RAF als einen Sonderkommando, sowie der generellen Polizeiaustrückung zur „inneren Sicherheit“ genommen.

4) Siehe dazu u.a. AK 20, Juli 1977: „Blitz der RAF“.

5) Dieser Punkt kann von mir hier nur ange- deutet werden. Die Lehren der RAF aus den aktuellen Befreiungskämpfen wie aus denen der letzten Jahrzehnte sind eine gründliche Auseinandersetzung wert.

Wir sind uns bewußt, daß dieses Papier nur der Anfang unserer Diskussion ist, einer Diskussion, die noch weitgehend auf (allerdings notwendige) Kritik beschränkt ist. Da diese Kritik aber vom Willen zur revolutionären Veränderung diktiert ist, wird sie nicht auf Dauer auf bloße Kritik beschränkt bleiben.

„Der revolutionäre Krieg ist ein politischer Krieg.“ (Tupamaros)

Wir wollen mit diesem Papier hier, mit unseren Überlegungen und Argumenten in die Auseinandersetzung eingreifen, die sich zwar an dem letzten Angriff der RAF entwickelt hat, die aber nicht nur darauf (auf diesen Angriff) zu reduzieren ist.

Die sich in dem Angriff auf die Air Base und den Gefreiten Pimental materialisierende Politik und Praxis ist nicht das Ergebnis eines Fehlers, sondern sie ist der (vorläufige?) Höhepunkt einer langen Entwicklung, an der die gesamte ant imperialistische Bewegung und nicht nur die RAF Anteil hatte.

Die Verkomplizierung von Komplexen, vielstichtigen und komplizierten Zusammenhängen (z.B. „Gesamtsystem“), d.h. die Verflechtung der politischen Analyse, gar keine oder mangelhafte Auseinandersetzung mit marxistischen Grundlagen, außer acht lassen des historischen Prozesses, aus dem die aktuellen Angriffe, Kämpfe und Projekte auch heraus entwickelt werden (was zu Brüchen in der Kontinuität der Kämpfe führt), Subjektivismus und Wunschenken wirken schon seit langem in unsere politische Arbeit, unser Denken und Fühlen, unser politisches Handeln. Insofern ist es nur eine logische Entwicklung, daß sich diese Fehler heute auch in der Politik der Querilla fortsetzen. Das zu erkennen und zu beseitigen muß eine der Konsequenzen unserer Auseinandersetzung sein — da sich ansonsten die Fehler der Vergangenheit in fataler Weise weiterpotenzieren und die ganze revolutionäre Kraft, die im Kampf der Querilla und der Organisation der ant imperialistischen Front steckt, sich nicht entfalten kann, letztendlich sogar die Praxis kontraproduktiv zu den proklamierten Zielen werden kann.

Eine Voraussetzung für die jetzt anstehenden und auch schon laufenden Auseinandersetzungen (wie für die Fortentwicklung der ant imperialistischen Front/s für die gesamte revolutionäre Bewegung in der BRD existent sein wird) ist ein befreites und besitzloses Verhältnis zu Kritik und Selbstkritik. Ein Verhältnis, daß wir gegenwärtig weder in den Diskussionen unter uns (d.h. innerhalb der ant imperialistischen Bewegung) noch in den Erklärungen der RAF der letzten Zeit finden können.

In diesem Papier wollen wir unsere wichtigsten Widersprüche zu zentralen politischen Thesen/Aussagen, die gegenwärtig die Diskussion und politische Praxis der „Front“ bestimmen, herausarbeiten und sie zur Diskussion stellen.

„... die imperialistischen Staaten können aus ihrer subalternen Instabilität und dem fortschreitenden Verlust ihrer Legitimität nur noch ihre Potenz zu herrschen demonstrieren. Sie sind heute mit der Tatsache konfrontiert, daß sie für keine einzige ihrer Maßnahmen einen passiven Konsens haben. Politische Agonie — das ist die andere Seite ihrer Macht.“ (Gemeinsame Erklärung von AD und RAF, Unterzeichnung von 1981)

„... weil die Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, ist auch die Politik gestorben — bzw. wird kommt sie auf ihren reinen Begriff.“ (Erklärung der Gefangenen aus der RAF zu 77)

„... ihre Macht ist Militärstrategie, Aufstandsbekämpfung, Mordanschlag, aber nicht, nur Gewalt, sondern auch ihre Reaktion auf die sich verändernde Kraft der internationalen Kämpfe für Befreiung. Auch in Westeuropa.“ (Hungerstreik-Erklärung, Dezember 1984)

Trotz fortschreitendem Verlust seiner Legitimation, ist es offensichtlich, daß der Kapitalismus in den Metropolen noch über einen „Konsens“ in der Bevölkerung verfügt. Dieser Konsens ist zwar äußerst labil und wird immer öfter durch kurzfristige und begrenzte Revolten unterbrochen, aber er ist dennoch vorhanden. Er wird auch weiterhin bestehen bleiben, wenn wir, die antagonistische Linke, die Komplexität der Metropolenwirklichkeit und die des revolutionären Kampfes negieren.

Wenn man die imperialistische Macht nur noch in der Militärstrategie zu erkennen glaubt und den revolutionären Kampf auf „Strategie gegen ihre Strategie“ reduziert, ist eine militaristische Politik/Praxis die zwangsläufige Folge und damit auch die politische und militärische Niederlage der Kom-

Für den Kommunismus

Dokumentation einer Kritik am Konzept der RAF vorgelegt auf dem 'Widerstandskongreß' in Frankfurt

munisten.

„... der Begriff der veränderten Bedingungen ist die Ausübung des Gesamtsystems mit seinem Kern der NATO. Das heißt Gesamtsystem, das unter der unauflösbaren Hegemonie des US-Kapitals die konzentrierenden Interessen von Teillaktionen des Ganzen, ob national oder ökonomisch als Teillaktion definiert, in der umfassenden Krise der Kapitalverwertung reguliert und gegen den weltweiten revolutionären Prozeß zur Aggression, d.h. zum Versuch der Wiederherstellung der Herrschaft auf neuen Stufen zusammenführt.“ (Gefangener aus der RAF am 10.4. zu den Aktionen 1981)

Der Begriff Gesamtsystem, wie er hier gebraucht wird, negiert völlig die auch heute bestehende innerimperialistischen Widersprüche.

Natürlich hat der Begriff seine Berechtigung, aber in einer Definition, die von der hier gebrauchten grundsätzlich abweicht.

Lenin hat in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ die Tendenz zur Monopolisierung als grundsätzliche Eigenschaft des Imperialismus analysiert. Er betonte dabei allerdings, daß gerade durch die Monopolisierung die Konkurrenz auf höherer (Weltmarkt-)Ebene fortgesetzt wird, da dadurch auch die nationalen Interessen, eben durch die Monopolisierung, mit mehr Macht, besser durchgesetzt werden können. Das hat zur Folge, daß sich weltweit die Bedingungen der einzelnen Länder noch schärfer auseinander entwickeln, denn wie könnte die Verschärfung der Ausbeutung (also das Immer-mehr-machen des einen Teils durch einen anderen) eine Anglei-

chung der Bedingungen zur Folge haben? „... das Finanzkapital und die Trusts schwächen die Unterschiede im Tempo des Wachstums der verschiedenen Teile der Weltwirtschaft nicht ab, sondern verstärken sie.“ (Lenin, 1916) Das gilt auch heute noch, z.B. auch für die EG-Staaten. Die BRD ist der wirtschaftlich stärkste Macht, Frankreich hat den wirtschaftlichen Anschluß an die BRD nicht geschafft, England ist noch schwächer.

Dazu kommt, daß der Unterschied zwischen den stärksten Wirtschaftsmächten (BRD, Frankreich, England) einerseits und den schwachen Peripherie-Staaten (Irland, Belgien, Portugal, Spanien, Griechenland) andererseits immer weiter aufsteigt. Die Schwächeren drängen unter dem mörderischen Konkurrenzdruck immer weiter ab. Trotz ähnlicher Maßnahmen gegen die Ausbeuteten, die sich u.a. auch in der zunehmenden Monopolisierung und der gleichzeitig dazu laufenden Vernichtung ganzer Industriezweige ausdrückt und wodurch auch in der Tat eine teilweise „Angleichung der Bedingungen für das europäische Proletariat“ (Zusammenschlußerklärung AD und RAF) geschaffen wird, wirkt sich die reaktionäre Krisenlösungsstrategie aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen im konkreten Endeffekt nochmal extrem unterschiedlich aus. Kürzungen im sozialen Bereich oder Lohnverluste bedeuten hier in der BRD nochmal was ganz anderes als z.B. in Spanien oder Belgien. Deshalb ist es auch unzulässig, so oberflächlich von einer „Angleichung der Bedingungen für das europäische Proletariat“ zu reden. Die gesamten materiellen Lebensbedingun-

gen (die ja wohl als wichtiges Moment in einer revolutionären Entwicklung anerkannt sind und bleiben) z.B. der englischen Arbeiterklasse waren denjenigen der deutschen Arbeiterklasse in den 60er Jahren weitaus angeglicher als sie es heute sind.

Die Eigendynamik des Kapitalismus, der permanente Druck von Konkurrenz und Effektivität, erzeugt außerdem entscheidende Entwicklungen „aus sich selbst heraus“ (Automation, Massenentlassungen, Neue Technologien, Umstrukturierung etc.), die sie für alle wirtschaftlich miteinander in Beziehung stehenden Länder eben falls unausweichlich machen. Das führt jedoch auch gleichzeitig immer wieder zu neuen und sich z.T. vertiefenden Widersprüchen innerhalb des „Gesamtsystems“. Es ist für uns, die revolutionäre Linke, unbedingt notwendig, diese Widersprüche, Eigendynamik des kapitalistischen Systems und seiner Organisationsformen und Strategien zu begreifen, weil auch darin immer wieder Ansatzpunkte und Möglichkeiten liegen, die wir in unserer Praxis zu beachten haben/die wir u.U. für uns nutzen können.

Das schematische Erklärungsmuster der planmäßigen Schaffung einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ oder des „europaweiten Angriffs auf das Proletariat“ vermitteln nur die eine Hälfte der Wahrheit.

So hat z.B. die Ausgrenzung und massenhafte Verarmung eines Drittels der Metropolengesellschaft zur Folge, daß diese Menschen auch nicht oder nur wenig konsumieren können, ergo der europäische Markt wiederum noch enger und die Absatzprobleme der Kapitalisten noch größer werden. Wo sollen wir ihren Scheiß dann noch loswer-

den?

Vielleicht nähern wir uns mal dem Gedanken, daß eine solche Entwicklung selbst unter kapitalistischen Ausbeutungs-Gesichtspunkten von einem gewissen Zeitpunkt an kontraproduktiv wird und so auch wieder andere Entwicklungen einleiten werden oder zumindest Versuche dazu.

Worauf wir rauswollen: Daß wir, der revolutionäre Widerstand, endlich kapieren müssen, daß die Herrschenden nicht so einfach nur vom Planquadrat ihrer Chefetagen aus Strategien und Projekte entwerfen können und sie dann auch Punkt für Punkt durchsetzen können (was während der Hurrorvisionen von „Entscheidungswechsel“, „Flintierung des Antagonismus“, „Weißfärbung“ usw. hervorbringt), sondern daß in der Wirklichkeit des Kapitalismus und dessen Krisenlösungsstrategien immer wieder neue Widersprüche aufsteigen, die die imperialistischen Projekte behindern, in Frage stellen, verändern.

Die Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Entwicklung und die unterschiedlich starke Auswirkung der Krise in den verschiedenen europäischen Staaten können z.B. auch zur unterschiedlichen Entwicklung oder besser: zu noch unterschiedlicheren Entwicklungen von Klassenkämpfen und Tendenzen zur revolutionären Umwälzung führen. Die Situation in Spanien ist z.B. heute schon extrem verschieden zu der in anderen europäischen Ländern, die Konfrontation am weitesten zugespitzt.

Diese Realitäten müssen wir zur Kenntnis nehmen, wenn wir wirklichkeitsnahe und realistische politische Strategien für unseren Kampf hier in der BRD entwickeln wollen.

Der schematische Begriff von „Gesamtsystem“ und „Angleichung der Bedingungen“ erschlägt alle diese notwendigen Differenzierungen und verneint den Weg für genauere Analysen. Gleichzeitig entstehen daraus abstrakte und schematische Vorstellungen von revolutionärer Praxis in der Metropole, wonach die Entwicklung der Kämpfe, die Entwicklung von Klassenbe-

weußtsein im jeweiligen Land weder als Ausgangspunkt noch als Ziel für die konkrete revolutionäre Praxis begriffen werden. Was dann nur noch zählt, ist ein genauso schematisches und un-differenzierter Bezug auf „Frontabschnitt“ im internationalen Klassenkrieg. Unklar bleibt, wie wir in der BRD, als Teil des „Frontabschnitts Westeuropas“, überhaupt auf diese Weise zu einer politisch-militärischen Kraft werden können, die in der Lage ist, tatsächlich mal die Rolle im internationalen Kräfteverhältnis einzunehmen. Mehrmals aufgefallen ist uns darüberhinaus, daß in vielen Papieren, egal ob sie aus dem Widerstand, von der RAF oder Gefangenen aus der RAF stammen, Beispiele für die Entwicklung des Gesamtsystems angeführt werden, die lediglich die Ebene der Repression betreffen. Z.B.: „... seit sich gegen die Offensiven der Guerilla hier 77 und in Italien 78, dann 80 gegen die Volkskämpfe in der Türkei das US-Interesse und der Imperialismus als Gesamtsystem ausgerichtet hatte.“ (Gefangener aus der RAF am 10.4. zu den Aktionen 1981). Wir wissen aber, daß es keine Entwicklung aus den letzten Jahren oder Jahrzehnten ist, daß das Kapital gegen einen gemeinsamen Feind gemeinsam vorgeht. Schon 1871, während des deutsch-französischen Kriegs, wurde die Pariser Commune gemeinsam vom deutschen und französischen Staat zerschlagen. Danach bildete sich die sog. „Heilige Allianz“ gegen den internationalen Sozialismus. Wenn wir daran erinnern (es ließen sich unendlich viele weitere Beispiele anführen) negieren wir dabei nicht die ständig zunehmende Zusammenarbeit der imperialistischen Staaten bei der Bekämpfung revolutionärer Organisationen. Kein Revolutionär ist nicht mit der Tatsache konfrontiert, daß die konterrevolutionäre Zusammenarbeit gerade auch in Westeuropa heute schon auf allen Ebenen (Gesetzgebung, Justiz, Propaganda und natürlich erst recht in der Exekutive) ein sehr hohes Niveau erreicht hat und daß die NATO dabei eine wichtige Rolle einnimmt. Aber auch diesen Prozeß muß man differenzierter untersuchen. Nach Jahrzehnten der relativen Ruhe entwickelte sich seit dem Ende der 60er Jahre in vielen westeuropäischen Ländern erneut der politisch-militärische Kampf für den Kommunismus. Aus dieser revolutionären Entwicklung ergab sich für alle westeuropäischen Staaten nach kurzer Zeit die Notwendigkeit einer möglichst weitgehend koordinierten konterrevolutionären Zusammenarbeit. Da zwischen den westeuropäischen Staaten bei der gemeinsamen Bekämpfung der westeuropäischen Querilla eine weitgehende Inter-



essensdienlich vorherrscht, bleiben und bleiben die real existierenden in neokapitalistischen Widersprüche in dieser Frage relativ unbedeutend — relativ! Denn selbst im gemeinsamen Kampf gegen revolutionäre Organisationen und Bewegungen und Staaten sind die imperialistischen Staaten nicht ein widerspruchsfreier und per se interessengleicher Block.

Interessengegenstände treten bei ihnen — wie schon gesagt — zwar nur im geringen Maße bei der Bekämpfung der westeuropäischen Guerilla auf, werden aber von der Einschätzung und Bekämpfung revolutionärer Organisationen/Bewegungen/Staaten ökonomische und politischen Interessen tangiert, machen sich oft „Krise“ innerhalb des imperialistischen Lagers bemerkbar, Krise, die nicht nur verbaler und propagandistischer Art sind, sondern die sich oft auch sehr materiell auf die Verhaltensweisen einzelner Staaten/Regierungen auswirken. Beispiel dafür ist der Konflikt um die Frage der offenen militärischen Interventionen der USA in Nicaragua innerhalb der NATO, aber auch die letzten Monate haben das mehrmals deutlich gemacht (Achille Lauro/Italien, Ausweisung von Palästinensern aus Griechenland, Libyen). Selbst die aktuellen Mißverständnisse zwischen Unternehmern aus der BRD und der Sowjetunion (es geht dabei um 15 Milliarden DM) wirken sich mit Sicherheit auf die Haltung der BRD-Regierung aus, die Eskalation gegen Libyen mitzulegen oder nicht.

Warum das alles negieren? Zumal die Konsequenz aus der Existenz der innerimperialistischen Widersprüche für Revolutionäre in der BRD und WE heute nicht heißen kann, unsere Praxis auf das Aufspüren und Ausnutzen dieser Widersprüche auszurichten. Ohne Abstriche an ihrer revolutionären Politik und Praxis zu machen, nutzte die RAF in der Mitte der 70er Jahre die damals auch unter den kapitalistischen Regierungen Westeuropas bestehenden Widersprüche gegen die Vorherrschaft der BRD in WE in der europäischen Kampagne gegen die „Germanisierung Europas“ aus und behinderte damit die Pläne des BRD-Imperialismus erheblich.

Heute gibt es weitere/andere innerimperialistische Widersprüche, morgen entwickeln sich neue ... Sie negieren nicht den Imperialismus, schadet den Revolutionären!

Wir denken, daß das „Gesamtsystem“ und die „Gleichzeitigkeit der antimperialistischen Kämpfe“ innerhalb der „Front“ gleichermaßen oberflächlich „analysiert“ werden.

Vorab: Die Wirkung der Gleichzeitigkeit der antimperialistischen Kämpfe ist ein beständiger Bestandteil aller antikapitalistischen und antimperialistischen Kämpfe. Sie ist keine Entwicklung der letzten Jahre, sie ist ein inmanenter Bestandteil aller Kämpfe gegen die Bourgeoisie.

So wurde der Nazi-Faschismus z.B. durch die Gleichzeitigkeit der Kämpfe der indigenen ...

So wurde der Nazi-Faschismus z.B. durch die Gleichzeitigkeit der Kämpfe der albanischen und jugoslawischen Partisanen, des französischen und niederländischen, des norwegischen und polnischen Widerstands, des Kampfes der sowjetischen Partisanen und der Roten Armee und ... und ... zerschlagen. Weitere Beispiele lassen sich in der revolutionären Geschichte viele finden.

Allerdings sehen diese Beispiele anders aus als die von den Genossen aus der RAF beschriebenen.

Ihr Zusammenschluß zum homogenen konterrevolutionären Block, den sie brauchen, um die militärische Offensive politisch durchzusetzen, ist aber weder ganz vollzogen noch ist er abgesehen.

Gleichzeitig ist es so, daß die revolutionären Kämpfe, so unterschiedlich die Bedingungen und verschieden weit sie entwickelt sind, in ihrer Wirkung schon zusammen in diese Offensive eingreifen und ihren konkreten Zielen zuvorkommen.

Die New Jersey die im Libanon mit den schwersten Bombardierungen seit dem Vietnamkrieg auch noch einen anderen ...

Behauptet wird in dieser Erklärung also folgendes: Wenn die Eskalation 1982 im Libanon (die auch die Verlegung der New Jersey von El Salvador hin zum Libanon „notwendig“ gemacht haben soll) nicht aufgetreten wäre, dann hätten die USA damals in El Salvador direkt und unmittelbar militärisch interveniert („... um die Zivilbevölkerung zusammenzuschließen ...“).

teil, alle Tatsachen sprechen eindeutig dagegen. Diese Behauptung negiert völlig die damalige (die Bezeichnung des Libanon durch die New Jersey fand 1982 statt) und auch noch gegenwärtige US-Strategie gegen El Salvador, Nicaragua und den gesamten mittelamerikanischen Raum. Die USA gründen die Contra Banden und Todeschwadronen, sie bilden und rüsten sie aus, sie rüsten und bilden die reaktionären Armeen Mittelamerikas aus, darunter auch die El Salvadors, sie intervenieren in den Krieg gegen das El Salvadoranische Volk darüber, daß sie mittels Militärberater diesen Krieg bestimmen und leiten, aber sie vermeiden und vermeiden bislang (was nicht für alle Zeiten bedeutet, d.h. aufgrund bestimmter Entwicklungen sich unter Umständen auch relativ schnell ändern kann) die eigene offene militärische Intervention — was eine solche wie oben beschriebene Bezeichnung durch die New Jersey bedeutet hätte. Eine offene und direkte militärische Intervention versuchen die USA u.a. auch wegen der Existenz der innerimperialistischen Widersprüche (selbst von der Gefahr eines Auseinanderbrechens der NATO wird in diesem Zusammenhang geredet!) zu verhindern, vor allem aber wegen der unüberschaubaren Eskalation des revolutionären Widerstandes im gesamten latein- und mittelamerikanischen Kontinent.

Die revolutionären Kämpfe in verschiedenen Ländern der Erde wirken also sehr wohl zusammen, aber nicht in der wie oben (Zitat) verumplotteten Art und Weise. Eine Intervention in El Salvador/in Mittelamerika wurde bislang durch die oben genannten Faktoren verhindert; Faktoren, die für den Libanon in der Art nicht existiert waren und sind und in denen die Kämpfe im Libanon nur eine sehr untergeordnete Rolle spielen konnten.

Mit Sicherheit bestand während der ganzen Phase (1982) für den US-Imperialismus das Problem nicht in seinem zu schwachen Militärpotential, wie die angebliche Notwendigkeit der Verlegung der New Jersey glauben machen soll.

Wir sind der Ansicht, daß die politische Situation in Mittelamerika und des Nahen Ostens, hier auch nochmal speziell Libanon, in keiner Weise zu vergleichen ist. In Mittelamerika ist die revolutionäre Entwicklung so weit vorangeschritten, daß eine US-Intervention in El Salvador sich zumindest zu einem „Steppenbrand“ in der gesamten Region ausdehnen kann. Im Nahen Osten ist die Revolution sehr viel schwächer entwickelt. Wenn man feststellt, daß die revolutionären Kämpfe in ihrer Wirkung zusammenkommen und mechanisch daraus folgt, daß eine militärische Intervention im Libanon eine (gleichzeitige) in El Salvador unmöglich macht, leugnet man im Grunde diese Unterschiede.

Wir fragen uns daher, wie weit die Behauptung fundiert ist, daß die revolutionären Kämpfe ... ihren konkreten Behauptung fundiert ist, daß die revolutionären Kämpfe ... ihren konkreten Zielen zuvorkommen? Gerade im Libanon, auf den ja hier Bezug genommen wird, kann davon ja wohl keine Rede sein. Sicher, das langfristige Ziel, die Befriedung und gleichzeitige Beherrschung, ist nicht voll erreicht. Was aber erreicht ist, ist die weitgehende Zerschlagung von Strukturen, die von palästinensischen Revolutionären und ihren Organisationen über Jahre hinweg aufgebaut wurden (Bekas-Ebene z.B.). In diesem Zusammenhang sehen wir auch den Abzug der multinationalen „Friedenstruppe“. Diese Einheit und die Stärke der Kämpfe, die aus ihr heraus möglich wurden, hat schließlich zum Abzug der Truppen geführt. Ein Erfolg des libanesischen und palästinensischen Volkes, der keinesfalls in Frage gestellt werden kann. Nach dem Abzug der Truppen ist aber durch den Imperialismus eine Situation im Libanon geschaffen worden, in der die revolutionären Kräfte in der Auseinandersetzung mit islamischen Fundamentalisten, christlichen Faschisten etc. absorbiert werden.

Vom völligen Scheitern einer vollständigen Niederlage der Imperialisten im Libanon kann also keinesfalls gesprochen werden.

Wir fragen daher die Genossen aus der RAF und den Teilen des Widerstands (die die hier hinterfragten und kritisierten „Analysen“ in vielfältiger Art aufgegriffen haben), was wohl ihr mit diesen oft offensichtlich falschen Behauptungen belegen?

Wir sehen uns zu dieser Frage gezwungen, weil das offensichtlich falsche an Teilen (wichtigen Teilen) der „Analysen“ für uns nicht mehr erklärbar ist und wir uns dadurch des Eindrucks nicht mehr erwehren können, daß diese Art der „Analysen“ in erster Linie dazu dienen sollen, eine militärische Politik mit dem Anschein der Legitimation/der Notwendigkeit zu versehen.

Dadurch, daß — das militärische Potential des Imperialismus im Zusammenhang mit dem „Zusammenwirken der Kämpfe“ — das „Zusammenwirken der Kämpfe“ auf der TWA-Ebene reduziert wird (TWA z.B.), insgesamt eine ganz neue Entwicklungsphase der internationalen Kämpfe und ihres Zusammenwirkens behauptet wird (die als Folgeerscheinung die Kriterien für counter und revolutionäre Aktion auf den Kopf stellen sollen — siehe eines der Vorbereitungspapiere zum Kongreß, in dem Bezug auf die Anschläge der Faschisten auf US-Soldaten genommen wird), die gesamte Reorganisation des kapitalistischen Systems/des Imperialismus als eine Entwicklung dargestellt wird, die alleine der militärischen Lösung untergeordnet sei (Entscheidungsschlacht, Krieg, Völkermord).

— die politische Ebene der imperialistischen Strategien und seine Integrationsfähigkeit (zumindest in den Metropolen) völlig negiert und sogar abgestritten wird (siehe Erklärung zu 77),

— die Totalität des „Gesamtsystems“ wiederum weit überhöht und die innerimperialistischen Widersprüche als irrelevant oder als nicht vorhanden dargestellt werden,

dadurch wird zwingend der Eindruck erweckt, daß es möglich sei, den imperialistischen Krieg das gesamte imperialistische System ausschließlich auf „seiner“ Ebene, nämlich der militärischen, zu bekämpfen und schließlich zu besiegen.

Eine Illusion, die verheerende Folgen haben muß.

Die Harte, mit der die Imperialisten in den letzten Jahren und an allen Fronten Krieg führen, liegt in ihrem Ziel, sie begreifen ihn als Entschiedenheitskämpfe, was sie nach dem 1. und 2. Weltkrieg in Vietnam die Sicherung ihrer Macht nur noch in der vollständigen Eliminierung des Antagonismus für möglich halten ... (Gefangene aus der RAF zu 77).

Auch diese Aussage kann ja nur bedeuten, daß, wenn die Schweine jetzt den Antagonismus ausrotten wollen, wir jetzt gefordert sind, entweder oder

Wie man zu einer solchen Einschätzung kommen kann, bleibt ein Rätsel, wissen wir doch spätestens seit Karl Marx, daß es zum Wenden des Kapitalismus gehört, seinen Antagonismus selbst zu produzieren. Denn zur Ausbeutung gehört auch der, der ausgebeutet wird und aus dieser Ausbeutung heraus immer wieder den Widerstand dagegen organisiert/entwickelt ... so ist es also eine in sich widersprüchliche Aussage, daß der Imperialismus seinen Antagonismus ausrotten könne, was ja damit gemeint sein muß; denn daß er es will, aber nicht kann ist ebenso alt wie in diesem Zusammenhang. Und das ist es, was wir nicht müßig sein lassen, sondern die Revolution im eigenen Land (als Teil des weltrevolutionären Prozesses) voranzutreiben. Dabei ist die Frage, ob „nationale Revolutionen möglich sind oder nicht“ für uns überhaupt keine Frage. Diese Frage ist für Kommunisten in jeder Hinsicht bedeutungslos. Entscheidend ist nämlich, daß wir nur aus der Revolutionierung unserer Realität und Gegenwart, d.h. aus unseren nationalen Bedingungen und Kämpfen zu einer Kraft werden können, die national und international eine revolutionäre Rolle einzunehmen in der Lage sein wird.

Wir halten daher die Frage nach der Möglichkeit einer „nationalen Revolution“ für ablenkend und irreführend und möchten vorschlagen, daß die hier versammelten Genossen eine Diskussion (hier und zu Hause) darüber einleiten, ob wir uns zukünftig nicht das Debattieren von und Orientieren an belanglosen Fragen grundsätzlich ersparen sollten.

Leider haben wir die Arbeitspapiere zum Kongreß erst vor wenigen Tagen erhalten, daher konnten wir uns mit diesen Papieren noch nicht in der notwendigen ausführlichen Art und Weise auseinandersetzen.

Das gleiche Problem hatten wir im Grunde mit der gesamten Kongreßvorbereitung. Die Kurzfristigkeit, die nicht geführten Diskussionen in größeren Zusammenhängen, das alles erschwerte eine konstruktive (Mit)Arbeit an dieser Phase zum Aufbau der antimperialistischen Front. Wir stellen uns den Kampf um die „Einheit“ und um's „Zusammenkommen“ grundsätzlich anders vor und erwarten (von uns und anderen, daß daraus für die Zukunft in jeder Hinsicht Konsequenzen gezogen werden. Wir werden uns jetzt darauf beschränken müssen, uns

mit den wichtigsten Punkten der (uns vorliegenden) Arbeitspapiere auseinanderzusetzen — und zwar mit den Punkten, über die wir in den Arbeitsgruppen diskutieren wollen.

Zusammenwirken der Kämpfe weltweit...

Daß revolutionäre Kämpfe/Entwicklungen weltweit die Kräfte des Imperialismus zersplittern können und so auch seiner Fähigkeit zur militärischen Intervention und Eskalation Grenzen gesetzt werden, ist eine grundsätzlich richtige — aber auch nicht neue — Tatsache.

Allerdings hat dieses „Zusammenwirken“ bestimmte Kriterien, die erfüllt sein müssen, sonst ist weder objektiv noch subjektiv ein Zusammenwirken vorhanden. Nicht die Tatsache, daß Kämpfe in verschiedenen Regionen zum gleichen Zeitpunkt laufen, macht bereits ihr Zusammenwirken aus, sondern die Frage nach der politischen Identität ist dafür bestimmend. Also, gegen wen sich die Kämpfe richten und für was gekämpft wird, um welche Klassenpositionen, welche gesellschaftlichen Ziele, gegen welchen Feind und für welche eigenen Vorstellungen — das ist nicht voneinander zu trennen und macht die politische Identität der Kämpfe aus. Denn erst ist die „objektive antimperialistische Wirkung“ gegeben. (Damit beziehen wir uns z.B. auf die Auseinandersetzung um die TWA-Entführung — wem nützt sie?)

Nach diesem Kriterium kann man auch nicht einfach Kämpfe von ganz unterschiedlicher politischer Identität zusammenwerfen und behaupten, sie würden sich aufeinander beziehen. Das brauchen wir doch nur mal an uns selbst überlegen (Diskussion 1982 um die Anschläge der Faschisten gegen die US-Soldaten).

Das „Zusammenwirken“ ist darüber hinaus auch ne Frage, wie weit der revolutionäre Prozeß in den jeweiligen Regionen tatsächlich entwickelt und verankert ist. Also, wie gefährlich der jeweilige Prozeß in seiner aktuellen Entwicklung und seiner perspektivischen Explosionskraft für den Imperialismus ist. Und genau bei dieser Frage sind wir mit uns selbst konfrontiert, wenn wir von dem was richtig ist am „Zusammenwirken der Kämpfe“ ausgehen, müssen wir uns selbstkritisch fragen, wie wir hier in der Metropole BRD überhaupt so stark werden können, daß wir unseren (richtigen) internationalistischen Anspruch erfüllen können und uns stattdessen nicht in Wunschvorstellungen ergehen. Nur wenn wir uns diese Frage politisch beantworten, werden wir in der Lage sein, sie auch praktisch zu beantworten, d.h. auch irgendwann ein relevanter Faktor (auch) im internationalen Kräfteverhältnis sein. Und an dieser Stelle kommen wir nicht an der Frage vorbei, ob die Aktionen im August 1977 wie konterrevolutionäre Ereignisse vorüber, ob die Aktionen im August (Pimental und Air Base) neue Bestimmungen und neuer Weg für den revolutionären Prozeß hier sein kann — oder ob sie nicht vielmehr diesem Prozeß schaden. Wir meinen, letzteres.

Der Bezug auf die weltweite Entwicklung der Kämpfe bringt uns nicht weiter, wenn wir es nicht schaffen, in der Strategie der antimperialistischen Front die nationalen und die internationalen Bedingungen miteinander zu verbinden. Genau das war die Bestimmung der Politik der RAF von Anfang an. Sie ist immer noch richtig!

Sie können nicht verstehen, daß in Papieren zum Kongreß seitenslage Analysen über die internationale Situation, über das Gesamtsystem und über die Entwicklung des Widerstands hier bis zum Sommer 83 entwickelt werden — und an der entscheidenden Frage, die für uns / für die ganze weitere Entwicklung hier existenziell ist (eben weil die gesamte antimperialistische Front / jede revolutionäre Politik und Praxis davon berührt ist), nach nem halben Jahr dazu nur kommt: „womit wir Schwierigkeiten haben, ist die genaue Bestimmung für den Prozeß hier, wofür die Eskalation und Politisierung in die Tiefe der Gesellschaft genau laufen soll.“ und gleichzeitig Kritik an den Aktionen sich reduziert auf das Vermittlungsproblem und das Verhältnis der Guerilla zum Widerstand, was sich darin ausdrückt. Es ist einfach ein absoluter Widerspruch zwischen dem Verhältnis, mit dem die Genossen sich mit der internationalen Situation und den Strategien der Herrschenden auseinandersetzen und dem Verhältnis, mit dem die politischen Auswirkungen der neuen Bestimmung / des neuen Weges auf die Situation hier in der Metropole BRD diskutiert wird. Darüber wollen wir auch auf dem Arbeitskreis sprechen.

Wie in verschiedenen Papieren zum Kongreß formuliert wurde, geht es

nicht um die brennende Vorstellung von „nationaler Revolution“. Das versteht das eigentliche Problem. Weil ganz unabhängig von der Relevanz der Frage, ob eine „nationale Revolution“ in der Metropole (oder auch in der sog. 3. Welt) noch möglich ist oder nicht, es eine unumstößliche Tatsache ist, daß wir die Kräfte für ne revolutionäre Entwicklung hier aus der Situation und den Bedingungen der BRD entwickeln müssen.

Auch da, wo wir uns mit dem „imperialistischen Gesamtsystem“ auseinandersetzen, kommen wir zu den gleichen Fragen, wenn wir konsequent an den Ergebnissen der Analysen weiterüberlegen.

In Erklärungen und Texten von Gefangenen, von der Guerilla und dem Widerstand und in den ersten Kongreßpapieren wurde das „imperialistische Gesamtsystem“ als eine Art monolithischer Block beschrieben. Die Tatsache, daß das kapitalistische System aus seiner Eigendynamik zahlreiche Widersprüche gesetzmäßig und ständig neu hervorbringt, die sich auf alle anderen Ebenen auswirken, daß es nationale, historische usw. Widersprüche innerhalb der imperialistischen Mächte gibt, wurde überwiegend negiert, übersehen oder für nicht relevant gehalten, bzw. einfach die Unterordnung dieser Widersprüche unter die gesamtimperialistischen Interessen behauptet. Der Imperialismus wurde darauf reduziert, daß seine Strategie mit noch auf militärische Lösungen abzielte, daß er nicht mehr in der Lage sei, für die Durchsetzung seiner Interessen auch politische Mechanismen anzuwenden. Die konsequente Folge einer solchen schematischen (und falschen) Analyse besteht in der Vorstellung, daß nun die Zeit gekommen sei, für die Revolutionäre in den Metropolen, nur noch auf militärischer Ebene (Strategie gegen ihre Strategie) gegen den US-Imperialismus zu kämpfen. Ergo: Airbase und Pimental. Ein solches Weltbild / eine solche „Analyse“ bildet den politischen Hintergrund für das Abgleiten der revolutionäre in militärische Strategien.

In den neuesten Papieren zum Kongreß ist eine an vielen Stellen differenzierte Auseinandersetzung mit der „imperialistischen Gesamtsystem“, dessen Macht nur noch Militäristik ist“ wiedergegeben, Angefangen bei der Erkenntnis, daß „die großen Sprünge der Imperialisten und das, was sie in bestimmten Situationen (tatsächlich verwirklichen können, zwei verschiedene Dinge sind.“ (was uns sicher auch von der erdrückenden Welle von Shultz und Weinberger-Zitaten befreien wird) bis dazu, daß „das Kräfteverhältnis immer in konkreten Kämpfen entschieden wird, und so auch die harte Haltung nichts Endgültiges ist...“ oder daß „die Imperialisten einfach an jeder einzelnen Stelle neu kalkulieren müssen, ob der politische Schaden, die kurz- und längerfristigen Folgen einer militärischen Vergeltungsaktion, einer konterrevolutionären Aktion, einer militärischen Vergeltungsaktion, einer Intervention oder die Durch- bzw. Nichtdurchsetzung eines Projekts in den Zentren größer sind als der Nutzen.

Diese Einschätzungen kommen der Wirklichkeit schon einiges näher. Vor allem ist daran wichtig für uns, daß die Widersprüche innerhalb des Imperialismus oder auch die politischen, ökonomischen Grenzen, an die er stößt, oder die Gratzwanderung zwischen militärischen/repressiven Strategien einerseits und politischen Auswirkungen andererseits ... daß das alles Bereiche sind, in denen sich für uns, für die revolutionären Kräfte, immer wieder Raum eröffnet, wo wir auch Wirkung erzielen können/müssen. Damit meinen wir nicht ne Politik, die sich nur an den Widersprüchen der Imperialisten orientiert. Aber wenn wir an den einzelnen Widersprüchen weiter überlegen, nehmen wir als ein Beispiel das Problem der politischen Grenzen, an die der Imperialismus stößt, dann wird daran deutlich, daß für die revolutionären Kräfte genau auch dieses Terrain wichtig ist, wo wir ebenfalls Siege erringen können und durch die politische Wirkung unseres Handelns, der Aktionen, der Mobilisierung der Massen, der Arbeit und so verstehen wir den Satz der Tupamaros: „Der revolutionäre Krieg ist ein politischer Krieg.“ Das ist die „Schärfe“ des Krieges in den Metropolen, wie wir sie begreifen.

Was jedoch in den Papieren zum Kongreß auffällt, daß auch beim Bereich „Gesamtsystem“ die Schlussfolgerungen aus den inzwischen differenzierteren Einschätzungen nicht gezogen werden oder nicht als Kriterien in die Auseinandersetzung mit den Aktionen im August mit einbezogen werden. Würden sie das, wäre auch an dieser Stelle der Widerspruch zu dieser neuen Bestimmung eine zwangsläufige Folge. Gerade da brechen die Überlegungen jedoch ab.

„Mythifikation zu beseitigen, die Wahrheit zu sagen, ist eines der Ziele, die ich in allen meinen Büchern am hartnäckigsten verfolgt habe. Diese Hartnäckigkeit hat ihre Wurzeln in meiner Kindheit, ich haßte das, was meine Schwester und ich „Dummheit“ nannten: eine gewisse Art, das Leben und seine Freuden unter Vorurteilen, Gewohnheiten, Täuschungen und sinnlosen Vorschriften zu erstickern. Ich wollte dieser Unterdrückung entrinnen und habe mir fest vorgenommen, sie rückwärts aufzuzeigen.“

Jene Passage aus „Alles in Allem“, dem letzten Band aus ihrem Memoirenzyklus, charakterisiert am besten Simone de Beauvoirs Werk und Leben (1).

Wir alle sind jetzt Waisen. Mit diesem Satz drückten französische Frauen ihre Erschütterung und Trauer über den Verlust von Simone de Beauvoir aus.

Die Dame mit dem Turban — eine liebgewonnene Gewohnheit aus der fruchtlosen Begegnung mit dem 9.1.1908 im Pariser Montparnasse geborenen, wo sie auch bis zuletzt wohnte.

Ihre Familie, der Vater war Jurist, gehörte zwar zu einer wohlhabenden französischen Bourgeoisie, verarmte allerdings aufgrund von Spekulationen nach dem ersten Weltkrieg. Als sie fünfzehn Jahre alt war, beschloßen ihre Eltern, sie in ein katholisches Mädcheninstitut zu schicken. Ihr Vater war Agnostiker, ihre Mutter fromm. „Schuld ich gehen konnte, hat Mama mich in die Kirche mitgenommen; sie hatte mir in Wachs, aus Gips geformt, an die Wände gemalt, die Bilder des Jesuskindes, des Herrguts, der Jungfrau Maria, der Engel gezeigt.“ (2)

An jenem „Cours Dèar“ blieb sie bis zum Abitur eine Musterpupille, die viel las und besonders den französischen Aufsatz beherrschte. 1914 — der Krieg war erklärt worden — lernte sie das Böse, die „Prussien“ oder auch „Boches“, erkennen und der Suche des Guten dienen. Sie strickte einen Wollschal für die Front, malte ab Wände „Hoch Frankreich“, die Erwachsenen kommentierten entzückt: „Simone ist furchtbar chauvinistisch“ (3); sie sammelte Spenden auf den Pariser Boulevards, alles in allem „eine bezaubernde kleine Patriotin“ (4).

Fromm war sie ohnehin; sie steigerte die Tugend noch, als ihre erklärt wurde, Frankreichs Errettung hänge auch



Simone de Beauvoir:

Eine Frau, Schriftstellerin und Philosophin

von Freundschaft, von Austausch mit dem Anderen: damals mit ihrer Mitschülerin Zaza. Sie bewunderte, verehrte ihre Ironie, ihre Kühnheit, ihre Originalität und ihre umströmten Gedanken. „(Zaza) zog oft eine Parallele zwischen ihrer Lässigkeit und meinem Arbeitseifer, zwischen ihren Fehlern und meiner Vollkommenheit, über die sie sich gern mokierte ... Ich habe keine Persönlichkeit“, gestand ich mir traurig ein. Meine Neugier gab sich allem hin, ich glaubte an die Absolutheit des Wahren und an die Notwendigkeit des Sittengesetzes; meine Gedanken formten sich je nach Objekt; wenn manchmal einer von ihnen mich überraschte, so deshalb, weil er etwas Über das raschende widersprach. Ich zog das Bessere dem Guten, das Schlechte dem Schlimmeren vor, ich verachtete, was verachtenswert war, ich entdeckte keine Spur einer subjektiven Haltung in mir.“ (7)

Zaza und sie liezten sich und unterhielten sich über Liebe, über Zukunftspläne. Simone de Beauvoir, die zu nächst hatte Lehrerin werden wollen, beschloß mit fünfzehn Jahren, Schriftstellerin zu werden. Einerseits weil Schriftsteller in ihren Augen ein ungeheures Prestige besaßen, andererseits weil sie von Natur aus mitteilhaft war, schließlich würde ihr die Literatur eine Unsterblichkeit sichern, die ein Ausgleich für die verlorene ewige Glückseligkeit wäre und außerdem: „Zugleich würde ich der Menschheit dienen; mit welchem schöneren Geschenk als Büchern konnte man sie bedenken?“ (8) Ihr Auswählter, so befand sie, müßte eine ihr völlig evidente Überlegenheit aufweisen, müßte ihr „unbegrenzt imponieren“ durch seine Klugheit, Kultur, Autorität; er solle nicht von ihr verschieden, sondern ihresgleichen, „eine Art Doppelgänger“ sein (9). Und wie sämtliche jungen Mädchen (und Jungen) lehnte sie sich allmählich gegen elterliche Vorschriften und satzbare Konventionen auf.

Als Endvierzigerin begann Simone de Beauvoir ihre Memoiren zu schreiben. Dieses Werk besteht aus vier Bänden. „Memoiren einer Tochter aus gutem Hause“ (1958) endet mit dem Su-

dienabschluß, der Lösung vom Elternhaus und der Begegnung mit Sartre. „In den besten Jahren“ (1960) umfaßt den Zeitraum von 1929 bis zur Befreiung Frankreichs 1944. „Der Lauf der Dinge“ (1963) betrifft die Nachkriegsjahre bis zum Ende des Algerienkriegs, sie berichtet von ihren Reisen (USA 1947-1950, Afrika und Südamerika 1950, Sowjetunion und China 1955, Brasilien und Kuba 1960; später, von 1962 bis 1966 fuhr sie jedes Jahr in die UdSSR) und von zwei weiteren wichtigen Liebesbeziehungen, zum amerikanischen Schriftsteller Nelson Algren und zu Claude Lanzmann. Schließlich hält sie in „Alles in Allem“ eine Art Gesamtübersicht ihres Lebens unter Einbeziehung der Jahre 1962-1970, das heißt unter anderem ihre Eindrücke anlässlich einer Nahostreise sowie das Engagement im Mai 68 und in der Frauenbewegung.

Simone de Beauvoir, die bedauerte, daß die „nichtkommunistische Linke“ (nicht KPF gebunden) ist gemein; Ann. AK), „fast genauso monolithisch geworden ist wie die kommunistische Partei. Ein „Linker“ muß China bedingungslos bewundern, muß Partei ergreifen für Nigeria und gegen Biafra, für die Palästinenser und gegen Israel“ und erklärte, „solchen Bedingungen füge ich mich nicht“ (Alles in Allem, S. 411), erhielt 1975 den Jerusalem-Preis. Sie, die keineswegs palästinenser- oder israel-feindlich war, fand andererseits den Gedanken, „Israel könne eines Tages wieder von der Landkarte verschwinden, einfach verabscheuenswürdig ... Dies um so mehr, als der Antisemitismus in ganz Europa auch weiterhin schwellt und für die von ihm ausgehenden Bedrohungen Israel für die Juden die einzige sichere Zuflucht bleibt.“ (ebd.)

Kennzeichnend für die Memoiren ist die Ablehnung jeglicher Schnörkel, jeglicher Selbst-Selbstierung und das unbedingte Bemühen um Aufrichtigkeit, Authentizität, also Wahrheit, um Vollständigkeit und Transparenz. Sie selber schreibt: „Ich wollte das Geschehen in seiner Wildheit, seinen Zufällen, seiner zuweilen ungerahmten Kombination so darstellen, daß es der

Wirklichkeit entspricht. Diese Trübe gibt deutlicher als die geschickteste Transponierung zu verstehen, wie die Dinge auf den Menschen zukommen ... Ich bin keine virtuose Schriftstellerin gewesen. Ich habe nicht — wie Virginia Woolf, wie Proust oder wie Joyce — das schillernde Spiel der Empfindungen wieder zum Leben erweckt und die Außenwelt in Worten eingefangen. Aber das ist auch nicht meine Absicht gewesen. Ich wollte mich existenz machen für die anderen, indem ich ihnen auf die unmittelbarste Weise mitteile, wie ich mein eigenes Leben empfand, das ist mir in etwa gestückt ... Nichts anderes wünschte ich mir.“ (10) Simone de Beauvoir studierte 1925-26 französische Philologie und Mathematik an katholischen Instituten, 1926 begann sie ihr Philosophiestudium an der Sorbonne.

„An der Philosophie zog mich vor allem an, daß sie meiner Meinung nach unmittelbar auf das Wesentliche zugeht. Ich hatte mich nie für Einzelheiten interessiert; ich nahm den globalen Sinn der Dinge weit mehr als ihre Besonderheiten in mich auf; ich begriff lieber, als ich sah: immer hatte ich alles erkennen wollen. Die Philosophie wurde mir möglich machen, diesem mein Verlangen zu erfüllen, denn die Gesamtheit der Wirklichen war das Ziel, das ich im Auge hatte.“ (11) Mit einer Arbeit über Leibniz besteht sie 1928 das Examen, und gemeinsam mit Maurice Merleau-Ponty und Claude Lévi-Strauss (12) legt sie ihre Referendatur an einem Pariser Gymnasium ab. Gleichzeitig bereitet sie sich an der Sorbonne und der Ecole Normale Supérieure auf die Philosophie der „Aggregation“ vor. Damals erhält sie von einem Studienfreund, Herbaud, jenen Namen, der bleiben sollte: Castor. „Eines Tages schrieb er in großen Buchstaben auf mein Heft BEAUVOIR = BEAUFER. „Sie sind ein Biber“, sagte er, die Biber leben in Gemeinschaften und haben eine konstruktiven Geist.“ (13)

Herbaud, Sartre und Nizan (14) bildeten an der Normale Supérieure einen geschlossenen Kreis: „Sie hatten einen schlechten Ruf. Es hieß, es fehle ihnen an „Sympathie für die Dinge“ ... Sartre sah nicht übel aus, aber es hieß von ihm, er sei der Schlimmste der drei, man sagte sogar, er tränke.“ (15) In „Memoiren einer Tochter aus gutem Hause“ schilderte Simone de Beauvoir ihren ersten Beuch bei Sartre: „Ich war etwas aufgeregt, als ich Sartres Zimmer betrat, ich fand außer einem riesigen Durcheinander von Büchern und Papieren überall umherliegende Zigarettenstummel und dicken Rauch vor, Sartre empfing mich als Weltmann; er rauchte Pfeife.“ (16) Der neue Kreis, in den sie aufgenommen wurde, schloßte sie zunächst ein: neue Kreis, in den sie aufgenommen wurde, schloßte sie zunächst ein: Nizan, Aron, Politzer (17). Sartre besaßen ihrer Meinung nach einen beträchtlichen Vorsprung vor ihr, sie waren auch das Diskutieren gewohnt. Sie folgte: „Ich würde Zeit brauchen und Anstrengungen machen müssen, um auch nur zum Teil die Versprechungen zu halten, die ich mir selbst gegeben hatte: doch das erschreckte mich nicht. Nichts war freilich gewonnen, aber alles blieb möglich.“ Nun, als Zweitbeste hinter Sartre bewandte die Philosophie „Aggregation“. Von 1931 bis 1943 unterrichtete sie Philosophie in Marseille, später in Rouen, schließlich Paris, bevor sie sich völlig aus dem Schulbetrieb zum Schreiben zurückzog.

Von 1929 bis 1931 „faulenzte“ sie in Sartres Nähe. Der hatte vorgeschlagen: „Schließen wir einen Zwei-Jahres-Pakt“ (19) Sie geriet, wie sie selber schrieb, zum ersten Mal in Widerspruch zu sich selbst und sprach von der Falle des Glücks: „Wie recht hatte ich gehabt, dem Glück zu misstrauen. Unter welcher Maske es auch auftrat, immer brachte es mich dazu, jeden Verzicht zu leisten. Als ich Sartre begegnet war, hatte ich geglaubt, nun sei alles gewonnen. An seiner Seite konnte meine Selbstverwirklichung nicht mißlingen. Jetzt sagte ich mir: Auf das Heil eines anderen mitzuvetten, ist der sicherste Weg zum Untergang.“ — „Ich war doch keine Frauenrechtlerin, ich hatte keine Theorie über Rechte und Pflichten der Frau“, erläuterte sie weiter. „So wie ich mich früher geweiht hatte, mich als „Kind“ bezeichnen zu lassen, so hielt ich mich jetzt nicht für eine „Frau“. Ich war ich.“ Ein Leben als „Zweitbesten“, als „relatives“ Wesen hatte für mich geheißen, mich in meiner Eigenschaft als menschliches Geschöpf zu erniedrigen.“ (Ann. 20, Hervorhebung AK) Simone de Beauvoir und Sartre hatte ihre Beziehung früh definiert: „Sartre war nicht zur Monogamie berufen; er war gern in Gesellschaft von Frauen, die er weniger kurios als Männer fand (kurios meint hier bürgerlich, speißig, langweilig eben — Anmerkung AK). „Bei uns beiden“, erklärte er mir unter Anwendung seines Lieblingsvokabulars, „han-

delt es sich um eine notwendige Liebe: es ist unerlässlich, daß wir auch die Zufallsbegegnungen kennen lernen.“ Wir würden einander nie fremd werden, keiner würde je vergebens an den anderen appellieren und nichts würde dieser Allianz den Rang ablaufen; aber sie durfte weder in Zwang noch in Gewohnheit ausarten. Um jeden Preis mußten wir sie vor der Zersetzung bewahren.“ (21)

In „Der Lauf der Dinge“ ging Simone de Beauvoir später auf gewisse Kriterien gewisser junger Frauen ein, als habe die „relative Rolle“ für sich selbst akzeptiert, der auszuweichen sie ihnen gerade empfohlen hatte: „Das trifft nicht zu. Sartre ist in ideologischen Fragen achtsamer — ich nicht.“ Wenn ich mich geweiht hatte, die Überlegenheit anzuerkennen, hatte ich meine Freiheit verraten; ich hatte mich in die trotzige und mißtrauische Haltung verrennt, die der Kampf der Geschlechter mit sich bringt und die das Gegenteil geistiger Ehrlichkeit sind. Ich habe meine Unabhängigkeit erhalten, weil ich meine Verantwortung nie auf Sartre abgewälzt habe. Ich habe keine Idee, keine Entschluß übernommen, ohne sie zu analysieren und mir selber Rechenschaft zu geben ... Sartre hat mir geholfen, wie ich ihm geholfen habe.“ (22)

Eben Sartre selber hat wiederholt in Interviews Simone de Beauvoirs Rolle bei dem Entwurf und der Ausarbeitung seines Werkes genannt: „Ich betrachte mich ihnen (S. d. B.) gegenüber nicht als überlegen oder intelligenter oder aktiver, also stelle ich uns auf die gleiche Ebene. Wir waren ebenbürtig.“ (Anmerkung 23; Hervorhebung AK) In einem weiteren Interview, 1975, sagte er: „Ich habe ihr die Grundgedanken von „Das Sein und das Nichts“ auseinandergesetzt, bevor das Buch geschrieben wurde ... Sie war der ideale Gesprächspartner, ein Partner, wie man ihn kaum jemals findet. Es war ein großartiges Glück ... Aber das Einzige, das bei Simone de Beauvoir und mir ist unser Verhältnis absoluter Gleichberechtigung.“ (24) In der Zwischenzeit hatte Nazideutschland den Krieg begonnen; Sartre wurde einberufen, und vom Juli 1940 bis zum März 1941 war er deutscher Kriegsgefangener in Trier. Erstmals empfand sie die Notwendigkeit eines politischen Engagements, wenngleich sie, wie sie selber dargestellt hat, keine glanzvolle Rolle während der Besatzungszeit gespielt hat. So unterzeichnete sie, um weiter unterrichten zu können, daß sie „keine Jüdin“ sei. Als Sartre 1941 nach Paris zurückkam, wollte er handeln und gründete mit anderen zusammen die Résistance Gruppe „Socialisme et Liberté“. Diese brach bald zusammen, und beide widmeten sich wieder dem Schreiben.

„Die Reden Petains trafen mich mehr als die Reden Hitlers. Ich verdamme alle Kollaborateure. Aber Leute meiner Art, vor Intellektuellen, Journalisten, Schriftstellern empfand ich tiefen, klaren, schmerzhaften Abscheu. Wenn Literaten und Maler nach Deutschland führen, um die Sieger unseren geistigen „Anschlüssen“ zu verzichern, fühle ich mich persönlich verraten.“ Sie faßt den Hintergrund ihres damaligen Lebens zusammen in Angst, Wut und blinde Ohnmacht. Als einziger Ausweg, bemerkte sie kritisch, war ihr die „abstrakte Moral, als eine letzte Zitielle des bürgerlichen Idealismus“ geblieben.

Sie schrieb also, und 1943 erscheint ihr erster Roman „Sie kam und blieb“, die autobiographisch inspierte Geschichte eines Dreiecksverhältnisses. Die Schriftstellerin Francoise, streng und rein, lebt mit dem Schauspieler und Regisseur Pierre, bis ihre jüngere Freundin Xavière, launig, kapriziös, spontan in ihr Leben eintritt. Xavière gewinnt nicht nur Macht über Pierre, sondern auch über Francoise, die schließlich die alte Frage „Sie oder Ich“ stellt und zur eigenen Befreiung Xavière tötet. Ein Hegel-Zitat steht dem Roman voran: „Ebenso muß jeder Bewußtsein auf den Tod des anderen gehen.“

Ihrem zweiten Buch „Das Blut der anderen“ (1945) stellt Simone de Beauvoir ein Dostojewski-Zitat voran: „Jeder Mensch ist für alle und alles verantwortlich.“ Jean Bromart, Sohn reicher Eltern, will Vorbestimmtheit und Schuld entkommen, indem er Arbeiter wird. Immer wieder erfährt er, daß sein eigenes Leben ein Eingreifen ins Leben anderer bedeutet. Um auch diese Verantwortung und die daraus resultierende Schuld loszuwerden, verläßt er seine schwächere Freundin Hélène. Der Krieg, die Notwendigkeit eines Engagements, verändert sie: Gemeinsam gehören sie einer Resistance-Gruppe an. Hélène aber kommt bei einer Aktion um. Erneut überfällt Bromart die Schuld. Sie dagegen aber sagt: „Aber dir keine Gewissensbisse ... Ich habe

Fortsetzung von vorheriger Seite

getun, was ich wollte. Du warst nicht mehr als ein Stein. Und Steine braucht man, damit Straßen entstehen können — wie könnte man sich sonst einen Weg erschaffen?" (26) So auch Paul, eine weitere Romanfigur: „Ich fühle mich nur für mich selbst verantwortlich, und diese Verantwortung konnte ich ruhig tragen: Ich war das, was ich sein wollte.“

Ein Jahr später erscheint „Alle Menschen sind sterblich“. Die Hauptfigur Fosca ist unsterblich, die junge Schauspielerin Régine wünscht sich eine ewige, unvergleichliche Liebe. Fosca erzählt seine wechselhaften Schicksale durch die Jahrhunderte. Seine Unsterblichkeit verunmöglicht ihm das Leben: nichts ist ihm dringend, nichts ist ihm bedeutend, nichts ist ihm unersetzlich. — Kurz zuvor veröffentlichte Simone de Beauvoir ihr erstes philosophisches Essay „Pyrrhus und Cénéas" (1944). Nach einer Plutarch-Erzählung erklärt König Pyrrhus seinem Ratgeber Cénéas, er wolle die ganze Welt erobern. Und dann? fragt Cénéas. Dann würde er sich ausruhen, antwortet Pyrrhus. Wieso sich dann nicht gleich ausruhen? fragt Cénéas. Warum dies, warum gerade bis dahin, warum nicht weiter, wozu überhaupt? Jede menschliche Tat kann spöttisch verachtet werden oder anders ausgedrückt: „Der Reflexion scheint also jeder menschliche Entwurf absurd zu sein.“ (27) Und doch hat Pyrrhus, der Handelnde, gegen Cénéas, der letztendlich die tote Existenz der Sachen lebt, recht. „Die Freiheit, Fundament aller menschlichen Werte, ist das einzige Ziel, das die Handlungen der Menschen rechtfertigen kann.“ (28)

1945 wurde die Zeitschrift „Les Temps Modernes" von Sartre gegründet. Als einzige Frau gehörte Simone de Beauvoir der Redaktionsgruppe an. Existentialismus — der Begriff war in aller Munde, war Mode: die Rechten meinten Jazakeller, Verdorbenheit der Jugend, Orgien und Rausch; aus marxistischer, (KPF-) kommunistischer Ecke hieß es Subjektivismus, Idealismus, Ahistorismus, Philosophie der Verzweiflung, der Hoffnungslosigkeit und Einsamkeit. Der Kernpunkt der Differenz zwischen Marxismus und Existentialismus wurde (wird) in der Konzeption des Individuums angesiedelt. Das heißt: soll man vom autonomen Individuum ausgehen, der für sein Verhalten verantwortlich ist, und gesellschaftliches Leben schafft oder von der Gesellschaft, die das Individuum schafft und die Art seines Verhaltens bestimmt. So ungefähr lautete die marxistische Polemik gegen den allerersten Grundsatz des Existentialismus: Der Mensch ist, wozu er sich macht. In einem Aufsatz „Der Existentialismus und die Weisheit der Nationen" (1945) setzte sich Simone de Beauvoir mit derlei Kritiken auseinander:

„Den Menschen als Freiheit zu definieren, schien schon immer den optimistischen Philosophen eigen zu sein. Daher ist es völlig falsch, den Existentialismus für eine Verzweiflungsdoktrin zu halten; ganz im Gegenteil. Er verurteilt den Menschen nicht zu einem unwiderruflichen Elend; ist der Mensch nicht natürlich gut, so ist er auch nicht natürlich böse; er ist zunächst überhaupt nichts; ihm obliegt es, sich als gut oder böse zu wählen, je nachdem, ob er seine Freiheit verantwortet oder diese verrät... Kein einziger Erfolg rettet mich, ... und kein einziges Scheitern entbindet mich von der Fortführung des Kampfes... Man sieht: wenn der Existentialismus beunruhigt, liegt es nicht daran, daß er am Menschen verzweifelt; sondern von diesem eine permanente Anstrengung abverlangt... Genau dies ist das allgemeine Ziel des Existentialismus: Er will dem Menschen die Enttäuschung und das grimmige Schmolten ersparen, die der Kult falscher Ideale hervorruft; er will den Menschen davon überzeugen, authentisch ein Mensch zu sein und er behauptet den Wert dieser Verwirklichung. Eine solche Philosophie kann es sich leisten, den Trug der Lüge und den Trost der Resignation abzulehnen: sie vertraut dem Menschen.“ (Hervorhebung AK)

1946 begann sie die Arbeit an „Das andere Geschlecht", das 1200seitige Buch wurde 1949 veröffentlicht; gleich in der ersten Woche wurden 22.000 Exemplare verkauft. Im ersten Abschnitt „Fakten und Mythen" stellt sie die biologischen, psychologischen, anthropologischen und soziologischen Zusammenhänge dar, die die jahrtausendliche Abhängigkeit der Frau von der männlichen Vorherrschaft rechtfertigen sollten. Die Frau ist nicht natur-, sondern kulturbedingt beengt, man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht. Der zweite Teil, „Gelebte Erfahrung", zeichnet das weibliche

Leben der Kindheit bis zum Alter nach und die verschiedenen Möglichkeiten und Begrenzungen, die die Welt den Frauen bietet. Sie kommt zum Schluß: „Die Tatsache des Menschseins ist unendlich viel wichtiger als alle Besonderheiten, die Menschenwesen auszeichnen... In beiden Geschlechtern spielt sich dasselbe Drama von Körper und Geist, von Endlichkeit und Transzendenz ab. An beiden nagt die Zeit, beiden lauert der Tod auf, sie sind beide gleich aufeinander angewiesen. Und ihre Freiheit kann zu gleichem Ruhm führen. Wenn sie sie zu kosten verstehen, fühlen sie sich nicht mehr versucht, sich um trügerische Vorrechte zu streifen. Und dann könnte die Brüderlichkeit zwischen ihnen entstehen.“ (29)

Brüderlich reagierte damals ein Teil der Welt ganz und gar nicht. Die Zeitung „Le Figaro littéraire" redete von Poenographie, der katholische Schriftsteller François Mauriac schrieb an die „Les Temps Modernes", nun wisse er „alles über die Vagina ihrer Chefin" und auch Albert Camus äußerte sich völlig degoutiert. 1972, in einem Gespräch mit Alice Schwarzer, kam Simone de Beauvoir auf „Das andere Geschlecht" zurück: „Ich dachte, die Probleme der Frauen (würden sich) in einer Entwicklung zum Sozialismus von selbst lösen. Feministen sind Frauen — oder auch sogar Männer —, die (vielleicht in Verbindung mit dem Klassenkampf, aber doch außerhalb) für die Frau kämpfen, ohne die erstrebte Veränderung unbedingt von der Gesamtgesellschaft abhängig zu machen. In diesem Sinne bin ich heute Feministin... Wir müssen also für die konkrete Situation der Frau kämpfen, bevor der erhoffte Sozialismus kommt.“ (30)

1970 gehörte Simone de Beauvoir zu den Gründerinnen der MLF-Frauenbefreiungsbewegung. Beim Marsch für die freie Abtreibung im November 1971 war sie ebenfalls dabei. Im gleichen Jahr unterschrieb sie das berühmte Manifest „Ich habe abgetrieben". In „Les Temps Modernes" führte sie eine regelmäßige Rubrik zum alltäglichen Sexismus ein. 1974 wurde die französische Liga für Frauenrechte gegründet, der sie präsidierte.

Man wird nicht als Frau geboren, man wird dazu gemacht: an dieser Aussage, die in der Konsequenz auch Ablehnung der Theorien der „Neuen Weiblichkeit" bedeutet, hielt Simone de Beauvoir allerdings fest: „Wenn man uns sagt: Immer schön Frau bleiben. Überlaßt uns nur all diese lästigen Sachen: Macht, Ehre, Karriere... Seid zufrieden, daß ihr so seid: erdverbunden, befaßt mit menschlichen Aufgaben...“, wenn man uns das sagt, sollten wir auf der Hut sein! Einerseits ist es richtig, daß Frauen sich nicht mehr ihres Körpers schämen, nicht ihrer Schwangerschaft und ihrer Periode. Richtig, daß sie ihren Körper kennenlernen... Aber man darf keinen Wert an sich daraus machen, nicht glauben, der weibliche Körper verleihe einem eine neue Vision der Welt. Das ist lächerlich und absurd. Das hieße einen

Übersetzte Werke

Alle Menschen sind sterblich, 1949

Amerika — Tag und Nacht (Reportagen), 1950

Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau, 1951

Sie kam und blieb, 1953

Die Mandarins von Paris, 1955

China — das weitgesteckte Ziel (Reportage), 1955

Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, 1958

In den besten Jahren, 1961

Das Blut der anderen, 1963

Ein sanfter Tod, 1965

Der Lauf der Dinge, 1966

Eine gebrochene Frau, 1969

Das Alter, 1972

Alles in allem 1974

Marcelle, Chantal, Lisa ... ein Roman in Erzählungen, 1981

Die Zeremonie des Abschieds — Gespräche mit Jean-Paul Sartre, August bis September 1974; 1983

(alles bei Rowohlt erschienen)

Christiane Zehl-Romero, „Simone de Beauvoir", tororo Bildmonographie, 1978

Alice Schwarzer, „Simone de Beauvoir heute — Gespräche aus zehn Jahren", Rowohlt 1983

Gegen-Penis daraus machen. Frauen, die das glauben, fallen ins Irrationale, ins Mystische, ins Kosmische zurück... Das Ewig Weibliche ist eine Lüge, denn die Natur spielt bei der Entwicklung eines Menschen eine sehr geringe Rolle. Wir sind soziale Wesen. Außerdem: Da ich nicht denke, daß die Frau von Natur aus dem Manne unterlegen ist, danke ich auch nicht, daß sie ihm von Natur aus überlegen ist.“ (31), Hervorhebung AK) Stets gab Simone de Beauvoir den Frauen den Rat, sich durch Arbeit und Beruf unabhängig zu machen — als Voraussetzung zur Unabhängigkeit gemäß ihrer Vorstellung, sich nicht als Frau, sondern als ganzes, vollständiges menschliches Wesen Anerkennung zu schaffen. Immer warnte sie vor der Falle der Mutterschaft und der Ehe.

„Die Mandarins von Paris" (1954) wurde mit dem höchsten französischen Literaturpreis, dem Prix Goncourt ausgezeichnet. Claude Lanzmann, der übrigens beide, Sartre und Simone de Beauvoir, zur Wendung zum Marxismus ermunterte, hat sie zu jenem Roman ermutigt: Die Pariser Intellektuellen von 1944 bis 1948 sind wie die chinesischen Mandarins vom Volk abgeschnitten, obwohl sie es zu führen meinen, und schließlich enttäuscht. Als Widerstand und Engagement scheinbar nicht mehr nötig sind, zerfällt die politische Geschlossenheit jener Pariser Linksintelligenz in Privatintrigen. Kommunismus, Atombombe, engagierte Literatur, Friedenskampagne, Sowjet-Union, Hunger in der Welt, all diese Themen werden behandelt — und nicht bewältigt. Auch dieses Buch ist autobiographisch inspiriert, ein politisches Tagebuch wie auch ein Frauenroman und endet damit, daß es nicht genüge, „wenn man sich sagt: Die Geschichte ist auf jeden Fall ungutlich", um sich für berechtigt zu halten, seine Hände in Unschuld zu waschen: wichtig ist, daß sie mehr oder weniger ungutlich ist.“ (32)

Ihre eigenen politischen Aktivitäten: Sie nahm Stellung gegen die sowjetische Intervention in Ungarn und in der Tschechoslowakei, gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam, den Gaullismus und den Algerienkrieg: „Meine Landsleute wurden mir unerträglich... Ich hatte die Menschen so gern gemacht; jetzt waren mir sogar die Straßen feindlich. Ich fühlte mich genauso verstoßen wie in der ersten Zeit der Besetzung... Ich sah mich mit den Augen der zwanzigmal vergewaltigten Frauen, der Männer mit den zerbrochenen Knochen, der wahnsinnigen Kinder: eine Französin.“ (33)

Gemeinsam mit der Rechtsanwältin Gisèle Halimi startete sie eine Dokumentations- und Pressekampagne zum Fall der FNlerin Djamilia Boupacha, die von französischen Soldaten vergewaltigt und gefoltert worden war. Sie unterstützte auch den Fall der FNlerin Djamilia Boupacha, die von französischen Soldaten vergewaltigt und gefoltert worden war. Sie unterzeichnete das „Manifest der 121" gegen den Algerienkrieg; wie Sartre beteiligte sie sich Jahre später am Mai 68 und verteilte die verbotene „La Cause du Peuple".

Zu weiteren Romanen von Simone de Beauvoir gehören „Die Welt der schönen Bilder" (1966) und „Eine gebrochene Frau" (1967). In drei Erzählungen porträtiert sie die Frau als „relatives Wesen" — drei Frauen, die am Alter, am Überdruß, an der Liebe scheitern sind, die keine eigene Identität verwirklicht haben. Simone de Beauvoir setzte sich auch wiederholt mit dem Alter und dem Tod auseinander. 1964 beschrieb sie in „Ein sanfter Tod" die letzten Lebensstage ihrer Mutter mit der ihr üblichen schonungslosen Präzision, die einige kritisieren, weil sie anderes übersehen: „Wenn jemand uns Nahestehendes darvorhebt, büssen wir die Schuld des Überlebens mit tausend quälenden Gewissensbissen. Sein Tod enthüllt uns seine Eigenart und seine Einmaligkeit... Uns scheint, daß er in unserem Leben einen größeren Platz hätte einnehmen müssen, vielleicht sogar allen Platz." — „Alle Menschen sind sterblich, aber für jeden Menschen ist sein Tod ein Unfall und selbst, wenn er sich seiner bewußt ist und sich mit ihm abfindet, ein unverschämter Gewaltakt." 1970 erschien ihr wissenschaftliches Essay „Das Alter". Sie geht ähnlich vor wie in „Das andere Geschlecht" und trägt ethnologische, geschichtliche, soziologische Faktenbestände und Mythen zusammen, sie zieht Erkenntnisse aus der Gerontologie und Geriatrie hinzu und kommt auch zu einer ähnlichen Schlußfolgerung: „Das Alter ist nicht nur eine biologische Tatsache, sondern auch eine kulturelle." —

Schließlich erschien 1981 „Die Zeremonie des Abschieds". Anhand von Tagebucheinzeichnungen beschreibt sie die letzten zehn Jahre mit Sartre und dessen allmähliche Hinfälligkeit. Im Vorwort sagt sie: „Als wir jung wa-

Fortsetzung nächste Seite

"Den Menschen erfinden"

Sartre zum Kennenlernen, Lesebuch hrsg von Traugott König



Jean Paul Sartre, 1946

(Foto: Henri Cartier-Bresson)

Jean Paul Sartre, 1946

(Foto: Henri Cartier-Bresson)

„Den Menschen erfinden" ist ein neues Sartre-Lesebuch betitelt, was sich auf Sartres Überzeugung bezieht, „daß der Mensch mit seiner Geburt lediglich seine Existenz erhalten hat, aber noch nicht sein Wesen. Sein Leben lang hat er die Chance und weiß sich zugleich verdammt dazu, durch die ununterbrochene Kette seiner Entscheidungen in ständig wechselnden Situationen sich selbst zu erfinden und damit den Menschen überhaupt erst zu entwerfen. Er ist zu einer Freiheit verpflichtet, in voller Verantwortung darüber zu entscheiden, was Menschsein ist. Mit diesem Appell zur Selbstverantwortung wurde Sartre zu einem der einflussreichsten Denker des 20. Jahrhunderts". So heißt es im Klappentext, dem ein sehr typisches Sartre-Zitat vorangestellt ist: „Mit der Hoffnungslosigkeit beginnt der wahre Optimismus: der Optimismus dessen, der weiß, daß er keinerlei Recht hat und ihm nichts zukommt..."

Der erste Text ist ein Auszug aus Sartres weltberühmtem Roman „Der Ekel" von 1938. Jene Sartresche Grundannahme, daß die bloße Existenz sowohl von uns selbst als auch von der uns umgebenden Welt allein noch keinen Sinn hat und wir ihr einen solchen Sinn erst geben müssen, erzeugt bei dem „Helden" dieses in Tagebuchform geschriebenen Romans zunächst Ekel.

Mit seinem Theaterstück „Geschlossene Gesellschaft", aus dem das Lesebuch den Anfang und den Schluß bringt, gelang Sartre das Kunststück, ein spannendes Bühnenstück zu schreiben, das keinerlei philosophische Kenntnisse voraussetzt, obwohl jeder Satz eine Aussage seiner Philosophie ist, ohne daß das Ganze dadurch zu einem trockenen Thesenstück würde. Dem Zuschauer wird Sartres Philosophie sozusagen untergemogelt: Das Stück spielt in der Hölle. Wie sieht diese Hölle aus? Drei Menschen, die sich zu Lebzeiten nie begegnet sind, werden für immer in einem fensterlosen Hotelzimmer zusammen sein. Ein Folterknecht oder Teufel ist nicht nötig, weil

jeder für den anderen die Hölle ist. Sartre wollte damit unsere totale Abhängigkeit vom anderen vorführen und indirekt dazu ermutigen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen und sich der Tatsache zu stellen, daß wir ganz allein die volle Verantwortung für unser Handeln übernehmen müssen, ohne uns auf das Urteil anderer zu verlassen oder die Schuld für ein Versagen auf andere zu schieben.

Sartre steht mit dieser Philosophie so gut wie allein da, denn kurioserweise — oder vielmehr bezeichnenderweise — behaupten und beweisen alle anderen Philosophen der „Freien Welt" die fast totale Unfreiheit des Menschen, der von seiner Erbmasse, seiner Sozialisation, der Gesellschaft völlig determiniert sei. Natürlich war Sartre nicht so naiv zu glauben, Unerdrückte, Ausgebeutete, Arbeitslose bräuchten nur zu erkennen, daß sie frei seien, um sich durch ihr eigenes Handeln zu befreien. Eine solche Naivität wurde ihm häufig von Vulgärmarxisten unterstellt. Sartre hat in einer hier vollständig abgedruckten „Klartstellung" darauf geantwortet: „Der Klassenkampf ist eine Tatsache... Aber wieso sehen Sie nicht, daß er sich auf der Ebene der Freiheit abspielt? Man nennt uns Sozialverräter: Mit diesem Freiheitsbegriff hindern Sie den Menschen, seine Ketten abzuschütteln. Was für ein Blödsinn! Wenn wir sagen, daß ein Arbeitsloser frei ist, so wollen wir damit nicht sagen, daß er tun und lassen kann, was er will, und sich augenblicklich in einen reichen und friedlichen Bürger verwandeln. Er ist frei, weil er immer wählen kann, ob er sein Los in Resignation hinnimmt oder sich dagegen auflehnt. Natürlich wird es ihm nicht gelingen, aus dem Elend herauszukommen, aber mitten in diesem Elend, an dem er klebt, kann er wählen, in seinem Namen und im Namen aller anderen gegen alle Formen des Elends zu kämpfen; er kann wählen, der Mensch zu sein, der es ablehnt, daß das Elend das Los der Menschen sei."

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Simon de Beauvoir

ren und wenn einer von uns am Ende einer hitzigen Diskussion lautlos triumphiert, sagte er zum anderen: „Sie sind in ihrer kleinen Kiste! Sie sind in ihrer kleinen Kiste! Sie werden nicht herauskommen, und ich werde Ihnen nicht dorthin folgen: selbst wenn man mich bei Ihnen beerdigt, wird kein Weg von Ihrer Asche zu meinen sterblichen Überresten führen.“ (34) Kritiken, die nicht zum guten Teil etablierten Vorstellungen von „Weiblichkeit“ und „Menschlichkeit“ verhaftet sind, wurden wieder geblöht: „Voyeurismus“, „erbarungslose Überinformation“, bis hin zu „Leichenfledderei“. Kritik des „Voyeurismus“ — weil sie Sartres organischen Zerfall schildert; Kritik des „Voyeurismus“ paradoxerweise — weil sie dabei wenig von sich selbst berichtet. Ebenfalls im Vorwort hat Simone de Beauvoir letzteres in einer umfassenden Knappheit beantwortet: „Einmal, weil das nicht mein Thema ist; und zum anderen trifft zu, was ich auf die Frage von Freunden, wie ich es aufnehme, als Antwort notierte: „Das kann man nicht sagen, das kann man nicht schreiben, das kann man nicht denken; das lebt man, das ist alles.“ (35)

Nicht zufällig geht jene Schilderung dem zweiten, aus ihren eigenen Interviews mit Sartre bestehenden Teil voraus: Sartre äußert sich zu Kindheit, Frauen, Essen, Politik, Freiheit, Lesen, Tod und Gott u.a. Ein lebendiges Porträt schließt sich so der Beschreibung seiner letzten Jahre an.

Im letzten Band ihrer Memoiren, „Alles in Allem“, hatte sie geschrieben: „Wenn ich die Grundlinie meines Lebens verfolge, so springt mir ihre ungebundene Kontinuität in die Augen... Vor allem zwei Dinge haben meinem Dasein seine Einheit verliehen: der Platz, den Sartre niemals aufgegeben hat in ihm einzunehmen. Und die Traue, mit der ich immer an meinem ursprünglichen Projekt festgehalten habe: Erkennen und Schreiben.“ (36)

Anmerkungen

1. Alles in Allem, Rowohlt 1978, S. 469.
2. Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, Rowohlt 1968, S. 11.
3. ebd. S. 28.
4. ebd. S. 28.
5. ebd. S. 130.
6. ebd. S. 99.
7. ebd. S. 107.
8. ebd. S. 135.
9. ebd. S. 138f.
10. Alles in Allem, S. 470.
11. Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, S. 151.
12. Maurice Merleau-Ponty (1908-1961), französischer Philosoph, gehörte der ersten Redaktionsgruppe der „Les Temps Modernes“ an; im Zusammenhang mit dem Korea-Krieg (1952) entzweiten sich Sartre und Merleau-Ponty, letzterer warf ersterem eine zu freundliche Haltung gegenüber den Kommunisten vor. Auf deutsch u.a. „Humanismus und Terror“ (1968). Siehe auch hierzu in „Sartre über Sartre“, Rowohlt 1983, den Aufsatz „Freundschaft und Widersprüche“, S. 61.
13. Claude Lévi-Strauss, geb. 1908, französischer Ethnologe. Autor von „Traurige Tropen“, dt. 1970 und „Das Ende des Totemismus“, dt. 1965 u.a.
14. Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, S. 311.
15. Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, S. 311.
16. Paul Nizan, engster Schul- und Studienfreund Sartres, verließ angeekelt über den bürgerlichen Lehrbetrieb die École Normale Supérieure und ging als Hauslehrer nach Aden, von wo er als überzeugter Kommunist zurückkehrte. Trat 1931 der KPF bei, aus der er 1938 aus Protest gegen den Stalin-Hitlerpakt austrat. Er fiel 1940. Nach dem Krieg wurde er von der KPF als Agent hingerichtet. Sartre verteidigte ihn und führte ihn als Brunet in seine Romane ein.
17. Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, S. 299.
18. ebd. S. 321.
19. Raymond Aron, einer der bekanntesten Soziologen, Gaullist der ersten Stunde, in der Studentenzeit eng mit Sartre befreundet, nach dem Krieg Mitarbeiter von „Les Temps Modernes“, nach dem Bruch mit Sartre aus politischen Gründen dessen Antipode, kritisierte vor allem Sartres linksradikales Engagement.
20. Georges Politzer, kritischer Marxist der KPF, der Sartre, Simone de Beauvoir und ihren Kreis für den Marxismus interessierte. Wurde 1942 als Résistancekämpfer von den Deutschen erschossen.
21. Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, S. 330.
22. In den besten Jahren, Rowohlt 1969, S. 23.
23. ebd. S. 56 - 57.
24. ebd. S. 23.
25. Der Lauf der Dinge, Rowohlt 1970, S. 611.
26. Sartre über Sartre, autobiographische Schriften, Rowohlt 1977, S. 170.
27. ebd. S. 221.
28. In den besten Jahren, S. 429.
29. Das Blut der anderen, Rowohlt 1963, S. 219 - 220.
30. Pyrrhus und Cinéas, in: Soll man die Sade verbrennen?, Rowohlt 1963, S. 195.
31. In den besten Jahren, S. 468.
32. Das andere Geschlecht, Rowohlt 1961, S. 678.
33. Simone de Beauvoir heute, v. Alice Behrmeyer, Gespräche aus zehn Jahren, Rowohlt 1983, Interview 1972, S. 30.
34. ebd. Interview 1978, S. 61.
35. Die Mandarine von Paris, Rowohlt 1965, S. 636.
36. Der Lauf der Dinge, S. 187.
37. Die Zerknirschung des Abschieds, Rowohlt 1963, Vorwort.
38. ebd.
39. Alles in Allem, S. 35.

"Den Menschen erfinden"

Sartre

Fortsetzung von vorheriger Seite

Eine Moral der Freiheit, der Verantwortung und der Revolte ergibt sich also aus Sartres Philosophie. Das wird auch in der Schluß-Passage aus Sartres philosophischen Hauptwerk „Das Sein und das Nichts“ deutlich, in dem Sartre den bekannten Anspruch tätigt: „Im Krieg gibt es keine unschuldigen Opfer“. 1946 schrieb Sartre seine berühmten „Überlegungen zur Judenfrage“, von denen hier die wichtigsten Passagen in einer neuen Übersetzung abgedruckt sind. Sartre macht sofort deutlich: „Das Judenproblem ist aus dem Antisemitismus entstanden; den Antisemitismus muß man also aus der Welt schaffen, wenn man es lösen will.“ Der Antisemit ist für ihn „ein Mensch, der Angst hat. Nicht vor den Juden natürlich: vor sich selbst, vor seinem Bewußtsein, vor seiner Freiheit, vor seinen Trieben, vor seinen Verantwortlichkeiten, vor der Einsamkeit, vor der Veränderung, vor der Gesellschaft und vor der Welt; vor allem, außer vor den Juden. Er ist ein Feigling, der sich seine Feigheit nicht eingestehen will; ein Mörder, der seine Mordlust verdrängt oder zensiert, ohne sie zügeln zu können, und der trotzdem nur im effigie oder in der Anonymität einer Menge zu töten wagt; ein Unzufriedener, der sich nicht aufzuheben wagt aus Angst vor den Folgen seiner Auflehnung.“ Der Antisemitismus verschleierte also außerdem die Klassenverhältnisse — wie man auch an den Argumenten der Befürworter der Auflösung des Fälschbinderstücks sehen konnte. „Wir stellen fest, daß der Antisemitismus eine leidenschaftliche (als Gegensatz zu „rationale“) — A.K.) Anstrengung ist, gegen die Spaltung der Gesellschaften in Klassen eine nationale Einheit zu verwirklichen... Und da diese Spaltungen weiter bestehen, da ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen nicht angegriffen worden sind, strebt man danach, sie alle auf eine einzige zu reduzieren: die Unterscheidungen zwischen Reichen und Armen, zwischen arbeitenden Klassen und besitzenden Klassen, zwischen legaler Gewalt und akkumulierter Gewalt, zwischen Stadt und Land usw. usw. faßt man alle in der zwischen dem Juden und dem Nichtjuden zusammen. Das bedeutet, daß der Antisemitismus eine mythische und bürgerliche Vorstellung vom Klassenkampf ist und in einer klassenlosen Gesellschaft nicht existieren könnte.“ Daraus ergibt sich folgerichtig, daß der Kampf gegen den Antisemitismus nicht nur Sache der Juden sein kann, sondern aller Linken im weitesten Sinn des Wortes — „weil der Antisemitismus geradewegs zum Nationalsozialismus führt... wenn wir voller Scham unsere unfreiwillige Komplizenschaft mit den Antisemiten, die uns zu Henkern gemacht hat, erlebt haben, werden wir vielleicht langsam begreifen, daß wir nicht mehr und nicht weniger für den Juden kämpfen müssen als für uns...“ „Kein Franzose wird frei sein“, so endet Sartres Schrift, solange die Juden nicht im Besitz ihrer vollen Rechte sind. Kein Franzose wird in Sicherheit sein, solange noch ein Jude in Frankreich und in der ganzen Welt um sein Leben wird fürchten müssen.“

Etwa zur gleichen Zeit hatte Sartre die ersten beiden Bände seines unvollendet gebliebenen Romanzyklus „Die Wege der Freiheit“ veröffentlicht, dessen abgeschlossener 4. Band, „Die letzte Chance“, gerade zum erstenmal als Hörbuch-Bändchen auf deutsch erschienen ist und aus dessen 2. Band, dem, wie ich finde gelungensten, das Lesebuch zwei Auszüge bietet: „Der Aufschub“. Das Spannende an diesem Romanzyklus ist, daß Sartre den Plan für dieses großangelegte Romanwerk unter dem Einfluß seiner eigenen zeitgeschichtlichen Erfahrungen — er wurde, während er am ersten Band schrieb, eingezogen und kam in deutsche Kriegsgefangenschaft, aus der er floh — ständig verändert und auf diese Weise die unmittelbare Gegenwart in es eingehen läßt. Im 1. Band, „Zeit der Reife“, schilderte er „wenige Tage aus dem Leben einiger Pariser Intellektueller und Bohemiens auf der Suche nach Selbstverwirklichung“. An der Front schrieb er diesen Roman so um, daß überall unausgesprochen die Passivität der französischen Gesellschaft gegenüber den Gefahren des Zweiten Weltkriegs und des Faschismus deutlich wird. „Im zweiten Band, „Der Aufschub“, stürzt er seine Figuren in derselben Art in das Zeitgeschehen wie er in den Krieg gestürzt worden war. Zeit der Handlung sind einige Tage vor und nach dem Münchner Abkommen vom 29. September

1938 zwischen Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien, in dem die beiden westlichen Demokratien... ihre Zustimmung zur Abtretung des Sudetenlands an das deutsche Reich geben und damit Hitler die Tschechoslowakei ausliefern. Dieses Münchner Abkommen, das von Hitler bereits am 15. März 1939 durch den Einmarsch deutscher Truppen nach Böhmen gebrochen wurde, führte letztlich zum Krieg und war also nur ein Aufschub.“ So heißt es im Vorspann zu diesen Auszügen, die zudem die von Dos Passos übernommene Erzähltechnik der Gleichzeitigkeit verdeutlichen, das heißt: die Handlung springt oft mitten in einen Satz von einem Schauplatz, z.B. der Tschechoslowakei, zu einem anderen, z.B. nach Bad Godesberg, wo Chamberlain mit Hitler verhandelt, oder nach Frankreich zu den Figuren aus dem ersten Band — eine Erzähltechnik, deren Angemessenheit zur Wiedergabe unserer Zeitgeschichte er in seiner hier ebenfalls in einem Auszug abgedruckten programmatischen Schrift „Was ist Literatur?“ begründet hatte.

1952 veröffentlichte Sartre ein Vorwort von 578 engbedruckten großen Seiten zu den gesammelten Werken von Jean Genet, der einen eiazigtigen Fall in der Literatur darstellt: „Ein Findelkind zeigt von frühester Kindheit an böse Instinkte, bestiehlt die armen Bauern, die es adoptiert haben. Obwohl es bestraft wird, beharrt es auf seinem Verhalten, flieht aus der Erziehungsanstalt, in die es gesteckt werden mußte, stiehlt und plündert mehr denn je und prostituiert sich obendrein. Es lebt im Elend von Betteln, Diebstahl, schläft mit jedem und verrät jeden, aber nichts kann seinen Eifer entmutigen; diesen Augenblick wählt es, um sich wissentlich dem Bösen zu verschreiben; es beschließt, bei jeder Gelegenheit das Schlimmste zu tun, und als es gemerkt hat, daß das schlimmste Vergehen keineswegs darin besteht, Böses zu tun, sondern das Böse zu manifestieren, schreibt es im Gefängnis abscheuliche Werke, die die Apologie des Verbrechens sind und gegen das Gesetz verstoßen. Genau aus diesem Grund wird es aus der Verworfenheit, dem Elend, dem Gefängnis herauskommen. Seine Bücher werden gedruckt und gelesen, ein Regisseur, der mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet wurde, inszeniert in seinem Theater eines seiner Stücke, das zum Mord anstiftet; der Präsident der Republik erläßt ihm die Strafe, die es für seine letzten Delikte noch verbüßen mußte, gerade weil es sich in seinen Büchern rühmte, sie begangen zu haben; und als man ihm eines seiner ehemaligen Opfer vorstellt, sagt dieses: „Sehr geehrt, mein Herr, machen Sie mir weiter so“. Man wird diese Geschichte für unwahrscheinlich halten; und doch ist genau das Genet passiert.“ So faßt Sartre den Fall Genet zusammen. Der hier zitierte Auszug aus diesem Werk, das vielleicht Sartres originellstes ist, verdeutlicht, daß es Sartre außer um eine Analyse von Marginalität und Kriminalität in unserer Gesellschaft geht, die vieles von den späteren Analysen Michel Foucaults vorausnimmt.

Aber auch der politische Sartre kommt in diesem Lesebuch in angemessenem Umfang zu Wort. Die Auswahl seiner politischen Äußerungen beginnt mit einem Artikel über die Résistance: „Die Republik des Schweigens“. Es folgt sein erster Artikel gegen die Gefahr eines Atomkriegs durch die Angstpsychosen der Panikmache des kalten Kriegs. Dieser Artikel stammt von 1946. Zehn Jahre später beginnt dann Sartres Engagement gegen den Algerienkrieg, das hier durch seinen grundlegenden Aufsatz „Der Kolonialismus ist ein System“ dokumentiert wird. Dann ist seine Eröffnungsrede als Präsident des ersten Russell-Tribunals von 1967 gegen die Kriegsverbrechen der USA in Vietnam abgedruckt. Es folgen ein Interview über Sartres Einschätzung der Ereignisse vom Mai 1968, an denen er sich ja aktiv beteiligte, und seine vernichtende Abrechnung mit der sowjetischen Politik anläßlich des Einmarsches von Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei zur Vernichtung der Reformbewegung, die 1968 unter dem Namen „Prager Frühling“ die Hoffnung vieler Linker auf eine „Liberalisierung“ der Staats- und Gesellschaftssysteme nach sowjetischem Modell erregt hatten. Im Gegensatz zu so vielen anderen führte Sartres Kritik am sowjetischen System jedoch nicht zu einem Renegatentum oder der Aufgabe linker Politik. So endet sein Aufsatz mit folgendem Aufruf: „Die revolutionären Kräfte des Westens haben heute nur eine Möglichkeit, der Tschechoslowakei auf lange Sicht, aber wirksam zu helfen. Sie müssen die Stimmen hören, die uns von ihr berichten, die Dokumente sammeln, die Ereignisse rekon-

struieren und versuchen, über den Anlaß hinausgehend gründlich zu analysieren, inwiefern sie die Strukturen der sowjetischen Gesellschaft sowie die der Volkdemokratien und die Beziehungen zwischen beiden manifestieren, und sie müssen die Analyse dazu benutzen, um ohne Vorurteil oder Parteinahme die europäische Linke, ihre Ziele, Aufgaben und Möglichkeiten, ihre verschiedenen Organisationstypen im Hinblick auf eine Antwort auf die grundlegende Frage dieser Zeit zu überdenken: Wie sich vereinigen, wie die alten, verknöcherten Strukturen beseitigen, in welcher Richtung die neuen entwerfen, um zu verhindern, daß die nächste Revolution einen solchen Sozialismus zur Welt bringt.“

Zwischen diesen politischen Artikeln sind noch zwei Passagen aus seinen berühmten Kindheitserinnerungen „Die Wörter“ abgedruckt, in denen sich Sartre angesichts seines politischen Engagements nach dem Sinn von Literatur gefragt und sein eigenes Schrei-

ben als eine bürgerliche Neurose analysiert hatte, wie er es später auch in seinem 2.800 Seiten starken Spätwerk über die Jugend Flauberts in „Der Idiot der Familie“ tat, und ein Auszug aus einem zweiten philosophischen Hauptwerk „Kritik der dialektischen Vernunft“. In diesem Werk, in dem Sartre den Existentialismus ausdrücklich als eine Enklave innerhalb des Marxismus bezeichnet, zieht er die Summe aus seinen seit 1941 gemachten politischen Erfahrungen. Im Vorspann heißt es dazu: „Dabei waren für ihn folgende Fragen entscheidend: 1. Wie konnte die sozialistische Oktoberrevolution zum Sozialismus entarten? 2. Wie konnte die kritische Theorie von Marx zur dogmatischen Ideologie des Marxismus werden? Wie erklären sich Hunger und Unterentwicklung der Dritten Welt? Was ist der Motor der menschlichen Geschichte, und wohn führt sie?“

1.

Wer war Jean Genet?



Jean Genet, 1955

(Foto: Brassaï)

Jean Genet, der am 15. April, einen Tag nach Simone de Beauvoir, unter noch ungeklärten Umständen in seinem Pariser Hotelzimmer starb, war der ungewöhnlichste französische Schriftsteller der Nachkriegszeit. Schon durch seine Biographie unterscheidet er sich von allen anderen Autoren.

Jean Genet wurde 1910 geboren und von seiner Mutter ausgesetzt. Mit sieben Jahren gibt ihn die Fürsorge zu einer Bauernfamilie in Pflege. Wegen wiederholten Diebstahls kommt er in eine Erziehungsanstalt, aus der er mit 18 Jahren ausbricht. Er meldet sich zur Fremdenlegion, aus der er nach kurzer Zeit desertiert. Von 1929 an schlägt er sich als Bettler, Strichjunge, Dieb und Rauschgiftsmuggler in Spanien, Marokko, Italien, Frankreich, Holland, Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien durch und wird wegen seiner Delikte immer wieder eingesperrt und ausgewiesen. Da er die französische Gesellschaft als seinen Hauptfeind erfährt, ist er voller Schadenfreude, als die Nazis die französischen Truppen schlagen und Frankreich besetzen. 1942 schreibt er im Gefängnis auf Packpapier zum Tuschleben seinen ersten Roman „Notre-Dame-des-Fleurs“.

Auf äußerst suggestive, den Leser zur Identifikation verführende Weise

beschreibt er in seinen vier Romanen und in seinem „Tagebuch eines Diebes“ die Welt der Strichjungen, Zuhälter, Bettler, Schmuggler, Diebe, Einbrecher, Denunzianten, Zuchthäuser, Mörder, Richter, Bullen, Gefängniswärter herauf, in der er lebt, ohne auch nur ein einziges Mal die Gesellschaft dafür anzuklagen. Er läßt den Leser einfach in einer totalen Gegenwelt leben, wo er die Freude am Stehlen, am Töten, an Selbstdemütigungen, am Denunziantentum — und vor allem an homosexuellen Liebesbeziehungen erfährt. Er zwingt den Leser, moralische und ästhetische Werte, Leidenschaft, Gefühle, Begierden zu teilen, die er normalerweise zutiefst verabscheut. Er verführt ihn zum Beispiel dazu, sich mit der Liebe zu einem Mörder zu identifizieren, der enthauptet wird. Das gelingt Genet, weil er nicht die vulgären Jargons benutzt, die in diesem Milieu gesprochen werden, sondern eine äußerst blumige, sensible, poetische Sprache voll überraschender und faszinierender Bilder, mit der er das, was als abstoßend, pervers und böse gilt, verkärt. So entlarvt er indirekt die Brüchigkeit und Verlogenheit der offiziellen moralischen und ästhetischen Wertesysteme.

Fortsetzung auf Seite 44

„Solidarität statt Spaltung der Gesellschaft! Solidarität statt Aufrechterhaltung von Vorrechten!“ heißt es im Mai-Aufruf des DGB 1986. Der gesetzliche Feiertag der Arbeit am 1. Mai stand ganz im Zeichen des Wahlkampfes und war eng orientiert an Johannes Raus Devise „versöhnen statt spalten“. Da ist viel von der derzeitigen Bundesregierung und fast gar nicht vom Kapital die Rede. Auch der US-Überfall auf Libyen hat im DGB keine Tendenz deutlich gemacht, die Gewerkschaften in den Kampf gegen die imperialistischen Kriegspläne einzureihen. Nicht, daß dieses zu erwarten gewesen wäre. Doch angesichts des hundertsten Jahrestages des 1. Mai daran zu erinnern, daß es in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einmal eine immer schon umkämpfte internationalistische und klassenkämpferische Tradition gegeben hat, kann nicht schaden. Besonders, da aktuell viele Linke über die derzeitige Schwäche der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der BRD mit trübseligen Betrachtungen über eine angebliche neue Qualität des gewerkschaftlichen Kampfes bei der Abwehr der Änderung des § 116 hinwegsehen. Der 1. Mai in der Bundesrepublik ist nur noch ein müder Abklatsch dieser Tradition, bzw. konsequentes Produkt des sozialdemokratischen Opportunismus.

Vom Haymarket zur II. Internationale

Der 1. Mai 1886 war von den amerikanischen Gewerkschaften zum Kampftag für den Achtstundentag ausgerufen worden. Eine Forderung, die bereits mehr als zwanzig Jahre vorher erhoben, aber nicht durchgesetzt war. Dem Generalstreik schlossen sich in den größeren Industriezentren der USA 350.000 Arbeiter in 11.500 Betrieben an. Besonders heftig waren die Auseinandersetzungen in Chicago, wo bewaffnete Streikbrecherbanden und Pinkerton-Detektive unter dem Schutz der Polizei die Arbeiter terrorisierten. Am 3. Mai griffen Streikbrecher Arbeiter der Landmaschinenfabrik McCormick an, die den Betrieb für die Durchführung einer Versammlung der Holzgewerkschaft verließen. Die Polizei griff bewaffnet ein, sechs Arbeiter wurden getötet. Tausende kamen am 4. Mai zu einer Protestkundgebung auf dem Haymarket in Chicago zusammen, auf der bekannte, meist anarchistische Arbeitergruppierungen, die sich als „Anarchisten“ bezeichneten, die Arbeiter terrorisierten. Am 4. Mai zu einer Protestkundgebung auf dem Haymarket in Chicago zusammen, auf der bekannte, meist anarchistische Arbeitergruppierungen, die sich als „Anarchisten“ bezeichneten, die Arbeiter terrorisierten. Am 4. Mai zu einer Protestkundgebung auf dem Haymarket in Chicago zusammen, auf der bekannte, meist anarchistische Arbeitergruppierungen, die sich als „Anarchisten“ bezeichneten, die Arbeiter terrorisierten.

Die Bourgeoisie forderte ihre Rache. Acht anarchistische Arbeiterführer — darunter sechs deutsche Emigranten — wurden unter haltlosen Verdächtigungen verhaftet und des Mordes angeklagt. Sieben wurden nach einem Schauprozess zum Tode verurteilt, zwei später zu lebenslänglichen Gefängnis begnadigt. Der Zimmermann Louis Lingg wurde einen Tag vor der Hinrichtung mit von einer Dynamitpatrone zerstücktem Kopf in der Zelle gefunden. Mysteriöse Todesumstände vermuten die einen, Selbstmord die anderen. August Spies, Georg Engel, Adolph Fischer und Albert Parsons wurden am 11. November 1887 gehängt. Der Herausgeber der anarchistischen Tageszeitung „Arbeiter-Zeitung“ — August Spies — rief unter dem Galgen: „Die Zeit wird kommen, da unser Schweigen im Grabe mächtiger sein wird als unsere Reden“. Internationale Proteste halfen nichts. 250.000 Menschen beteiligten sich am Begräbnis der Hingerichteten.

Sechs Jahre später wurde der Justizmord offen zugegeben. Der Gouverneur von Illinois rehabilitierte die Hin-



Hundert Jahre 1. Mai Vom internationalen Kampftag zum nationalen Feiertag

gerichteten. Sie seien Opfer allgemeiner Hysterie und bestochener Geschworener geworden.

1888 beschloß die „American Federation of Labour“ trotz der Repressalien am 1. Mai 1890 eine internationale Kundgebung für den Achtstundentag durchzuführen. Der französische Gewerkschaftsführer Raymond Lavigne übernahm auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris 1889 (II. Internationale) diesen Beschluß, der umstritten war und mit dem Kompromiß angenommen wurde: „Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die (1. Mai-) Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen“.

Der 1. Mai 1890 in Deutschland

Vom gesetzlichen Feiertag war der 1. Mai allerdings noch weit entfernt. Der Pariser Beschluß fand in Deutschland dennoch großen Anklang. Ein Jahr vor dem internationalen Kampftag hatte der Kampf für den Achtstundentag durch den Streik von 150.000 Bergarbeitern einen Aufschwung genommen. Mit der Aufhebung der Sozialistengesetze im Januar 1890 und 1.4 hatte der Kampf für den Achtstundentag durch den Streik von 150.000 Bergarbeitern einen Aufschwung genommen. Mit der Aufhebung der Sozialistengesetze im Januar 1890 und 1.4 Millionen Wählerstimmen für die Sozialdemokratie wuchs auch die Begeisterung für die Arbeitsruhe am 1. Mai.

Doch die sozialdemokratische Führung — in den Händen der Reichstagsfraktion — riet davon ab, den 1. Mai „zu einem Tag der allgemeinen Arbeitsruhe“ zu machen. Nur dort, wo dies ohne Konflikte ginge, sollten die Arbeiter zu Hause bleiben, ansonsten am Abend feiern.

Die Kapitalisten allerdings trafen trotzdem Vorbehalte. Knapp zwei Wochen vor dem 1. Mai wurde in Hamburg-Altona der Arbeitgeberverband gegründet. Verbandszweck: Entlassung aller Arbeiter, die es wagen, am 1. Mai der Arbeit fernzubleiben. Auch in anderen Städten wurde mit solchen Maßregelungen gedroht.

Etwa 100.000 Arbeiter erschienen trotz Abratens und Drohungen nicht am Arbeitsplatz. In Hamburg waren es etwa ein Drittel der damals 25.000. Im Gegenzug sperrten die Kapitalisten 20.000 aus und forderten alle organisierten Arbeiter auf, sich per Unterschrift zum Gewerkschaftsaustritt zu verpflichten. Einige Gewerkschaften riefen dagegen zum Streik auf. Die Auseinandersetzungen mit teilweise 20.000 Streikenden zogen sich bis zum Sommer hin, unterstützt von einer Spendenkampagne im ganzen Reich, bei der über 100.000 Mark gesammelt wurden.

Vormarsch der Opportunisten

1891 versuchte die deutsche Sozialdemokratie auf dem Brüsseler Kongress der Internationale erfolglos, ihr neues Maifeier-Modell durchzusetzen. Sie sollte am ersten Sonntag im Mai stattfinden wie es in Deutschland in den nachfolgenden Jahren auch praktiziert wurde. Im Zusammenhang mit der „Verparlamentarisierung“ der SPD verlor der 1. Mai in den neunziger Jahren immer mehr den Charakter eines

Kampftags. SPD-Führer Eduard Bernstein propagierte, daß die Arbeiterbewegung als „der eigentlich staatsverhaltende Faktor“ definiert werden müsse, wenn sie nur „bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung“ erlange, um so „die Produktions- und Besitzverhältnisse ... im sozialistischen Sinne zu gestalten“. Gewerkschaften sollten zu Verfechtern „des ausschließlichen und nächstliegenden Lohnarbeiterinteresses“ werden. Ein auf kämpferische Durchsetzung von Arbeiterinteressen angelegter 1. Mai paßte nicht in dieses Konzept. Ganz auf dieser Linie befanden sich die Führer des „Deutschen Metallarbeiterverbandes“ (DMV, Vorläufer der IGM), die in den Wochen vor dem 1. Mai 1901 in einem vertraulichen Rundschreiben an Funktionäre darauf einzuschwören versuchten, den 1. Mai nicht als arbeitsfreien Tag zu begehen. Die Finanzen der Gewerkschaft dürften „nicht leeren Demonstrationen“ geopfert werden, wo es doch darum gehe, auf „gütlichem Wege“ positive Verbesserungen für die Arbeiter zu erreichen. Eine Position, die bei Veröffentlichung erhebliche Proteste hervorrief.

Auf den Treffen der Internationale war die deutsche Sozialdemokratie fortan bemüht, gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai zu agieren. 1904 scheiterte sie in Amsterdam mit 20 gegen 36 Stimmen, den 1. Mai in Form von Abendveranstaltungen oder in einer anderen Form, „die von jeder Form der Arbeitsruhe absteht“ durchzuführen. Die Gelder sollten lieber für die „Arbeiterfrage“ verwendet werden.

Ein Jahr später — 1905 — wurde dieser Antrag wiederholt, diesmal mit der zusätzlichen chauvinistischen Begründung, wohnen es denn führen sollte, „wenn Engländer, Botokuden und Chinesen auf internationalen Kongressen bestimmen, was wir in Deutschland zu tun haben“. Auf diesem Kongress scheiterte die SPD erneut, konnte sich aber mit der Verurteilung des „politischen Massenstreiks“ als „verwerflich“ durchsetzen.

Ab 1906 bis 1909 wurde in der Sozialdemokratie verstärkt die Debatte um die Mai-Unterstützungskassen für die Gemaßregelten geführt. Die rechten Sozialdemokraten setzten sich schließlich mit der Position durch, daß „das Ziel einer allgemeinen und wirksamen Arbeitsruhe am 1. Mai ... auf Grund gemachter Erfahrungen ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingter Schädigungen sowie auch mangelhafter völliger Übereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht zu erreichen ist“ (Beschluss des DMV im Juni 1909).

Rosa Luxemburg: Opposition gegen den „rein demonstrativen Charakter“

Die Bewertung der Wirkungen einer Politik, die bewußt dekalibrierte und die Streikenden im Stich ließ, wurde in den Debatten um die Unterstützungskassen von Rosa Luxemburg scharf angegriffen. Sie wies darauf hin, daß es gegenüber dem Geldargument bei Lohnausfällen „nur einen einzigen Weg gibt, um den Opfern der Maifeier vorzubeugen. Das ist ... die möglichste

Ausdehnung der Maifeier“ (Rede vor dem SPD-Parteitag, 1908). Ein Jahr später beschrieb sie im „Vorwärts“: „Die Verteidiger der bedächtigen Abzählungspolitik und der kleinen, schrittweisen Errungenschaften erweisen sich merkwürdigerweise gerade in der Maifeierfrage als Anhänger des sonst so verpönten Grundsatzes: Alles oder nichts. Wo die Maifeier sich nicht durchsetzen läßt, so soll sie überhaupt fallengelassen werden“.

Schon 1907 hatte sie im „Vorwärts“ angesichts der Entwicklung des 1. Mai darauf hingewiesen: „Aber bald beruhigten sich die herrschenden Klassen und erkannten den demonstrativen Charakter der Maifeier“, da diese „allmählich zu einem friedlichen Volksfest (wird), dem die bürgerliche Gesellschaft mit ziemlicher Seelenruhe zuschaut“. Beim größten Teil der Sozialdemokratie hatte dieser Tag seinen kämpferischen Charakter bereits verloren. Die Linken wie Rosa Luxemburg warben für diesen Tag weiter unter dem Motto: „Achtstundentag, Weltfrieden, Sozialismus, Arbeitsruhe als Machtmittel des Proletariats“.

Vom Burgfrieden zum „Blutmai“

Vom Burgfrieden zum „Blutmai“

Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten von 1914 war nicht der Beginn des Rechtsopportunismus, sondern dessen Durchsetzung und Höhepunkt. Die deutschen Gewerkschaftsführer gehörten zu den konsequentesten sozialdemokratischen Unterstützern des Angriffskrieges Deutschlands. Während des Krieges verzichteten die Gewerkschaften gänzlich auf Arbeitsruhe und größere Maifeiern. Noch 1917 erklärten SPD-Vorstand und Generalkommission der Gewerkschaften, es wäre verbrecherisch, am 1. Mai die Arbeit niederzulegen, während Väter, Brüder und Söhne „mit ihren Leibern die deutschen Gauen vor feindlichen Einfällen schützen“. Die Arbeiter sollten die Organisationsdisziplin wahren und auf einen imperialistischen Verständigungsfrieden warten.

Allein die „vaterlandslosen Gellen“ um die Spartakus-Gruppe in der SPD nutzten den 1. Mai für Antikriegsarbeit. „Burgkrieg“ nicht „Burgfrieden“ forderte der SPD-Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht 1915. „Internationaler proletarischer Klassenkampf gegen internationale imperialistische Völkerzerfressung heißt das sozialistische Gebot der Stunde“. Im von Liebknecht verfaßten illegalen Maiauftrag 1916 gibt er dem „Verrat am Sozialismus, an der internationalen Solidarität der Arbeiter“ die Schuld daran, daß der Weltkrieg die Völker ins Verderben stürzt. Er fordert die „Rückkehr zur völkerbefreienden Internationale. „Brot! Freiheit! Frieden!“ lauten die Losungen der Spartakisten.

10.000 Berliner Arbeiter folgten mit ihm im Krieg. 1916, dem illegalen Maiauftrag und hörten Liebknechts Rede, in der er „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ ausrief. Er wurde verhaftet und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach dem ersten Weltkrieg scheiterte die SPD in der Nationalversammlung mit ihrem Gesetzentwurf, den 1.

Mai zum Nationalfeiertag zu machen. Er sollte, so hieß es in der Begründung, fortan „ein Mittel zur Vereinigung und Zusammenführung des gesamten Volkes“ sein. In einigen Ländern des Deutschen Reichs wurde er dennoch gesetzlicher Feiertag. Aus sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Sicht diente dies dem Ziel der Einbindung der Arbeiterbewegung in die neue Republik nach dem Scheitern der Novemberrevolution.

Es waren die Kommunisten, die den klassenkämpferischen Charakter des 1. Mai zu erhalten versuchten. Der berühmte „Blutmai“ in Berlin 1929 war der deutlichste Ausdruck der zunehmenden Konfrontation in der Arbeiterbewegung und des Frontenwechsels der Sozialdemokratie. Der preußische SPD-Innenminister erließ angesichts einer sich radikalisierenden Arbeiterbewegung ein Demonstrationsverbot am 1. Mai. Der ADGB unterstützte dieses Verbot. Die KPD und andere linke Gruppen riefen dennoch auf und etwa 200.000 demonstrierten in Berlin. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel scheute nicht den Versuch, das Verbot mit Waffengewalt durchzusetzen. 31 Demonstranten wurden getötet, hunderte verwundet. Teile der Berliner Arbeiterklasse wehrten sich in einem mehrstündigen bewaffneten Widerstand. 1.200 wurden verhaftet, die „Rote Fahne“ der KPD und der „Rotfrontkämpferbund“ verboten.

„Tag der nationalen Arbeit“

So nannten die Nazis ab 1933 den 1. Mai, den sie zum gesetzlichen Feiertag erklärten. Damit war dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse sein antikapitalistischer Charakter gänzlich geraubt. Außer der RGO hatten alle Gewerkschaften im letzten Augenblick noch versucht, die eigene Haut durch Anpassung an die „deutsche Volksgemeinschaft“, deren „vollberechtigtes Mitglied“ „der deutsche Arbeiter“ werden sollte, wie der sozialdemokratische ADGB in seinem Maiauftrag vom 15.4.33 schrieb. Es nützte nichts. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Führer verhaftet. „Die Leipziger und Graßmänner mögen Hitler noch so viel Ergebenheit heucheln, es ist besser, sie befinden sich in Schutzhaft“, verhöhnte Robert Ley, der spätere Führer der faschistischen „Gewerkschaft“ DAF (Deutsche Arbeitsfront) die ADGB-Führer.

Tag der Arbeit

So wurde der 1. Mai nach der Niederlage des Faschismus üblicherweise bezeichnet. Seit 1946 ist er gesetzlicher Feiertag und in der BRD so interpretiert

So wurde der 1. Mai nach der Niederlage des Faschismus üblicherweise bezeichnet. Seit 1946 ist er gesetzlicher Feiertag und in der BRD so interpretiert Bestandteile als Feiertag, wie Ostern, Pfingsten und der 17. Juni. Zunehmend wurde er sichtbarer Ausdruck staatsangepasster Sozialpartnerschaftspolitik. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Entscheidung des DGB 1970, die gewerkschaftlichen Maifeiern in die Festtage am Vorabend des 1. Mai zu verbannen. Es war die radikale Linke der Nach-APO-Zeit, darunter die vielgeschmähten „K-Gruppen“, die den 1. Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterbewegung wiederentdeckten und durch zum Teil DGB-unabhängige Demonstrationen Druck auf die Gewerkschaften ausübten, den 1. Mai wieder auf die Straße zu legen. Neben dem „supradirektionalen“ Ökonomismus (Maiparole des KB-Vorläufers SALZ 1971: „Beim Kampf um den Pfennig, beim Kampf um die Mark, in der Gewerkschaft, da sind wir stark“) war das Bemühen um eine internationalistische Orientierung vorherrschend, deren Höhepunkt der 1. Mai 1976 war: „1. Mai, Saigon ist frei!“ Verbunden damit war ein bewußt gewerkschaftsoppositionelles Vorgehen gegen Sozialpartnerschaft und die unter SPD-Regierung erfolgte zunehmende Anpassung des DGB an die Regierungspartei.

In den letzten Jahren, besonders seit der Bonner Regierungswende, hat sich dieser Charakter zunehmend abgeschwächt. Die Gewerkschaften sind heute selber wieder stärker (sozialdemokratische) Opposition. Und die Linke ist auch nicht mehr, was sie mal war. Sie hat die letzten Sätze des „Kommunistischen Manifests“ weitgehend vergessen:

„Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Kommunisten Betrieb & Gewerkschaft

Wer war Jean Genet?

Fortsetzung von Seite 42

1944 erscheinen dieser Roman und sein erstes Theaterstück „Unter Aufsicht“ ohne Verlagsangabe und werden unter dem Ladentisch gehandelt. Dasselbe geschieht 1947 mit zwei weiteren Romanen. Nach dem Krieg lernt Genet Sartre, Simone de Beauvoir und ihren Kreis kennen, die von seinen Werken fasziniert sind, obwohl sein Roman „Das Totenfest“ die Liebe zwischen einem französischen Milizionär und einem deutschen Soldaten während der Besatzungszeit zum Thema hat und eine makabre Verklärung Hitlers, des Henkers von Berlin und anderer Nazi-Verbrecher darstellt. Im selben Jahr 1947 wird sein zweites Theaterstück, „Die Zoten“ in Paris uraufgeführt. 1948 wird Genet zu lebenslänglicher Verbannung in eine Strafkolonie verurteilt. Auf Eintreten Sartres und Cocteaus wird er jedoch begnadigt. Sartre und Cocteau behaupten in ihrem Brief an den Staatspräsidenten, „daß es zu seiner letzten und endgültigen Verurteilung gekommen ist, weil er beschlossen hat, ein Vergehen von Jean de Carrière, der auf den Barrakaden der Befreiung gefallen ist, auf sich zu nehmen, damit dessen Name makellos bleibt.“

Tatsächlich spricht Genet in „Das Totenfest“ davon, daß die Vorstellung, der junge Milizionär, den er in einer Wochenschau sah, könne den Résistance-Kämpfer, zu dem er eine Beziehung hatte, erschossen haben, ihn dazu inspiriert habe, sich ausgerechnet mit diesem Milizionär zu identifizieren und dessen Liebe zu einem deutschen Soldaten zu beschreiben. Das geschah in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg, als ganz Frankreich, also Genets Hauptfeind, jede Kollaboration mit den Nazis verurteilte. 1951 war Genet bereits so berühmt, daß der Verlag Gullimard beschloß, eine Gesamtausgabe seiner Werke zu veröffentlichen, wenn Genet bereit war, als allzu obszön und anstößig angesehene Passagen zu streichen. Sartre wurde gebeten, ein Vorwort dazu zu schreiben, und dieses Vorwort wuchs zu einem Buch von 578 enggedruckten Seiten an und erschien 1952 unter dem Titel „Saint Genet, Komödiant und Märtyrer.“

Sartre deutet in diesem Werk den Fall Genet so, daß dieser, als er als

Junge mit dem Wort „Dieb“ gebrandmarkt worden war, beschlossen habe, die Verwerflichkeit und Bosheit, die man ihm zuschrieb, bewußt auf sich zu nehmen und sich ihrer zu rühmen, und daß er zu schreiben angefangen habe, als er sich klar wurde, das Schlimmste, was er den „anständigen“ Leuten antun könne, sei, sie zu zwingen, sich über Literatur mit dem absoluten „Bösen“ zu identifizieren. Sartre vermag jedoch mit seiner Interpretation nicht zu erklären, wie es Genet gelungen ist, aus seiner autistischen Konstellation heraus völlig isoliert und im Alleingang noch einmal die moderne Literatur zu erfinden mit ihrer Auflösung der chronologischen Erzählweise und der unveränderlichen Identität der Personen, mit ihrer nicht logisch, sondern assoziativ vorgehenden Schreibtechnik, so daß Literaturkritiker sich nicht vorstellen konnten, daß Genet nicht Faulkner oder Joyce gelesen haben sollte.

Durch diese Werkausgabe mit Sartres Vorwort wurde Genet über Nacht weltweit berühmt. Er hat jedoch danach außer drei Theaterstücken und einer Reihe von Artikeln nicht mehr geschrieben, an unbekannten Orten gelebt und keinen festen Wohnsitz gehabt. Allerdings hat er sich aktiv für andere unterdrückte Gruppen eingesetzt: die nicht-europäischen Arbeitsimmigranten, die Schwarzen der USA, die Palästinenser der PLO und generell die veredelten Bevölkerungen der ehemaligen Kolonien. 1958 erregte er Skandal mit seinem Stück „Die Neger“, in dem er die gewalttätige Revolte der Schwarzen gegen ihre weißen Unterdrücker besang. Bis zur Inszenierung von Peter Stein an der Berliner Schaubühne 1983, an der Genet mitwirkte, durfte dieses Stück nur von Schwarzen gespielt werden.

1961 veröffentlichte Genet sein Stück „Die Wände“ über den französischen Algerienkrieg, das nicht in Frankreich, sondern in Westberlin uraufgeführt wurde. Erst 1966, also vier Jahre nachdem Algerien seine Unabhängigkeit erkämpft hatte, kam eine französische Aufführung zustande, die einen noch größeren politischen Skandal auslöste als „die Neger“. Rechtsradikale Gruppen versuchten die Aufführung des Stücks, die in einem staatlich subventionierten Theater stattfand, zu verhindern. In der Nationalversammlung verlangte der Innenminister, daß die Subventionen für dieses Stück gestrichen oder an den Frontkämpferverein überwiesen werden sollten. Als Gipfel der Verhöhnung der französischen Armee galt die Beerdigungsszene eines französischen Soldaten, dem seine Kameraden ins Gesicht surzen, damit er die Luft Frankreichs

mit ins Grab nehme. 1968 protestiert Genet mit anderen beim demokratischen Parteitag in Chicago gegen den Vietnamkrieg und 1969 hält er sich bei den Black Panthers auf, setzt sich für Angela Davis und George Jackson und für die Ziele dieser Bewegung ein. 1970/71 verbringt er mehrere Monate in einem Palästinenserlager der PLO. 1977 erklärt er sich mit der RAF solidarisch. 1982 wird er Zeuge der Massaker in den libanesischen Palästinenserlagern Chatila und Sabra.

Genet schließt sich jedoch nie einer politischen Partei oder Gruppe an, sondern identifiziert sich mit jeder Form von individueller Gewalt gegen staatliche Unterdrückung. In seinem Interview mit Hubert Fichte sagte er: „wenn ich ehrlich bin, liegt mir gar nicht daran, daß eine Revolution stattfindet. Die aktuelle Situation, die augenblicklichen Regime erlauben mir die Revolte. Aber die Revolution würde mir wahrscheinlich keine individuelle Revolte gestatten. Ich kann dagegen sein. Aber wenn es sich um eine wirkliche Revolution handeln würde, könnte ich nicht dagegen sein. Ich würde ein Anhänger werden, und ein Mann wie ich ist kein Anhänger von irgendwas, er ist ein Mann der Revolte. Mein Standpunkt ist sehr egoistisch. Ich möchte, daß die Welt sich nicht verändert, damit ich mir erlauben kann, gegen die Welt zu sein.“ Nach seiner Meinung über die Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich befragt, sagte er 1982: „Das hat mich völlig gleichgültig gelassen, weil die Abschaffung der Todesstrafe eine politische Entscheidung ist. Solange Frankreich nicht die Politik macht, die man Nord-Süd nennt, solange es sich nicht stärker um die Arbeitsimmigranten oder um die ehemaligen Kolonien kümmert, interessiert mich die französische Politik überhaupt nicht. Ob man Weißen den Kopf abschlägt oder nicht, interessiert mich nicht besonders. Abrechnungen zwischen jenen, die man Ganoven und Richter nennt, das hat für mich keine Bedeutung ... Eine Demokratie in dem Land, das früher Mutterland hieß, ist letztlich wieder eine Demokratie gegen die schwarzen oder arabischen Länder ... Die Franzosen sind nicht arm. Wirklich arm in Frankreich ist der Arbeitsimmigrant. Die Franzosen sind nicht arm. Sie profitieren von der Tatsache, daß Frankreich ein Kolonialreich gewesen ist ... Sie machen also einen eindeutigen Unterschied zwischen dem Elend der Weißen und dem Elend der anderen? ... Nicht ich mache diesen Unterschied.“ „Wenn es sich um Weiße handelt, scheint Ihnen das weniger ungerichtet, berührt Sie das weniger?“ „Das heißt, Schwarze haben mir bisher noch nichts getan.“ „Man könnte sagen, wenn ein Weißer wenigst ...“ „Ich habe, ich weiß, das haben mir bisher noch nichts getan.“ „Man könnte sagen, wenn ein Weißer unterdrückt wird, ist das für Sie nicht so schlimm.“ „So ist es.“ „Macht einen das schuldig, weiß zu sein? Eine Art Erbsünde?“ „Ich glaube nicht, daß es die Erbsünde ist; jedenfalls nicht die, von der die Bibel spricht. Nein, das ist eine völlig gewollte Sünde.“ „Sie haben nie weiß sein wollen, soweit ich weiß?“ „Dadurch, daß ich als Weißer geboren wurde und gegen die Weißen bin, habe ich auf beiden Ebenen zugleich gespielt. Ich bin begeistert, wenn es den Weißen schlecht geht, und ich bin durch die weiße Macht gedeckt, weil ja auch ich eine weiße Haut habe und blau-grün-graue Augen habe.“ „Sie sind auf beiden Seiten?“ „Ich bin auf beiden Seiten. Ja.“ „Gefällt Ihnen diese Situation?“ „Jedenfalls ist das eine Situation, die es mir ermöglicht hat, Unruhe in mich zu bringen.“

„Er stand nie an der Seite der Armen. Er gehörte zu ihnen. Am Anfang wie am Ende seines Lebens (...) Sein Verzweiflungsruf, sein Kriegsruf ist, in diesem Jahrhundert, der Ruf der Mengen“, schrieb die „Humanité“ der KPF (23.4.86) in einem Nachruf. Ein, zwei Male hatte Genet dort publiziert, ein Mal zur Unterstützung von Angela Davis, ein weiteres Mal zur Frage des Rassismus in Frankreich gegen Ausländer.

Seine Verklärung Hitlers und der Nazi-Verbrecher aber, die Genet mit der eigenen damaligen politischen Dummheit und seinem Haß auf Frankreich erklärte, bleibt dort unerwähnt und sie bleibt auch unentschuldigbar.

t.

Jean Genet auf deutsch

Tagebuch eines Diebes, rororo 5118
Noire Dame-des-Flours, rororo 1670
Wunder der Rose, rororo 1965
Das Totenfest, rororo 1913
Querelle, rororo 1584
Alle Drame (Unter Aufsicht, Die Zoten, Der Ballon, Die Wände, Die Neger), rororo 5115
Briefe an Roger Blin, Der Seitläufer, Das kriminelle Kind, rororo 4030
Ein Liebesgespräch, Merlin Verlag
Die Neger, Neuausgabe von Peter Stein, Merlin Verlag
4 Stunden in Chatila, Merlin Verlag

Inhalt

aktuell	
Fall Out - Supergau in sowjetischem AKW	S. 1
Katastrophenpläne für das Unmögliche	S. 4
DKP-Vorstand nach Tschernobyl: Unbeirrt für AKWs	S. 5
Bei Norwind 30 Mio. Tote	S. 5
VS-Anschlag in Cello: Auf der Spur von Maus	S. 1
Vertraulich: Möcklinghoff! Dokumentation eines Berichts vor dem Innenausschuß	S. 7
Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek 'La Belle': Wie aus Hinweisen Beweise wurden	S. 8
US-Überfall auf Libyen: Die NATO war mit dabei	S. 9
Die Kampagnen gegen den "internationalen Terrorismus" in den USA	S. 10
Demonstrationen, Aktionen und Stellungnahmen gegen den US-Angriff auf Libyen	S. 3
Pershing-2 werden scharf gemacht	S. 11
Gaddafi versinkt in den Fußstapfen Nassers	S. 11
Interview mit Rainer Trampert zur Reise des BV der GRÜNEN in die SU	S. 13
Antimilitarismus	
Der Hunsrück - ein einziges Waffenarsenal	S. 15
"Kein Frieden mit der NATO" - pötliger denn je! - Bericht und Anmerkungen zum Kongreß am 12./13.4.86 in Köln	S. 17
Dietrich Schulze Marmeling: Alternativen zum NATO-Austritt?	S. 18
Das Konzept 'einschiger Abrüstungsschritte': 'NATO-Austritt' durchaus politisch beabsichtigt	S. 19
Grüne und Alternative	
'Subversiv staatsfeindlich' - Jugend'putsch' in der GAL Altona	
Ein Interview mit den 'Drahtziehern'	S. 23
Programmentwurf 'Frieden' der GRÜNEN: Für einseitige Abrüstung, aber kein ja zu 'Raus aus der NATO!'	S. 21
Umbau der Industriegesellschaft - Das grüne Godesberg	S. 22
Europa	
Irland: Solidarität mit den republikanischen Frauen im Knast	S. 2
Nahost	
Revolte und politische Opposition in Ägypten	S. 32
Afrika	
Willy Brandt nach seiner Südafrikareise: Das Kreuz mit der Apartheid	S. 33
Imperialismus	
Die 'Europäische Union' - ein Ding der Unmöglichkeit?	
Teil 2: Wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Integration	S. 30
Frauen	
Männerrecht: Freispruch im Gynäkologenprozeß	S. 24
„Aktion Muttertag“ - Über die Schwierigkeiten, mit der ASF ins Geschäft zu kommen	S. 25
Kultur	
Simone de Beauvoir: Eine Frau, eine Schriftstellerin, eine Philosophin	S. 40
„Den Menschen erfinden“, Sartre zum Kennenlernen	S. 41
Wer war Jean Genet?	S. 42
Linke	
Die türkische Linke und die „Demokratisierung“	S. 34
Westdeutsche Linke	
„Die Zange mit den drei Backen“ Positionen vom Widerstandskongreß in Frankfurt	S. 36
Dokumentation einer Kritik am Konzept der RAF, vorgelegt auf dem 'Widerstandskongreß' in Frankfurt am 31.1.86	S. 38
„Kein Staat mit diesem Staat“ - Ein Kongreß in Bielefeld	S. 27
Die 'Bewältigung' von Stammheim damals und heute - Thesen der KB-Gruppe Freiburg	S. 27
Revisionismus	
KPI: Im Sog von SPD und NATO	S. 20
Diskussion	
Die Kritik des westdeutschen Revanchismus verbessern! Anmerkungen zu einem Artikel im Arbeiterkampf 267	S. 35
Ohne Rubrik	
Wut und Ohnmacht - Hermann Prigann zu seinen Bildern	S. 29
Sudentendeescher Tag in München	S. 35
100 Jahre 1. Mai: Vom internationalen Kampftag zum nationalen Feiertag	S. 43

Arbeiterkampf

Absender:

An die
Hamburger Satz-
und Verlagskooperative
Lindenaallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

Bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,- ☐ Förderabo DM 50,-
☐ Jahresabo DM 60,- ☐ Förderabo DM 100,-

- ☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Postcheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Ort, Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unsere(r) Girokontos.

Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.

Kto.-Inhaber

bei der

mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)